
Sozial-ökologisches Tätigsein im Schatten der Moderne

Tätigkeitsräume für eine nachhaltige
Regionalentwicklung

Uta von Winterfeld
Adelheid Biesecker
Annegret Ergenzinger

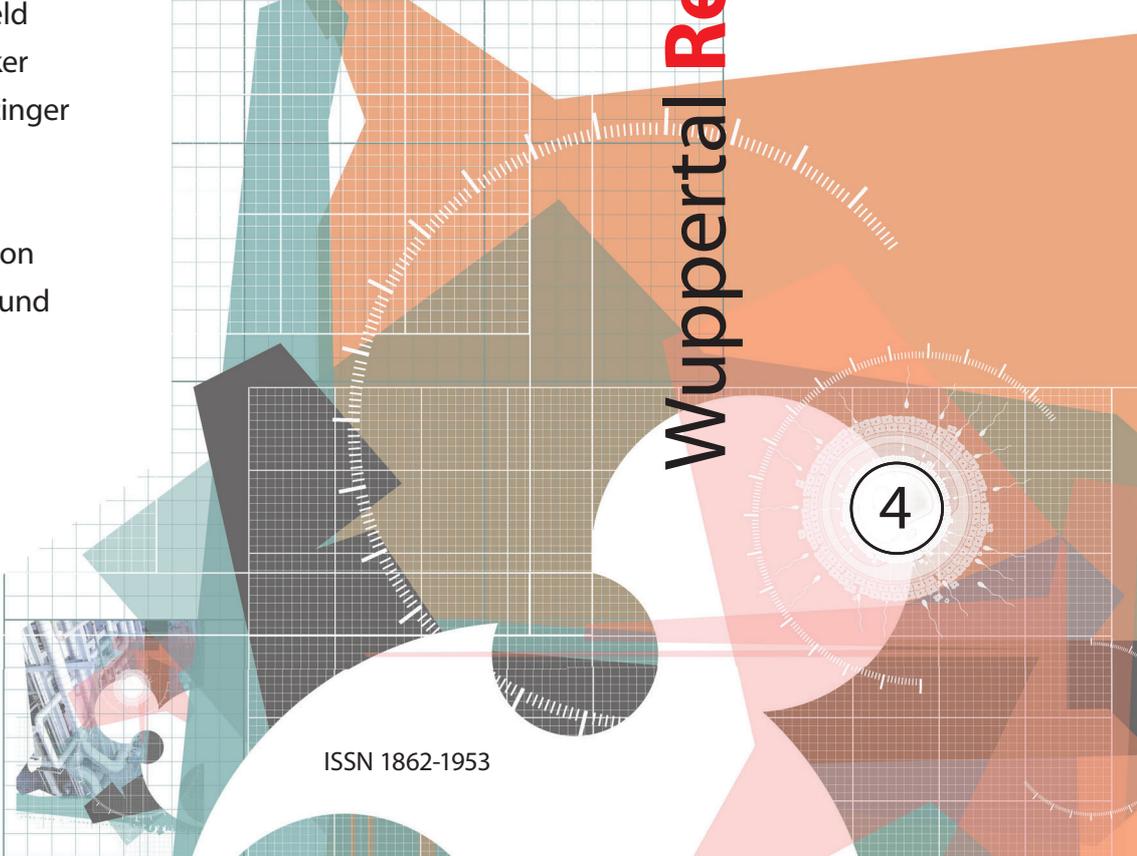
unter Mitarbeit von
Martina Schmitt und
Roland Roth

April 2007

ISSN 1862-1953

Wuppertal Report

4



Wuppertal Report Nr. 4

Sozial-ökologisches Tätigsein im Schatten der Moderne

Tätigkeitsräume für eine nachhaltige
Regionalentwicklung

Uta von Winterfeld

Adelheid Biesecker

Annegret Ergenzinger

unter Mitarbeit von

Martina Schmitt und Roland Roth

Wuppertal, April 2007

**Wuppertal Institut
für Klima, Umwelt, Energie GbmH**
Döppersberg 19
42103 Wuppertal

Internet: www.wupperinst.org
E-Mail: uta.winterfeld@wupperinst.org

Endbericht

im Rahmen des Verbundprojekts „Blockierter Wandel? Denk- und Handlungsräume für eine nachhaltige Regionalentwicklung“, gefördert durch das BMBF, Forschungsprogramm Sozial-ökologische Forschung.



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

SÖF  **Sozial-
ökologische
Forschung**

„**Wuppertal Reports**“ sind Abschlussberichte aus Projekten, die vom Auftraggeber zur Veröffentlichung freigegeben wurden. Sie sollen Interessenten mit den Projektergebnissen aus der Arbeit des Instituts vertraut machen und zur kritischen Diskussion einladen. Das Wuppertal Institut achtet auf ihre wissenschaftliche Qualität. Für den Inhalt sind die Autoren verantwortlich.

Kurzfassung

Der Forschungskontext der hier vorgelegten Untersuchung liegt innerhalb des in der sozialökologischen Forschung angesiedelten Forschungsverbundes „Blockierter Wandel? Denk- und Handlungsräume für eine nachhaltige Regionalentwicklung“. Der Untersuchungsraum ist die Region „Muldemündung“ in Sachsen-Anhalt. Dort, bei Dessau, mündet die Mulde in die Elbe. In unserem Teilprojekt geht es um vielfältige Tätigkeiten, die, nur zum Teil als Arbeit anerkannt, in verschiedenen gesellschaftlichen Räumen stattfinden – in „Tätigkeitsräumen“.

Im Mittelpunkt unserer Überlegungen steht die Anerkennung und Bewertung der bisher vom sichtbaren Erwerbsarbeitsraum abgetrennten sorgenden und pflegenden Tätigkeiten. Denn in ihnen, so unsere These, gibt es Fähigkeiten für eine nachhaltige Entwicklung. Verursacht wurde ihre Ausgrenzung durch absplattendes und hierarchische Konzeptionen des Politischen und des Ökonomischen. Die hier maßgeblichen Ansätze von John Locke und Adam Smith werden daher theoriegeschichtlich analysiert. Ansätze zu Konzeptionen, die diese Trennungen nicht mehr brauchen, finden sich in zwei untersuchten Praxisbeispielen, deren Auswertung jeweils spezifische kreative Potenziale für eine sozialökologische Transformation i. S. einer nachhaltigen Entwicklung sichtbar werden lässt – Potenziale vieler Menschen sowie der ökologischen Natur. Ihre Aktivitäten weisen auf die Herausbildung eines ganzheitlichen Tätigkeitskonzepts mit anderen Bewertungen und einer anderen „Natur der Arbeit“ hin. Die Projekte stellen, analytisch gefasst, kleine neue Gesellschaftsverträge dar, über die neue, nicht trennende Konzepte von Politik und Ökonomie entwickelt werden können, die wiederum das neue Tätigkeitskonzept absichern. Gleichzeitig machen die Praxisbeispiele aber auch deutlich, wie stark neoliberale Kräfte die alten Strukturen stützen. Diese Ambivalenz wird verstärkt durch die vielfachen Schrumpfungsprozesse, denen die Untersuchungsregion ausgeliefert ist.

Abstract

The research context of the study presented here was the cooperative project “Blocked Transition? Creating New Thinking and Action Space for Sustainable Regional Development” within the socio-ecological research programme. The space of the investigation was the region around the mouth of the river Mulde. There, near Dessau, the Mulde flows into the river Elbe. Our particular project was occupied with a multitude of activities which, only partially recognised as “work”, take place in different social spaces – in “spaces of activity”.

Our considerations are focussed on the recognition and valuation of caring and nurturing activities, which are so far separated from the visible space of gainful employment. Since – and this is our thesis – amongst those activities exist abilities for a sustainable development. The exclusion of such activities is caused by separating hierarchical concepts of the political and the economic. The authoritative theories of John Locke and Adam Smith, often absorbed in the history of science, are therefore analysed. Approaches towards concepts which no longer need these separations can be found in two case studies from our practical experience. Their examination revealed specific creative potentials for a socio-ecological transformation in the meaning of a sustainable development: potentials of many people as well as of the ecological nature. Their activities point towards the development of a holistic concept of activity with different valuations and a different “nature of work”. Analytically conceived, the case studies present small new social contracts. With the help of these contracts new non-separating concepts of the political and the economic can be developed, which in turn ensure the new concept of activity. At the same time the case studies prove how strongly neoliberal powers support the old structures. This ambivalence is strengthened by the multiple processes of shrinking to which the region is exposed.

Inhalt

1	Einleitung	7
2	Exklusionen – Eine ideengeschichtliche und historische Spurensuche	11
2.1	Zur Genese der Erwerbsarbeit und mit ihr verbundenen Ausgrenzungsprozessen bei John Locke und Adam Smith	12
2.1.1	Kernaussage bei John Locke und Adam Smith	12
2.1.2	Drei Ebenen von Externalisierung	16
2.2	Zur Regionalgeschichte des TätigSeins	18
2.2.1	Tätiges Sein: Historische Ausgangsbasis am „Abend“ des Zweiten Weltkrieges	18
2.2.2	Tätiges Sein in der „Republik der Werktätigen“	20
2.2.3	Die Neustrukturierung der Tätigkeitsräume nach der Wiedervereinigung	23
2.2.3.1	Der Markt wird es richten: Transformation mit neoliberalen Vorzeichen	23
2.2.3.2	Vom Wachsen und Gedeihen? Der neue Markt der Arbeit	24
2.2.3.3	Transformationsprozesse aus Frauensicht	25
2.2.4	Die Dominanz produktiver Tätigkeit und Barrieren nachhaltigen TätigSeins	26
2.2.4.1	Vom Vorrang der Erwerbsarbeit und von den Verschränkungen zwischen produktiven und reproduktiven Tätigkeitsräumen	26
2.2.4.2	Der Vorrang der Erwerbsarbeit und seine Implikationen	28
2.3	Fazit	30
3	Arbeitswirklichkeiten im Umbruch: vergangene und verlassene Tätigkeitsräume in einer schrumpfenden Region. Drei Fallstudien	32
3.1	Vergangene Tätigkeitsräume – das Beispiel der Filmfabrik Wolfen	34
3.1.1	Tätigkeitsräume der Filmfabrik in Privateigentum (bis 1945)	34
3.1.2	Tätigkeitsräume der Filmfabrik in öffentlichem Eigentum (bis 1990)	36
3.1.2.1	Institution Betrieb und Existenzsicherung	36
3.1.2.2	Lokale Bedingungen und individuelle Existenzsicherung	40
3.1.2.3	Kollektive und existenzsichernde Tätigkeiten	42
3.1.3	Folgerungen	44
3.2	Verlassene Tätigkeitsräume – das Beispiel der Bergbaufolgelandschaft Goitzsche	46
3.2.1	Die Goitzsche	46
3.2.2	Gottes Aue ist ausgekohlt. Natur- und Arbeitswirklichkeiten im Umbruch. Eine transdisziplinäre Erzählung von Uta v. Winterfeld, Heidrun Heidecke, Regina Metzner, Reinhard Metzner und Christel Möbius	49
3.2.2.1	Die Bergfrau: Ein Leben mit und für den Bergbau	52
3.2.2.2	Der Bergmann: Arbeit und Natur – Zerstörung und Heilung	55

3.2.2.3 Die Libellenfrau: Ganz oder Gar nicht	57
3.2.2.4 Die Kräuterfrauen: Für alles ist ein Kräutlein gewachsen	60
3.2.2.5 Die Wissenschaftlerin als Gastarbeiterin: Fremd in der Goitzsche	61
3.2.3 Bedeutungen und Kontexte	62
3.2.3.1 Auf-Brüche, Rückschläge und Neuorientierungen	63
3.2.3.2 Die Entmutigung der Frauen in der politischen Arbeit	65
3.2.3.3 Auseinandersetzungen in der und um die Goitzsche	66
3.2.4 Folgerungen	69
3.3 Tätigkeitsräume in einer schrumpfenden Region – das Beispiel des Netzwerkes Gemeinwesenarbeit in Wolfen-Nord	71
3.3.1 Was wird wie betrachtet?	71
3.3.2 Arbeiten für das Gemeinwohl in einer schrumpfenden Region	72
3.3.2.1 Regionale Tätigkeitsräume und ihre AkteurInnen	72
3.3.2.2 Ansichten von Wolfen-Nord – Tätigkeitsräume des Netzwerkes	75
3.3.3 Das Netzwerk Gemeinwesenarbeit als Produzentin von sozialem Vermögen	78
3.3.4 Innenansichten des Netzwerkes	80
3.3.4.1 Kooperation statt Konkurrenz	80
3.3.4.2 Von EinwohnerInnen über NutzerInnen zu BürgerInnen?	83
3.3.4.3 Im Spannungsbogen: Erwerbliche und ehrenamtliche Pflege- und Sorgearbeiten	85
3.3.4.4 Im Spannungsbogen zwischen Pflege, Brachen und Umnutzung	87
3.3.5 Folgerungen: Das Netzwerk in der Gesamtkonstellation	89
3.4 Fazit	92
4 Inklusionen und neue Gesellschaftsverträge	93
4.1 Ansätze neuer Bezogenheiten in den Fallbeispielen	95
4.2 Politische und ökonomische Elemente neuer Gesellschaftsverträge	98
4.3 Tätigkeitsräume und Neue Gesellschaftsverträge	102
4.4 Schrumpfung und Neue Gesellschaftsverträge	105
4.5 Fazit	108
5 Schluss	110
6 Literatur	113

1 Einleitung

Geht ein zweieinhalbjähriges Forschungsprojekt seinem Ende entgegen, so naht unerbittlich der Zeitpunkt, an dem ein Schlussbericht verfasst werden muss. Was ist nun zu tun, da die sich in diesem Zeitraum angesammelte Materialfülle in eine schlussberichtende Form gebracht werden muss? Als erstes eine Vergewisserung des Kontextes und des Ausgangspunktes, von dem aus wir losgezogen sind.

Unser Forschungskontext liegt innerhalb des in der sozial-ökologischen Forschung angesiedelten Forschungsverbundes „Blockierter Wandel? Denk- und Handlungsräume für eine nachhaltige Regionalentwicklung.“ Der Untersuchungsraum ist die Region „Muldemündung“ in Sachsen-Anhalt (die Mulde mündet bei Dessau in die Elbe). Der Forschungsverbund geht in seinen Hypothesen davon aus, dass dichotom strukturierte Denk- und Handlungsmuster die Umsetzung des Leitbildes der Nachhaltigen Entwicklung blockieren. Zumeist sind Dichotomien wie Kultur versus Natur oder Marktökonomie versus Versorgungswirtschaft durch hierarchisch oder geschlechtlich kodierte Zuordnungen gestützt. Aus diesem allgemeinen Zugang heraus hat unser Teilprojekt „Tätigkeitsräume“ drei Hypothesen formuliert, die sozusagen unser Handgepäck für die Forschungsreise darstellten, und die wir im Forschungsprozess überprüfen wollten. Die erste Hypothese bezieht sich auf die Ebene der Blockaden:

Die Entwicklung von Regionen im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation wird durch die Nichtsichtbarkeit jener Tätigkeiten blockiert, die als sorgende und pflegende Arbeiten den Stoffwechselprozess zwischen Mensch und Natur wesentlich mitprägen.

Sozial und ökologisch „wertvolle“ Tätigkeiten werden ökonomisch (als für den Markt „wertlose“) und politisch (als für die Öffentlichkeit „belanglose“) abgespalten. Kosten der Produktion für den Markt mittels Erwerbsarbeit werden auf diese Bereiche verlagert, abgeschoben – sie werden externalisiert. Die Folge sind Störungen bis hin zu Zerstörungen dieser beiden Bereiche. Das drückt sich heute in ökologischen und sozialen Krisen aus.

Das Konzept der Nachhaltigkeit konstituiert sich nun gerade als Antwort auf je historisch spezifische Krisensituationen. Das gilt für seine Ursprünge in der Waldwirtschaft (die „Holzkrise“ im 17. Jahrhundert aufgrund maßlosen Abholzens der Wälder) wie auch für seine neuere Ausformulierung durch die Brundtland-Kommission in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, deren Auftrag darin bestand, eine Konzeption gegen die doppelte globale Krise, die Armutskrise in den Ländern des Südens sowie die globale Ökologische Krise, zu entwerfen.

Nachhaltigkeit ist ein komplexes Lebensprinzip (Busch-Lüty 1996), das auf dauerhafte Erhaltung und Gestaltung allen Lebens gerichtet ist. Es ist die Grundlage für langfristige Existenzsicherungen von Mensch und Natur. Lebenserhalt bedeutet, die produktiven Kräfte, die in allen lebendigen Prozessen stecken, zu erhalten. Damit das gelingen kann, gilt es, das Zusammenspiel dieser Kräfte, ihr gegenseitiges Aufeinander-Angewiesen-Sein, zu beachten. So kommen alle Stufen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, der gleichzeitig Reproduktionsprozess ist, in den Blick. Eine nachhaltige Entwicklung erfordert, dieses ReProduktive als Ganzes derart bewusst zu gestalten, dass dabei die lebendigen Produktivitäten erhalten bleiben. „Erhalten durch Gestalten“ lautet die Devise (vgl. den gleichnamigen Tagungsband, herausgegeben von Biesecker/Elsner 2004).

Sozial-weibliche Produktivität und Naturproduktivität werden in diesem ReProduktionsprozess bewusst einbezogen, sichtbar gemacht, bewertet. Alle Tätigkeiten sind dabei gleich wichtig. Es gibt keine Begründungen für Hierarchien und Ausschlüsse. Diese Perspektive auf Nachhaltigkeit beinhaltet somit eine vielfältiges Gerechtigkeitsverständnis: In ihrer Orientierung auf den langfristigen Produktivitätserhalt nimmt sie sowohl die Gerechtigkeit zwischen heute lebenden und zukünftigen Generationen (inter-generationale Gerechtigkeit) als auch die zwischen den heute lebenden Generationen (intra-generationale Gerechtigkeit inkl. Nord-Süd-Gerechtigkeit) auf. Denn global heißt „Erhalten durch Gestalten“ gleichzeitig Armutsbeseitigung in den Ländern des Südens und Umverteilung. Beide generationale Gerechtigkeitskonzepte schließen die Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern ein.

Diese komplexe Nachhaltigkeitsperspektive bedeutet, die bisher ausgegrenzten Produktivitäten „heraus aus dem Schatten ins Licht“ zu holen. Gelingt das nicht, d.h. bleiben diese Tätigkeiten bzw. Prozesse unsichtbar und unbewertet, gelingt kein dauerhafter Produktivitätserhalt, wird eine nachhaltige Entwicklung und werden nachhaltige Existenzsicherungen blockiert.

Die zweite Hypothese verweist auf den Ursprung von Nichtsichtbarkeit der sorgenden und pflegenden Tätigkeiten:

Ökonomie und Politik sind gleichursprünglich für die Trennung der Tätigkeitsräume. Daher sind in diese sowohl die Dichotomien zwischen Erwerbsarbeit und nicht-erwerblichen Tätigkeiten als auch die zwischen öffentlichem und privatem Raum eingeschrieben.

Der Fokus liegt somit auf der Gleichursprünglichkeit sozialer und ökologischer Krisenphänomene. Hier können drei Zugänge ausgemacht werden:

Erstens die Gleichursprünglichkeits-These von Gerhard Scherhorn: Arbeitsplatzvernichtung und Umweltzerstörung haben die gleiche Ursache (1997). Die Zerstörung der natürlichen Mitwelt und der Verlust von Arbeitsplätzen werden gleichermaßen als Folge des ökonomischen Umbaus der Natur angesehen. Dies kann am Beispiel der Landwirtschaft gut nachvollzogen werden. Durch die Industrialisierung der Landwirtschaft – Einsatz von chemischen und technischen Mitteln – wurde die Produktion pro Hektar gesteigert; mit dem Ergebnis, dass sowohl die Anzahl der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft als auch die Qualität der Umweltmedien Wasser und Boden durch die Überlastung mit Schadstoffen deutlich zurückging. Die Rationalität von technischem Fortschritt wie ökonomischem Umbau führt also zu sozialen (Arbeitslosigkeit) und ökologischen (Umweltqualität) Krisenerscheinungen im Bereich der Produktivität.

Zweitens die Gleichursprünglichkeits-These von Adelheid Biesecker und Sabine Hofmeister (2003 und 2006): Die Ausgrenzung ökologischer und sozial-lebensweltlicher Produktivität verstellt den Blick auf Produktivität als ReProduktivität. Die Ausgrenzungen des Sozialen wie des Ökologischen aus dem Gegenstandsbereich der Ökonomik – von Adam Smith über Karl Marx bis hin zur neoklassischen Theorie – sind gleichursprünglich und führen aktuell zu einer Krise der sozialen und ökologischen ReProduktionsfähigkeit.

Drittens die Gleichursprünglichkeits-Hypothese, die sich in Hypothese 2 ausdrückt: Ökonomie und Politik sind gleichursprünglich für die Trennung der Tätigkeitsräume. Diese Hypothese haben wir in der Grundlegungsphase anhand der Politischen und Ökonomischen Theorie der beiden Gründungsväter John Locke und Adam Smith überprüft.

Unsere dritte Hypothese umfasst den Bereich der sozial-ökologischen Transformation:

Sozial-ökologische Transformationsprozesse bedürfen der (Wieder-)entdeckung „vergessener“ Arbeitwirklichkeiten, sowie der Entwicklung eines vielfältigen Tätigkeitskonzepts, in dem alle Tätigkeiten als Mitgestaltung von Natur und Gesellschaft angesehen und entsprechend gewertet werden.

Diese Hypothese fokussiert auf das aus dem oben entwickelten Nachhaltigkeitsverständnis folgende Tätigkeitskonzept, da im Mittelpunkt der Forschungstätigkeit unseres Teilprojekts die Tätigkeitsräume stehen (vgl. Biesecker; Winterfeld 1998). Es ist ein vielfältiges Tätigkeitskonzept, das alle für den gesellschaftlichen ReProduktionsprozess notwendigen Tätigkeiten als kooperatives, nicht hierarchisches Ganzes umfasst. Das bedeutet, dass gerade die abgespaltenen, die sorgenden und pflegenden Arbeiten in den Blick genommen werden sollen. Wie aber kommen diese Trennungen und Abspaltungen zustande?

Dieser Frage gehen wir im zweiten Kapitel nach. Hier wenden wir (Adelheid Biesecker und Uta v. Winterfeld) uns in einer *ideengeschichtlichen* Spurensuche den beiden „Vätern“ John Locke (für die liberale Demokratie) und Adam Smith (für die klassische Ökonomie) zu, um jene Blockaden auszumachen, die durch hierarchisch strukturierte Dualismen entstehen. Ausgestattet mit unseren Hypothesen analysieren wir Quellentexte und ziehen die für unseren Kontext relevante Sekundärliteratur hinzu. Die Theorien von John Locke und Adam Smith spielen zwar im England des 17. und 18. Jahrhunderts, sie sind aber grundlegend für die nach ihnen entwickelten theoretischen Gedanken in Politik und Ökonomie. Daher werden die gesellschaftlichen Regulationssysteme, über die Regionen gestaltet und Tätigkeitsräume bestimmt, bewertet und getrennt wurden und werden, von diesem Gedankengut bis heute wesentlich geprägt.

Die spezifische Ausprägung in unserer Untersuchungsregion „Muldemündung“ wird von Martina Schmitt untersucht. Sie zeichnet in einer *historischen* Spurensuche die Geschichte der Region als Geschichte der Herausbildung von Tätigkeitsräumen nach. Anhand von Internetrecherchen und Dokumentenanalysen skizziert sie Entwicklungslinien im Bereich der produktiven Arbeit, im Bereich der sog. reproduktiven Tätigkeiten und im Verhältnis, in dem beide zueinander stehen. Insbesondere wird von ihr überprüft, ob die dualen Strukturen auch für die sozialistische Gesellschaftsform der DDR gegolten haben. Dieser Aspekt wird von Annegret Ergenzinger vertieft. Sie überprüft unsere Vorannahmen exemplarisch und erzählt die Geschichte der Herausbildung von Tätigkeitsräumen mit Blick auf Akteurinnen und Akteure am Beispiel der Filmfabrik Wolfen. Sie zeichnet damit nach, welche Blockaden, aber auch Potenziale für eine nachhaltige Entwicklung vor allem in der DDR-Zeit der Filmfabrik auszumachen sind. Da dieser Text zwischen Theorie (Analyse historischer Quellen, lokaler Chroniken und einiger empirisch-kulturtheoretischer Untersuchungen) und Empirie (sechs geführte qualitative Interviews) pendelt, haben wir ihn in unser empirisches Kapitel, das Kapitel 3, als erste „Fallstudie“ mit hinein genommen.

Unsere hypothetischen Vorannahmen haben wir theoriegeleitet und aus dem feministischen Forschungskontext heraus (siehe z.B. Biesecker/Winterfeld 1998) formuliert. Um zu untersuchen, wie sie sich in der Praxis spiegeln und brechen, haben wir zwei „Tätigkeitsnetze“ ausgewählt: Das Netzwerk im Kontext der Goitzsche als Bergbaufolgelandschaft (das Netzwerk ist keine eigene Organisation, sondern es steht im Zusammenhang mit dem BUND-Projekt der „neuen Wildnis“) und das Netzwerk Gemeinwesenarbeit in Wolfen Nord (es steht im Kontext des Förderprogramms „Soziale Stadt“). Beiden Fallstudien ist eine spezifischen Theorie-Praxis-Kombination eigen. Uta v. Winterfeld wählt die Form einer „Transdisziplinären Erzählung“ für die Bergbaufolgelandschaft Goitzsche und Annegret Ergenzinger stellt das Tätigkeitsnetzwerk Wolfen Nord erneut zwischen Theorie und Empirie pendelnd (also weder induktiv noch deduktiv, sondern „abduktiv“) dar. Eine ausführlichere Erläuterung zu den von uns gewählten Methoden findet sich in den Fallstudien selbst.

Im Anschluss an das empirische Kapitel kehren Adelheid Biesecker und Uta v. Winterfeld zur Theorie zurück. Sie beziehen sich auf Fragen, die aus dem Fachworkshop „Nachhaltigkeit und Existenzsicherung in schrumpfenden Industrieregionen“ (der Workshop fand am 20. Juni 2005 in Wuppertal statt) hervorgegangen sind: Welche Konzeptionen des Politischen und des Ökonomischen sind denkbar, die die analysierten Trennungen und Abspaltungen nicht mehr brauchen? Wie können Gesellschaftsverträge gedacht werden, die inklusiv sind? Roland Roth leistet den beiden per Verkauftrag Gesellschaft, weil er zum Fachworkshop selbst nicht kommen konnte.

Und nun möchten Sie und möchtet Ihr, liebe Leserinnen und Leser unseres Schlussberichtes, wissen, wie die Geschichte weitergeht und was aus unseren Hypothesen im Verlaufe des Forschungsprozesses geworden ist? Also da ist wohl am besten, Sie begeben sich, möglicherweise mit Papier und Bleistift ausgestattet, sogleich auf die Lesereise.

2 Exklusionen – eine ideengeschichtliche und historische Spurensuche

Was verhindert die Umsetzung des Zieles nachhaltiger Regionalentwicklung, das doch längst proklamiert und anerkannt worden ist? Unseren Annahmen zufolge ist nachhaltige Regionalentwicklung blockiert, weil

- bestimmte Akteure und Akteurinnen, Institutionen und Handlungsmuster abgewertet und ausgegrenzt werden,
- Abwertungs- und Ausgrenzungsprozesse über Macht und Hierarchien realisiert werden,
- in die Verfasstheit bürgerlicher westlicher (Industrie)Gesellschaften Dualismen und dichotome Denkmuster eingeschrieben sind.

Vor diesem Hintergrund nehmen wir in einer *ideengeschichtlichen* Spurensuche anhand der beiden „Klassiker“ John Locke und Adam Smith jene Blockaden in den Blick, die durch hierarchisch strukturierte Dualismen entstehen: Indem beispielsweise John Locke den Wert der Arbeit hervorhebt, bestreitet er zugleich den Wert von Natur. Indem Adam Smith Kriterien für das entwickelt, was produktiv ist, bannt er zugleich all das, was diesen Kriterien nicht entspricht, in den Schattenraum dessen, was der neuen Ökonomie nicht angehört. Mit der Aufspaltung in öffentlich und privat, in produktiv und un- bzw. reproduktiv ist eine Trennung von Tätigkeitsräumen verbunden. Im unsichtbaren Schatten liegen insbesondere jene Tätigkeiten, die als nicht-erwerbliche, als sorgende und pflegende Arbeiten den Stoffwechselprozess zwischen Mensch und Natur wesentlich prägen. Allerdings werden Wert und Produktivität von Natur, von Frauen und deren Tätigsein nicht einfach vergessen. Vielmehr werden sie gerade als Unsichtbares, als Untergeordnetes und als stille Voraussetzung gebraucht.

In einer *historischen* Spurensuche wird die Geschichte der Region (Dessau, Bitterfeld, Wolfen) als Geschichte der Herausbildung von Tätigkeitsräumen nachgezeichnet. Skizziert werden Entwicklungslinien im Bereich der produktiven Arbeit, im Bereich der sog. reproduktiven Tätigkeiten und im Verhältnis, in dem beide zueinander stehen. Zu diesen Entwicklungen gehören politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen sowie die mit ihnen verbundenen Implikationen.

2.1 Zur Genese der Erwerbsarbeit und mit ihr verbundenen Ausgrenzungsprozessen bei John Locke und Adam Smith¹

„Arbeit“ und „Umwelt“ werden zumeist derart zueinander ins Verhältnis gesetzt, dass die Eignungsfähigkeit von Umweltschutz (insbesondere mit Blick auf Umwelttechnologien) zur Schaffung von Arbeitsplätzen herausgestrichen wird. Damit wird allerdings über die Qualität von Arbeit nichts ausgesagt. Eine sozial-ökologische Kritik der Erwerbsarbeit fragt vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Krisen (wie Arbeitslosigkeit und ökologische Krise) nach den Schattenseiten, welche die gesellschaftliche Organisation von Arbeit hervorbringt. Erwerbsarbeit ist nicht von Natur aus im gesellschaftlichen Zentrum gewachsen, sondern ihre Genese verweist auf die Anfänge der bürgerlichen-kapitalistischen Gesellschaft. Zu ihnen gehören die Theorien von John Locke (1632–1704) und Adam Smith (1723–1790).

2.1.1 Kernaussage bei John Locke und Adam Smith

Über diese beiden „Väter“ der politischen und der ökonomischen Theorie heißt es:

„He (Adam Smith, d. Verf.) was, on the economic side, the philosopher of the capitalist revolution, as John Locke was its philosopher on the political side.“ (Max Lerner in seiner Einführung zur Modern Library Edition von „The Wealth of Nations“ von 1937, S. X)

Auch wenn seit einigen Jahrhunderten Wellen der Modernisierung über diese Klassiker hinweggerollt sind, auch wenn die heutige Situation eine andere ist als die im England des späten 17. und 18. Jahrhunderts, so ist die Mitprägung der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft durch diese beiden noch heute in deren Verfasstheit eingeschrieben. Insbesondere sind es das auf Arbeit beruhende Recht auf Privateigentum bei John Locke und die Vorstellungen zu Arbeit und Produktivität bei Adam Smith. In beiden Theorien zeigen sich Ein- und Ausgrenzungen. Anhand der Entstehung der Arbeitswertlehre lässt sich trefflich zeigen, dass und wie mit der Entstehung des Wertes des einen (Arbeit) die Wertlosigkeit des anderen (Natur und sozial weibliche Tätigkeiten) verbunden ist.

Der Endzweck der bürgerlichen Gesellschaft, so John Locke in seiner Zweiten Abhandlung über die Regierung von 1690, ist die Erhaltung des Eigentums (Locke 1977 [1690]). Wenn eine Regierung nicht vermag, das Eigentum zu schützen und zu erhalten, so kann sie abgesetzt werden. Wie aber entsteht Eigentum?

Im Naturzustand (also dem „vertragslosen“ Zustand, der der bürgerlichen Gesellschaft vorausgeht) von John Locke gehört alles allen gemeinsam, weil Gott die Welt den Menschen gemeinsam übertragen hat. Dann aber:

„Obwohl die Erde und alle niederen Lebewesen allen Menschen gemeinsam gehört, so hat doch jeder Mensch ein Eigentum an seiner eigenen Person. Auf diese hat niemand ein Recht als nur er allein. Die Arbeit seines Körpers und das Werk seiner Hände sind, so könnten wir sagen, im eigentlichen Sinne sein Eigentum. Was immer er also dem

¹ Ausführlich hierzu siehe Biesecker; Winterfeld 2004.

Zustand entrückt, den die Natur vorgesehen und in dem sie es belassen hat, hat er mit seiner Arbeit gemischt und ihm etwas eigenes hinzugefügt. Er hat es somit zu seinem Eigentum gemacht. Da er es dem gemeinsamen Zustand, in den es die Natur gesetzt hat, entzogen hat, ist ihm durch seine Arbeit etwas hinzugefügt worden, was das gemeinsame Recht der anderen Menschen ausschließt.“ (ebenda, II, S. 216 u. 217)

Und noch einmal zusammengefasst:

„So viel Land ein Mensch bepflanzt, bebaut, kultiviert und so viel er von dem Ertrag verwerten kann, so viel ist sein Eigentum. Durch seine Arbeit hebt er es gleichsam vom Gemeingut ab.“ (ebenda)

Eigentum entsteht also über Aneignung von Natur durch Arbeit. Damit wird zugleich aus dem Natur-Raum ein durch Arbeit angeeigneter Eigentums-Raum. Je mehr Naturraum jemand durch Arbeit anzueignen in der Lage ist, desto größer sein Eigentumsraum. Die Aneignung von Natur wird damit sozusagen zur Eigentumsverlockung. Weiter legt dann John Locke in seiner zweiten Abhandlung einen Grundstein für die Arbeitswerttheorie. Für ihn ist es die Arbeit, die jedem Ding einen unterschiedlichen Wert verleiht:

„Es ist eine sehr bescheidene Schätzung, wenn man behauptet, dass die für das menschliche Leben nützlichen Erzeugnisse der Erde zu neun Zehnteln die Auswirkungen der Arbeit sind. Ja, wenn wir die Dinge richtig veranschlagen wollen, so wie sie in unseren Gebrauch kommen, und die einzelnen Kosten berechnen, die auf ihnen liegen, wenn wir weiter wissen wollen, was sie eigentlich der Natur verdanken und was der Arbeit, so werden wir sogar herausfinden, daß man in den meisten Fällen neunundneunzig Hundertstel ganz dem Konto der Arbeit zuschreiben muß.“ (ebenda, II, S. 225)

Hier lässt sich ein rasanter Wertverlust von Natur beobachten; binnen zwei Sätzen sinkt der Wert von 10 Prozent auf 1 Prozent. Der Produktionsfaktor „Natur“ verschwindet hinter dem Produktionsfaktor „Arbeit“, mit dem allein privates Eigentum erzeugt werden kann. Natur beginnt an genau dem Punkt zu verschwinden, wo John Locke anfängt, die einzelnen Kosten zu berechnen, die auf den Dingen des Gebrauchs liegen. Natur vermag also in der physischen Arbeitswerttheorie bei John Locke die Schwelle vom Gebrauch zum Tausch nicht zu überschreiten. Mit der Natur verschwinden aber zugleich auch alle jene Arbeiten, die *nicht* zur Besitzergreifung bzw. zum Eigentumserwerb gehören. Damit ist sowohl die Frage nach den Unterschieden zwischen Landeigentümern und Landlosen als auch die nach den Geschlechterverhältnissen aufgeworfen. Die Lektüre des Quellentextes zeigt hier: Es gibt bei John Locke mitunter Ehefrauen und Mütter, nie Töchter und Schwestern und zumeist Väter und Brüder. Aufschlussreich ist eine Passage, wo John Locke in emanzipativer Absicht klarstellen will, dass der Mensch von Natur aus frei von Unterwerfung gegenüber jeglicher Regierung sei. Er schreibt:

„Jeder Mensch wird mit einem zweifachen Recht geboren: Erstens mit einem Recht auf Freiheit für seine Person, über die kein anderer Macht hat und über die nur er selbst verfügen kann. Zweitens mit einem Recht, zusammen mit seinen Brüdern vor allen anderen Menschen den Besitz seines Vaters zu erben.“ (ebenda, II, S. 320)

Hier sind Freiheits- und Menschenrechte also als Eigentumsrechte von *Brüdern* bzw. als deren Erbrecht gegenüber ihren *Vätern* benannt. Die Bilder der klassischen Vertragstheorie, in der die Gleichheit aller (Brüder) ganz offensichtlich eine Ungleichheit enthält, werden der feministischen Vertragstheoretikerin Carole Pateman zufolge verständlich, wenn der „Geschlechtervertrag“ in den Blick genommen wird, der dem Gesellschaftsvertrag zugrunde liegt. Er basiert auf einer speziellen Art von Eigentum: dem Eigentum der Individuen an ihrer Person. Ein solches Eigentum besitzen aber nur Männer, weil nur sie Individuen sind. Es sind nur Männer, die frei und gleich geboren werden und von denen der Vertrag handelt. Was es bedeutet, ein „Individuum“ zu sein, ein Schöpfer von Verträgen und bürgerlich frei zu sein, das offenbart sich in der Unterwerfung der Frau in der privaten Sphäre, derjenigen Sphäre also, wo der Landeigentümer als Hausherr im Privatraum auftritt. Diese private Sphäre wird üblicherweise als notwendige, „natürliche“ Grundlage des bürgerlichen bzw. des öffentlichen Lebens angenommen und vorausgesetzt, *aber* als irrelevant für die Belange der Politischen Theorien und Aktivitäten behandelt. Insofern ist sie Voraussetzung, aber nicht Gegenstand des neuen Vertrages. Daher ist für John Locke auch die natürliche Unterwerfung von Frauen, die ihren Ausschluss aus der Kategorie des Individuums bedingt, irrelevant. Die Unterwerfung der (Ehe)frau unter den (Ehe)mann ist kein Beispiel für politische Herrschaft und Unterordnung und widerspricht daher auch nicht der Annahme von natürlicher Gleichheit. Die Macht eines Vaters und Ehemannes ist immer verschieden von der des Richters, der ein politischer Herrscher ist und Macht hat über Leben und Tod seiner Untertanen (Pateman 1988, S. 53).

Wie bei John Locke, so stellt auch bei Adam Smith Arbeit ein Kernelement seiner Philosophie dar. Arbeit wird nun verstanden als „Erzeugnisse“ produzierende Tätigkeit:

„Die jährliche Arbeit eines Volkes ist der Fonds, der es ursprünglich mit allen Lebensbedarfs- und Genussgütern versorgt, die es jährlich konsumiert, und die immer aus dem unmittelbaren Erzeugnis dieser Arbeit oder aus dem bestehen, was für dieses Erzeugnis von anderen Völkern gekauft wird.“ (Smith 1973 [1776], S. 1)

Diese Erzeugnisse sind Waren, Arbeit ist somit warenproduzierende Arbeit, Arbeit für den Markt. Geleistet wird sie vom Arbeitsmann (workman), wobei Adam Smith gleich darauf von „nützlicher Arbeit“ spricht, die er auch „produktiv“ nennt. Diese „nützlichen“ Arbeiter werden vom Kapital angestellt. Arbeit wird also bereits gesehen als der Kapitalverwertung dienende Arbeit. Damit ist klar: Der ganze Bereich der sorgenden Tätigkeiten ist nicht im Arbeitsbegriff enthalten, die *„allgemeine Erwerbstätigkeit der Gesellschaft“* basiert auf einem engen Arbeitsbegriff. Adam Smith untersucht dann weiter die Arbeitsteilung als Methode der Vervollkommnung der Produktivkräfte, die wiederum den Tausch verstärkt, weil die produzierte Warenmenge pro Arbeitsstunde wächst. Die weitere Entwicklung der Arbeitsteilung mit ihrer Produktivitätssteigerung hängt dann folgerichtig von der Ausdehnung des Marktes ab. Ist die Arbeitsteilung einmal durchweg eingeführt, so gilt: Es

„lebt jeder vom Tausch, oder wird gewissermaßen ein Kaufmann, und die Gesellschaft selbst wird eigentlich eine Handelsgesellschaft.“ (ebenda, S. 28)

Adam Smith unterscheidet in seiner Untersuchung Gebrauchswert und Tauschwert und macht deutlich, dass es in der ökonomischen Analyse um den Tauschwert, nicht um den Gebrauchswert geht. Dieser stellt die stoffliche Grundlage und damit eine Art natürliche Basis für den

Tauschwert dar. Ökonomie ist gemäß dieser Analyse Marktökonomie, Arbeit ist Erwerbsarbeit und Produktivität ist waren-erzeugende Produktivität. Tätigkeiten von Frauen sind in diesem Zusammenhang insofern relevant, als der Markt auf „ehrlichen Spielregeln“ aufruht, die nicht am Markt, sondern in der Familie gelernt werden (dies wird von Adam Smith in seinem anderen Hauptwerk, der „Theorie der ethischen Gefühle“ (1985 [1759])) entwickelt. Aber auch die Herausbildung von Moral ist bei Adam Smith eine männliche Tat, allerdings in dem von Frauen gestalteten familialen Raum. Die feministische Ökonomin Edith Kuiper deutet dies dahingehend, dass der „innere Mensch“ bei Adam Smith, dessen Sympathie das Maß für moralisches Handeln wird, als „father within“ interpretiert werden kann (Kuiper 2003). Das Ergebnis der Grundlegung der ökonomischen Theorie durch Adam Smith ist also ein Bild von Ökonomie, die ausschließlich aus warenproduzierenden Unternehmen (Manufakturen) mit Erwerbsarbeit und aus Märkten besteht, an denen Männer, getrieben von Eigennutz und begrenzt durch Moral, handeln. Vorausgesetzt ist dieser Ökonomie die Familie, in der Frauen so unsichtbar tätig sind, dass Smith sie nicht einmal für die Erziehung zu moralischer Kompetenz entdeckt. Was immer Frauen dort tun, ist keinesfalls Arbeit.

Zusammengefasst ist Arbeit bei John Locke nur als Natur unterwerfende bzw. das Land kultivierende Arbeit konzipiert und nur als solche wertvoll. Bei Adam Smith wird „Arbeit“ weiter differenziert in produktive (warenproduzierende) und unproduktive (Dienste leistende) Arbeit. Die Nützlichkeit familialer Tätigkeit wird beschrieben, ohne sie „Arbeit“ zu nennen. „Natur“ taucht nicht mehr als selbständige Kategorie, sondern verwandelt in Gebrauchswerte auf.

Bei John Locke wird somit ein Gesellschaftsvertrag skizziert, in dessen Zentrum das Privateigentum der über Arbeit angeeigneten, an sich wertlosen Natur steht. Da die soziale Institution Ehe und der Privatraum Familie bei John Locke ebenfalls dem Naturzustand angehören, verbleibt auch die Arbeit von Frauen dort. Sie kann sozusagen nicht gesellschaftsfähig und nicht „wertvoll“ werden, weil sie der Natur nichts anderes zusetzen kann als Natur. Damit wird Natur ebenso wie die nicht Natur in Privateigentum verwandelnde Arbeit von Frauen zur stillen Voraussetzung. Bei Adam Smith ist das gesamte Werk von männlichen Akteuren geprägt: die Arbeitsmänner, genauer untersucht in verschiedenen Gewerben, die Pächter, Grundbesitzer und Kapitalisten; und in der Werttheorie die Biberjäger und die Hirschjäger. Diese männlichen Akteure kommen auch in ihrem privaten, auf die eigene Versorgung bzw. die Versorgung der Familie gerichteten Leben scheinbar ohne Frauen aus. Deren Arbeit ist ökonomisch *und* politisch wertlos. Bei John Locke ist die Arbeit der Frau „Natur“ und als solche für den neuen Gesellschaftsvertrag nicht weiter erwähnenswert. Die Arbeit des Mannes hingegen überwindet Natur und erzeugt privates Eigentum. Bei Adam Smith kann der „Brotverdiener“ unterschiedliche Rollen spielen, die des „workman“ oder die des „master“. Für letztere benötigt er Kapitaleigentum, für erstere nur sein „Arbeits-Eigentum“, das er als „Arbeitskraft“ verkauft. Diese Arbeit ist umso produktiver, je mehr „Naturstoff“ von derselben Arbeitskraft pro Zeiteinheit in Waren verwandelt wird. Woher der Naturstoff kommt, wer ihn produziert hat – diese Produktionsquelle bleibt im Dunkeln bzw. sie wird in Arbeitsproduktivität uminterpretiert.

Damit sind Natur und nicht-erwerbliche Arbeit gesellschaftlich wertlos. Quantitativ wertlos, weil sie in die neue Berechnung von Kosten und Preisen nicht eingehen. Qualitativ wertlos, weil sie kein Qualitätskriterium im neuen, auf technischer Naturbeherrschung basierenden Fortschrittsmodell darstellen. Die „Externalisierungen“ von John Locke und Adam Smith sind gravierend. Sie erscheinen *nicht* als punktuelles Vergessen von *Kosten* oder eine eher zufällige, unbeabsichtigte

Nebenwirkung. Vielmehr erscheint Externalisierung als *Prinzip*, als Eingrenzung, die auf Ausgrenzung angewiesen ist. Das „Externalisierte“ ist im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess immer präsent – abgespalten und einbezogen zugleich.

Auf der Ebene der Bewertungen allerdings sieht das anders aus. Bewertung erfolgt über den Markt, in den Preisen erscheinen die durch Erwerbsarbeit geschaffenen Werte. Sozial weibliche wie auch ökologische Produktivität tauchen hier nicht auf. Auf der Ebene der Bewertungen wird also der Bruch zwischen ihnen und der Produktivität, die sich in Waren für den Markt ausdrückt, realisiert: Es scheint nur noch Marktwerte zu geben.

2.1.2 Drei Ebenen von Externalisierung

Anliegen der dargelegten ideengeschichtlichen Spurensuche ist es, einige Grundlegungen zu Natur, Arbeit und Gesellschaft bei zwei „Vätern“ der Theorie der bürgerlichen Gesellschaft herauszuarbeiten, die bis heute für die politische und ökonomische Theorie gültig und aktuell sind. Anhand der Analyse der dualen Struktur bei John Locke und Adam Smith erweist sich, dass es sich bei der Ausgrenzung natürlicher Produktivität und sozial weiblicher Arbeit *nicht* um „vergessene Wirklichkeiten“ oder „blinde Flecken“ handelt. Vielmehr braucht die Eingrenzung auf das, was bürgerliche Gesellschaft ist, zugleich die Ausgrenzung dessen, was sie nicht ist und was ihr dennoch – nun allerdings unsichtbar und nicht bewertet – zugrunde liegt. Die dualistische Struktur bei John Locke und Adam Smith weist somit *Inhärenzen* auf: Die Gesellschaft braucht beispielsweise eine zugrunde liegende Natur (in der Vertragstheorie der Naturzustand, in der ökonomischen Werttheorie der Gebrauchswert sowie die nicht-warenförmige Natur), auf der sie sich entwickeln kann. Gesellschaftlicher Fortschritt ist an Ressourcen gebunden, die nicht Bestandteil dieses Fortschritts sind, sondern nur wertloses Material für denselben darstellen.

In diesem Zusammenhang sprechen wir von Externalisierung als Prinzip. Wir meinen damit nicht ausschließlich und auch nicht vor allem die Externalisierung von Kosten, über deren Internalisierung heute viel gesprochen wird (obgleich bei John Locke, s.o. S. 13, Externalisierung von Naturwerten genau dort geschieht, wo er anfängt, Kosten zu berechnen). Gemäß unseren Untersuchungen ist etwas anderes zentral: Erstens bezieht sich Externalisierung ganz allgemein auf soziales und auf ökologisches Vermögen, auf Tätigkeiten und auf Produktivität. Zweitens kann die von John Locke und von Adam Smith entworfene bürgerliche Gesellschaft die von uns herausgearbeiteten Externalisierungen *nicht* internalisieren, weil sie von ihnen abhängig ist.

Daher ist das hinter der dualen Struktur liegende „Ganze“ zu problematisieren. Wert und Produktivität von Natur, von Frauen und deren Tätigsein werden nicht einfach vergessen. Sondern ihnen wird eine untergeordnete Stellung, ein unsichtbarer Raum zugewiesen, weil sie im neuen Denken *als Abgespaltenes* gebraucht werden. Dies kann anhand von drei Punkten präzisiert werden:

1. Geschlechtliche Implikationen

Die geschlechtlichen Implikation bei John Locke und Adam Smith verweisen auf eine hinter den Dualismen von öffentlich – privat, wertvoll – wertlos ... liegende Struktur: Dem Begriff „Implikation“ entsprechend sind Frauen im neuen Gesellschaftsvertrag und in der neuen Ökonomie enthalten, mit gemeint – aber es wird fast nichts ausdrücklich über sie gesagt. Als anwesend

Abwesende, als stillschweigende Voraussetzung und Schattenbild sind sie ausgegrenzt Zugehörige. „Das Ganze“ erscheint hier als eine patriarchale Geschichte, die den privaten Bereich erst etabliert und seine Trennung von der öffentlichen Sphäre notwendig macht (siehe auch Pateman 1988, S. 11 u. 12). Damit werden Wirklichkeiten und Möglichkeiten von Frauen in einen der öffentlichen Gesellschaft externen privaten Raum gebannt.

2. Hierarchie- und Herrschaftsverhältnisse

Die klassische politische (Vertrags)theorie der bürgerlichen Gesellschaft basiert auf einer „natürlichen“ Ungleichheit. Im so genannten „Naturzustand“ ist die Frau in der „natürlichen“ Institution Familie und Ehe der Herrschaft des Mannes unterworfen. Diese „natürliche“ Unterworfenheit bleibt in der die bürgerliche Gesellschaft prägenden, „privaten“ Familie erhalten. Als „soziale“ Ungleichheit ist sie nicht relevant, da das Private aus dem politischen Leben ausgeschlossen wird – es aber zugleich erst ermöglicht. In der klassischen ökonomischen Theorie werden die Existenz von Frauen als Ehefrauen, Hausfrauen, Mütter sowie ihre sorgenden Tätigkeiten dem ökonomischen Prozess vorausgesetzt und auf diese Art und Weise in ihn integriert. Aber diese Tätigkeiten werden nicht bewertet, weil Wert nur durch Arbeit, durch warenproduzierende Arbeit entsteht. Die Produktivität der weiblichen sorgenden Arbeit wird hingegen gleichzeitig ausgegrenzt und angeeignet (siehe auch Kuiper 2002 und 2003). Externalisierungsprozesse sind somit herrschaftlich strukturiert. Sie speisen sich aus der Gleichzeitigkeit von Verfügung und Ausgrenzung.

3. Arbeit und gesellschaftliche Naturverhältnisse

Bei John Locke ist die Arbeit der Frau „Natur“ und als solche für den neuen Gesellschaftsvertrag nicht weiter erwähnenswert. Die Arbeit des Mannes hingegen überwindet Natur und erzeugt privates Eigentum. Bei Adam Smith wird die weibliche Sorge-Arbeit unbewertet vorausgesetzt. Da am Markt nur Tauschwerte zählen, wird Natur nur dann bewertet, wenn sie die Form der Ware annimmt, d.h. einen durch Arbeit geschaffenen Tauschwert darstellt, während nicht-warenförmige Natur in das ökonomische Kalkül nicht eingeht (siehe auch Immler 1985). Zugleich arbeiten sowohl John Locke als auch Adam Smith mit unterschiedlichen Naturbegriffen. Während die „große Mutter Natur“ bei beiden das menschliche Tätigsein harmonisch umfasst, stellt „Tochter Natur“ die Ressource, das natürliche Material dar, das es zu bearbeiten, in Eigentum und Waren zu verwandeln gilt. Es ist erst die männlich-menschliche Arbeit, die diese an sich wertlose Quelle in Glück und Reichtum verwandelt. Damit aber sind im Grunde alle drei, Mutter und Tochter Natur wie auch die nicht-erwerbliche Arbeit gesellschaftlich wertlos. Es erfolgt also nicht nur eine Externalisierung privater Kosten, sondern auch eine Externalisierung von Tätigkeiten in einen scheinbar nicht vergesellschafteten Naturraum hinein.

2.2 Zur Regionalgeschichte des TätigSeins

Den Rahmen der nun folgenden historischen Betrachtung² und die analytische Grundlage bilden die dichotomen Kategorien: Erwerbsarbeit – Nicht-Erwerbsarbeit, Produktion – Reproduktion und öffentlich – privat.³ Im Mittelpunkt des Interesses stehen die zentralen Tätigkeitsräume, innerhalb derer sich die regional ansässige Bevölkerung, in ihrem Bemühen um Existenzsicherung, betätigt.

2.2.1 Tätiges Sein: Historische Ausgangsbasis am „Abend“ des Zweiten Weltkrieges

Bis etwa Mitte des 18. Jahrhunderts war es die Landwirtschaft, über die die regional ansässige Bevölkerung ihren Lebensunterhalt sicherte. Die Aktivitäten der Familienmitglieder waren auf produktive Arbeit in der häuslichen Umgebung und auf die Sorge für die Familienmitglieder gerichtet. Besonders augenscheinlich war die enge Verknüpfung zwischen der Sphäre des Familienlebens und der Gemeinschaft. Mit dem Wandel von der Agrar- zur Industriegesellschaft begann sich der patriarchale Haushalt aufzulösen (vgl. Cancian 1987).

Eckpunkte der Reformbewegungen spiegeln sich in der Untersuchungsregion in der Rationalisierung der Landwirtschaft (19. Jh.) wider. Mit ihr ging die Überführung der von den Bauern subsistent und kollektiv genutzten Hutungsflächen in individuellen Privatbesitz einher. Die zahlreichen Kleinbauern und Häusler verloren ihre Existenzgrundlage. Die landwirtschaftliche Bewirtschaftung entwickelte sich in der Folgezeit – zunehmend intensiviert und mechanisiert – zu einem Gewerbe, das auf Gelderwerb ausgerichtet ist. Einen weiteren Eckpunkt der regionalen Entwicklung markierten die Zuckerrübenverarbeitung und ihr enormer Bedarf an Maschinen und Energie (Pionierindustrie – vgl. Lenz 1999). Mit dem Aufschluss der Kohlengrube Augustine (1837) im Umland von Bitterfeld wurde erneut ein Meilenstein gesetzt, weitere Aufschlüsse folgten im Zeitverlauf.

In der Folgezeit haben niedrige Kohlepreise, eine gute Verkehrsinfrastruktur (Wasserstraßen; Schienennetz), günstige Baustoff- und Bodenpreise Bitterfeld zu einem gefragten Standort für die energieintensiven Produktionsanlagen der chemischen Industrie werden lassen.⁴ Die chemische Großindustrie war, neben den Kohlevorkommen, Impulsgeber für die Ansiedlung weiterer Industriebetriebe.

Die Energieversorgung wurde von der chemischen Industrie über eigene Anlagen, auf der Basis der Braunkohleverwertung, sichergestellt. Es entstanden große Kraftwerke. Elektrizität wurde ebenso „zum Symbol gesellschaftlicher Veränderungsprozesse“ (ebenda, S. 85) wie die fortschreitende Urbanisierung.⁵

2 Ausführlich hierzu siehe Schmitt 2004.

3 Die Entstehungsgeschichte produktiver und reproduktiver Tätigkeitsräume, öffentlicher und privater Sphäre und damit verbundenen Ein-/Ausgrenzungen sowie Auf-/Abwertungen hat gezeigt, dass die sozial weiblichen Tätigkeiten sehr wohl produktiv sind. Dennoch nennt sie der Sprachgebrauch nach wie vor „reproduktiv“. Auch unser Abschlussbericht enthält unterschiedliche Formulierungen. Sie zeigen, wie schwierig es ist, „richtig“ Begriffe in einer „falsch verstandenen“ Wirklichkeit zu finden.

4 Bitterfeld: 1893/94 Chemische Fabrik Elektron AG, Elektrochemischen Werke zu Berlin; Wolfen: 1895 Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation (Agfa), 1909 die „Agfa-Filmfabrik“ (vgl. Ergenzinger 2004).

5 Auch in Dessau vollzog sich der Industrialisierungsprozess in einem rasanten Tempo. Hier waren der Geräte- und Maschinenbau die tonangebenden Branchen (vgl. Lenz 1999).

Zu Zeiten des Ersten Weltkrieges (1914–1918) wie des Zweiten Weltkrieges (1939–1945) avancierten Dessau, Bitterfeld und Wolfen zu „kriegswichtigen“ Produktionsstätten. Angestoßen durch die Kriegsmaschinerie haben sich im industriellen Bereich umfassende Modernisierungs-, Rationalisierungs- und Konzentrationsprozesse vollzogen.

Mit den fortschreitenden Industrialisierungsprozessen strömten immer mehr Menschen zu den Produktionsstätten in der Region. Bitterfeld schwoll nach der Erschließung der Kohlegruben und der Ansiedlung zahlreicher Betriebe zwischen 1865 und 1905 von 48 000 auf 72 000 EinwohnerInnen an. Die voranschreitende Verstädterung konfrontierte die Kommunen mit Problemen der Wohnraumbeschaffung wie auch der „Daseinsfürsorge“ (z.B. Ernährung, Wasserver-/Abwasserentsorgung). Problemlösungsorientierte neue infrastrukturelle Einrichtungen begannen um die Jahrhundertwende den Raum zu strukturieren und schufen gleichzeitig neue Formen erwerbsförmiger Arbeit. In Dessau entstanden z.B. zentrale Großschlachtereien, Wasserwerke, Hauptpost, Schwimmhalle, Rathaus etc. (vgl. ebenda).

Für die Ansiedlung und den Betrieb industrieller Fabrikationsstätten gab es zunächst keine rechtlichen Regelungen. Im preußischen Staat setzte sich die Auffassung durch, dass solche „»Übelstände« als Normalität der gesamtgesellschaftlich überwältigenden Interessen der Industrie“ zu akzeptieren seien (vgl. ebenda, S. 35). Der quantitativ wie qualitativ neue Zugriff auf den Naturhaushalt, die Landschaft und den Menschen erwies sich zunehmend als problematisch – sowohl die Umwelt als auch die Gesundheit schädigend.⁶ Die Lebensbedingungen der Menschen zeichneten sich durch erhöhte Arbeitsintensität, schwierige Ernährungslage, Gesundheitsgefährdungen durch unzureichende Sicherheit in den Produktionsverfahren und Umweltverschmutzung aus.

Die Kriegswirtschaft während der beiden Weltkriege „suchte(n) den Antagonismus von Kultur und Natur aufzuheben, um auf gleichsam »natürlichem Wege« Land und Leute der komplexen Vernutzung zu überantworten“ (Lenz 1999, S. 58, vgl. auch S. 148). Der ReProduktion bzw. ReProduktionsfähigkeit von Mensch und Natur wurde von Seiten des Staates oder des Unternehmertums kaum Aufmerksamkeit geschenkt.

Mit der Durchsetzung der Industrialisierung und kapitalistischen Wirtschaftsweise bewegten sich – neben der ökonomischen Produktion – auch Erziehung, Ausbildung und Gesundheitsfürsorge aus den Haushalten heraus und fanden in Fabriken, Büros, Schulen und Krankenhäusern ihren neuen Platz. Die neu entstehenden Tätigkeitsfelder, z.B. Handwerk und vor allem Lohnarbeit, waren in der Hauptsache Männern zugänglich. Die Haushalte wurden kleiner. Sie bestanden aus einem Vater, der einer außerhäuslichen Erwerbstätigkeit nachging, um für den Lebensunterhalt zu sorgen, und einer „liebenden“ Mutter, deren Hauptaufgabe die Sorge um den Ehemann und die Kindererziehung umfasste.

Während des Zweiten Weltkrieges gingen zwar mehr Frauen einer Erwerbstätigkeit nach, das änderte an dieser Konstellation jedoch kaum etwas: Zum einen waren sie nach Kriegsende Verdrängungsprozessen ausgesetzt, zum anderen hat ihre Berufstätigkeit sie nicht von ihren häuslichen Pflichten entbunden (vgl. Cancian 1987).

Mit dem Auseinanderdriften der täglichen Aktivitäten von Männern und Frauen und mit der damit verknüpften Aufspaltung menschlichen Tätigseins in produktive und reproduktive Tätig-

6 Bspw.: Gerüche, Abflüsse und Lärmbelästigungen, Absinken des Grundwassers.

keiten etablierte sich eine Weltsicht, die die Polarisierung der Geschlechterrollen weiter untermauerte. Die „Kriegswirtschaft“ war der Durchsetzung von Lohnarbeit als vorrangigem, gesellschaftlich angesehenem Modus der Existenzsicherung zuträglich. Das für die ReProduktion von Mensch und natürlicher Mitwelt notwendige Zusammenspiel von so genannten „produktiven“ und „reproduktiven“ Tätigkeiten geriet aus dem Blick.

2.2.2 Tätiges Sein in der „Republik der Werktätigen“

Nach Kriegsende haben die ökonomischen wie gesellschaftlichen Strukturen tief greifende Veränderungen erfahren. Dessau, Bitterfeld und Wolfen lagen in der sowjetisch besetzten Zone und gingen mit in der Deutschen Demokratischen Republik auf. Die Ausformung der DDR geht auf das politisch-ideologische Konzept einer sozialistischen Gesellschaftsordnung – einer klassenlosen Gesellschaft – zurück. Wesentliche Bestandteile der in diesem Konzept formulierten Ziele waren: die Beseitigung des Privateigentums bzw. Schaffung sozialistischen Eigentums und die Implementierung einer zentralistischen Wirtschaftslenkung. Erwerbsarbeit wurde zum Modus der gesellschaftlichen Integration, des Abbaus sozialer Differenzierungen und der gleichberechtigten Integration von Frauen und Männern in den Produktionsprozess und die Gesellschaft erhoben. Damit aufs Engste verknüpft war die Vorstellung, alle für die Existenzsicherung notwendigen Tätigkeiten wie Hausarbeit, Kindererziehung, Altenbetreuung u.a. zu vergesellschaften. Die gesellschaftliche Gestaltungsmacht oblag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und den politischen Institutionen des Landes. Politische Entscheidungen wurden an diesen Prämissen ausgerichtet.

In der Region fand, an die bereits vorhandenen industriellen Kernbereiche anknüpfend, eine industrielle Restrukturierung statt. Die Energieversorgung wurde in bewährter Weise über die Vernutzung von Braunkohle sichergestellt. Die bereits angelegte industrielle Monostruktur wurde dadurch weiter gefördert. Schlüsselindustrien, wie die Maschinenbetriebe in Dessau, die elektrochemische Industrie in Bitterfeld und die Farbenfabrik Wolfen, wurden in „sowjetische Aktiengesellschaften zum Eigenbetrieb“ umgewandelt (1945–1953). Zahlreiche weitere Betriebe wurden in volkseigene Betriebe (VEB) überführt (vgl. Lenz 1999). Ende der 1960er Jahre wurden die Betriebe zu großen Kombinat⁷ zusammengefasst: Es entstanden in Bitterfeld das Chemie-Kombinat, das Braunkohlekombinat und der Großbetrieb Industrie- und Kraftwerksrohrleitungen sowie in Wolfen das Fotochemische Kombinat ORWO (vgl. Peters 1999). Alle wurden von staatlichen Funktionären in Form einer „Kommandowirtschaft“ geleitet (vgl. Lenz 1999).

Das formulierte Ziel der DDR-Wirtschaft war es, den Systemwettbewerb mit der Bundesrepublik zu gewinnen. Die wirtschaftliche Situation in den Betrieben Dessaus, Bitterfelds wie Wolfens und anderenorts erwies sich jedoch zunehmend als schwierig: Probleme ergaben sich im Bereich der Energie- und der Ressourcenversorgung. Aufgrund unterlassener Innovationen traten Mängel in den Anlagen auf, viele ArbeiterInnen waren unzumutbaren Arbeitsbedingungen ausgesetzt. Weder die Erhöhung der Arbeitskräftezahl noch die Einführung neuer Technologien und Arbeitstechniken konnten die zur Zielerreichung notwendigen und erwarteten Produktivitätssteigerungen realisieren (vgl. ebenda).

7 Ziel der Kombinatbildungen war es, ein geschlossenes System zu installieren, das neben den Produktionsstätten z.B. auch Anlagen zur Herstellung der Produktionsmittel/Maschinen umfasste.

Die Begeisterung für das neue Gesellschaftsmodell verlor sich in den 1970er Jahren merklich. Daran konnte auch die Regierung Honeckers, die mit dem Konzept der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ antrat, nichts ändern. Nach diesem sollten die mangelnden Versorgungsleistungen und sozialen Infrastruktureinrichtungen über eine konsumfreundliche Wirtschaftspolitik und die Erhöhung des Lebensstandards kompensiert werden. Dabei wurde den Betrieben/Kombinaten zunehmend die soziale Versorgung ihrer MitarbeiterInnen überantwortet. Die Chemiekombinate im Kreis Bitterfeld und Wolfen fungierten nicht nur als Arbeitgeber für nahezu 70 Prozent der ansässigen erwerbstätigen Bevölkerung, sondern stellten eine Vielzahl an Leistungen zur Verfügung, die dem Bereich reproduktiver Tätigkeiten zuzuordnen sind.

Das Recht jedes erwerbsfähigen Bürgers auf einen Arbeitsplatz, das von den Bürgern in Anspruch genommen und vom Staat eingelöst wurde, gehörte zu den zentralen Charakteristika der DDR. Die gesellschaftliche Integration und der gesellschaftliche Status waren über die Arbeitsplatzgarantie in vielfältiger Weise gesichert.

Das Spezifische der „Gesellschaft der Werktätigen“ waren jedoch Erfindungsreichtum, Einsatzbereitschaft, Geschick und Fantasie im alltäglichen Umgang mit Unwägbarkeiten, die durch den permanenten Mangel erzeugt wurden. Diese besondere Situation der ArbeiterInnen ermöglichte es der Arbeiterschaft in den verschiedenen Betrieben, formale Hierarchien zu unterlaufen.

„Entscheidend war die Aushebelung der formellen Rangordnung und ihre Ersetzung durch eine informelle, jedoch desto verbindlichere, die die Führungsgruppen in Staat und Wirtschaft und selbst die verschiedenen Fraktionen der Intelligenz (...) zu den Arbeitern aufschauen ließ“ (Engler 2002, S. 76/77).

Bittner beschreibt das Eindringen lebensweltlicher Elemente in die betrieblichen Sozialbeziehungen als „funktionale Überlagerung und »Reziprozität« von formellen und informellen Ebenen“ (Bittner 1998, S. 50). Die ArbeitskollegInnen begleiteten einander durch alle Lebensphasen und verbrachten ihre freie Zeit, z.B. bei gemeinsamen Theaterbesuchen, im Werkrestaurant, bei Kegelabenden und Sportfesten. Die arbeits- und mangelbezogenen Verhaltensroutinen haben sich in der sozialen Alltagspraxis niedergeschlagen.

In Artikel 7 der DDR-Verfassung (1949) wurde die Gleichberechtigung von Frau und Mann formal festgeschrieben (vgl. Schröter 2000). Die Grundlage der Ausgestaltung des Geschlechtervertrages bildete das Primat der gesellschaftlichen Integration durch Erwerbsarbeit, das für Männer wie für Frauen von Relevanz war (vgl. Dölling 2003).

Für die Frauen, ob in Dessau, Bitterfeld, Wolfen oder anderswo, wurde es selbstverständlich, erwerbstätig zu sein, weiter Kinder zu bekommen und den größten Teil der Familien- und Hausarbeit zu erledigen.

Die Frauenerwerbs- und Familientätigkeit wurden vom sozialistischen Staat in vielfältiger Weise gefördert. Die Frauenpolitik der SED lässt sich, je nach Schwerpunktsetzungen, in drei Phasen unterteilen (vgl. Hildebrandt 1994): In den Jahren 1946 bis 1965 stand die rechtliche Gleichstellung

der Geschlechter im Zentrum der politischen Bemühungen.⁸ Das Leitbild der Frau, das unter Rückgriff auf alle Medien entworfen wurde, propagierte das Bild einer gesellschaftlich aktiven, berufstätigen Frau. Ab 1963 zielte die Frauenpolitik darauf ab, Mängeln in der Qualifizierung von Frauen durch berufliche Aus- und Weiterbildung zu begegnen. Die Qualifikation von Frauen für die Übernahme von Leitungsfunktionen wurde als neue Aufgabe der Frauenpolitik definiert. Auf dem VIII. SED-Parteitag (1970) wurde die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowohl gesetzlich als auch im alltäglichen Leben als verwirklicht betrachtet. Mit der Amtsübernahme Honeckers im Jahre 1972 wechselte die politische Zielsetzung erneut.⁹ Fortan stand die Förderung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie im Blickpunkt der politischen Interessen (vgl. Schröter 2000, S. 184). Entsprechend der neuen Politikrichtung wurde ein Leitbild kreiert, das Frauen als Mütter und Berufstätige projizierte. (vgl. Hildebrandt 1994)

„Eine Frau in der DDR ohne Vollarbeitszeit, ohne möglichst zusätzliches Sonder- und Abendstudium zu absolvieren, ohne dazu noch Kinder und Familie zu haben, war eben keine Frau im neuen Sinne, (...)“ (Neuke 1994, S. 145).

Die familienpolitischen Maßnahmen, die diesem Leitbild folgten, schlossen finanzielle Zuwendungen, Beurlaubung bei Schwanger- und Mutterschaft, Verkürzung der Arbeitszeit für Mütter (Haushaltstag), bezahlte Freistellung im Krankheitsfall, Arbeitsplatzgarantien sowie ein umfassendes Kinderbetreuungssystem ein (vgl. Hildebrandt 1994, S. 25 ff.).

Auch wenn in der Deutschen Demokratischen Republik die gleichberechtigte Einbeziehung von Männern und Frauen in den gesellschaftlichen Arbeitsprozess auf „dem Papier“ stand und im Jahre 1986 rund 91 Prozent der Ost-Frauen (vgl. ebenda) in den Erwerbsarbeitsprozess integriert waren – es waren die Frauen und speziell die Mütter, auf die die sozialpolitischen Maßnahmen abgestimmt waren.¹⁰ Damit wurde die Hauptverantwortlichkeit der Mütter für die reproduktiven Tätigkeiten festgeschrieben.¹¹ Überdies wurden mit der Überbewertung von Erwerbstätigkeit – und insbesondere weiblicher Erwerbstätigkeit – reproduktive Tätigkeiten zusätzlich abgewertet. Das Vergünstigungssystem hatte eine weitere Kehrseite: Es machte Frauen, aufgrund möglicher kindbezogener Ausfallzeiten, zu unberechenbaren und damit unattraktiven Mitarbeiterinnen. Dazu waren viele weibliche Erwerbstätige im Fürsorge- und Dienstleistungsbereich tätig. Und auch hier galt, „je größer der Fürsorgeteil der Arbeit (...), desto schlechter bezahlt wurde die Arbeit und desto höher war der Frauenanteil“ (vgl. Behrend 1994, S. 35).

Im Ergebnis wurden zwar praktische Veränderungen im Alltagsleben (geringere materielle Abhängigkeit, flachere Hierarchien) generiert, die jedoch ohne bewusstseinsverändernde Wirkung geblieben sind. Da sie kaum mit existenziellen Problemlagen verknüpft waren, sind sie nicht als hierarchisierende Geschlechterdifferenzen ins Bewusstsein geraten. Gleichberechtigung ist kein Problem, das ist eine unter ostdeutschen Frauen bis heute weit verbreitete Meinung.

8 Das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit, die gleichen Chancen auf Bildung und Qualifizierung, der besondere Schutz der Frauen im Arbeitsprozess und der staatliche Schutz der Mutterschaft wurden in diesen Jahren ausgestaltet.

9 Die politische Richtungsänderung stand in Zusammenhang mit den sinkenden Geburtenraten, den hohen Scheidungszahlen und dem Rückgang der Eheschließungen.

10 Daran änderte auch die formale Einführung des Haushaltstages für den Mann im Jahre 1986 nichts.

11 Drei Viertel der Haus- und Familienarbeit (Grundmann, in Eifler 1998) wurden von Frauen erbracht, sie waren zudem diejenigen, die einen Großteil der Mangelwirtschaft kompensierten (vgl. Gysi; Meyer 1993).

In der Öffentlichkeit wurde die Situation der Frauen nicht thematisiert. Versuche der öffentlichen wissenschaftlichen Auseinandersetzung endeten am Widerstand der politischen Macht, sie fielen der Zensur zum Opfer (vgl. Dölling 2003). Dennoch engagierten sich Frauen durchaus auch in politischer Hinsicht, allerdings in überschaubaren informellen, weitgehend hierarchiefreien Strukturen, „unter Verknüpfung der Sach- und Beziehungsebene, der privaten und öffentlichen Sphäre“ (Bütow 1994, S. 266).

Nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten haben sich die Rahmenbedingungen und dadurch das tätige Sein von Frauen und Männern in Dessau, Bitterfeld und Wolfen wie im gesamten Ostdeutschland grundlegend gewandelt.

2.2.3 Die Neustrukturierung der Tätigkeitsräume nach der Wiedervereinigung

2.2.3.1 Der Markt wird es richten: Transformation mit neoliberalen Vorzeichen

Die Zeit des Aufbruchs im Jahre 1989 endete unversehens in der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten (1990). Während sich die politische Umbruchsituation schnell über „demokratische Wahlen“ bereinigen ließ, gestaltet sich der wirtschaftliche Strukturwandel bis heute schwierig.

Die Treuhandanstalt war beauftragt, die industriellen Umbauprozesse zu bewerkstelligen. Dieser Aufgabe wurde nach der Wiedervereinigung, orientiert am Grundsatz: „Privatisierung vor Sanierung“ (vgl. Kremer 1999, S. 20), über den Verkauf von ganzen Betrieben oder Betriebsteilen nachgegangen. Verkaufsentscheidungen wurden vorwiegend an einzel- wie betriebswirtschaftlichen Kalkülen orientiert, sozialpolitischen Maßnahmen (z.B. Einrichtung von Beschäftigungsgesellschaften) und strukturpolitischen Erwägungen (Bildung regionaler wirtschaftlicher Verflechtungen) wurde erst verspätet Bedeutung beigemessen.¹²

„Damit wurden wichtige regionale Verflechtungszusammenhänge, informelle Austauschbeziehungen, Qualifikationen und Kompetenzen sowie Forschungs- und Entwicklungspotentiale stillgestellt, aber auch soziale und infrastrukturelle Verflechtungen zwischen den Kombinat und den Kommunen gingen verloren.“ (Kremer 1999, S. 20)

Das Anwerben von Investoren gestaltete sich schwierig, zumal zahlreiche Betriebe wegen mangelnder Konkurrenzfähigkeit vor dem Ruin standen. Im Wettbewerb um zahlungskräftige Investoren wurde, auf Kosten sozial-politischer Maßnahmen, auf klassische Standortpolitiken zurückgegriffen (z.B. Flächenaufbereitung, Verkehrsanbindung, Energie- und Wasserversorgung u.a. Subventionen).¹³ Bisher haben sich nur wenige Großbetriebe angesiedelt. Meist sind es hoch subventionierte Tochter-Betriebe global agierender Unternehmen, die wenige Arbeitsplätze zur Verfügung stellen und ihre steuerlichen Abgaben am Standort der Muttergesellschaft entrichten (vgl. Land 2003).

12 Die Bitterfelder Qualifizierungs- und Projektierungsgesellschaft mbH wurde im Februar 1991 gegründet; der Beschluss zur Regionalisierung der Strukturpolitik wurde im Mai 1995 gefasst (vgl. www.sachsen-anhalt.de).

13 Dessau verfügt über 2 000 Hektar, Bitterfeld und Wolfen über rund 1 300 Hektar Gewerbegebiete, von denen bis heute große Teile ungenutzt bleiben (vgl. Lenz 1999, S. 189/192).

Infolge der verspäteten und mangelhaften Einbeziehung strukturpolitischer Erwägungen verfügt Dessau heute über keine industriellen Kernbereiche.¹⁴ Das wirtschaftliche Leben ist durch kleine und mittlere Betriebe, spezialisierte Nischenproduktionen und Betriebe, die niedrige Lohnkosten und hohe Erwerbslosigkeit als Vorteil betrachten, geprägt (vgl. Kremer 1999). Einzig die Bauindustrie, Nahrungsmittel- und Haushaltsgeräteindustrie, die wenig qualifizierte und schlecht entlohnte Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, konnten Zuwachsraten verzeichnen. Dessau droht aufgrund der schwierigen Lage zu einem Billigstandort ohne qualifizierte Beschäftigungsstruktur zu werden (vgl. ebenda). Der Industriestandort Bitterfeld-Wolfen hatte bis Ende 1993 bereits 30 Prozent seiner Produktionsstätten eingebüßt. Von den einst 18.000 Beschäftigten des in die Chemie AG umstrukturierten Chemiekombinats Bitterfeld waren im gleichen Jahr noch rund 2 500 MitarbeiterInnen im Kernbereich tätig (vgl. Lenz 1999, S. 190). Allein mit dem Chemiepark Bitterfeld konnte über hohe öffentlich geförderte Subventionsanreize für Investoren eine regionale Verankerung von Industrie realisiert werden.¹⁵ Die Filmfabrik Wolfen durchlief einen stufenweisen Rückbauprozess. Im April 1994 verloren, nach der gänzlichen Schließung, die letzten 100 MitarbeiterInnen (von einst 11 000 Beschäftigten) ihre Arbeit (vgl. ebenda, S. 190).

Zur klassischen Wirtschaftspolitik alternative Konzepte der nachhaltigen Regionalentwicklung kamen kaum zum Zuge, obgleich sich die Region der nachhaltigen Entwicklung verpflichtet hat. Vor dem Hintergrund der schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Problemlagen und im Kontext der Expo 2000 (Sachsen-Anhalt war Modellregion) konnten jedoch zahlreiche öffentlich geförderte Projekte durchgeführt werden, die sich nicht ausschließlich der klassischen Standortpolitik zuordnen lassen. Vielmehr waren sie auf „die Stärkung kleinteiliger lokaler Wirtschaftsstrukturen“ und/oder auf die Stärkung von Gemeinwesenarbeit ausgerichtet (vgl. Lenz 1999).

Die ursprüngliche Auffassung, die ostdeutsche Wirtschaft und insbesondere der industrielle Sektor könne relativ problemlos durch einen Strukturwandel modernisiert werden, in dessen Verlauf Industriearbeitsplätze abgebaut und durch zahlreiche neue Arbeitsplätze in kleinen und mittelständischen Betrieben (vor allem im Handwerks- und Dienstleistungsbereich) kompensiert werden, kann als widerlegt betrachtet werden. Mit den an klassischer Wirtschaftspolitik orientierten Transformationsprozessen gehen Entwertungsprozesse einher, durch die Städte wie Dessau, Bitterfeld und Wolfen abgewertet werden (vgl. Kremer 1999; Lenz 1999). Betriebsschließungen, das Ausbleiben von Investoren, mangelndes Kapital, eine geringe Zahl an Arbeitsplätzen, hohe Arbeitslosigkeit, Einkommensdefizite und Abwanderung, das sind die charakteristischen Merkmale, mit denen sich die Situation in der Region umschreiben lässt.

2.2.3.2 Vom Wachsen und Gedeihen? Der neue Markt der Arbeit

Durch den massenhaften Abbau von Arbeitsplätzen wurde Arbeitslosigkeit zum Damoklesschwert, mit dem sich die in besonderem Maße „arbeitsabhängigen“ Männer und Frauen konfrontiert sahen und sehen.¹⁶ Der Glaube, die Krisenzeit über große Beschäftigungsgesellschaften, Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsmaßnahmen überbrücken zu können, erwies sich nach und

14 In Dessau wurden die dreizehn größten Betriebe (durchschnittlich 1 700 Beschäftigte) stillgelegt oder entflochten. Über Ausgründungen und Neustrukturierungen entstanden 222 mittlere Betriebe, Kleinbetriebe, Gewerbe und Dienstleistungen (Kremer 1999, S. 24).

15 Die Heraeus GmbH hat über ein Investitionsvolumen von ca. 100 Mio. Euro Arbeit für 100 MitarbeiterInnen und Bayer hat mit einer Investition von 900 Mio. Euro 600 Arbeitsplätze realisiert (vgl. ebenda, S. 199).

16 In Dessau ist die Zahl der Beschäftigten zwischen 1991 und 1997 von 51 128 auf 33 495 Personen gesunken.

nach als Irrglaube. Bis heute wird ein Großteil der freigesetzten Arbeitskräfte, auch in Regionen, in denen wirtschaftliche Fortschritte erreicht wurden (z.B. Chemiapark Bitterfeld), nicht mehr benötigt. Sie werden über sozialstaatliche Instrumente dauerhaft alimentiert (vgl. Land 2003).

Die Chancen der ArbeitnehmerInnen, sich über Betriebs-, Arbeitsplatz- und Tätigkeitswechsel beruflich zu verbessern, waren erheblich geringer als das Risiko, entlassen zu werden oder sich beruflich zu verschlechtern. Erworbene Qualifikationen verloren an Wert oder wurden nicht anerkannt, weil sie den bundesdeutschen Vorschriften nicht entsprechen.

Die ökonomische Situation und das Heer der Arbeitslosen haben zudem Raum für die Einführung neuer flexibler Arbeitsformen und Arbeitszeiten geschaffen. Die Erwerbsbiographien der Menschen im ehemaligen Chemiedreieck haben sich ausdifferenziert.¹⁷

Neue bisher unbekannte Trennungslinien durchziehen die einstige „arbeiterliche“ Gesellschaft: Es ist die Rede von TransformationsgewinnerInnen (ArbeitsplatzbesitzerInnen) und -verliererInnen (SozialhilfeempfängerInnen, Arbeitslose). Aber auch für die GewinnerInnen (z.B. Bayer-MitarbeiterInnen) ist wenig beim Alten geblieben. Die neuen betrieblichen Rationalisierungsstrategien erlauben einen qualitativ anderen Zugriff auf die Subjektivität der Beschäftigten. Gruppenarbeit und flache Hierarchien erfordern soziale Kompetenz. Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit sind gefragte Einstellungsvoraussetzungen von Betrieben wie Bayer Bitterfeld (vgl. Bittner 1998). Die KollegInnen arbeiten miteinander, „zum Miteinander-Leben hat keiner mehr Zeit“ (ebenda, S. 10).

Dazu gesellt sich eine weitere Polarisierungslinie, die zwischen hoch qualifizierten, gut verdienenden Beschäftigten und der Mehrzahl mehr oder minder qualifizierter, in Vollzeitbeschäftigungsverhältnissen oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen versammelten ArbeitnehmerInnen (vgl. Bittner 1998).

Der „soziale Ort Betrieb“ ist verschwunden und mit ihm die vielfältigen sozialen und kulturellen Einrichtungen, informellen Strukturen und sozialen Beziehungen. Mit dem Übergang vom Werk-tätigen zur ArbeitnehmerIn wird die „arbeiterliche“ Gesellschaft ihrer „spezifischen und eigensinnigen Arbeitspraxis enteignet, die für ihr Selbstbewusstsein grundlegend war“ (ebenda, S. 81). Arbeitsplatzverlust, aber auch die neuen Qualitäten von Arbeit und die mit diesen verknüpften Unsicherheiten, Konkurrenzen und zeitlichen Belastungen haben die ehemals bestehenden sozialen Netze unterspült. Dies spiegelt sich in der Redeweise: „Jetzt ist sich jeder selbst der nächste“, die in Bitterfeld und Wolfen die Runde macht, wider (ebenda, S. 10). Über die neuen Formen der Inklusion und Exklusion in den gesellschaftlichen Arbeitsprozess verstetigen sich die neuen Muster der sozialen Fragmentierung und Polarisierung in der Untersuchungsregion.

2.2.3.3 Transformationsprozesse aus Frauensicht

Nach der Wiedervereinigung und der damit verbundenen Adaption der politischen und wirtschaftlichen Strukturen Westdeutschlands, welchen das „Ernährer-Hausfrauen-“ bzw. das „Ernährer-Zuverdienerinnen-Modell“ unterlegt ist, wurden ostdeutsche Frauen schnell als die „Ver-

¹⁷ Der Anteil an Teilzeitbeschäftigten ist zwischen 1996 und 2001 von 13 Prozent auf 18 Prozent gestiegen. In befristeten Arbeitsverhältnissen befanden sich 9 Prozent der Erwerbstätigen, geringfügig Beschäftigte sind in 23 Prozent aller Ostbetriebe vorzufinden (vgl. Schäfer; Wahse 2004).

liererinnen der deutschen Einheit“ (vgl. Dölling 2003) ausgemacht. Tatsächlich gereichen ihnen viele der Umstrukturierungsfolgen zum Nachteil: Sie sind nicht nur weiterhin in den politischen Gremien unterrepräsentiert, sondern sehen sich in einer Situation, die ihnen bisher unbekannt war: Arbeitslosigkeit. Zahlreiche der einst berufstätigen Ostfrauen finden sich im familialen reproduktiven Bereich – der „Nicht-Berufstätigkeit“ – wieder (vgl. Neuke 1994). Frauen sind erfahrungsgemäß länger arbeitslos als ihre ehemaligen männlichen Kollegen und haben geringere Chancen, eine Umschulung zugesprochen zu bekommen. Zudem werden bislang von Frauen dominierte Beschäftigungsbereiche verstärkt für Männer geöffnet. Frauen werden in andere Wirtschaftssektoren, wie z.B. Dienstleistungsbereich, Handel und Gastgewerbe, verdrängt und es werden ihnen verstärkt Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung angeboten (vgl. Nickel 1993).

Die Verweigerung der Anerkennung ehemals erworbener Qualifikationen erschwert die Situation zusätzlich (vgl. Nickel; Hüning 2001)¹⁸. Das ist ein wichtiges Faktum, zumal daran ein anderer Umstand gekoppelt ist:

„Die beobachtbare Ausdifferenzierung im Lebensstandard von Haushalten hat entscheidende Ursachen in den Beschäftigungschancen von unterschiedlich qualifizierten Gruppen von Frauen.“ (Dölling 2003, S. 3)

Der Wegfall der vielfältigen familienpolitischen Vergünstigungen, die den Frauen das Zusammenspiel von Erwerbsarbeit und Familie zu Zeiten des Sozialismus erleichtert haben, macht sich schmerzlich bemerkbar. Kinderbetreuung wird durch die nunmehr eingeschränkten und verteuerten Einrichtungen zum problematischen Unterfangen (vgl. ebenda). Ein Wandel in den Wertvorstellung und der Prioritätensetzung findet bei vielen Frauen insofern statt, als Arbeit in ihrer Lebensplanung noch mehr an Bedeutung gewinnt, hingegen Partnerschaft und vor allem Mutterschaft an Bedeutung einbüßen (Rückgang der Eheschließungen und Geburtenziffern).

2.2.4 Die Dominanz produktiver Tätigkeit und Barrieren nachhaltigen TätigSeins

2.2.4.1 Vom Vorrang der Erwerbsarbeit und von den Verschränkungen zwischen produktiven und reproduktiven Tätigkeitsräumen

Arbeit, im Sinne von Erwerbsarbeit, ist ein zentraler, die alltägliche Praxis der Menschen in der DDR in besonderem Maße prägender Bestandteil des Lebens. Lohnarbeit wurde per Verfassung zum Modus der gesellschaftlichen Integration erhoben (Artikel 15 – Recht auf Arbeit). Der individuellen und familiären Reproduktion wurde eine vergleichbare Bedeutung nicht beigemessen. Gemessen an der Bundesrepublik wurde zwar ein großer Teil der reproduktiven Leistungen von staatlicher bzw. betrieblicher Seite gewährt, was jedoch nicht gleichzeitig mit einer Höherbewertung dieser Tätigkeiten verbunden war. Dennoch waren produktive und reproduktive Tätigkeitsbereiche ineinander verschränkt und die Zuordnung der produktiven Arbeit in den „öffentlichen“ Sektor sowie der reproduktiven Tätigkeiten in den privaten Bereich war weniger eindeutig:

¹⁸ Nach Nickel; Hüning ist es das Qualifikationsniveau, das die Chancen auf einen Arbeitsplatz und damit die Ausdifferenzierung der Erwerbsbiographien unter den Frauen Ostdeutschlands maßgeblich strukturiert.

In der gesamten DDR, wie auch in der Untersuchungsregion, wurde ein großer Teil der reproduktiven Arbeit in der öffentlichen Sphäre, in staatlichen Institutionen (Erziehungs-/Bildungseinrichtungen) und Betrieben¹⁹ erbracht. Auch die eingeräumte Nutzung eines Teils der betrieblichen Arbeitszeit zur Erledigung reproduktiver Tätigkeiten (z.B. Haushaltstag, Kinderbetreuung, Arztbesuche) weist auf die *Verschränkung* von produktivem und reproduktivem sowie „öffentlichem“ und privatem Sektor hin.

Allein das staatlich garantierte Recht auf Arbeit strukturiert, als Garant für soziale und materielle Sicherheit, die privaten Lebensentwürfe der Menschen vor. Überdies lässt sich eine weit reichende Durchdringung des persönlichen Lebens durch den Betriebsalltag konstatieren. Die Betriebe haben zahlreiche familiär reproduktive Leistungen erbracht (z.B. Kinderbetreuung, kulturelle Veranstaltungen usw.). Ein weiteres Moment der *Verschränkung* ist in den informellen Netzwerken auszumachen, die sich aufgrund der Mangelwirtschaft im Produktions- und Konsumbereich herausgebildet haben. Mit ihnen hat sich neben der formellen Ökonomie, sowohl in den Betrieben als auch über diese hinaus, eine funktionierende informelle Tauschökonomie entwickelt. Die Betriebe waren der Ort, an dem darüber hinaus soziale Beziehungen geknüpft und private Interessen realisiert wurden: „Man war aufeinander angewiesen und hielt zusammen – privates und berufliches Leben waren keine getrennten Bereiche“ (Steenbergen 1994, S. 241) – privates und „öffentliches“ Leben waren ineinander *verwoben*. Zugleich aber blieben sie voneinander getrennte Bereiche, die in einem hierarchischen Verhältnis zueinander standen.

Die neue historische Phase der Einheit der beiden deutschen Staaten war an eine Systemtransformation gekoppelt: Wirtschaftspolitische Maßnahmen wurden nach der Wiedervereinigung an der klassischen wachstumsorientierten Ökonomie und Standortpolitik orientiert (Veräußerung, Schrumpfung, Bereitstellung von Gewerbegebiete, Infrastrukturausbau und Abbau betrieblicher/sozialpolitischer Leistungen). Die Annahme, ausreichend hohe und geeignete öffentliche Investitionen sowie großzügige Subventionen für private Investoren würden eine „nachholende“ Wirtschaftsentwicklung und Angleichung der Region an das westdeutsche Niveau ermöglichen, erwies sich jedoch als Fehlannahme. Trotz umfänglicher öffentlicher Investitionen und Subventionen gilt die Region Dessau, Bitterfeld und Wolfen bis heute als strukturschwaches Gebiet. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass Bitterfeld als europäischer Chemiestandort „gehandelt“ wird.

Die Maßnahmen der ökonomischen Transformation und wirtschaftspolitischen Förderung waren fast ausschließlich auf die Entwicklung und Stärkung des „produktiven“ Bereichs gerichtet. Die Folgen sind gravierend: Alsbald zeigten sich ausgeprägte finanzielle, arbeitsmarktbezogene und soziale Problemlagen (leere Kassen der Gemeinden, hohe Arbeitslosigkeit, Abwanderung, sozio-ökonomische und individuelle Deprivation etc.). Deindustrialisierungsprozesse und Produktivitätssteigerungen haben zu einer massenhaften Freisetzung von Arbeitskräften geführt. Die Arbeitsmarktpolitik räumt jedoch dem produktiven Bereich weiterhin einen Vorrang ein und versucht, mit Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die Menschen in einen weiterhin schrumpfenden Arbeitsmarkt zu integrieren. Damit wird die Trennung zwischen produktiven und reproduktiven Tätigkeitsräumen fortgeschrieben.

19 Inwiefern die Bezeichnung „öffentliche“ Sphäre für die Betriebe treffend ist, bedarf der Klärung; es scheint, dort ist ein Raum entstanden, der weder als öffentliche noch als private Sphäre bezeichnet werden kann (siehe auch Kapitel 3, Abschnitt 1).

Die zahlreichen Betriebsschließungen, der Wegfall sozialpolitischer Leistungen, Arbeitslosigkeit und veränderte Arbeitsbedingungen haben zu einschneidenden Veränderungen im alltäglichen Leben der Menschen geführt. Die reproduktiven Leistungen und Funktionen der Betriebe entfielen mit ihrer Schließung oder wurden im Rahmen ihrer Privatisierung und Umstrukturierung aufgehoben. Die gewohnten Orte der Vergemeinschaftung und Sozialität gingen verloren, die Netzwerke der informellen Tauschökonomie haben sich aufgelöst. Reproduktive Tätigkeiten, die zuvor in der öffentlichen Sphäre erbracht wurden, werden in die private Sphäre zurück verwiesen. Die Zuordnung produktiver und reproduktiver Arbeit zur öffentlichen und privaten Sphäre gewinnt erneut an Deutlichkeit. Die Konturen zwischen produktiven und reproduktiven Tätigkeitsräumen werden wieder geschärft. Im Rahmen dieser Prozesse werden die Linien zwischen „GewinnerInnen“ und „VerliererInnen“ neu gezogen.

2.2.4.2 Der Vorrang der Erwerbsarbeit und seine Implikationen für Frauen und Männer

In politische Maßnahmen und institutionelle Strukturen geronnene Vorstellungen von Geschlecht generieren eine spezifische geschlechtertypische Gestalt räumlicher Arbeitsteilung, mit der typische Aufenthaltsorte, -bedingungen, -zeiten und Atmosphären verknüpft sind.

In der Deutschen Demokratischen Republik wurde auch der weiblichen Bevölkerung das Recht auf Arbeit eingeräumt und die Pflicht zur Erwerbsarbeit auferlegt. Frauen sollten, unterlegt durch Artikel 7 der Staatsverfassung (Gleichberechtigung von Mann und Frau), über Lohnarbeit gleichberechtigt in den sozialistischen Staat integriert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden Frauenförderpläne eingeführt, Qualifizierungsmaßnahmen vorgenommen und schließlich förderpolitische Maßnahmen auf die Alimentierung des reproduktiven Bereichs ausgerichtet.

Trotz eines hohen materiellen und institutionellen Aufwands wurde das Geschlechterverhältnis in der DDR und damit auch in der Untersuchungsregion als hierarchisches Verhältnis reproduziert. Die DDR-Frauenpolitik war von Beginn an nicht auf die soziale Gleichstellung der Geschlechter ausgerichtet: Mit dem Postulat der Gleichheit wurde die „Anpassung an männliche Normen“ forciert, um ökonomischen Notwendigkeiten (Arbeitskräftebedarf) Rechnung zu tragen (vgl. u.a. Gysi; Meyer 1993). Außerdem wurden mit der „Vereinbarkeitspolitik“ für Männer nicht in gleichem Maße Möglichkeiten geschaffen, Berufstätigkeit und Elternschaft zu vereinen. Männer wurden noch enger mit dem Erwerbssektor verknüpft und die männliche Dominanz im Bereich produktiver Tätigkeit wurde unterstrichen. Mit der Umstellung der Frauenpolitik auf diese spezifische Form der „Mutti-Politik“ geriet die Gleichstellung der Geschlechter vollends aus dem Blick. Vielmehr wurden Schließungsprozesse unterstützt, die sich in der Wiederherstellung bzw. der Aufrechterhaltung des zu Ungunsten von Frauen segregierten Erwerbssektors manifestierten. Eine derart gestaltete Gleichstellungspolitik ist nicht auf gleichberechtigte Integration gerichtet, sie wirkt eher ausgrenzend: Einerseits wurden von staatlicher Seite die verfassungsmäßigen Voraussetzungen dafür geschaffen, den ostdeutschen Frauen rechtliche und materielle Unabhängigkeit einzuräumen. Andererseits wurden sie über die staatliche Familienpolitik zu Objekten der Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik gemacht (vgl. Dölling 2003).

Von Staats wegen wurde „patriarchale Gleichberechtigung“ verordnet, das Geschlechterverhältnis jedoch als Macht- und Hierarchieverhältnis zulasten der Frauen zementiert und reproduziert. Darüber kann die vielfach konstatierte „relative“ ökonomische Egalisierung und eine weniger

ausgeprägte hierarchische Struktur des Geschlechterverhältnisses (vgl. Nickel 1993) nicht hinwegtäuschen.

Im Sog des Transformationsprozesses werden Frauen in vielerlei Hinsicht benachteiligt. Sie können die neuen Handlungsoptionen (freie Berufswahl, Selbständigkeit, individuelle Lebensplanung), die der Umbruch offeriert, nur in geringem Maße für sich nutzen. Die Transformation und mit ihr einhergehende strukturelle und institutionelle Veränderungen schlagen auch auf das Geschlechterverhältnis durch. Gewohnte Arrangements haben ihre Basis verloren, wenn Normalarbeitsverhältnisse die Ausnahme bilden. Die ostdeutschen Frauen bilden das Gros der Arbeitslosen. Sie werden auf schlechter bezahlte und weniger qualifizierte Arbeitsplätze und Positionen verwiesen (vgl. Kremer 1999). Die Zahl der Frauen, die über Vollzeitarbeitsplätze verfügen, nimmt ab. Ebenso verringert sich der Anteil weiblicher Beschäftigten in technischen Berufen bei gleichzeitiger Zunahme des Frauenanteils in so genannten weiblichen Berufen (z.B. Einzelhandel). „Die alten Ordnungen“ werden wieder hergestellt, die Verdrängungen gehen einher mit der Verfestigung traditioneller Weiblichkeits- und Männlichkeitsmuster (ebenda, S. 29). Es spricht einiges dafür, dass die von wirtschaftlichen und politischen Interessen gelenkte Richtung der Transformationsprozesse die Angleichung des Frauenbildes an konservative Muster intendiert.

2.3 Fazit

Unsere ideengeschichtliche Spurensuche führt zu einer Konstruktion der politischen Theorie von John Locke, in der Arbeit das ist, was der Natur Wert zusetzt, ja im Grunde überhaupt erst Wert verleiht. Arbeit ist Zurichtung und Unterwerfung von Natur. All diejenigen Arbeiten, die nicht in dieser Weise mit Natur verfahren, sind nicht Arbeit, sondern Natur. So gesehen wird die abgespaltene Arbeit von John Locke bei Adam Smith zur „reproduktiven Voraussetzung“. In der Theorie von Adam Smith werden alle so genannten reproduktiven Tätigkeiten abgespalten – die sozial weiblichen wie auch die der ökologischen Natur. Beide werden nicht bewertet; sie werden aber dem Verwertungsprozess als unhinterfragte Existenzbedingungen vorausgesetzt und auf diese Weise in ihn einbezogen.

Solcherart „unbewusste“ Bezogenheiten unterliegen jedoch nicht der politischen und ökonomischen Gestaltung, sondern sie werden externalisiert. Sie sind wohl da, aber sie sind nicht Gegenstand der Betrachtung: Das Sichtbare, die Marktökonomie, ist der Untersuchung wert, ist wertschaffend, wohlförderungsfördernd, geprägt durch ökonomische Gesetze, die sich quantifizieren, rechnen lassen. Die so genannten reproduktiven Tätigkeiten hingegen bleiben unsichtbar, untergeordnet. Diese Externalisierungen sind bei John Locke und Adam Smith so gravierend, dass im Grunde ein *Externalisierungsprinzip* entsteht: Es muss naturbedingte Ungleichheit geben, damit die Freiheit und Gleichheit der Brüderlichkeit ausgerufen werden kann; es muss das unsichtbare Private geben, auf dessen Hintergrund das Politische sichtbar wird; es muss das Nicht-Produktive geben, auf dem sich das Produktive entfalten kann. Dabei ist das „Externalisierte“ im gesellschaftlich-ökonomischen Reproduktionsprozess immer präsent, abgespalten und einbezogen zugleich.

Natur, Frauen und deren Tätigsein werden in den damals neuen Theorien als Abgespaltenes gebraucht. Das Ganze bzw. die ganze Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft braucht Dichotomien; dem Ganzen wohnt ein Externalisierungsprinzip inne. Zugleich ist dieses Ganze auf Hierarchien angewiesen. Über das zentrale Mittel von Be- und Entwertungen bedarf das Übergeordnete des Untergeordneten, die Auf- der Abwertung. Dieses System von Ein- und Ausgrenzungen zu verlassen, ist schwer. Bis heute ist es theoretisch und praktisch wirksam, bis heute werden Räume von den bei John Locke und Adam Smith entwickelten Rationalitätsmustern mit geprägt.

In der historischen Spurensuche zeigt sich: Die dichotome Gegenüberstellung von produktiven und reproduktiven Tätigkeitsräumen ist eine Struktureigentümlichkeit sowohl der sozialistischen Gesellschaft der ehemaligen DDR als auch der kapitalistischen (Transformations-)Gesellschaft. In die Trennung eingeschrieben ist hier wie da eine hierarchische Geschlechterordnung. Geschlechtstypische Muster waren und sind relevant, wenn es um die Verteilung von Ressourcen und den Zugang zu Macht geht. Patriarchat-Ost und Patriarchat-West sind lediglich zwei verschiedene Spielarten eines systemübergreifenden Herrschaftsmodus, der sich im alltäglichen gesellschaftlichen Leben manifestiert und die Rahmung für die alltägliche Praxis des Lebens und Arbeitens von Frauen und Männern bildet. Sowohl zu DDR Zeiten als auch heute ist den Frauen die Hauptzuständigkeit für die Räume reproduktiver Tätigkeiten überantwortet. Allerdings wurden zu DDR Zeiten, wie gezeigt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen sowie ihre Selbstbestimmtheit durch sozial- und familienpolitische Leistungen erleichtert und unterstützt. Der Wegfall dieser Leistungen trifft die Frauen härter als die Männer: Er ist nicht nur mit einer Ausweitung des Bereichs reproduktiver Tätigkeiten verbunden, sondern verlangt den Frauen darüber hinaus auch neue Muster der Vermittlung zwischen Familie und Beruf ab. Sie finden sich

heute häufig in einer Situation, in der sie sich zwischen den institutionell abgesicherten Bereichen Beruf/Karriere und Familie/Kind entscheiden müssen: ein Umstand, der auch innerhalb der weiblichen Bevölkerung vielfältige Differenzierungsprozesse befördert und in Richtung einer erneuten Vertiefung der hierarchischen Geschlechterordnung wirkt.

Die Enttäuschung der Frauen über die mangelnden Einflussmöglichkeiten und Partizipationschancen in Politik und Ökonomie im Deutschland heutiger Tage spiegelt sich im geringen Engagement von Frauen in der politischen Öffentlichkeit wider. Gleichzeitig kommt in der fortgesetzten Unterrepräsentanz der Frauen in der Politik erneut die Ungleichzeitigkeit der Chancen von Männern und Frauen, sich aktiv in den öffentlichen Bereich einzubringen, zum Tragen.

Stellen Frauen Forderungen an den Staat, die Bedingungen in der reproduktiven Sphäre und der öffentlichen Sphäre so zu strukturieren, dass Frauen und Männern ein gleichberechtigter Zugang zu beiden Sphären gewährt wird, so werden sie als Paternalistinnen bezeichnet (vgl. Bütow 1994, S. 262 ff.).²⁰

Die Geschlechterdifferenz wirkt, als Faktor sozialer Differenzierung, heute stärker als in der DDR und ist auf eine „vergessene Weise bedeutsam für die Wahrnehmung sozialer Chancen und für die Realisierung von Lebensansprüchen und -plänen“ (vgl. Dölling 2003, ohne Seitenangabe).²¹

Nachhaltige Regionalentwicklung erweist sich vor diesem Hintergrund als Herausforderung für andere Bezogenheiten der produktiven und reproduktiven, der öffentlichen und der privaten Sphäre. Dazu gehört insbesondere die Überwindung der Abwertungs- und Ausgrenzungsmechanismen von sozialen und ökologischen Fähigkeiten und Potenzialen.

20 Der These, die Frauen seien die Opfer der Transformation, ist insoweit entgegen zu treten, als Frauen wie Männer AkteurInnen sind, die sich Rollenzuweisungen in der alltäglichen Praxis aktiv aneignen.

21 Auch Kremer (1999) unterstreicht, dass geschlechterspezifische Schließungsprozesse stattgefunden haben.

3 **Arbeitswirklichkeiten im Umbruch: Vergangene und verlassene Tätigkeitsräume in einer schrumpfenden Region. Drei Fallstudien**

Die Erwerbsarbeit schrumpft und die Natur erholt sich – so kann die Situation der Untersuchungsregion skizziert werden. Was heißt das für die Veränderung von Tätigkeitsräumen, insbesondere für die von uns ausgemachte Problemlage: die Nicht-Sichtbarkeit und Nicht-Bewertung jener Tätigkeiten, die als sorgende und pflegende Arbeiten für den Stoffwechselprozess zwischen Mensch und Natur unabdingbar sind, aus der (industriellen) Erwerbsarbeit jedoch ausgegrenzt sind?

Tätigkeitsräume untersuchen wir insbesondere mit Blick auf Verknüpfungen und Trennungen von unterschiedlichen Tätigkeiten. Wir gehen von einem heuristischen Tätigkeitskonzept aus, das Erwerbsarbeit (industrielle und nichtindustrielle), bürgerschaftliches Engagement als öffentliche Sorgearbeit, Eigenarbeit und private Sorgearbeit im Austausch mit der Natur integriert und wertschätzt, damit gegenwärtige und zukünftige Generationen ReProduktivität erhalten und gestalten können (Biesecker et al. 2000, Biesecker/Hofmeister 2003). Als Kontrastfolie dienen uns die bis heute in Theorie und Praxis folgenreichen Gesellschaftskonzepte von Adam Smith und John Locke, in denen die Sphären von Öffentlichkeit und Privatheit, Produktion und Reproduktion dichotomisiert, hierarchisiert und voneinander abgespalten werden. Aus ihren Konzeptionen ist eine für Denken und Handeln bis heute maßgebliche Figuration entstanden, die u. a. pflegende, „reproduktive“ Tätigkeiten von Frauen und Natur als stillschweigende Voraussetzung für die gesellschaftliche Produktion abspaltet, abwertet und ausgrenzt. Eingegrenzt in ihr Gesellschafts- und Tätigkeitskonzept sind „produktive“, hoch geschätzte gestaltende Tätigkeiten, die männlich konnotiert sind, gleichwohl jedoch das Ausgegrenzte brauchen (vgl. 2.1).

Im Projektgebiet der Muldemündung haben wir drei Praxisbeispiele als Tätigkeitsräume im Wechselspiel mit den o. g. Entwürfen von Wirklichkeit empirisch untersucht:²²

- Die Filmfabrik in Wolfen, um exemplarisch nachzeichnen zu können, welche Blockaden und Potenziale für eine nachhaltige Entwicklung vor allem in ihrer DDR-Zeit auszumachen sind.
- Die Rekultivierung der Goitzsche, einem nach 1990 stillgelegten Braunkohletagebau am Rande Bitterfelds, in dem vor seiner Abwicklung über 50 000 Beschäftigte arbeiteten.²³

22 Im abduktiven Forschungsprozess wurden theoretische und empirische Forschung ineinander verknüpft. In der empirischen Untersuchung wurden – neben der Berücksichtigung regionaler Materialien – qualitative, episodische Interviews mit unterschiedlichen AkteurInnen des Gemeinwesens (Flick 1999, S. 179 ff.), teilnehmende Beobachtungen in einer Trägerorganisation des Netzwerkes Gemeinwesenarbeit, mehrere Gruppengespräche, autobiografische Erzählungen und Wahrnehmungsspaziergänge (Ploch 1994, Schmidt-Hornstein 1993) mithilfe der Forschungsstrategie der „grounded theory“ angeregt, aufgezeichnet und ausgewertet (Strauss/Corbin 1996). Interviewauswahl und Kommunikation mit den InterviewpartnerInnen wurden im Fall des Netzwerkes Gemeinwesenarbeit mit Hilfe der Konstellationsanalyse (Schön et al. 2004) bewerkstelligt.

23 Diese Zahl bezieht sich auf das gesamte Braunkohlekombinat. Im Stammbetrieb Bitterfeld, Delitzsch, Gräfenhainichen waren es knapp 11 500.

- Das Netzwerk Gemeinwesenarbeit in Wolfen-Nord,²⁴ dessen Mitglieder in einer Plattenbausiedlung tätig sind, die seit den 1960er Jahren von den Chemiekombinaten in Bitterfeld und Wolfen (45 000 Beschäftigte im Jahr 1990) für die Beschäftigten der Braunkohle- und Chemieproduktion gebaut wurde. Die Siedlung schrumpfte zwischen 1990 und 2004 von 33 000 auf 14 000 EinwohnerInnen. Große Areale werden abgerissen und hinterlassen Brachen. Das Netzwerk sucht, dieses „schrumpfende“ Gemeinwesen zu gestalten.

Die Praxisbeispiele sind Produkte *einer* Industriegesellschaft und -landschaft, die in den letzten 150 Jahren entstanden ist. Die chemische und Bergbau-Industrie war raumgestaltend. Sie konstituierte und strukturierte den materiellen Raum neu und war maßgeblich für die Wirtschafts- und Lebensformen der Menschen und ihren kulturellen Ausdruck (vgl. Sturm 2000). Hinsichtlich der gesellschaftlichen Naturverhältnisse gab es Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der sozialistischen DDR und ihrem kapitalistischen Pendant: Die Natur war hier wie dort Ressource und Senke und wurde in ihrer ReProduktivität stark gefährdet. Hinsichtlich der gesellschaftlichen Arbeitsteilung gab es jedoch, wie in 2.2 schon deutlich wurde, Unterschiede. Zwar waren die Tätigkeits- und Lebensformen für Frauen und Männer gleichermaßen an industrielle Erwerbsarbeit gebunden, sie wiesen jedoch einen anderen Mix von „reproduktiven“ Tätigkeiten zwischen Betrieb, Kollektiv, Familie und zwischen den Geschlechtern auf als im Westen. „Reproduktive“ Arbeiten waren teilweise sichtbar.

24 Das Netzwerk Gemeinwesenarbeit umfasst über 30 gemeinnützige Vereine, Verbände und kommunale Einrichtungen und den Quartiersmanager. Mithilfe von Jugendarbeit, Sozialarbeit, Frauenarbeit, Behindertenarbeit, Kreativarbeit, Weiterbildung und Gesundheitsarbeit mit Ehren-, Hauptamtlichen und Beschäftigten des 2. und 3. Arbeitsmarktes wird das „schrumpfende“ Gemeinwesen Wolfen-Nord gestaltet.

3.1 Vergangene Tätigkeitsräume – das Beispiel der Filmfabrik Wolfen

Im vorhergehenden Abschnitt sind wir der Frage nachgegangen, wie Tätigkeitsräume in den Anfängen der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Theorien durch Dualismen/Dichotomien strukturiert werden, und auf welche Weise sie in Grundkonzeptionen und Praxis von Ökonomik/Ökonomie und Politikwissenschaft/Politik einfließen. In einem weiteren Zugang zu Tätigkeitsräumen nahmen wir die Region in den Blick und verfolgten unsere Fragestellung aus der historisch-regionalen Perspektive.

Im folgenden Abschnitt werden Tätigkeitsräume der Film- und Farbenfabrik Wolfen²⁵ auf unsere Fragen nach den Beziehungen von Produktion und Reproduktion, von Öffentlichkeit und Privatheit fokussiert. Das ist doppelt spannend, denn zum einen stehen sich Dualismen in der sozialen Wirklichkeit häufig nicht so schroff gegenüber wie in der Theorie und/oder sind gleichzeitig von anderen Dichotomien überlagert. Zum anderen ist die Geschichte der Filmfabrik ein Teil der Geschichte der DDR als einer sozialistischen – also nichtbürgerlichen – Gesellschaft.

Folgende Fragen stehen im Mittelpunkt der Untersuchung:

- Welche Trennungen und Verbindungen zwischen Produktion und Reproduktion, Öffentlichem und Privatem stellen sich in der Geschichte der Filmfabrik heraus?
- Welche Bewertungen sind damit verknüpft?

Historische Quellen und lokale Chroniken, einige empirisch-kulturtheoretische Untersuchungen, sechs geführte qualitative Interviews und veröffentlichte biografische Berichte ehemaliger Beschäftigter der Film- und Farbenfabrik bilden dabei die Materialbasis.

3.1.1 Tätigkeitsräume der Filmfabrik in Privateigentum (bis 1945)

1990 sind „die Städte Bitterfeld, Wolfen und Greppin zu einem Siedlungsband aus Wohnsiedlungen und Industriegebieten zusammengewachsen, das sich in Nord-Südrichtung über 12 km und in West-Ost-Richtung über 4 km erstreckt“ (Dühr 1998, S. 47). Die Entstehung dieses Industrie – Wohnkonglomerats ist bedingt durch die Ansiedlung der chemischen Industrie, die im Raum Bitterfeld-Wolfen Ende des vorletzten Jahrhunderts begann. Die industrielle Entwicklung in der Region hatte ihren Höhepunkt in den 1970er Jahren, als die Film- und Faserbetriebe Wolfen (Fotochemisches Kombinat), das Chemiekombinat Bitterfeld (CKB) und das Braunkohlenkombinat Bitterfeld fast 50 000 Beschäftigte zusammenführte. Die beiden chemischen Kombinate stellten Rohfilme aller Art, Zellulose- und Chemiefasern, chemische Grundstoffe aus Braunkohle und Salz, aber auch unzählige andere chemische Industrie-, Haushaltsprodukte und Medikamente her.

1905 wurde die AGFA-Filmfabrik in Wolfen gegründet. Aufgrund der Expansion der chemischen Betriebe wuchs das Bauerndorf Wolfen relativ unkontrolliert. Lebten 1925 bereits 5 000 Einwohner in Wolfen, so waren es 1945 schon 10 000. „Mit dem schnellen Wachstum zogen Arbeitskräfte aus Polen und Oberschlesien nach Bitterfeld-Wolfen. Die Pendlerströme nahmen zu und vergrößerten das Einzugsgebiet der Bitterfeld-Wolfener-Industrie bis nach Dessau und Leipzig. 1921 waren 61,2 Prozent der Arbeitskräfte Einpendler“ (Dühr 1998, S. 47). Die Wohnungsnot in Wolfen war groß.

25 Ausführlich hierzu siehe Ergenzinger 2004

Zwischen 1895 und 1927 wurden daher die Wohnkolonien der AGFA in Wolfen und Greppin gebaut, und zwar nach dem Gartenstadtprinzip.²⁶ Der Bau der Akademikerviertel in Dessau und Wolfen schloss sich in den 1930er und 1940er Jahren an und wurde in den 1950er Jahren von der dann volkseigenen Filmfabrik abgeschlossen. Hierarchisch gegliedert nach Direktoren-, Beamten-, Meister- und Facharbeiterwohnungen entstanden in Wolfen Villen, Beamtenhäuser und Gartensiedlungen für Meister und Facharbeiter. Für die Wolfener Gartensiedlungen sollte der ländliche Charakter Wolfens bewahrt werden.

Der Wohnungsbau der AGFA, die 1925 mit den großen Chemieunternehmen Deutschlands zu den IG-Farben fusionierte, war Bestandteil eines umfangreichen Fürsorge- und Betreuungskonzepts, dessen sogenannte „Wohlfahrtseinrichtungen“ immer weiter ausgebaut wurden. So gab es werkseigene Lehrwerkstätten, Betriebskindergärten, Unterstützung beim Aufbau von allgemeinbildenden Schulen, werkseigene Kinder und Erholungsheime, ein Kaufhaus für Beschäftigte der Film- und Farbenindustrie. Eine Wöchnerinnenstation wurde später zum Krankenhaus für das gesamte Kreisgebiet erweitert. Die Aktivitäten von Vereinen wie Gesangsvereinen, Sportvereinen, Gartenbauvereinen, Turnervereinigungen, einem Schießverein etc. wurden mit Zuschüssen und Vereinsstätten gefördert. Ein eigenes Schwimmbad, Sportplätze, Tennisplätze etc. entstanden. Das Kulturleben, das gesellige Abende bot, wurde durch ein eigenes Theater in den 1920er Jahren gekrönt (Industrie- und Filmmuseum Wolfen e.V. 2003, S. 31 ff.).

Die Einrichtungen waren getragen von den Interessen der Fabrikleitung, die „Fabrik wie eine große Familie“ (Blume; Bredenhorst 1995, S. 20) zusammenschweißen. Abgesehen von den schieren Notwendigkeiten, die die Sozialleistungen des Werks in den damaligen Zeiten unverzichtbar machten, wird deutlich, wie stark die Betriebe in Privateigentum das Alltags- und Privatleben diesseits und jenseits der Erwerbsarbeit patriarchal formten.

Dies gilt auch für die Geschlechterverhältnisse. Frauen waren nicht selbstverständlich in die Fabrikarbeit einbezogen. Als ihr natürlicher Platz galt das Zuhause. Dennoch arbeiteten sie – je nach Arbeitsmarktlage – in größerer oder kleinerer Zahl in der Film- und Faserfabrik und machten zeitweise sogar die Hälfte der Belegschaft aus. Im Betrieb besetzten sie die monotonsten, in Kriegszeiten auch die gefährlichsten Arbeitsplätze. In den Forschungsabteilungen gab es keine promovierte Chemikerin und auch auf der mittleren und oberen Leitungsebene waren Frauen nicht vertreten. Sie wurden wegen ihrer „natürlichen“ Fingerfertigkeit geschätzt. Die branchenübergreifenden Muster „natürlicher Eignung“ von Frauen für die Nahrungsmittel-, Textil- und feinmechanische Industrie (Breckner/ Sturm 2002, S. 169) wurden auch auf die Herstellung von Fotofilmen übertragen: Besondere Fingerfertigkeit, geringe Körpermaße, größere Geduld galten als prädestinierend für monotone Arbeiten und wurden als natürliche Unterschiede angesehen, die geringere Entlohnung legitimierten.

Nicht nur das Privat- und Berufsleben, auch das öffentliche Leben und die Stadtverwaltung wurden durch die privaten Betriebe bestimmt. Einrichtungen wie Postamt, Schule und Bahnhof waren vom Werk mitfinanziert, aber auch der laufende Gemeindehaushalt wurde in den Krisenjahren der Weimarer Republik alimentiert. Die Rolle des Gemeindevorstehers schien darin

26 Ende des 19. Jh. wurde die Idee von Gartenstädten als Alternative zu den Mietskasernen vor allem von Industriellen, aber auch von Stadtverwaltungen und Genossenschaften aufgegriffen. Ländliche Siedlungshäuser, von Nutzgärten und Grün umgeben, sollten im gehörigen Abstand zu den Fabriken errichtet werden und eigenständige Siedlungen begründen (vgl. Blume/Bredenhorst 1995). Die chemische Industrie gewann mit der Errichtung von Gartensiedlungen verlässliches und standortgebundenes Fachpersonal.

zu bestehen, zwischen den „Wünschen der Fabriken und der Bevölkerung“ Brücken zu schlagen (Mautner 1997, S. 99). Auch die Kirche hing am Tropf der AGFA. „Sie finanzierte nicht nur den Kirchenbau – sie konnte auch bestimmen, wer die Pfarrstelle erhielt“ (Blume/Bredenhorst 1995, S. 35). Im Unterschied zur sozialen wurde die ökologische Umwelt von den Betrieben als kostenlose Senke gesehen.

In einem Leserbrief im Bitterfelder Tagblatt vom 20. Juli 1916 wird geklagt: „Es ist in unseren Gärten in Bitterfeld, namentlich in freiliegenden, die Beobachtung gemacht, daß trotz der überaus reichen Blüte die Obstbäume teilweise gar keine Früchte ansetzen und an anderen diese abfielen, so daß viele Bäume nicht eine einzige Frucht behalten haben. Die Blätter kräuseln sich, werden braun und fallen schließlich ab, so daß die Bäume wie versengt aussehen“ (Schoeller; Schoeller 1994, S. 131).

Im Rahmen der nationalsozialistischen Autarkiepolitik wurde Mitte der 1930er Jahre das größte Zellstofffaserwerk der Welt in Wolfen errichtet und an die Filmfabrik angegliedert. Seitdem wurden die hochgiftigen Abwässer der Viskoseproduktion der Faserfabrik und die Asche der Kraftwerke in Tagebaulöchern vorgeklärt bzw. in diese eingeleitet. Im Fabrikdorf Greppin, das schon damals mit Bitterfeld und Wolfen zusammengewachsen war, liegt die ehemalige Grube Johannes, die als „Silbersee“ bekannt wurde. Sie verkam zur Abwasserkloake. Die Schwefelwasserstoffbelastungen in der Nähe von Wolfen-Süd stiegen. In den Vorkriegs- und Kriegsjahren des Nationalsozialismus verschärfen sich die Umweltprobleme. In die Fabrikschlote durften wegen Eisenmangels keine Rauchgasfilter eingebaut werden. Das „Ertragen des Ascheregens kriegswichtiger Betriebe war zur Gefolgschaftsaufgabe“ in Bitterfeld und Wolfen geworden (Lenz 1999, S. 124).

Die betrieblichen Regulierungen in und um die Filmfabrik bis 1945 zeigen spezifische Verbindungen von Öffentlichem und Privatem: Die in Privateigentum befindliche Filmfabrik AGFA verleibte sich Naturraum als Privateigentum ein. Sie bestimmte und dominierte den öffentlichen Raum und die Raumnutzung. Das private und das öffentliche Alltagsleben wurden durch die Firmenleitung strukturiert, indem notwendige Reproduktionsaufgaben für Arbeitskräfte und die Wohnbevölkerung, die im betrieblichen Interesse lagen, in Form patriarchaler Fürsorgepflichten übernommen oder durch die Wohnformen an die Arbeitskräfte bzw. deren Frauen delegiert wurden.

3.1.2 Tätigkeitsräume der Filmfabrik in öffentlichem Eigentum (bis 1990)

In der DDR wurde die Filmfabrik zum staatsöffentlichen Eigentum und eine spezifische öffentliche Sphäre entstand. An die Stelle der privaten Leitung des IG-Farbenkonzerns trat das Dreigestirn von Staatspartei (SED), staatlicher und gewerkschaftlicher Leitung mit abgestuften Befugnissen. Die Wirtschaft wurde nun von Staat und SED durch Pläne gelenkt. Aber auch die Fäden älterer Traditionen des Industriebetriebes, die Reproduktion und Produktion verbanden, wurden weiterversponnen.

3.1.2.1 Institution Betrieb und Existenzsicherung

Die Nachkriegszeit war geprägt von großen Engpässen in der Versorgung der Bitterfelder-Wolfener Bevölkerung mit Wohnungen, Nahrung, Kleidung, Brennstoffen und Strom.

Die Kreisverwaltung behielt gegenüber dem Betrieb, trotz des staatlich vermittelten Volkseigentums, ihre schwache politische und materielle Stellung. Der Betrieb dominierte die Stadt- und Kreisverwaltung jetzt auch offiziell (für alle Großbetriebe vgl. Engler 2002, S. 119). Die Filmfabrik dehnte – politisch gewollt – die Verantwortung für die Daseinsvorsorge weiter aus. Diese bestand vor allem in der Energieversorgung der Bevölkerung und erfolgte ausschließlich durch die Kraftwerke der Betriebe. Sie reichte aber auch bis hin zu Schneeräumdiensten im Winter oder sozialistischen Hilfen²⁷ bei der Ernte der umliegenden landwirtschaftlichen Produktionsgemeinschaften.

Auch nach der Bewältigung der Not der Nachkriegszeit konnten viele Aufgaben der Verwaltungen Wolfens und Bitterfelds, wie die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen, Energie, Kindertagesstätten, Schulspeisung und Gesundheitseinrichtungen, nur in Kooperation mit der Film- und Farbenfabrik verwirklicht werden. Kooperationsverträge zwischen dem Rat der Stadt und der Filmfabrik regelten jeweils jährlich die umfangreichen Leistungen, die die Filmfabrik für die kommunalen Verwaltungen zu erbringen hatte (Kommission für Betriebsgeschichte 1979). Die Betriebe der Filmfabrik wurden zum wichtigsten kommunalen Akteur.

Mit der auf dem VIII. Parteitag der SED 1971 propagierten „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ (vgl. 2.2) nahm die Rolle der Großbetriebe für die Beschäftigten, aber auch für die Stadt weiter zu, denn die propagierte Einheit von Produktion und Reproduktion sollte im wesentlichen vom und im Großbetrieb – jetzt Kombinat – hergestellt werden. Auch in der Filmfabrik wurden die Sozial- und Dienstleistungen noch weiter ausgefächert und Reproduktionsleistungen vielfältigster Art angeboten: so z.B. Krankenhaus und Poliklinik, Kinderbetreuungseinrichtungen mit Essensverpflegung, Transport in werkseigenen Bussen, eine werkseigene Wäscherei, eine werkseigene Gärtnerei, eine Sattlerei, eine Schneiderei, eine Buchhandlung. Es gab Essen in 20 Speisehäusern des Betriebs für alle drei Schichten, acht eigene Ferienheime und Kinderferienlager. Alters- und Pflegeheime wurden mitfinanziert.

Zum Kernstück der Sozialpolitik des Kombinats wurde der Wohnungsbau. Angesichts der Wohnungsnot wurde in den 1950er Jahren die Linie der AGFA weitergeführt und es wurden Reihenhäuser gebaut. Ab 1959 wurden die ersten Wohnungen in Großblockbauweise errichtet, bis schließlich die Filmfabrik und das Chemiekombinat Bitterfeld ab 1961 gemeinsam die Siedlung Wolfen-Nord errichteten. Bei der Wahl des Bauplatzes wurde berücksichtigt, dass die Abgas- und Staubwolken der beiden Kombinate am gewählten Standort vorbeizogen. Die Siedlung erfreute sich allgemeiner Beliebtheit: 1964 hatte Wolfen-Nord knapp 3 800 EinwohnerInnen, davon 1 800 Kinder. 1989 gab es 45 000 EinwohnerInnen in Wolfen, davon knapp 32 000 in Wolfen-Nord. Parallel zur Siedlung entstanden ein Naherholungsgebiet in der nahe gelegenen Fuhneau und zahlreiche Kleingartenanlagen. Viele weitere Freizeit- und Kultureinrichtungen der AGFA vor dem zweiten Weltkrieg wurden belebt und finanziert, aber auch neu initiiert, so z.B. künstlerische Zirkel wie Malzirkel, Plastikzirkel, Filmzirkel, Sportgruppen und das Kinder- und Jugendballett.

Die Filmfabrik wurde als größter Frauenbetrieb der DDR bezeichnet: 1989 waren von den ca. 15 000 Beschäftigten fast 60 Prozent Frauen. In den Dunkelbetrieben der Filmherstellung und -konfektionierung arbeiteten überwiegend Frauen im Drei-Schichtsystem. Diese kamen meist mit Werksbussen aus 200 näher oder ferner liegenden Dörfern zur Arbeit. Beschäftigte Akademikerinnen, Ingenieurinnen, Büroangestellte lebten häufig in Dessau oder in Wolfen in den

27 Sozialistische Hilfe meint zunächst die Verpflichtung von Betriebsangehörigen, in anderen Betriebsteilen des Unternehmens, aber auch außerhalb der Filmfabrik, eingesetzt zu werden (maximal 4 Wochen pro Jahr).

Arbeiter-, Angestellten- und Beamtiensiedlungen der AGFA oder in den Häusern der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften der Filmfabrik. Die meisten Neankömmlinge und jungen Familien zogen gerne nach Wolfen-Nord, wo „das warme Wasser aus der Wand“ kam (Interview 5).

Frauen hatten einen selbstverständlichen Platz in der Arbeitswelt der Filmfabrik. Es gab z.B. jährliche Frauenförderpläne und Weiterbildungsmöglichkeiten. Frauen waren in die mittleren Leitungsebenen und in die Forschungsabteilungen aufgerückt, besetzten jedoch nach wie vor nur wenige leitende Positionen. Auf Direktoren- und Hauptabteilungsebene gab es jeweils nur eine Frau. Frauen waren zwar selbstverständlicher, aber durch die Lohn- und Arbeitshierarchie weiterhin untergeordneter Teil der betrieblichen Öffentlichkeit.

Wie die staatlichen Erleichterungen der Vereinbarung von Familie und Beruf (z.B. flächendeckende Kinderbetreuungseinrichtungen) wurden auch die oben genannten speziellen Reproduktionsleistungen der Filmfabrik als Hilfeleistungen für die arbeitenden Frauen und Mütter, nicht aber für Väter, dargestellt (Kommission für Betriebsgeschichte 1970, 1979, 1981).

Die gesellschaftliche bzw. betriebliche Aufgabe, Reproduktionsarbeiten aus der privaten Sphäre zu übernehmen und auf diese Weise die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ herzustellen, war geschlechtergespalten. Einerseits war die Übernahme von Reproduktionsleistungen das wichtigste Instrument, um die notwendige Vollerwerbstätigkeit von Frauen zu ermöglichen. Andererseits geriet „die bewußte oder unbewusste Zuordnung der privaten Arbeit ausschließlich zu Frauen bis zum DDR-Ende nicht ernsthaft ins Wanken“ (Schröter 2000, S. 185).

Ab Ende der 1970er Jahre verschärfte sich die ökonomische Situation in der DDR. Öl- und Gaspreise der Sowjetunion stiegen. Die Auslandsschulden wurden mit wachsenden Exporten getilgt, der Mangel war im Inland zu spüren. Im Filmkombinat Wolfen gelang seit Anfang der 1980er Jahre kaum mehr die Erhaltung von Produktionsanlagen, Produktion und Beschäftigten. Für Investitionen in neue Betriebsanlagen einschließlich der Daseinsvorsorge standen nur noch wenige Mittel zur Verfügung.

Nicht nur die Produktionsbedingungen und Produktionsergebnisse verschlechterten sich, auch das Konsumangebot wurde in Wolfen dürftiger bei gleichzeitig steigenden Ansprüchen der Wolfener BürgerInnen (Mautner 1997, S. 147). Über Betriebssonderverkäufe von Konsumgütern und beispielsweise die bevorzugte Berücksichtigung von Betriebsangehörigen beim Erwerb von Autos etc. wurde versucht, die wachsende Unzufriedenheit aufzufangen. Weitere Wohnungen wurden in Wolfen-Nord gebaut, die Nachfrage war groß (1989 standen noch 1000 Wohnungssuchende auf der Warteliste.)

Aufgrund der Krise verschlechterten sich auch die Umweltbedingungen, trotz der in den 1970er Jahren beschlossenen Umweltgesetze. Produktionsanlagen und -verfahren, die nicht den Anforderungen des Arbeits- und Umweltschutzes genügten, machten die Fabrikation vor allem in den Faserbetrieben, die Kunststoffe und Zellulose herstellten, hochgefährlich. Obwohl die Produktionsleiter derjenigen Betriebe des Kombinats, die Luft, Wasser und Boden vergifteten, staatliches Umweltrecht auf ihrer Seite wussten, wenn sie umweltschonende Neuinvestitionen forderten, oder wie im Fall der Viskoseanlagen 36-mal seit 1964 ihre Schließung beim Chemieministerium beantragten, konnten sie sich nicht durchsetzen (Mühlenberg; Kurt 1991, S. 123). Jährlich wurden erneut staatliche Sondergenehmigungen für weit über tolerierbaren Grenzen liegende Schadstoff-

abgaben an Luft, Wasser und Boden erteilt. Auch die Bevölkerung Wolfens und Bitterfelds litt unter den Belastungen. Filmfabrik und das Chemiekombinat Bitterfeld führten jährlich 20 Mio. Mark Schadensersatz für die verursachten Umweltschäden an die Staatsbank ab, die jedoch nicht der Region zugute kamen (Dühr 1998, S. 51).

Zusammenfassend lässt sich zur Existenzsicherung durch die industriellen Betriebe festhalten: In Ideologie und Politik der herrschenden SED und den Regulierungen in der Filmfabrik wurden seit Anfang der 1970er Jahre die industrielle Produktion und physisch-sozial-kulturelle Reproduktion der Bevölkerung als „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ vorangetrieben. Der Betrieb, geleitet von SED und Staat, übernahm weitere Aufgaben der Daseinsvorsorge und der materiellen und sozialen Versorgung. Er entwickelte sich zum „Multiplex“ (Engler 2002, S. 116), der u.a. in fast allen öffentlichen Belangen der Stadt Wolfen das Sagen hatte, auch deshalb, weil nur er über die notwendigen Ressourcen verfügte. Die Stadtverwaltung wurde zum offiziellen Anhängsel dieses „Multiplexes“.

Nicht nur die maßgeblichen AkteurInnen des öffentlichen Raumes wechselten. Die industrielle Produktion in Form der Erwerbsarbeit und Arbeiten der individuellen Reproduktion, aber auch kulturelle und soziale Tätigkeiten verteilten sich anders zwischen dem nun öffentlichen Betrieb und den privaten Lebenszusammenhängen. Viele Tätigkeiten, die früher traditionell in der privaten Sphäre geleistet worden waren, wurden vom nun öffentlichen Betrieb übernommen, um Frauen als Arbeitskräfte in der Film- und Faserproduktion zu binden.

Aus betrieblicher und staatlicher Sicht wurde das Private zur schwindenden Sphäre, gegenüber einer sich ausdehnenden öffentlichen Sphäre, die von Staat und SED besetzt wurde. Der private Haushalt und die Familie mit ihren Arbeitsaufgaben wurden zum nachrangigen, gering geschätzten Restposten, der Frauen zugeordnet blieb. Dieser private Raum erfuhr erst dann Aufwertung und Sichtbarkeit, wenn er in öffentliche Verantwortung gelangte wie bei der Kindererziehung. Das ideologische Ziel, alle Arbeiten im Privaten zu vergesellschaften, wurde freilich nicht erreicht.

Das Fotochemische Kombinat Wolfen wurde mit dem Chemiekombinat Bitterfeld und dem Braunkohlekombinat zum Knotenpunkt und Hauptakteur der territorialen, sozial-ökonomischen und ökologischen Raumgestaltung in der gesamten Region. Sie regulierten maßgeblich die betrieblichen und außerbetrieblichen Tätigkeitsräume. Im Kombinat waren Tätigkeiten in der materiellen Produktion – politisch und institutionell – so mit Tätigkeiten der individuellen, sozialen und kulturellen Reproduktion der Beschäftigten verkoppelt und an diese rückgekoppelt, dass sie das offizielle Bild einer Einheit von (Erwerbs-) Arbeit und Leben – von Produktion und Reproduktion – zeichneten, die ihren materiellen und symbolischen Ort im Kombinat hatte.

Die zerstörerischen Beziehungen zur ökologischen Natur änderten sich nicht. Die Traditionslinien der AGFA - IG-Farben wurden weiter fortgeführt und die ökologische Natur blieb Ressource und Senke. Die Umweltschutzgesetzgebung der 1970er Jahre konnte nicht greifen. Die Priorität von industrieller Produktion und Produktivität forcierte den Verschleiß von Anlagen und Maschinen und ging schließlich an die Substanz der Reproduktivität von ökologischer und sozial-menschlicher Natur.

3.1.2.2 Lokale Bedingungen und individuelle Existenzsicherung²⁸

Die gestörten gesellschaftlichen Naturbeziehungen im „Dunstkreis“ der beiden Kombinate, deren Staub- und Schadstoffemissionen das Mauerwerk der Häuser anfraß und schwarz färbte, Fenster, Möbel und Wäsche mit Industriestaub überzog und bei den Menschen zu Augen-, Haut- und Atembeschwerden führten, wurden vor allem von Neuankömmlingen, meist Fachkräften, bemerkt. Das vergleichsweise hohe Einkommen in den chemischen Kombinat Wolfen und Bitterfeld und deren ausgefächerte Dienst- und Sozialleistungen sowie die soziale Verwurzelung vor Ort und im Betrieb und schließlich die Gewöhnung scheinen jedoch zu einem Arrangieren mit den massiv gestörten sozial-ökologischen Verhältnissen geführt zu haben.

Die Umweltbedingungen wirkten sich – je nach Wohnort – durchaus unterschiedlich auf die Lebensbedingungen der einzelnen Beschäftigten im Kombinat aus. Aber auch für die materielle Existenzsicherung machte es einen Unterschied, ob die Beschäftigten aus dem ländlichen Raum, aus den gewachsenen Siedlungen von Bitterfeld, Wolfen und Dessau oder aus der neuen Großsiedlung Wolfen-Nord kamen. Tätigkeiten zur Existenzsicherung (Erwerbsarbeit, Versorgungsarbeit, Eigenarbeit und bürgerschaftliches Engagement) waren an den drei Lebensorten unterschiedlich kombiniert und gewichtet. Je nach Wohnort lassen sich räumliche und soziale Gelegenheitsstrukturen unterscheiden:

Die *erste*, größte Gruppe bildeten die Angehörigen der Filmfabrik, die häufig aus anderen Regionen als junge Menschen nach Wolfen-Nord gekommen waren. Sie fuhren mit dem Fahrrad oder Bus zur Arbeit. Die BewohnerInnen wussten die fernbeheizten Wohnungen, deren Mieten auf dem Niveau von 1936 festgeschrieben waren, zu schätzen. Die einzelnen Hausaufgänge der Blocks waren in Hausgemeinschaften organisiert, die auf eigenen Beschluss u.a. Gemeinschaftsräume einrichteten, Vorgärten oder Nutzgärten zwischen den Blocks anlegten und gemeinsame Geräte wie Waschmaschinen anschafften. Je nach Zusammensetzung und gegenseitiger Sympathie entfaltete sich ein Gemeinschaftsleben. Die Mitgliedschaft in einem der zahlreichen Kleingartenvereine war sehr begehrt (vgl. auch für Hausgemeinschaften Tippach-Schneider 1999, S. 243–255).

Die *zweite* Gruppe der Beschäftigten lebte – oft schon seit vielen Jahren – in den Städten Wolfen, Bitterfeld und Dessau. Sie kamen meist mit der Bahn, werkseigenen Bussen, zu Fuß oder mit dem Fahrrad an ihre Arbeitsstelle. Diese Gruppe war oft etwas älter als die Wolfen-Nordener und setzte sich häufig aus im Betrieb oder in den Hochschulen qualifiziertem Fachpersonal zusammen. Aus dieser Gruppe waren auch viele an dem regionalen Kulturangebot interessiert. Durch die guten Bahnverbindungen nach Leipzig, Dessau und Halle konnten sie sich kulturelle Wünsche erfüllen, wenn das Theater in Wolfen oder der Kulturpalast in Bitterfeld kein entsprechendes Programm boten. Viele Mitglieder dieser Gruppe hatten anfangs in der Großwohnsiedlung Wolfen-Nord gelebt. Sie waren nach und nach entweder in die großzügiger gebauten Siedlungen der AGFA oder die Reihenhäuser der Arbeiterwohngenossenschaften in Wolfen umgezogen. Nur teilweise verfügte diese Gruppe über große Gärten, die zum Teil als Nutzgärten und zum Teil zur Erholung dienten.

Die Häuser waren meist nicht an das Heizwerk angeschlossen und mussten mit Braunkohle beheizt werden. Die Nachbarschaft zu den Film- und Faserwerken und dem Chemiekombinat

28 Das Material für die folgenden beiden Abschnitte stammt aus den geführten Interviews. Die ausführlichen Zitate sind hier aus Platzgründen nicht angeführt. Sie finden sich in der Langfassung (vgl. Ergenzinger 2004).

Bitterfeld (CKB) mit ihrem Staub- und Schadstoffausstoß und der Rauch der Braunkohleheizungen im Winter führten zu Asthma bei Kindern und zu starker Verschmutzung.

Notwendige Reparaturarbeiten in der Wohnung, die Pflege des Gartens, die Versorgung mit schwer erhältlichen Lebensmitteln und Konsumgütern konnten mithilfe des Versorgungssystems des Betriebs, aber auch mithilfe der Nachbarn gewährleistet werden. Eine große Rolle spielten das Arbeitskollektiv oder Bekannte in der Filmfabrik, wenn es um gegenseitige Alltagshilfen ging.

Die *dritte* Gruppe bestand aus den Alteingesessenen in den umliegenden ländlichen Gemeinden. Sie kamen mit werkseigenen Bussen an ihren Arbeitsplatz. Durch die größere Entfernung vom Arbeitsort waren sie meist weniger von den unmittelbar zerstörerischen Auswirkungen der chemischen Produktion auf ihre Wohnumwelt betroffen. Die teilweise schon seit vielen Generationen ansässigen DorfbewohnerInnen, die in der Filmfabrik arbeiteten, verfügten meist über ein eigenes Haus, was zu DDR-Zeiten eher als Last empfunden wurde.

Die meisten von ihnen hatten auch ein kleines Stück eigenes Land behalten. Diese Beschäftigten der Filmfabrik – hauptsächlich die Frauen – pflegten oft engere Beziehungen zu am Ort ansässigen Verwandten. Vor oder nach der Arbeit und an freien Tagen waren Obst und Gemüse anzubauen oder die Nutztiere zu versorgen, was die Selbstversorgung mit Obst und Gemüse und Fleisch sicherte. Das Überschüssige wurde an Annahmestellen oder an KollegInnen verkauft. Die Frauen arbeiteten oft im Drei-Schicht-System. Sie brachten ihre Kinder in die Betreuungseinrichtungen und, wenn sie keine Betreuung durch Verwandte oder Nachbarn hatten, in das Wochenheim der Filmfabrik, wenn sie zur Spätschicht eingeteilt waren. Die meisten von ihnen nutzten gerne die Dienstleistungen des Betriebs wie die Wäschepflege oder den Reparaturservice.

Allen drei Gruppen ist gemeinsam, dass Versorgungsarbeit, Eigenarbeit und bürgerschaftliches Engagement als gegenseitige Hilfe – neben der Erwerbsarbeit in der Filmfabrik – trotz der staatlichen und betrieblichen Einrichtungen viel Raum und Zeit einnahmen. Damit scheint sich zunächst die private Sphäre zu vergrößern und der Stellenwert der öffentlichen Sphäre und Leistungen zu verringern.

Die Selbstversorgung mit Lebensmitteln durch den eigenen Garten war üblich, auch für die Hälfte der Gruppe der Beschäftigten, die in Wolfen-Nord lebte. Das Prinzip der Gartenwirtschaft, seit den 1920er und 1930er Jahren propagiert und umgesetzt, kam auch für die StadtbewohnerInnen massenhaft zur Geltung.

Große Teile der Versorgungsarbeit – vor allem die Erziehungsarbeit und die umfängliche Haushaltsproduktion – blieben Frauen zugeordnet. Gärtnerarbeiten und das beschwerliche Besorgen von Gütern und Dienstleistungen aller Art scheint sich dagegen gleichmäßiger auf die beiden Geschlechter verteilt zu haben.

Die Tätigkeiten der Eigenproduktion und Versorgungsarbeit waren in kollektive Formen eingebunden, die über die Formen von Verwandtschaft und Nachbarschaft hinausreichten. Die erneuerten kollektiven Formen wurden „von oben“ vom Kombinat oder von der staatlicher Verwaltung initiiert wie u.a. die Hausgemeinschaften in Wolfen-Nord, die Kleingärtner- und Kleintierzüchtervereine, die Sport- und Kulturvereine. In dieser verordneten Selbstorganisation entfaltete sich ein Eigenleben zwischen Zwang und Autonomie. Die neuen Kollektivformen etablierten sich zwischen

„öffentlichem“ Betrieb/Staat und „privater“ Familie und bildeten einen neuen Raum, der sich weder als öffentlich noch als privat beschreiben lässt. In diesem Raum der Kollektive spielten gegenseitige praktische Hilfe und soziale Kontrolle eine Rolle, konnten aber auch darüber hinausgehen.

3.1.2.3 Kollektive und existenzsichernde Tätigkeiten

Betrieb und Familie, Erwerbsarbeitsräume und private Räume wurden in der Rückschau von allen drei Gruppen nicht als streng getrennt gesehen. Von Aussagen wie „Arbeits- und Privatleben hatten viel miteinander zu tun“ eines Wissenschaftlers (Interview 1) bis hin zu der Aussage, „die Brigade war im Prinzip unsere Familie“ einer Chemiefacharbeiterin (Behnk/Westerwelle 1995, S. 143), reichten die eigenen Verortungen. Eine Ökonomin aus Wolfen-Nord, deren Ehemann ebenfalls in der Filmfabrik arbeitete und die jeden Mittag mit ihrem Mann im Betriebskasino zusammen essen ging, kehrt das Verhältnis von Familie und Betrieb sogar um: „Der Betrieb war in die Familie integriert“ (Behnk/Westerwelle 1995, S. 158). Als eine typische Aussage kann gelten, dass „alles fließend war“, dass Privat-, Sozial- und Berufsleben ineinander flossen (Interview 5).

Die Arbeitskollektive (in denen 85 Prozent der Arbeitenden organisiert waren (Roesler 2003, S. 13)), auch Brigaden genannt, übernahmen vielfältige Aufgaben, die die berufliche, ökonomische und soziale Seite der Arbeit in der Filmfabrik betrafen, die aber auch weit darüber hinausgingen.

Die Arbeitsbewertungen und Entlohnungen wurden für eine Brigade oder ein Arbeitskollektiv – neben der Lohnstufe – im Prämiensystem errechnet. Die Vergütungen waren hauptsächlich von der Gesamtleistung des Kollektivs abhängig und schufen eine konkurrenzarme und auf gegenseitiger Hilfe beruhende Arbeitsatmosphäre. Neben der Arbeitsleistung der Mitglieder eines Arbeitskollektivs gingen u.a. auch berufliche Fortbildungen und die Beteiligung an gesellschaftlichen und staatstragenden Aufgaben, zu denen neben Aktivitäten sozialistischer Hilfe auch die Arbeit in Sportgruppen und Zirkeln und vieles mehr zählte, in die Bewertungen ein. Dies wirkte sich entweder als Prämie auf den Lohn aus oder erleichterte den Zugang zu den betrieblichen Sozialleistungen. Auch soziale Aktivitäten für die Brigade wurden berücksichtigt.

Wie für die Leitungen entwickelte sich auch für die einzelnen Arbeitskollektive eine Doppelstruktur zwischen Plan und Planerfüllung. Der Erfüllung des offiziellen Plans standen Hindernisse entgegen, die auf inoffiziellen Wegen möglichst umgangen wurden, damit die Produktion weiterlaufen konnte. Soziale Beziehungen zu anderen Brigaden und Arbeitsbereichen spielten eine große Rolle, um u.a. dem Mangel an Material und Ersatzteilen abzuweichen. Auch die Bevorratung mit Materialien aller Art durch die Arbeitskollektive war ein Weg. Nach Engler entsprachen sich betriebliche und häusliche Praktiken: „Die private Vorratskammer bildete, maßstabsverkleinert, aber immer noch ansehnlich, die betriebliche Lagerhaltung funktionsgenau ab“ (Engler 2002, S. 103).

Auch für die Reparatur von privaten Gegenständen oder die Renovierung waren die KollegInnen im Betrieb oder ihr soziales Umfeld die Hauptsprechpartner. Vor allem HandwerkerInnen waren gefragt, die rar waren. Genauso wie sich informelle betriebliche Beziehungen und Arbeitsressourcen für private Reparaturen einsetzen ließen, ging auch der informelle soziale und ökonomische Austausch, der Austausch von Stadt und Land im Kollektiv Hand in Hand. Private Besorgungen für die Familie dehnten sich auf Kollektive aus und schienen geschlechterneutral zu werden.

Trotzdem scheint auch in den Kollektiven die traditionelle geschlechtertypische Teilung der Arbeit im Privaten weithin selbstverständlich geblieben zu sein. So berichtet zum Beispiel ein Interviewpartner von einem „Spießrutenlaufen“ in seiner Abteilung, als er einen Vierteljahresurlaub nahm, um das neugeborene Baby zu pflegen, weil seine besser verdienende Frau an ihren Erwerbsarbeitsplatz zurückgekehrt war (Interview 1). Auch der Haushaltstag wurde selbstverständlich von den Frauen genommen und stand nicht nur im Dienst der familiären Versorgung, sondern auch der Gemeinschaft. In der Praxis der Frauen selbst wurde diese Zuordnung – trotz vieler Klagen – nicht ernsthaft in Frage gestellt. In der beruflichen Arbeit bekamen vor allem Frauen in technischen Berufen Vorurteile im Kollektiv zu hören. In der Fortbildung wurde von berufsbildenden Maßnahmen speziell für Frauen hinter vorgehaltener Hand behauptet, dass den lernenden Frauen ihr Studium geschenkt würde; gleichzeitig trauten sich viele Frauen ein solches Studium nicht zu. Und auch manche Frauen beurteilen ihre männlichen Kollegen freundlicher als ihre weiblichen Kolleginnen: „Männer sind nicht so empfindlich, nicht so nachtragend“ (Interview 3) oder „So Tuscheleien wie unter Frauen gab es nicht“ (Behnk/Westerwelle 1995, S. 174).

Die umfangreichen Aktivitäten der face-to-face-Kollektive, die ein Tätigkeitsnetz von Erwerbsarbeit, bürgerschaftlichem Engagement, Versorgungsarbeit und Eigenarbeit knüpften, das Erwerbsarbeit und alle anderen Aktivitäten formell und informell verband, wird nachträglich häufig als ein Aufeinanderangewiesensein aufgrund von materiellem Mangel gesehen, aber auch als ein Miteinander, ein gegenseitiges Helfen, bewertet.

Gleichzeitig scheinen das materielle Aufeinanderangewiesensein in Kollektiven und deren informelle Aktivitäten eine Quelle von Abhängigkeit, Doppelzüngigkeit, Verbiegung aus Eigeninteresse, wie auch von Uneigennützigkeit, Vertrauen und gegenseitiger Hilfe (als immaterielle Lebensqualität) gewesen zu sein. Diese Doppelseitigkeit der informellen Kollektive erinnert an die der informellen Seite der Institution Familie. Doch anders als dort, scheinen sich Regeln der ausgleichenden Gegenseitigkeit in und zwischen den Kollektiven etabliert zu haben.

Von FDJ und FDGB in den 1950er Jahren „von oben als Transmissionsriemen politischer Herrschaft konzipiert, wurden die Kollektive unten als sozialer Puffer zwischen Individuum und öffentlicher Gewalt verstanden“ (Engler 1999, S. 283). Zum einen hatte so das Kollektiv mit den Unwägbarkeiten der Planwirtschaft und politischen Kampagnen vor Ort – mit Materialengpässen, Havarien im Betrieb etc. – ganz direkt zurechtzukommen, bestimmte doch die Produktivität ihrer Leistung hauptsächlich den Arbeitslohn der Brigade und ihr Ansehen. Zum anderen kam die Lebenssituation ihrer einzelnen Brigademitglieder zum Tragen, die das Arbeitsergebnis ebenfalls beeinflussten. Diese Dimensionen schufen ein Klima im Arbeitskollektiv, sich nach außen und offiziell als planerfüllend und konform zu präsentieren und sich nach innen informell und individuell mit den einzelnen KollegInnen und vorhandenen Gegebenheiten zu arrangieren. Durch die Praktiken der Kollektive war ein dritter Raum zwischen staatlich-öffentlicher und privater Sphäre entstanden, in dem sich formelle und informelle Praktiken und Arbeiten eines ambivalenten Aufeinanderangewiesenseins mischten.

Vor dem Hintergrund sozial-ökonomischer Notwendigkeiten entstanden so in wechselnden Kollektiven Tätigkeitsverknüpfungen von Erwerbsarbeit, bürgerschaftlichem Engagement, Sorge- und Eigenarbeit, deren AkteurInnen zwischen institutionellen und informellen Praxen sowohl die betriebliche Produktion als auch die persönliche Reproduktion organisierten. Es entstanden all-

tagspragmatische sozialökonomische Austauschbeziehungen zwischen Stadt und Land und zwischen sorgenden, pflegenden und erwerblichen Arbeiten. Im Alltag waren diese zwischen Genügsamkeit, ökologischer Schonung und Verschwendung von Ressourcen angesiedelt (vgl. Merkel 1999). Die Austauschbeziehungen basierten darauf, dass man aufeinander angewiesen war, und auf einem durchaus zwiespältigen Reichtum an sozialen Beziehungen. Hauptknotenpunkte dieser Netze waren die Kollektive.

3.1.3 Folgerungen

Am Ende sind die Fragen zu überdenken, die eingangs gestellt wurden. Welche dichotomen Trennungen, aber auch welche Bezogenheiten zeigten sich zwischen „produktiven“ und „reproduktiven“, zwischen privaten und öffentlichen Sphären und wie wurden diese bewertet? Inwieweit zeigen sich Blockaden, aber auch Potenziale für eine nachhaltige Entwicklung?

Die Filmfabrik war Teil einer sozialistischen Industriebetriebsgesellschaft, die sich in einem Hauptpunkt nur wenig von kapitalistischen Industriebetriebsgesellschaften unterschied: Industrielle Produktion und Erwerbsarbeit wurden als wertschöpfende Hauptelemente des sozialistischen Systems betrachtet (Land 2003, S. 80). Die ökologische Natur in der Region wurde nur dann als wertschöpfend betrachtet, wenn andere Produktionsbetriebe durch ihre Zerstörung Wertebüßen hinnehmen mussten. Natur blieb für die Produktion Ressource und Senke, wobei sich in den 1970er Jahren zeigte, dass sich ihre produktive Fähigkeit und die Tragfähigkeit für Abfallstoffe in der Region erschöpften, was blockierend wirkte.

Allerdings wurde ein anderer Pfad der Verwebung von industrieller Produktion und der physischen, sozialen und kulturellen Reproduktion der Arbeitenden eingeschlagen bzw. in anderer Weise fortgesetzt. Die Traditionen der AGFA wurden von den neuen Hauptakteuren, der herrschenden SED, aufgenommen, wie beispielsweise der Ausbau der Gartenstadtkultur und deren Elemente von Subsistenzwirtschaft. Formen von gemischten Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen wurden neu belebt. Dies hat auch damit zu tun, dass in der DDR – wie in allen sozialistischen Gesellschaften – Männer und Frauen in das Erwerbsarbeitssystem einbezogen wurden. „Reproduktive“ Tätigkeiten mussten anders zwischen dem (betriebs-)öffentlichen und privaten Bereich aufgeteilt werden. Sie erlangten Teilsichtbarkeit und bekamen vor allem dann Wert, wenn sie als Kosten für den Betrieb und die Belegschaft auftauchten. Die umfangreiche Haushaltsproduktion, die Pflege der Gärten und große Teile des Besorgens von Gütern waren nach wie vor hauptsächlich Frauen zugeordnet und blieben unbewertet. Allerdings erhielten Sorge- und Versorgungsarbeiten, die hauptsächlich von Frauen geleistet wurden, am Arbeitsplatz in den Kollektiven eine inoffizielle Bühne und wurden in diesem Rahmen sichtbar. Durch die face-to-face-Kollektive war Erwerbsarbeit in der Filmfabrik Teil der Lebenswelt und die private Lebenswelt ein Stück sichtbare Arbeitswelt.

Mit der Umwandlung der privaten Filmfabrik in Volks- bzw. Staatseigentum entstand ein spezifischer Typ von Öffentlichkeit, das Staatsöffentliche. Es ersetzte das System der patriarchalen bzw. in Zeiten der IG-Farben auch nationalsozialistischen privaten Unternehmensführung, die kommunal-öffentliche Angelegenheiten inoffiziell bereits dominiert hatte. Die private Sphäre der Familie erscheint als schwindende und durchherrschte Sphäre, gegenüber einer sich ausdehnenden öffentlichen Sphäre, die von Staat und SED besetzt wird. Allerdings hatten sich in den Kombinat zwischen das Staatsöffentliche und das Private Kollektive aller Art geschoben, die

weder öffentlich noch privat waren und sowohl das Staatsöffentliche wie das Private veränderten. Vor allem am Arbeitsplatz, in den Arbeitskollektiven, waren formelle und informelle Beziehungen der betrieblichen, sozialen und persönlichen Reproduktion ineinander verwoben. Ein herkömmliches dichotomes politisches Verständnis von Öffentlichkeit und Privatheit macht deshalb für die Verhältnisse im und um das Filmkombinat wenig Sinn. Eher ist davon auszugehen, dass in den Kollektiven eine Dichotomie, die sich zwischen formellen und informellen Polen bewegte, stark wurde. In der spezifischen Vergemeinschaftung in Kollektiven bildeten Partei- und Staatsöffentliches und private und öffentliche Belange des Kollektivs und der Familie eine Melange. Auf der Vorderbühne der Kollektive nach außen dominierte das Offizielle, Formelle, auf ihrer Hinterbühne im Innenraum das Inoffizielle und Informelle. Konflikte waren vorprogrammiert und „Grenzarbeiten“ waren notwendig, wobei im Zweifelsfall das Offizielle dominierte und blockierte.

Die umfangreichen gegenseitigen Hilfeleistungen und der Mix von Erwerbsarbeit, Sorgearbeit, Eigenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement der Kollektive bildeten einen eigenen Raum. Die entstandenen Sozialbeziehungen werden oft als „Notgemeinschaften“ etikettiert, die dem empfundenen Mangel an Gütern und Dienstleistungen abhalfen, aber darüber hinaus auch Kommunikation und freundschaftliche Beziehungen unterhalb der offiziellen Ebene stiften konnten. Für die alltägliche Versorgung, als Schutz gegen Zumutungen von oben und aus dem Privatbereich, aber auch darüber hinaus, bildeten Kollektive aller Art Gelegenheitsstrukturen, die manchmal Möglichkeiten verschließen, meist aber erschließen konnten. Im Sinne von Existenzsicherung sind sie deshalb als ambivalente Potenzialitäten nachhaltiger Entwicklung zu betrachten.

3.2 Verlassene Tätigkeitsräume – das Beispiel der Bergbaufolgelandschaft Goitzsche²⁹

Das Beispiel der Filmfabrik Wolfen-Nord bleibt, durch die verschiedenen Entwicklungsphasen hindurch, deutlich als Beispiel eines Betriebes mit dessen sozialen und ökologischen Wirkungen zu erkennen. Um was es sich bei der Bergbaufolgelandschaft „Goitzsche“ handelt, ist hingegen alles andere als eindeutig. Daher wird die Goitzsche mitsamt ihrer Geschichte und ihren Widersprüchen zunächst vorgestellt, um ihr dann, mithilfe von Erzählungen, auf die Spur zu kommen.

3.2.1 Die Goitzsche

Was ist die Goitzsche? Noch ein Sanierungsgebiet oder schon ein Landschaftspark? Weshalb heißt sie so – und wann hat die Geschichte angefangen? *Die* Geschichte der Goitzsche zu erzählen, scheint nicht ratsam. Da ist, gerade in der neueren Zeit, ungeheuer viel Verschiedenes passiert.

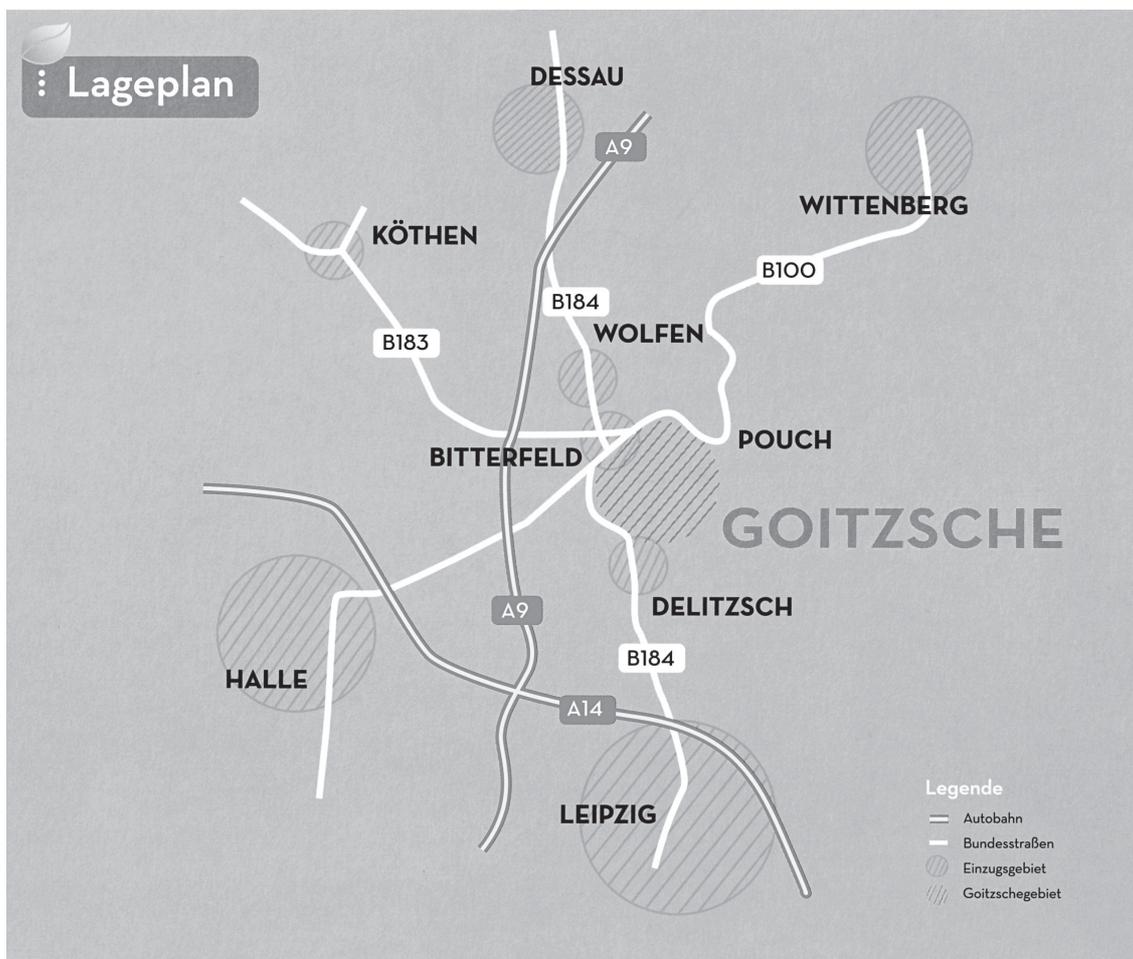


Abbildung 1: Lageplan der Goitzsche (Quelle EBV, o.J.)

²⁹ Ausführlich hierzu: Winterfeld 2006.

Die jüngeren Wirklichkeiten betreffend, haben sich ihre Möglichkeiten vor ungefähr 22 Millionen Jahren in Form einer Kohlenlagerstätte herausgebildet. Viele Millionen Jahre hat also dort Braunkohle gelagert. Das allerdings war der Goitzsche lange Zeit egal. „Goitzsche“ hieß über Jahrhunderte ein vor den Stadttoren Bitterfelds gelegener Auenwald. Er umfasste 7,6 Quadratkilometer und war geprägt vom dynamischen Verlauf der Flüsse Mulde, Lober und Leine. Es gab Weich- und Hartholzauenwälder und Niedrigmoore. Hier war eine Fülle von Orchideen zu Hause, ebenso wie Eichen und Weiden, Ahorn, Buchen und andere Bäume. Und die Tiere? Berichtet wird von Vögeln wie der Nachtigall, der Waldschnepfe oder dem Baumfalken, die in der alten Goitzsche gewohnt haben. Über die alten Insekten aber oder über die alten Säugetiere ist kaum etwas zu erfahren, bis auf ein Mammut eben – oder zumindest sein linkes vorderes Bein, das 1955 gefunden wurde. Es darf aber wohl angenommen werden, dass die Goitzsche einen Großteil der Geschichte ein an Flora und Fauna reicher Auenwald war. Wahrscheinlich ein besonders schöner, denn der im Jahre 1220 erstmals erwähnte sorbische Name dafür war „Gotsaw“ – Gottes Aue.

Mit der Industrialisierung und dem Braunkohlebergbau gingen radikale Veränderungen einher. Das landwirtschaftlich geprägte Areal, eine Mischung von Forstflächen und Auenwiesen (je 20 Prozent), Ackerflächen (55 Prozent) und Siedlungsflächen (5 Prozent) wurde in eine Bergbaulandschaft verwandelt. Die ersten landschaftlichen Veränderungen begannen Mitte des 19. Jahrhunderts mit der Förderung im Tiefbau. Im zwanzigsten Jahrhundert erfolgte der Aufschluss von Braunkohle im Tagebaubetrieb. Neben der Braunkohle wurde der Bernstein entdeckt und ab 1975 wurden jährlich bis zu fünfzig Tonnen des weltbekannten Bitterfelder „Honigbernstens“ gefördert und sortiert.

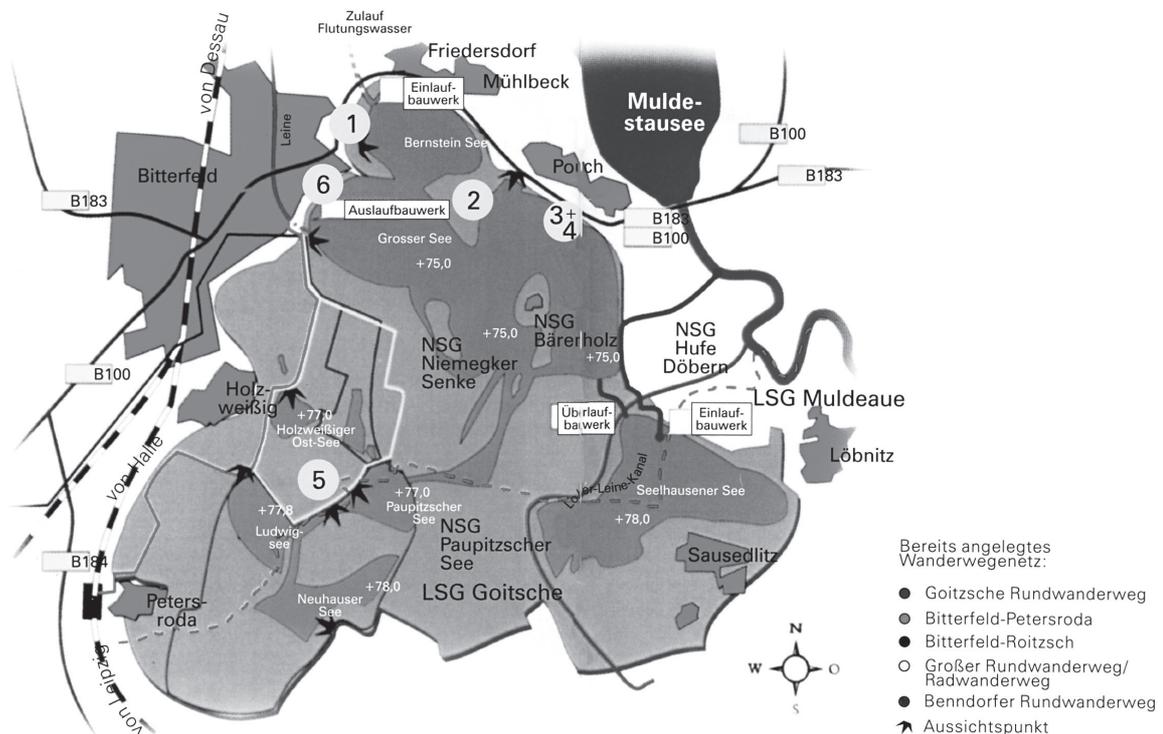
Das Zutagefördern der „Schätze der Natur“ brachte neben dem Reichtum an Edelsteinen und Energie auch reichlich Arbeit für die dort lebenden Menschen. Zugleich aber brachte die Braunkohle im Verbund mit dem Bitterfelder Chemiestandort eine schwarz-graue Finsternis hervor. Und der Gestank! Niemand benutzte weiße Tischdecken oder trug weiße Kleider; die in den Flüssen badenden Kinder bekamen schwarze Füße; die Augen brannten und die Nasen waren strapaziert. *„Aber das Gute war, dass man Arbeit hatte!“* (die „Bergfrau“, siehe 3.2.2).

Im Jahre 1990 haben sich nicht nur die großen sozialen Verhältnisse gewendet, sondern auch die ökologischen Verhältnisse sollten andere bzw. der Braunkohletagebau sollte stillgelegt werden. Was aber blieb zurück – welche Natur, welche Arbeiten und welche Visionen? Als die schwarz-graue Finsternis sich zu lichten begann, zeigte sich eine „Mondlandschaft“. Im Sanierungsdeutsch wird von einer „Devastierung der Landschaft“ gesprochen. Von der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbau-Verwaltungs-Gesellschaft (LMBV) wird das, was der Braunkohlebergbau an veränderter Landschaft nach Erschöpfung der Kohlevorkommen zurücklässt, mit der eiszeitlichen Tundra verglichen: vegetationsfreie und -arme Böden. In dieser quasi „naturlosen“ Situation wird nun die Natur wieder wichtig. Broschüren werden mit „Biotoptypen der Eiszeit in der Bergbaufolgelandschaft Sachsen-Anhalts“ betitelt (LMBV 2002a) und:

„Nach der Devastierung der Landschaft im Bereich der Tagebaue bekam die Natur die Möglichkeit, auf Teilflächen noch einmal „von vorne“ zu beginnen.“ (ebenda, S. 5)

Ähnlich ist in einer Informationsbroschüre „Radwandern in der Goitzsche“ von dem „faszinierenden Experiment einer natürlichen Wiederbesiedlung“ ehemaliger „Mondlandschaften“ die Rede (LMBV 2002, S. 1). Zugleich wird eingeräumt, die nun entstehende, neue Landschaft habe mit

Sanierungsgebiet Goitzsche (nach erfolgter Flutung)



der ursprünglichen nichts mehr gemein. Eine Wiederherstellung vorbergbaulicher Verhältnisse ist nicht möglich; die von der Natur geformten Auenlandschaften mit ihrer hohen Dynamik sind durch keine „Re“naturierung wiederherstellbar (ebenda, S. 11). Im Prozess der Rekultivierung einer 62 Quadratkilometer umfassenden Bergbaufolgelandschaft scheint nun die Arbeit von den Menschen fort und wieder zur Natur zu wandern:

„In der Goitzsche hat nicht nur der Mensch mit seinen Rekultivierungsarbeiten nach der Stilllegung des Tagebaubetriebes, sondern vor allem die Natur ganze Arbeit geleistet. Sie eroberte langsam – aber unaufhaltsam – teilweise lebensfeindliche Substrate zurück, entwickelt sich fortwährend weiter, indem sie sich den neuen Bedingungen anpasst. Auf diese Weise bringt sie in diesem Gebiet wieder eine Landschaft hervor, die wertvoll und außergewöhnlich ist, die Schönheit und Vielfalt birgt. Die Menschen bekommen eine neue Chance, die Entwicklungen der Natur zu fördern, zu schützen, die Natur zu pflegen und sie für ihre Erholung in einer angemessenen Art und Weise zu nutzen.“
(ebenda)

Das klingt gut. Aber es hat eine Schattenseite: Von den über fünfzigtausend im Bergbau beschäftigten Menschen arbeiten heute noch zweitausend in der Sanierungsgesellschaft.³⁰ Bis 2007 muss die Sanierung abgeschlossen sein; dann bleiben vielleicht noch zweihundert Beschäftigte übrig. Der Betrieb hat also die Aufgabe, sich selbst abzuwickeln und die Belegschaft um neunzig Prozent

30 Am 31.12.1988 gab es im Braunkohlekombinat Bitterfeld 52 136 VbE, d.h. Vollbeschäftigungseinheiten. Davon waren 11 434 im Stammbetrieb Bitterfeld, Delitzsch, Gräfenhainichen tätig und von diesen wiederum 7 669 in der Produktion.

zu reduzieren. Entsprechend ist das Betriebsklima – „*Das ist wie so'n Knistern, wenn ich da durchgehe.*“ (Der „Bergmann“, s.u.) Manche Menschen, die ausscheiden müssen, sind erleichtert: „*Ich bin froh, dass ich da raus bin und das „Gemattle“ nicht mitmachen muss*“ (Die „Bergfrau“, s.u.).

Die neue, dem Bergbau folgende Goitzsche betreffend hat man sich darauf geeinigt, dass aus ihr eine Wald- und Seenlandschaft werden soll. Entsprechend wurde 1999 die Flutung der Restlöcher des Bergbaus mit „Fremdwasser“ begonnen (LMBV 2002, S. 12). Die neue „Kunstlandschaft“ soll unterschiedlich genutzt werden. In der Hauptsache ist eine „Zweiteilung der bergbaulich beanspruchten Fläche“ (LMBV 2000) von 62 km² vorgesehen. Der westliche Teil soll Schutzgebiet und teilweise „Totalreservat“ werden.

Er ist für die „ruhige Erholungsnutzung“ vorgesehen, ohne Bebauung und Verkehrswege, bis auf Wanderwege, Lehrpfade und Aussichtspunkte. Der östliche Teil hingegen soll mit Gaststätten, Übernachtungseinrichtungen und Wassersportanlagen der überregionalen touristischen Erholung dienen. Zur Rekultivierung gehört somit auf der einen Seite eine neue „Wildnis“, in der die Natur, weitgehend sich selbst überlassen, sich entfalten können soll. 12 Quadratkilometer hat der BUND als Wildnis-Akteur bereits durch Kauf gesichert. Viele seltene Tiere und Pflanzen haben hier eine „neue Heimat“ gefunden, und:

„In der Goitzsche besteht die einmalige Chance Wildnis, Landschaftskunst und Kulturlandschaft für die hier lebenden Menschen und ihre Gäste in einen Dreiklang zu bringen und erlebbar zu machen.“ (BUND Leporello, o.J.)

Auf der anderen Seite soll ein neues „Zentrum“ entstehen, das auch für umliegende Städte wie Leipzig und Halle attraktiv ist. Die „Entwicklungs-, Betreiber- und Verwertungsgesellschaft Goitzsche“ (EBV) als Akteurin der Kommerzialisierung stellt Überlegungen dahingehend an, wie mit der neuen „Kunstlandschaft“ neue Gewinne zu machen sind und formuliert hierzu:

„Aus einer ökologischen „Problemregion“ wird ein mitteldeutsches Zentrum für Wassersport, Freizeit und Tourismus entstehen. Wer sich als Investor von Beginn an engagiert, hat exzellente Chancen, von diesem Trend zu profitieren.“ (EBV, ohne Jahres- und Seitenangaben)

Ob Verwertung oder Wildnis – was erleben die Menschen, was ist ihnen Arbeit und Natur?

3.2.2 Gottes Aue ist ausgekohlt. Natur- und Arbeitswirklichkeiten im Umbruch.

Eine transdisziplinäre Erzählung von Uta v. Winterfeld, Heidrun Heidecke, Regina Metzner, Reinhard Metzner und Christel Möbius

Eine transdisziplinäre Geschichte zu erzählen, ist weder üblich noch leicht. Daher ist am besten, wenn ich, Uta v. Winterfeld, als die den transdisziplinären Prozess initiiierende Wissenschaftlerin, sogleich damit anfangen.³¹

31 Die Ich-Form ist innerhalb des gemeinsamen Schlussberichtes hier deshalb gewählt, weil ich als Wissenschaftlerin und erzählende Person diesem transdisziplinären Prozess selbst angehöre.

Ihren Ausgang nimmt die Erzählung über umbrechende Arbeitswirklichkeiten in der Bergbaufolgelandschaft „Goitzsche“ von drei Fragen, die sich um gesellschaftliche Arbeits- und Naturverhältnisse ranken: In welcher Beziehung stehen die verschiedenen Tätigkeiten – stehen Eigen-, Erwerbs- und Sorgearbeiten zueinander? Wie lassen sich die zugrunde liegenden gesellschaftlichen Arbeits- und Naturverhältnisse beschreiben und welche Geschlechterverhältnisse enthalten sie? Inwiefern verhindern derzeitige Konstellationen nachhaltige Regionalentwicklung und wo liegen Ansatzpunkte für sozial-ökologischen Wandel?

Im folgenden Abschnitt stellen sich in der Goitzsche lebende und arbeitende Menschen selbst vor. Die methodische Einordnung der Einzel- wie der Gesamterzählung ist nicht einfach. Sie enthält neben transdisziplinären Elementen auch solche aus der qualitativen Sozialforschung (so die „ermittelnde Gruppendiskussion“, siehe z.B. Lamnek 1995, S. 130–134) und aus der „Aktionsforschung“ (siehe z.B. Roth; Holling 1999). Letztere betreffend ist insofern Vorsicht geboten, als der Gruppendiskussion keine vorab festgelegte Veränderungsabsicht meinerseits zugrunde gelegen hat. Dennoch hat diese Erzählung etwas mit der Aktionsforschung (auch im Sinne des „qualitativen Experiments“, siehe Lamnek 1995, S. 325–328) gemein: Die untersuchten Personen sind keine „Datenlieferanten“, sondern sie werden als „Subjekte“ in den Forschungsprozess einbezogen (siehe unten und Lamnek 1995, S. 380). Das Transdisziplinäre betreffend wird Neuland betreten. Derzeit existiert noch keine allgemein akzeptierte Definition dazu, was transdisziplinäre Forschung ist. Den von Evalunet (in: ISOE 2005, S. 15) für *Forschungsprojekte* entwickelten Qualitätskriterien und der Arbeitsdefinition (ebenda) zufolge ist die Erzählung dahingehend transdisziplinär, als dass sie erstens mit ihren Fragen nach den Lebens- und Arbeitswirklichkeiten lebensweltliche Problemstellungen aufgreift. Zweitens bezieht sie das Praxiswissen ein bzw. macht es zum Ausgangspunkt der Erzählungen. Daraus werden drittens neue wissenschaftliche Erkenntnisse formuliert und eingebracht.

Im Hintergrund steht folgende Problematisierung des Verhältnisses von Wissenschaft und Praxis: Transdisziplinäre Ansätze sehen sich einer doppelten Gefahr des Misslingens ausgesetzt. Die eine Gefahr steht in Zusammenhang mit der Art und Weise, in der Wissenschaft mit Praxis verfährt. Wenn sie ihre zentrale Aufgabe darin sieht, „sich eine Welt zu schaffen, auf die sich ihre Aussagen eindeutig beziehen lassen“ (Holzkamp 1968, S. 240), dann wird das zu Erforschende so lange durchgeordnet und umgestaltet, bis es mit den theoretischen Ideen in Übereinstimmung steht. Die andere Gefahr hängt mit der Art und Weise zusammen, in der Praxis mit Wissenschaft verfährt. Wissenschaft, so das gängige Verständnis, ist frei. Sie darf von keiner Politik an die Kandare genommen werden. Wie aber verhält es sich mit dem Markt? Wissenschaft, so das ebenfalls gängige Verständnis, soll der Gesellschaft von Nutzen sein. „... *was im Tätigsein am nützlichsten*“, so stellt schon Francis Bacon in „Neues Organon“ fest, „*ist im Wissen reine Wahrheit*.“ (Bacon 1990 [1620], S. 287). Das Problem ergibt sich, wenn nützliche Wissenschaft per Auftragsforschung ihre Ergebnisse so lange durchordnet und umgestaltet, bis sie mit den praktischen Interessen in Übereinstimmung stehen. Der doppelte Fallstrick von Transdisziplinarität liegt somit dort, wo Wissenschaft mit Wirklichkeit und Wirklichkeit mit Wissenschaft instrumentell verfährt. Eine Möglichkeit, diese – verbreitete – Vorgehensweise zu verlassen, liegt darin, Wissenschaft und Praxis, Theorie und Empirie dialektisch aufeinander zu beziehen.

Es wäre übertrieben zu behaupten, in dieser transdisziplinären Erzählung sei eine solch andere Beziehung geglückt. So betrachten etwa die erzählenden Personen das von ihnen Erzählte immer noch eher als „Zuarbeit zum Projekt“, nicht als ihr Eigenes, das sie von sich aus erzählen. Dennoch



Abbildung 3: Marie Neumüllers 1996: Birke in Golpa Nord

scheinen andere Elemente auf. Sie liegen in der Rückkopplung meiner Überlegungen und Ergebnisse an die Partnerinnen und den Partner aus der Praxis; umgekehrt öffnen mir die Erzählenden zugleich die Tür zu „ihrer“ Goitzsche; insbesondere die „Kräuterfrau“ versorgt mich mit zusätzlichem Material und stellt mir ihr kleines „Privatarchiv“ zur Verfügung. Neben den vier Haupterzählungen (der „Bergfrau“ und des „Bergmannes“, der „Libellenfrau“ und der „Kräuterfrau“) gibt es kleine, von der Kräuterfrau erzählte Anekdoten (oder Geschichten in der Geschichte). Auch ich selbst bin als „Gastarbeiterin“ in einer Erzählung anwesend und versuche, den eigenen Hintergrund und die eigene Perspektive offen zu legen. Inspiriert ist die Erzählform von den von einigen Bäuerinnen und Bauern und mir verfassten „Erzählungen aus der Landwirtschaft“ (Winterfeld 1998³²). Sie stellen die Präsentationsform der Ergebnisse qualitativer und leitfadengestützter Interviews dar. In der vorliegenden Erzählung hingegen ergreifen die Erzählenden spontan das Wort bzw. beziehen sich nur auf die allgemeine Thematik der umbrechenden Arbeits- und Naturverhältnisse. Auch die Form wählen sie selbst, entsprechend ist sie von einer Art „Bewerbungsschreiben“ über das „Selbstporträt“ bis hin zur „Anekdote“ vielfältig. Dieses Vorgehen ist

32 Ein Titel, der übrigens dazu führte, dass mir die VG Wort meine Meldung zunächst zurückschickte: Sie seien eine wissenschaftliche Abteilung und nicht für Belletristik zuständig ...

nicht der Weisheit oder Transdisziplinarität letzter Schluss. Aber der doppelten Instrumentalisierungsgefahr nicht erliegende Theorie-Praxis-Verhältnisse bedürfen neuer, experimenteller Räume, in denen andere Verhältnisse ausprobiert werden können. So mag die Erzählung ein Indiz für die Möglichkeit solcher Räume sein und zu anderen Experimenten anregen.

Herbst in der Goitzsche (erzählt von der Kräuterfrau)

Auf der Halbinsel gibt es viele schöne Kiefern. Als ich dort rumkrauche – was sehe ich? Pilze! In Massen Pilze. So eine Freude. Früher habe ich mit dem Großvater Pilze gesammelt. Da kommt so etwas wie Jagdfieber: Die Pilze! Och ist das schön, wenn man die Pilze sieht. Große kleine dicke dünne und – ach, komm her.

Doch was ist das? Er ist wunderschön, der Kiefernröhrling. Ein Speisepilz. Aber denken Sie bloß nicht, dass man die essen kann. Die verlassen Sie als grünes Wasser. Sie schmecken wunderbar. Aber ich geh nicht mehr ran. Ein wunderschöner Pilz mit „eingeschränkter Speiseverträglichkeit“. Ich hab's zweimal ausprobiert. Ein Durchfall – man kam vom Klo kaum noch runter. Ich habe später extra eine Pilzausstellung besucht und dort mein Leid geklagt. Voller Unverständnis haben sie auf ihre Schautafeln verwiesen: „*Aber das steht doch da ...!*“

Das Jahr 1990 hat auch und besonders für die Menschen in der Goitzsche ein „sozial-ökologisches Beben“ eingeleitet. Plötzlich war das Alte nicht mehr – und das Neue noch nicht. Die DDR löste sich auf und der Braunkohlebergbau wurde stillgelegt. Die folgenden, von den Beteiligten selbst verfassten, Geschichten ranken sich um persönliche wie strukturelle Veränderungen. Sie berichten von Umbrüchen und davon, wie diese erlebt worden sind und erlebt werden. Die Erzählungen sollten eigentlich beim Gehen entstehen. Wir hatten an jenem Samstag vor, hinauszufahren und in der Goitzsche zu laufen. Stattdessen haben wir bei Regen in einem kleinen Rathaus gegessen. Die „Natur“ der Goitzsche ist daher in den Hintergrund getreten; im Vordergrund sind Geschichten aufgetaucht, die vom Leben und Arbeiten zu Zeiten der DDR und dann der BRD handeln. Die insbesondere die ersten beiden Erzählungen prägende Perspektive ist erwerbsbiographisch, was weder beabsichtigt noch vorgegeben war. Deshalb ist sie aber nicht „falsch“ oder „unwahr“, sondern diese Perspektive ist von den beiden „Bergleuten“ an diesem konkreten und verregneten Samstag eingenommen worden. Die fünfte Geschichte handelt von mir selbst, von der Wissenschaftlerin, die in der Goitzsche nicht zu Hause ist. Mit dem „Fremden“, damit, dass die Forscherin aus dem Westen vergangene und gegenwärtige Wirklichkeiten aus dem Osten kaum kennt, sind wir spielerisch umgegangen. Es hat beispielsweise die anderen köstlich amüsiert, wenn sie mit einem typischen „DDR-Begriff“ bei mir wieder einmal ein fragendes Stirnrunzeln mit Bitte um Erklärung hervorgerufen hatten.

3.2.2.1 Die Bergfrau: Ein Leben mit und für den Bergbau

Von 1962 bis 1966 habe ich die Oberschule in Bitterfeld besucht und gleichzeitig im Braunkohlenwerk Bitterfeld Betriebsschlosser gelernt, d.h. 1966 das Abitur und gleichzeitig den Facharbeiterbrief – Betriebsschlosser – abgelegt (Versuchsmodell des sozialistischen Bildungswesens). Nach erfolgreichen Abschlüssen delegierte mich das Braunkohlenwerk zur Bergingenieurschule Senftenberg.

Dort nahm ich ein Studium in der Fachrichtung Ingenieurökonomie auf, d.h. betriebswirtschaftliches und technisches Wissen wurden vermittelt. Ich habe mich immer mit dem Braunkohlenwerk identifiziert und private Interessen hinter die Interessen des Unternehmens gestellt.

Als es 1996 wieder mal eine neue Struktur gab und alle Karten neu gemischt wurden, entschied ich mich nicht für den einfachen und bequemeren Weg, sondern für den, der im Interesse des Unternehmens lag. Bis zu dieser Zeit hatte ich Tochter- und Beteiligungsgesellschaften im Länderbereich Sachsen-Anhalt bearbeitet. Dieses Geschäftsfeld wurde bei der neuen Struktur aus den Länderbereichen zusammengeschlossen und in der Zentrale, d.h. in Berlin angelegt. Im neuen Stellenplan erhielt ich im Bereich Sachsen-Anhalt eine Stelle im Sanierungscontrolling. Der zuständige Leiter für Tochter- und Beteiligungsgesellschaften in Berlin verhandelte mit mir, ob es nicht möglich wäre, dass ich mit meinem bisherigen Tätigkeitsfeld zur Zentrale nach Berlin käme; wertvolles Detailwissen gehe ansonsten verloren.

Wie zuvor erwähnt, wurde alles Private zurückgestellt und ich ging nach Berlin. Das bedeutete, die Arbeitswoche in Berlin zu sein und das Wochenende zu Hause zu arbeiten (doppelte Haushaltsführung).³³ Es muss aber auch gesagt werden, dass ich den Gang nach Berlin niemals bereut habe. Es war ein sehr gutes Arbeitsklima, und es hat viel Spaß gemacht, dort zu arbeiten. Dies beweist auch mein Arbeitszeugnis aus dieser Zeit.

Nach 3-jähriger Arbeit in Berlin war im Länderbereich Sachsen-Anhalt eine Stelle im Personalmanagement Sanierung neu zu besetzen. Da ich aus diesem Länderbereich kam, wurde ich wieder dorthin zurückdelegiert. Die Bergbau-Verwaltungsgesellschaft ist heute ein Unternehmen, das sich selbst abwickeln muss (d.h. wenn die Sanierung abgeschlossen ist, ist das Geschäftsfeld beendet). Freie Stellen werden nach Möglichkeit mit Personal aus dem eigenen Unternehmen besetzt. Das bedeutete für mich die Einarbeitung in ein neues Arbeitsgebiet so gut wie ohne Anleitung und in kürzester Zeit. Ohne Anleitung, d.h. der Leiter war auch neu (zuvor Betriebsratsvorsitzender) und die Kollegen gaben ihr Wissen nicht preis (Ausnahme: eine Sachbearbeiterin).

Hinter meinem Rücken wurden solche Diskussionen geführt wie: „Die werden wir nie wieder los“ (Alter, Betriebszugehörigkeit, Schwerbeschädigung). Und selbst von der Länderbereichsleitung wurde die Meinung vertreten, „für die sind wir aber nicht verantwortlich“ (d.h. ich war ja eine, die aus der Zentrale in Berlin kam, „um die soll sich mal Berlin kümmern“). Und der Stellenabbau ging weiter ...

Eine Kollegin vom Personalmanagement, wo ich nun beschäftigt war, wurde innerhalb des Länderbereiches umgesetzt. Nun waren wir noch zwei Kolleginnen mit der gleichen Stellenbezeichnung, und wiederum wurde eine Stelle gestrichen. Ich war inzwischen kurz vor meinem 55. Geburtstag, und da gibt es in unserem Unternehmen Altersteilzeitregelung, d.h. nach dem 55. Geburtstag werden noch 2,5 Jahre aktiv gearbeitet und 2,5 Jahre (bis 60 Jahre) dauert die Ruhephase. Man erhält aber während dieser gesamten 5 Jahre ca. 75 Prozent seines Nettogehaltes, das man vor dem 55. Geburtstag erhalten hat, und wird an allen Lohnerhöhungen beteiligt. Mit 60 Jahren muss man dann mit 18 Prozent Abzug (von der Rente) in den Ruhestand gehen. Also stellte ich fristgemäß drei Monate vor meinem 55. Geburtstag den Antrag auf Altersteilzeit. Nach einer Bearbeitungszeit gab es ein Gespräch mit der Personalchefin aus Berlin. Aber was sie mir mitzuteilen hatte, war nicht die Bewilligung der Altersteilzeit, sondern der „Rausschmiss“. Sie zeigte mir das

33 Die Fahrzeit von Bitterfeld nach Berlin beträgt etwa zwei Stunden.

Prozedere an, das nun in Gang gesetzt werden muss, die Einholung der Zustimmung des Integrationsamtes, weil ich schwerbeschädigt bin. Nach Aussprachen mit dem Integrationsamt lag die Entscheidung „über Sein oder Nichtsein“ bei mir.

Bei dieser Entscheidung musste ich genau bedenken, dass die andere Kollegin eine Ausbildung im Personalwesen hatte, somit jahrelange Erfahrung aufweisen konnte, und speziell diese Arbeitsaufgabe schon acht Jahre erledigte. Demgegenüber standen meine „kleinen“ zwei Jahre Erfahrung. Ich entschied mich gegen diese Stelle. Mein Seelenfrieden war mir mehr wert als das Geld!

Während dieser Zeit gab es auch mal wieder eine Stellenausschreibung in unserem Unternehmen. Es war eine neue Stelle als Hauptsachbearbeiter Öffentlichkeitsarbeit in Berlin hinzugekommen. Die Anforderungen dieser Stellenbeschreibung entsprachen meinen Fähigkeiten, aber man hat sich anders entschieden. Wörtlich aus der Ablehnung:

„Nach eingehender Prüfung der Bewerbungsunterlagen sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass alle Bewerber nach unserer Bewertung ihrer Qualifikation sehr dicht beieinander liegen. Letztendlich musste jedoch der Leiter die entsprechende Entscheidung treffen. Diese ist uns nicht leicht gefallen. Leider fiel die Wahl nicht auf Sie ...“

Es gab keine Sozialauswahl! Nun kam der „Glanzakt“ dieses Unternehmens! Ich erhielt meine Kündigung, obwohl ich: 55 Jahre alt war; 41 Jahre Betriebszugehörigkeit hatte; schwerbeschädigt bin und eine Altersteilzeitregelung hätte haben können!

Aber weil sich niemand mehr für mich verantwortlich fühlte (der Berliner Chef war zwischenzeitlich im Ruhestand, meine Chefin vom Personalmanagement Sanierung des Länderbereichs Sachsen-Anhalt hatte man in einer noch hinterhältigeren Art und Weise vom Dienst suspendiert und ihr ihren Betriebsratskündigungsschutz gewährt, d.h. Beurlaubung auf zwei Jahre), hatte ich keine Basis mehr in Berlin und im Länderbereich. Gegen diese Kündigung habe ich geklagt, aber leider nur mit der Gewerkschaft, muss ich im Nachhinein sagen, denn dieser Vertreter war von vornherein auf einen Vergleich ausgerichtet. Für mich kam zusätzlich ein halbes Jahr Betriebszugehörigkeit mit vollem Lohn ohne Arbeitsleistung (Beurlaubung) heraus. Auf jeden Fall war die Entscheidung, nach Berlin zu gehen, nicht die richtige, denn die Stelle im Länderbereich Sachsen-Anhalt im Sanierungscontrolling ist immer noch im Stellenplan und wird von einer Kollegin besetzt, die damals, als ich mich für Berlin entschied, eine Kündigung hatte.

Dieses Unternehmen muss bis zum Jahr 2007 die Sanierung der ostdeutschen Braunkohlenbetriebe so gut wie abgeschlossen haben, ausgenommen sind noch offene Wasserprobleme. Ich bin froh, dass ich diese Situation nicht mehr miterleben muss (Konkurrenz, Angst, sich ausbooten). Ich vermute, die fallen alle noch mal sehr tief.

In der Zwischenzeit habe ich meinen Weg gefunden. Während meiner Freistellung von der Arbeit habe ich Kontakt zu unserem Pfarrer aufgenommen und ihm meine Hilfe angeboten. Ich weiß, dass er sehr überfordert ist, denn auch hier wird gespart und sein Pfarramtsbereich wurde von sechs auf zehn Gemeinden erhöht. Außer seinen kirchlichen Aufgaben muss er sich um die Erhaltung der Kirchengebäude kümmern (Finanzierungsanträge an Behörden usw.). Man kann schon sagen, er ist auch Denkmalspfleger geworden. Inzwischen bin ich auch Mitglied des Gemeindegemeinderates und besuche in meiner Freizeit ältere Menschen, die krank und einsam sind, und überbringe an die über 70-jährigen Gemeindeglieder Geburtstagsgrüße der Kirchengemeinde.

Seit kurzer Zeit habe ich eine ABM-Stelle (Arbeitsbeschaffungsmaßnahme) inne. Aber leider gibt es nur noch Bewilligungen durch das Arbeitsamt für acht Monate. Im Rahmen dieser ABM bin ich beim „Traditionsverein Bitterfelder Bergleute e.V.“ beschäftigt. Diese Arbeit macht mir sehr viel Freude. Die Vereinsmitglieder sind alle ehemalige Arbeitskollegen, die zum größten Teil im Ruhestand sind. Da ist mir keiner schlecht gesonnen und alle sind, wie eigentlich immer in meinem Arbeitsleben, mit meiner Arbeit sehr zufrieden, so dass sogar mit dem Arbeitsamt an einer Verlängerung meiner Maßnahme gearbeitet wird.

Abschließend möchte ich sagen, dass ich davon überzeugt bin, dass in den alten Bundesländern so etwas wie mit mir niemals passiert wäre! Die Stilllegung des Bergbaus wird dort ganz anders abgefedert.

3.2.2.2 Der Bergmann: Arbeit und Natur – Zerstörung und Heilung

Auf meinem Abschlusszeugnis der 10.Klasse stand: „Anerzogene Widersetzlichkeit“ in der textlichen schriftlichen Beurteilung.

Mein Wunsch war es eigentlich, den Beruf des Elektrikers zu erlernen. Aber der private Handwerksmeister erhielt keine Freigabe für eine Lehrstelle, deshalb entschloss ich mich für die Braunkohle. Begonnen hat es mit einer Lehre im Bergbau als „Bergbaumaschinist für Fahrbetrieb“. Es hätte nach der Lehre bedeutet: Arbeit in drei Schichten. Meine guten Leistungen in der Lehre waren Anlass für Lehrer und Ausbilder, mich zum Studium zu delegieren. Als Arbeiter- und Bauernkind hatte ich keine Probleme bei der Delegation. Für die Aufnahmeprüfung im 1. Halbjahr 1965 musste ich mein widersetzliches Wesen ändern.

Kandidat der SED zu sein, habe ich kurz vor dem Abschluss der Lehre abgelehnt, was mir großen Ärger einbrachte. Ein Lehrer, welcher *nicht* „SED-Mitglied“ war, setzte sich für mich ein, und ich begann mein Studium 1966 an der Bergingenieurschule Senftenberg, Fachrichtung Bergbautechnik. Das war meine schönste Zeit. Ich lernte meine Frau kennen. Sie begann 1967 das Studium in der Fachrichtung Ingenieurökonomie an unserer Schule. Nach kurzer Absolventenzeit wurde ich im Herbst 1969 zur Armee eingezogen. Während meiner Armeezeit heiratete ich. Im Frühjahr 1971 begann ich im Tagebau Goitzsche als Ingenieur für Fahrbetrieb.

Als junger Ingenieur arbeitete ich natürlich im „Neurerwesen“³⁴ und besonders in der Bewegung „Messe der Meister von Morgen“ (MMM) mit. Durch meine aktive Arbeit in der MMM-Bewegung und der FDJ wurde ich auf der Zentralen Messe der Meister von Morgen 1973 Standbetreuer unseres Exponates in Leipzig. Das Exponat war ein Rationalisierungsmittel für die Gleiswirtschaft. Auf der Messe wurde ich als Kandidat in die SED aufgenommen. Ich war aber schon 27 Jahre alt und das „Ingenieurtechnische Personal“ wurde eigentlich nur bis zum 25. Lebensjahr aufgenommen. Für die Presse war ich daher 25 Jahre alt, man hat sich halt einmal verschrieben. Für das Exponat „Mehrzweckwagen MZW 01“ erhielt unser Kollektiv die Medaille für „Ausgezeichnete Leistungen in der MMM- Bewegung“. Diese Gleisbaumaschine wurde durch uns entwickelt und gebaut.

34 Im „Neurerwesen“, heute vermutlich „Innovation“ genannt, ging es um Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten. Anliegen war einmal, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen am Betriebsleben und am Produktionsablauf zu beteiligen, und zum anderen ging es um Rationalisierungen und Einsparungen.

Im Rahmen der Jugendinitiative „Bildung von Jugendobjekten“ wurde ich 1975 „Leiter Rationalisierung Veredlung“ in Bitterfeld. Die Aufgabe bestand im Umbau der Produktionsanlagen in der Brikettfabrik bei voller Produktion, um eine Leistungssteigerung zu erreichen. Dies erfolgte in meiner Zeit „unfallfrei“. Die Aufgabe bestand darin, betrieblich komplizierte Aufgaben zu lösen und junge Menschen politisch für den späteren Einsatz an neuen Betriebsteilen auszubilden. Es wurde erwartet, dass dieser Betriebsbereich im Wettbewerb immer an der Spitze steht. Nach 5 Jahren wurde ich 1979 in die Niederlausitz delegiert, um im Tagebau Jänschwalde bei der Bewältigung der Probleme der Umstellungsphase mitzuarbeiten. Das Ziel des Einsatzes der Arbeitsgruppe war, den Tagebau bzw. die Abraumförderbrücke F 60 auf die geplante Abraum- und Kohlegewinnungsleistung zu bringen. In diesem Braunkohletagebau traf ich erfahrene Fachleute, die mich auf den Einsatz im Tagebau Delitzsch-Südwest vorbereiteten.

Am 1.4.1980 begann ich im Neuaufschluss Tagebau Delitzsch-Südwest in der Abteilung „Abraumförderbrücke 23“ (AFB 23) als Betriebsingenieur und stellvertretender Abteilungsleiter. In diesem Tagebau arbeitete ich bis zur Schließung im Monat Juni 1993. Die 12 Jahre Arbeit in diesem Tagebau haben verschiedene Tätigkeiten umfasst: Betriebsingenieur und Betriebsführer an der AFB 23; Betriebsführer im Bahnbetrieb und in der Abwicklungsphase stellvertretender Tagebauleiter. Die Zeit meiner Tätigkeit im Tagebau Delitzsch-Südwest war für mich persönlich die Phase wo ich sagen könnte, der Spruch: „Ich bin Bergmann! Wer ist mehr?“ trifft zu. Die Verantwortung über die modernste Fördertechnik zu haben, hat mich und mein sehr gutes Team immer motiviert, und wir bestimmten entscheidend die Leistung des Tagebaus. Diese Tatsache erfüllte mich schon mit Stolz. Ich wurde deshalb im Kollektiv mit dem Orden „Banner der Arbeit-Stufe I“ ausgezeichnet.

Besonders möchte ich betonen, dass unser Team sich mit der Arbeit echt identifizierte. Jeder konnte sich auf jeden verlassen. Wir treffen uns heute noch jährlich einmal im Juli und es ist sehr angenehm, sich zu unterhalten.

Nur unter dieser Voraussetzung war es möglich, die projektierte Leistung auf 125 Prozent zu steigern. Mit der Abteilung AFB 23 belegten wir im Wettbewerb des Industriezweiges „Kohle-Energie“ immer vordere Plätze und in den letzten 7 Jahren auch mit dem Tagebau gesamt. 1992 kostete die Tonne Rohbraunkohle in Delitzsch Südwest (DSW) 17,45 D-Mark. Trotz guter Kennziffern wird der Tagebau abgewickelt. Im Einigungsvertrag waren die weiterarbeitenden Tagebaue schon festgelegt; Wirtschaftlichkeit spielte keine Rolle. Die Abwicklung des Tagebaus wurde stufenweise durchgeführt.

Im Juli 1993 wurde der Tagebau in die Sanierung überführt und ich begann meine Arbeit in einem Tochterunternehmen der Mitteldeutschen Braunkohle AG (MIBRAG) als „Bereichsleiter – Restkohlegewinnung und Kiesabbau“. Bedingung für die Arbeit in diesem Bereich war der Austritt aus der Gewerkschaft. Meine Verantwortungsbereiche befanden sich in DSW, Gröbern, Profen und Schleenhain. Diese Aufgabe lief am 31.12.1997 aus und es erfolgte die Kündigung. Mein Meister im „Bereich der Kiesgewinnung“ hat ein behindertes Kind, und ich nahm deshalb die Kündigung an, obwohl ich schon 50 Jahre alt war.

Im März 1998 begann ich in der Sanierungsgesellschaft Lauchhammer (SGL) als Fahrsteiger im Tagebau Meuro. Ich baute dort zwei neue Betriebsbereiche mit auf. Diese Arbeit bedeutete für mich, dass ich noch einmal meine alte bergmännische Tätigkeit durchführen konnte. Die Aufgabe bestand darin, im Sanierungsbergbau, unter recht komplizierten Bedingungen Abraum einer

ehemaligen Kippe zu baggern und ein altes Tagebaurestloch am Rand der Stadt Senftenberg zu verkippen. Im Mai 2001 lief mein Vertrag aus und ich wurde arbeitslos.

Im Oktober 2001 nahm ich eine Qualifizierung am „Haus der Technik“ Essen, Außenstelle Halle, auf und wurde zum „Stadt- und Regionalmanager“ ausgebildet. Meine Projektarbeit befasste sich mit dem Thema: „Entwicklung der Grundlagen für das Außenleitsystem Dübener Heide“. Die Bergbaufolgelandschaft der „Goitzsche“ spielte in der „Verknüpfung“ der Tourismusgebiete eine entscheidende Rolle.

Am 1.4.2002 habe ich beim BUND in einer „Ü 55 Maßnahme“ (Aktiv zur Rente) begonnen. Die Tätigkeit (Naturwacht) übte ich nur bis zum 1.5.2002 aus. Ich musste diese Arbeit abbrechen, weil ich noch nicht 55 Jahre alt war. Es hatte sich ein Mitarbeiter beim Arbeitsamt Halle beschwert und ich wurde „rückabgewickelt“. Ein Wahnsinnsaufwand, diesen Monat buchhalterisch rückgängig zu machen. „Ich war nie beim BUND.“ Ab 1.5.2002 war ich dann ehrenamtlich beim BUND tätig. Beim Augusthochwasser 2002 war ich aktiv bei der Hilfe dabei, denn ich hatte ja Zeit. Es wurde jede Hand gebraucht. Im September begann ich im Hochwasseraufbaustab im Landratsamt Delitzsch als Koordinator der zusätzlichen Arbeitskräfte und Aufgaben bei der Beseitigung der Flutschäden. Die Finanzierung erfolgte über den Europäischen Sozialfonds.

Ab dem 1.4.2003 begann ich erneut bei der Naturwacht als Bildungsreferent. Die Ausbildung als „Regionalmanager“ bildet eine gute Grundlage für meine Tätigkeiten beim BUND und als „Umweltbildungsreferent“ im „Goitzsche- Wildnisprojekt“. Im Jahr 2003 wurde die Arbeitsgemeinschaft „Jung-Ranger“ gebildet. Diese leite ich und diese Arbeit macht mir Spaß. Im Monat April 2004 war ich arbeitslos und am 1.5.2004 begann ich beim Institut für „Nachhaltige Entwicklung“ e.V. Diese Aufgabe ist unbefristet und wir erhalten für die Stelle einen Wiedereingliederungszuschuss. Zu meinen Tätigkeiten gehört die Koordination im Projektbüro, Führungen von Besuchergruppen und die Umweltbildungsarbeit. Die Arbeit mache ich gerne – „draußen“ in der Goitzsche mehr noch als „drinnen“ im Büro.

3.2.2.3 Die Libellenfrau: Ganz oder Gar nicht

Als „Intelligenzlerkind“ hatte ich keine Chance für ein Biologiestudium. Also entschied ich mich für ein Pädagogikstudium („Lehramt“ ist der westliche Begriff dafür), Biologie und Chemie. Aber ich wollte nicht an einer Pädagogischen Hochschule studieren, sondern an der Martin-Luther-Universität in Halle und zusammen mit den „richtigen“ Biologen.

Wenn man nach dem Studium eine Wohnung haben wollte, musste man verheiratet sein. Also wurde die erste Liebe geheiratet. Wenn man jung (unter 25 Jahre) heiratete, bekam man einen Ehekredit. Mit diesen 5000 DDR-Mark konnte man die wichtigsten Dinge anschaffen. Im dritten Studienjahr kam das erste Kind, ein Junge, den meine Großmutter betreute. Das Pädagogikstudium beendete ich mit einer Diplomarbeit über Libellen und „verliebte“ mich in die fliegenden Edelsteine. Seither begleiten sie mich als Hobby durch mein Leben.

1977 schloss ich das Studium ab, hoffte auf eine Anstellung irgendwo auf dem Dorf, auf eine eigene Wohnung für meine kleine Familie. „Gehen Sie mal nach Magdeburg“ – lautete die Entscheidung der Behörden. (Man musste sich vor dem Studium verpflichten, mindestens zwei Jahre

dort zu arbeiten, wo der Staat einen brauchte). Also ging es mit Mann und Kind zurück in die 3-Zimmer-Wohnung zu Großmutter und Mutter. In der Schule musste ich dann nicht nur Biologie und Chemie unterrichten, sondern auch Geschichte und Staatsbürgerkunde.

Die Zeit verging, die erste Ehe auch. In der zweiten Ehe kam meine Tochter; endlich gab es für uns eine Wohnung: In einem Notstandsbau aus dem ersten Weltkrieg, gebaut für die Krupparbeiter: Dünne Wände (Ziegel hochkant gemauert, einfache Fenster, kleine Durchbranntöfen, kein Bad usw.). Einige Jahre später bauten wir ein Häuschen – im wahrsten Sinne des Wortes, denn das meiste erfolgte in Eigenleistung. Die Beschaffung von Fliesen, Badarmaturen etc. erforderte viel Geschick – Reisen in die Tschechei, Tauschgeschäfte und auch ein bisschen Westgeld (von einer Großtante). 1000 m² Land wollten bewirtschaftet werden – Erdbeeren, Kirschen usw. – selber Saft und Marmelade kochen – da hatte man im Winter vieles, was es im Laden nicht immer gab. Trotzdem ging ich als Lehrerin arbeiten und „durfte“ in den Ferien oft die Weiterbildung im Fach Biologie für Kollegen gestalten. In dieser Zeit bekam ich Kontakt in die Umweltbewegung. Wir gründeten eine Umweltgruppe zur Stadtökologie. Im Herbst 1989 gab es Diskussionen, ob es eine eigene „Grüne Partei“ geben müsste. Ich war der Überzeugung: Ja. So wurde ich Gründungsmitglied der „Grünen Partei“ der DDR. Schnell wurde ich an den Runden Tisch für den Bezirk Magdeburg delegiert. Diese Arbeit war völlig neu, aber es herrschte Aufbruchstimmung, man konnte Dinge bewegen, verändern. Das machte Spaß. Oft waren die Probleme völlig neu für mich (z.B. Thema Müllverbrennung) und ich suchte Rat bei den „West-Grünen“.

In der Grünen Partei der DDR mussten im Frühjahr 1990 Kandidaten für die Volkskammerwahl aufgestellt werden. Es war klar, dass jemand für die „Grüne Partei der DDR“ kandidieren musste. Aber alle hatten wichtige Gründe es nicht zu tun. Insbesondere die Männer, die sowieso in der Überzahl waren, fanden tausend „gute“ Gründe – Beruf, Familie usw. Ich wurde Direktkandidatin für die Volkskammerwahl. Dann stand die Landtagswahl an. Auf einmal hatte ich Listenplatz 1 der Grünen Liste/Neues Forum. Landtagsabgeordnete sein – was heißt das? Ich wusste es damals noch nicht. Es folgte ein kurzer aber intensiver Wahlkampf, ich ließ mich von meiner Lehrtätigkeit freistellen. Am Wahlabend folgte die erste intensive Medienerfahrung – welche Begründung gibt man im Fernsehen, wenn die Bürgerbewegten auf einmal nur noch mit 5,1 Prozent in den Landtag „schrammen“? Irgendwie funktioniert man in solchen Situationen – auch wenn man hinterher nicht mehr weiß, wieso. Landtagsabgeordnete – das bedeutete, hauptberufliche Politikerin zu sein.

In dieser Zeit stand die Entscheidung an, ob ich mich in den öffentlichen Dienst der BRD übernehmen lassen wollte. In unserer Landtagsfraktion gab es Abgeordnete, die aus volkseigenen Betrieben kamen, die gerade abgewickelt wurden. Auf die wartete keine Rücknahmegarantie wie im öffentlichen Dienst. Außerdem war es auch genug mit dem Lehren in der Schule. Also schlug ich die Übernahme aus und damit auch die „Rückfahrkarte“ ins alte Berufsleben – mein Motto lautete schon immer: ganz oder gar nicht.

Als Abgeordnete hatte ich mein Regionalbüro in Merseburg und fuhr mit meinem Polo über 130 000 km durch Sachsen-Anhalt. Es war mir wichtig, Kontakt zu den Menschen der Region zu halten. Im Landtag arbeiteten trotz der unterschiedlichen politischen Auffassungen alle Fraktionen – egal ob Koalition oder Opposition – zusammen. Es gab soviel zu tun. Es war ein gutes, offenes Klima. 1992 stand die von den „Westgrünen“ initiierte „Zwangsvereinigung“ von Grünen und Bürgerbewegten an, parteistrategisch sicher richtig. Aber ich war keine Parteistrategin, ich wusste, dass wir damit viele unserer Aktiven aus dem Neuen Forum verlieren würden. Die gingen

aus Prinzip in keine Partei. Also verließ ich meine Partei, arbeitete als Parteilose in der Fraktion weiter. Auch hier gilt: ganz oder gar nicht!

Viele Grüne waren mir deswegen gram, trotzdem schaffte ich als Parteilose die Wahl auf Listenplatz 1 der Grünen. Nach dem verheerenden Wahlergebnis für SPD und Grüne kam es überraschend zur Bildung einer Minderheitsregierung unter Duldung der PDS. Ich wurde Umweltministerin dieser Regierung. Als nach den Wahlen in Sachsen und Thüringen im Herbst 1994 die Grünen nur noch in Sachsen-Anhalt im Osten in einem Landtag vertreten waren, fühlte ich mich irgendwie in der Pflicht, wieder in die „GRÜNEN“ einzutreten, schließlich war ich für sie gewählt worden.

Politik und Ehe vertragen sich nicht: Mann hat Probleme mit Frau, die es weiter bringt als Mann. Mann lebt den Konsum und Kapitalismus aus – Frau steht für „weniger ist mehr“. Da findet man keine Gemeinsamkeiten mehr. Also folgt konsequenterweise die zweite Scheidung. Die Kinder leiden unter der politischen Arbeit der Mutter. Für die Ökosteuer der Grünen bekommt der Sohn Klassenkloppe. Grüne im Osten sein – das ist nicht einfach. Und der Tag einer Ministerin ist sehr lang – wenn man den „Job“ ernst nimmt. So organisieren sich die Kinder selber. Die jüngere Tochter versucht, den älteren Bruder zu erziehen – Konflikte vorprogrammiert. Also lagen dann oft nachts die Beschwerdezetteln übereinander auf meinem Kopfkissen. Manchmal folgten dann noch nächtliche Unterhaltungen, um die Probleme des Tages zu klären. Sonst gehörte die morgendliche Stunde zwischen 6:00 und 7:00 dem gemeinsamen Frühstück mit den Kindern.

Pfingsten 1996 kam zur Funktion der Ministerin für Umwelt und Raumordnung noch das Ressort Landwirtschaft dazu. Eine „Grüne Umweltministerin“ als Bauernvertreterin – das gefiel den Landwirten gar nicht. Es gab heftige Proteste. Aber auch das ging vorbei. Beim Erntedankfest 1996 gab es dann sogar einen Walzer mit dem Bauernverbandspräsidenten – das waren gute Bilder für die Medien! Wobei in einer solchen Position die Abtrennung des Privaten ungeheuer wichtig ist. Die häufig diskutierte und teils auch angestrebte Verknüpfung von öffentlich und privat wäre für eine Politikerin das Aus.

1998 kam dann das Ende der Berufspolitik – die Grünen kamen mit 3,2 Prozent nicht wieder in den Landtag. Im Jahr darauf folgte die endgültige Trennung von der Partei der Grünen – sie sind einfach nicht mehr grün! – ganz oder gar nicht! Um nicht in ein Loch des Nichtstuns zu fallen, engagierte ich mich beim BUND ehrenamtlich. Eine halbe Stelle als Gastprofessorin in Kassel füllte auch die Zeit. 1999 begann der BUND die Kampagne „Wildnis in Deutschland“. Bergbauflächen und Truppenübungsplätze im Osten sind die größten Wildnisgebiete Deutschlands. Warum also nicht die Goitzsche als Projektgebiet entwickeln? Ich begann, diese Idee im BUND zu verankern.

Seit 2000 begann der BUND hier Flächen mittels Spendengeldern zu kaufen. Seit Frühjahr 2002 konnte ich die Koordination des Projektes in Bitterfeld als bezahlte Arbeit übernehmen. Die deutsche Bundesumweltstiftung finanziert das Projekt mit. Aber drei Jahre vergehen im Fluge. Wie es weitergeht, ist noch offen. Neue Projektförderanträge sind gestellt. Die Arbeit lässt wenig Zeit für anderes. Bezahlte und ehrenamtliche Arbeit – das Goitzsche Projekt mit all seinen Facetten und BUND-Bundes- und Landesvorstand – da kommen schon über 100 Stunden in der Woche zusammen. Auch hier gilt: ganz oder gar nicht.

Und die Gesundheit? fragen die anderen. Wie soll das alles gehen? Antwort: Nur, wenn ich psychisch aus dem Gleichgewicht komme, wird es schwierig. Und das schaffen nur Männer und die mit ihnen verbundenen Beziehungsprobleme. Trotzdem bin ich keine Männerhasserin – sie gehören zum Leben! Positiver Stress macht nichts – und Arbeit ist für mich immer positiver Stress.

3.2.2.4 Die Kräuterfrauen³⁵: Für alles ist ein Kräutlein gewachsen

„Goitzsche sucht Kräuterfrauen ...“ – mit dieser Zeitungsanzeige fing es an. Es handelte sich um ein so genanntes EU-Kleinstprojekt und war organisiert wie ein „Kurs“, aber ohne Gebühren. Zunächst waren es über zwanzig Frauen, die aus dem Umkreis von 6–8 km nach Holzweißig zum BUND kamen. Alle Altersgruppen (von über siebzig bis Mitte zwanzig), alle Berufe, mit und ohne Erwerbsarbeit. Die Treffen waren ca. dreimal im Jahr, im Frühjahr, im Sommer, im Herbst. Manchmal haben wir uns mit bestimmten Themen befasst, etwa mit dem Alter der Bäume des Waldes, der sich vom Ortsrand von Holzweißig bis ans Wasser zieht. Wir haben Exkursionen mit dem Fahrrad gemacht und meistens – saisonabhängig – Kräuter gesucht, gesammelt und verarbeitet. Beispielsweise Bärlauch im Frühjahr, den wir in der Küche des BUND-Büros zu Bärlauchbutter verarbeitet haben. Oder Holunderblüten im Sommer, aus denen wir Sekt und Wein gemacht haben. Im Herbst gab es Schlehen und Hagebutten, Holunder und Sanddorn. Daraus haben wir Marmelade und Gelee gekocht, oder die Früchte für den Winter eingefroren, oder Schnaps gebrannt.

Einen Teil der Kräuter und Früchte haben wir mit nach Hause genommen und dort zu Bärlauchschnaps, zu Bärlauchöl, zu Holunderschnaps und Holundersekt und anderem mehr verarbeitet. Einmal im Jahr haben wir uns getroffen, und jede brachte eine Kostprobe von ihren kleinen Schätzen mit (Bärlauch-Quark, Yoghurt, Brot). Es gab vielfältige Ideen und alles wurde verkostet. Mit diesen Produkten zu arbeiten und sie zu verarbeiten ist langwierig: Sammeln, verarbeiten – es ist viel Handarbeit. Das kostet Zeit. Es ist wie ein Hobby. Man kann kein Geld damit verdienen. Warum wir das dennoch gemacht haben? Als Freizeitvergnügen, als Erholung und um Kraft zu schöpfen. Heidrun Heidecke (sie hatte mit Reinhold Metzner die Leitung) freute sich, wenn etwas in der Gruppe hergestellt wurde. Sie konnte ihren Gästen etwas aus der Goitzsche anbieten. Es war auch ein bißchen Schau.

Im Buchdorf gibt es einmal im Jahr ein Sommerfest. Auf dem Dorfplatz konnte man Stände aufbauen und ausstellen: Die Pilzgruppe, die Kräutergruppe oder auch Besenmacher und Korbflechter. Wir haben versucht, das zu verkaufen. Aber es war minimal und kein großes Geschäft. Eher ging es darum, der Bevölkerung zu zeigen: Das findet man hier und das kann man daraus machen. Ich habe Kräuter gesammelt, gepresst, auf Tafeln geklebt und einen kleinen Text verfasst, wofür sie gut sind. Dann habe ich eine Leine gespannt und die Tafeln mit Wäscheklammern aufgehängt. Die Leute waren erstaunt: Was ist das? Das sind doch alles Unkräuter! Es war ein kleiner Beitrag für gesunde Ernährung. Oder auch einfach, weil es schön ist. Ich binde gerne Blumensträuße. Eine junge Redakteurin hat ausgerufen: Och, ist das ein schöner Strauß! Es gibt einen regen Austausch zwischen meinem Garten und der Goitzsche. Ich sammle den Samen in der Goitzsche und säe ihn im Garten aus. Einmal habe ich auch im botanischen Garten Samen gesammelt und in der Goitzsche ausgesät ... aber dann kam die Flut und alles war weg.

35 Während die ersten drei Geschichten „Einzelerzählungen“ darstellen, wird hier eine Gruppe portraitiert: „Die Kräuterfrauen“. Die Erzählerin selbst ist eine von ihnen gewesen und schmückt außerdem die Gesamterzählung mit kleinen Anekdoten aus der Goitzsche (siehe z.B. der Kasten auf S. 52).

Es gibt so etwas wie ein Netz von Kräuterfrauen. Zum Beispiel gibt es eine Kräuterfrau in Salzfurth Kappelle (das ist bei Wolfen, Bitterfeld). Sie war krank und hat sich mit Saft und Kräutern selber geheilt. Sie will nun einen kleinen Hofladen aufmachen und ihre Methoden im Sommer auf einem Fest vorstellen. Eine andere Kräuterfrau lebt in Schlaitz (auch in der Nähe von Bitterfeld). Sie hat einen großen Kräuter- und Pflanzengarten, zieht auch ganz seltene Kräuter (als Hobby) und tauscht sich mit anderen über das Internet aus.

Die Goitzsche-Kräuterfrauen wurden nach und nach immer weniger. Das Interesse erlahmte, wie das in Gruppen so ist. Voriges Jahr ist sie eingegangen. Es ist ja kein Verein. Sondern es ist wie ein Ereignis – ein sehr schönes. Für die, die Freude daran haben, Natur und Umgebung und Pflanzen gemeinsam kennen zu lernen. Und ihre Erfahrungen auszutauschen.

3.2.2.5 Die Wissenschaftlerin als Gastarbeiterin: Fremd in der Goitzsche

Was ist mir der Osten und wo? Fängt er in Wuppertal-Barmen an, in Hagen oder jenseits von Helmstedt als altem Grenzort? Mitten in Nordrhein-Westfalen angesiedelt, ist mir der Osten woanders geblieben. Immer noch fern, obwohl es mit der Bundesbahn nicht lange dauert bis dorthin. Immer noch fremd, obwohl die Vereinigung der verschiedenen Deutschlands nun über fünfzehn Jahre zurückliegt. Außerdem ist mir der Osten mit „schlechtem Gewissen“ verbunden. Das war nun seinerzeit durchaus nicht meine Vorstellung von Vereinigung. Eher war es eine Verwestlichung – der taube Westen, der keine anderen (Entwicklungs)-Möglichkeiten kennt und kennen will außer seinen eigenen.

Diesmal ist es anders. Diesmal mache ich keine Stippvisite in die Oberlausitz oder in die Prignitz, sondern diesmal ist es ein mehrjähriges Forschungsprojekt, das mich, die westliche Wissenschaftlerin, in den Osten führt. Vielleicht ist all das so lange nach der „großen“ Vereinigung gar nicht mehr wichtig. Aber es kommt mir doch und immer noch seltsam vor, dass unser Projekt aus elf westlichen und einer östlichen Wissenschaftlerin vor Ort besteht, auch wenn wir uns seit vielen Jahren im Frauen-Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften treffen und das Projekt aus dieser Vernetzung hervorgegangen ist.

Im Osten bin ich zu Gast, nicht zu Hause. Ist der Osten, ist unsere „Region Mulde-Mündung“ mein „Forschungsgegenstand“?

Von der Wissenschaft heißt es, dass sie ihren Forschungsgegenstand beurteilen kann. Sie kann Merkmale unterscheiden, Entwicklungen beschreiben – und vermag also, aus der Untersuchung ihres Forschungsgegenstandes heraus kluge Aussagen zu treffen, die ihrerseits „Geltung“ beanspruchen. Oder nicht? Schließlich kennt sich der „Forschungsgegenstand“ selber viel besser. Was kann ich, als Fremde, den Menschen in ihrem Zuhause sagen? Andererseits bietet gerade meine Ferne auch Möglichkeiten, wie die der distanzierten Beobachtung oder die der Reflexion. Dennoch – Forschungsgegenstand im klassischen Sinne von „Forschungsobjekt“ kann mir die „Goitzsche“ und können mir die dort lebenden Menschen nicht sein. Mit einem solchen Forschungsobjekt, das schweigt und nichts Eigenes hat, können keinerlei Geschichten erzählt werden.

Daher steht mir als Gastarbeiterin eine gewisse „Bescheidenheit“ wohl zu Gesicht. Diese Bescheidenheit hat insofern „Methode“, als dass sie in der dialektischen Beziehung von (Forschungs)Subjekt und (Forschungs)Objekt einen Ort hat. Es ist in dieser Dialektik gerade nicht die „forsche For-

scherein“, die von vornherein fast alles und ohnehin besser weiß. Sondern ein Vermögen, das der Wissenschaft eher fremd ist (was nicht für sie spricht) ist gefragt: Zuhören. Die anderen zu Wort kommen lassen, damit ihre Geschichten den Raum einnehmen. Theodor W. Adorno spricht in diesem Zusammenhang von der „Freiheit zum Objekt“ (Adorno 1966, S. 34 und S. 36). Diese wird verhindert durch eine jeglichem Inhalt vorgeordnete Methode, welche beharrlich bei ihrem Vorgehen bleibt, ohne sich von dem, was ihr begegnet, im geringsten beeindrucken zu lassen. In einer dialektischen Beziehung von Subjekt und Objekt hingegen beginnt das zu Untersuchende unter dem verweilenden Blick des Gedankens selbst zu sprechen. Allerdings kann auch das Subjekt, kann die Untersuchende, keine neutrale, anonyme Instanz sein, die über sich selber schweigt. Daher ein paar Worte zu mir:

Ich bin Politikwissenschaftlerin, achtundvierzig Jahre alt und lebe mit meinem Partner und unserer jüngeren Tochter Sophie in Wuppertal (Unterbarmen). Sophie ist siebzehn und geht in die elfte Klasse. Meine ältere Tochter Johanna ist fünfundzwanzig und studiert Architektur. Meine Arbeit ist geteilt: Eine halbe Stelle als Projektleiterin in der Abteilung Nachhaltiges Produzieren und Konsumieren ist „fest“ am Wuppertal Institut angesiedelt. Die andere Hälfte meiner Arbeitswoche ist „frei“. Sie kann die Form eigen-sinniger Projekte und Arbeiten annehmen, oder auch die einer Gastprofessur, wie im Wintersemester 2004/2005 an der Universität Lüneburg. Das mag gut klingen, aber – der Druck, angesichts schrumpfender staatlicher Gelder auf dem Markt im freien Wettbewerb „Forschungsprojekte“ zu akquirieren, ist enorm. Manchmal weiß ich nicht, wo mir der Kopf steht. Manchmal würde ich gerne aussteigen und etwas ganz anderes tun. Aber was ist dann mit der Existenz(sicherung)?

Wenn ich in unsere „Forschungsregion“ reise, so habe ich selber Erlebtes und Erdachtes im Reisegepäck, komme in bestimmter Weise dorthin. Etwa als „Dienstreisende“, die im Kontext eines Forschungsprojektes unterwegs ist und hypothetische Vorannahmen wie bestimmte Fragestellungen mitbringt. Mit der allgemeinen Frage nach den umbrechenden Lebens- und Arbeitswirklichkeiten sowie mit den in der Einleitung formulierten Hypothesen (s.o., S. 47 f.) im Gepäck, werden nun, im nächsten Abschnitt, Einordnungen vorgenommen, Ergänzungen hinzugefügt und Interpretationen vorgestellt.

3.2.3 Bedeutungen und Kontexte

Hier sollen erstens die verschiedenen Erzählungen behutsam eingeordnet und in Ansätzen ausgewertet werden. Zweitens wird der Aspekt des Politischen vertieft und drittens wird von einem Streit um die und den Auseinandersetzungen in der Goitzsche berichtet. Das Material (überwiegend Zeitungsartikel) hierfür hat die „Kräuterfrau“ zur Verfügung gestellt, weil sie jahrelang gesammelt hat, was über „ihre“ Goitzsche geschrieben und berichtet worden ist.

Wovon erzählen die beiden Bergleute, die Libellen- und die Kräuterfrau – so fragt (sich) an dieser Stelle die Wissenschaftlerin? Nach den im vorangehenden Abschnitt präsentierten „Einzelporträts“ soll hier Platz sein für das, was sich an Gemeinsamem herauskristallisiert. Werden aus den Einzelerzählungen heraus rote Fäden sichtbar, die sich über die Geschichten hinweg spannen lassen?

3.2.3.1 Auf-Brüche, Rückschläge und Neuorientierungen

Auf den ersten Blick handeln die Erzählungen der Bergleute und der Libellenfrau davon, was mit der Erwerbsarbeit bzw. was mit den erlernten Berufen passiert. Sie beginnen in der DDR und enden in der heutigen Bundesrepublik. Über die Zeitspanne von fünfzehn Jahren betrachtet findet sich heute keine der Personen in dem Beruf wieder, den sie erlernt und ausgeübt hat.

Dies hängt für die beiden Bergleute mit der Stilllegung des Braunkohlewerks und dem Übergang in die Sanierungsphase zusammen. Während sie zunächst in den Sanierungsprozess weiterhin erwerblich eingebunden sind, werden sie im Laufe der Zeit „abgewickelt“. Das liegt einerseits in der „Natur der Sache“, weil die bergbauliche Erwerbsarbeit im Prozess der Sanierung ausläuft. Es liegt aber andererseits auch an der „Rücksichtnahme“ der beiden. Die Bergfrau stellt ihre Kompetenz im Sanierungscontrolling der neu entstandenen Zentrale in Berlin zur Verfügung, obwohl dies für sie mit einer doppelten Haushaltsführung verbunden ist. Der Bergmann nimmt die Kündigung an, obwohl er fünfzig Jahre alt ist, weil sein Meister ein behindertes Kind hat.

Bei der Biologie- und Chemielehrerin bahnt sich ein Berufswechsel noch zur Zeit der DDR und im Zusammenhang mit der Umweltbewegung an. Mit der Wende vollzieht sie zugleich eine Berufswende – von der Pädagogin zur Politikerin. Als Politikerin ist sie eine „der ersten Stunde“ und nimmt diese Aufgabe u.a. deshalb wahr, weil andere gute Gründe finden, sie nicht wahrzunehmen. Auch hier scheint das Element von Rücksichtnahme auf. Einmal in Form der Übernahme von Verantwortung, zum anderen in Form der Ablehnung der Übernahme in den öffentlichen Dienst der Bundesrepublik, weil dies gegenüber anderen Abgeordneten ein Privileg gewesen wäre. Zugleich entspricht es aber auch ihrer Situation und ihrem Temperament, die „Rückfahrkarte“ in ihr altes Berufsleben abzulehnen.

Die allen drei Menschen eigene Rücksichtnahme gereicht ihnen nicht zum Vorteil. Die wahlstimmenabhängige Politikerin erlebt einen Absturz von der Ministerin ins Nichts, ohne Netz und Anker. Für die Bergfrau wird der Ortswechsel im Interesse des Unternehmens zum Verhängnis, weil sich bei ihrer Rückkehr niemand für sie zuständig und verantwortlich fühlt. Der Bergmann muss erleben, wie missgünstige Menschen sich beim Arbeitsamt beschweren und so seinen Einstieg in eine „Über-55-Maßnahme“ verhindern. Zusammengefasst bedeutet dies, dass alle drei mit ihrem sozialen oder auf das Gemeinwohl hin orientierten Verhalten eher schlechte Erfahrungen machen.

Auch wenn das Erwerbliche bei diesen drei Erzählungen im Vordergrund steht, zeigen sich auf den zweiten Blick andere, nicht erwerbliche Tätigkeiten. Insbesondere bei der Libellenfrau schwingen Versorgungs- und Eigenarbeit mit. Sie wird während des Studiums teilweise an die Großmutter delegiert, die den kleinen Sohn betreut. Später wird ein Häuschen überwiegend in Eigenleistung gebaut und werden 1000 m² bewirtschaftet. Die Arbeit und das Leben als Politikerin vertragen sich allerdings mit „Kindererziehung“ schlecht. Das Zusammensein mit den Kindern findet am frühen Morgen und notfalls auch in der Nacht statt. Die Bergfrau spricht die mit ihrer Erwerbstätigkeit in Berlin verbundene „doppelte Haushaltsführung“ an, und sie erzählt von ihrem bürgerschaftlichen bzw. ehrenamtlichen Engagement in der Gemeinde. Hier wird deutlich, dass Rationalisierungen (wie die Vergrößerung des Pfarramtsbereiches) im Erwerbsbereich ein Mehr an Ehrenamt erforderlich machen können. Der Bergmann erzählt nichts über Hausarbeit. Teilweise vermischen sich bei ihm bürgerschaftliches Engagement und Erwerbsarbeit: Als er aus einer Maßnahme ausscheiden muss, engagiert er sich ehrenamtlich beim BUND bzw. bei seinem „Arbeitgeber“ und ist

beim Augusthochwasser helfend aktiv. Seine überwiegend formal gehaltene Erzählweise lässt den bürgerschaftlichen Aspekt jedoch in den Hintergrund treten. Bei der Kräuterfrau steht das nicht-erwerbliche Tätigsein hingegen im Vordergrund, weil ihre Erzählung nicht erwerbsbiographisch angelegt ist. Sie ist im Unterschied zu den anderen nicht von ihr selbst verfasst, sondern von mir während und nach unserer Exkursion in die Goitzsche zusammengestellt und von ihr autorisiert worden. Die „Kräuterfrauen“ sind einerseits eine vorübergehende Erscheinung und lösen sich als Gruppe nach einiger Zeit auf. Andererseits gibt es sie aber über diesen unmittelbaren Zusammenhang hinaus. Es sind einzelne Frauen, die teilweise miteinander vernetzt sind. Sie sammeln und experimentieren. Der Selbstversorgungsgrad wie auch der Vermarktungsgrad der von ihnen hergestellten Produkte ist eher gering, während das Wissen bzw. der Grad der Aneignung von kräuter- und heilkundlichem Wissen eher hoch ist.

Insgesamt entsteht der Eindruck, dass sich die beiden Bergleute stark mit „Erwerbsarbeit“ identifizieren. Diese umfasst sowohl die Tätigkeit (Kompetenz) als auch das Umfeld (Betrieb, Gemeinschaft). Andere Arbeiten treten demgegenüber insbesondere dann zurück, wenn sie in den Erwerbsarbeitsprozess voll eingebunden sind. Bei der Libellenfrau ist die Geschichte insofern anders gelagert, als bei ihr nicht die Erwerbsarbeit, sondern das „politische Projekt“ (im weiteren Sinne und unabhängig von Parteipolitik) im Vordergrund steht. Sie will erstens etwas (bewirken) und muss damit zweitens Geld verdienen. Bei allen drei Personen scheint die Erwerbsarbeit in erster Linie nicht als Zwang zum Geldverdienen auf, sondern vielmehr wird das mit dem Tätigsein verbundene Können und Wollen wie auch das Eingebundensein in einen sozialen Zusammenhang betont.

Zugleich lassen sich die mit ihren Biographien verbundenen Brüche und Wechsel als ein Übergang von kollektiv gebundener Erwerbsarbeit (bis hin zum kollektiven Erwerbsarbeitszwang) zu individuell „freier“ bzw. ungebundener und auf dem Erwerbsarbeitsmarkt zu erringender Erwerbsarbeit beschreiben. In diesem Übergang klingt bei den beiden Bergleuten zugleich eine Struktur von Entsolidarisierung an: Sei es der Austritt aus der Gewerkschaft, der zur Einstellungs Voraussetzung gemacht wird; sei es die Verweigerung von Mitverantwortung und Fürsorge bei einer schwerbeschädigten Arbeitnehmerin, der die Entscheidung „über Sein oder Nichtsein“ nun individuell angetragen wird. Die Erfahrungen von Entsolidarisierung und – strukturell angelegter – Rücksichtslosigkeit sind mit Verletzungen verbunden. Insbesondere die Bergfrau fühlt sich schlecht und ungerecht behandelt. Sie hebt hervor, dass ihr so etwas als Bürgerin der alten Bundesländer niemals passiert wäre. Es ist fast wie eine Ausbürgerung aus einer ehemaligen Solidargemeinschaft – ohne Eintritt in eine neu vermittelte „westliche“.

Bei der Politikerin ist die Enttäuschung anders gelagert. Sie bezieht sich auf die Partei der Grünen und auf die politische Arbeit. Während im Landtag zunächst eine gutes und offenes Klima herrschte, während alle Parteien zusammen arbeiteten, weil es so viel zu tun gab, begann mit der „Zwangsvereinigung“ von Grünen und Bürgerbewegung ein Prozess des Ausschließens. Dem Austritt der „Bewegung“ aus dem politischen Prozess folgt der Parteiaustritt der Politikerin, weil sie das „Grüne“ der Partei nicht mehr glaubwürdig findet.

Die Bergfrau, der Bergmann, die Libellenfrau und auch die Kräuterfrau lassen sich, so mein Eindruck, im Zusammenhang mit den Aufbrüchen und Rückschlägen aus ihren verschiedenen Situationen und biographischen Erfahrungen heraus etwas Neues einfallen. Die Bergfrau und die Kräuterfrau orientieren sich an anderen Tätigkeitsfeldern und haben mit der Erwerbsarbeit – auch altersbedingt – überwiegend abgeschlossen. Der Bergmann und die Libellenfrau erschlie-

ßen sich neue erwerbliche Perspektiven, die einerseits vielfältig sind, andererseits aber ständig neu „akquiriert“ werden müssen.

3.2.3.2 Die Entmutigung der Frauen in der politischen Arbeit

Bei der Libellenfrau ist angeklungen, dass die Begeisterung, die Aufbruchsstimmung und das Parteigrenzen außer Acht lassende Engagement in der politischen Arbeit deutlich nachgelassen haben. Dieser teils implizit mitlaufende und teils explizit formulierte Aspekt des Politischen bzw. der politischen Arbeit soll hier auf die kommunale Ebene bezogen und vertieft werden. Das Hintergrundmaterial bildet neben den Aussagen der Libellenfrau ein Telefoninterview mit einer Bürgermeisterin.

1990 war die Stimmung zunächst euphorisch. Oft sind Frauen Vorreiterrinnen auch auf Landkreisebene gewesen. Viele Männer haben damals geglaubt, sie würden auf ihren Chefsesseln sitzen bleiben und ihren Job behalten. Wenn sie sich ausrechnen konnten, dass sie beispielsweise im Kombinat mehr verdienten, konnte es passieren, dass sie ihre Bereitschaft, ein politisches Amt zu übernehmen, wieder zurückzogen. Frauen hingegen waren der Ansicht, dass die neue politische Arbeit wichtiger sei als das Festhalten an der alten Arbeitsstelle. Sie haben sich in der Umbruchsituation oft bereit erklärt, sich aufstellen oder wählen zu lassen. Es gab viel Unsicherheit; niemand wusste genau, wo es lang und wie es weiter geht. Aber – einer musste es machen – und da sind die Frauen nach vorn.

Damals hatten sich also neben der Libellenfrau viele andere Frauen auf der kommunalen wie auf der Landesebene nach vorne gewagt. Männer, so zeigte sich jedoch bald, haben oft Schwierigkeiten mit Frauen an der Spitze. Dies führte zu Diskriminierung und Polemik. Es ging dann manchmal nicht um die Sache. Gerade auf leitenden Ebenen konnten sie nicht ertragen, wenn Frauen Vorgesetzte waren. Während die Frauen damals die Arbeit sahen, war es bei den Männern die Macht. Die Frauen wollten etwas bewegen. Am Anfang war es oft chaotisch. Als dann der Weg geebnet es geordnet war, da wollten die Männer auch.

Zu Beginn war der Erwartungsdruck hoch. Und was wollte man, gerade auf der kommunalen Ebene bewegen – mit leeren Kassen? Man musste etwas riskieren und für manche Dinge Kredite aufnehmen. Die Frauen haben damals teils auch deshalb mehr bewegt, weil sie die Verwaltungsstrukturen (noch) nicht im Kopf hatten. Man konnte schneller entscheiden. Fraglich ist, ob es gerade auf der kommunalen Ebene bzw. auf der Ebene der kleinen Kommunen überhaupt eine Parteiauseinandersetzung braucht. Die Parteistruktur ist dort nicht gewachsen. Es ist nicht vor allem Partearbeit, sondern man will etwas mit bewegen. Im Grunde läuft parteilich auf der kommunalen Ebene nichts. Auf der kommunalen Ebene braucht man kompetente Leute.

Ein Problem ist die hohe Arbeitslosigkeit. Inzwischen, so nehmen es die Frauen wahr, ist es für Männer leichter, einen Arbeitsplatz zu bekommen. Es fragt sich, warum. Machen sie sich stärker? Denken Frauen: Hauptsache, der Mann hat Arbeit? Es kommt wohl auch darauf an, was jemand verdient. Arbeitsplätze schaffen kann nur die „große“ Politik. Aber es ist ein Kommen und Gehen bei den Betrieben. Die große Politik ist mangelhaft. Auf der kommunalen Ebene kann man nur so viel wie möglich über ABM versuchen. Das kann die Leute für eine Zeit retten. Auch Nachhaltigkeit steht und fällt mit Arbeitsplätzen. Das ist das A und O. Dann läuft auch das andere – sonst nicht. Eine

Arbeitslosigkeit bis zu 5 Prozent wäre o.k. Aber nicht mehr. Mit bedingt durch Arbeitslosigkeit leidet auch das Vereinsleben und das Zusammenkommen. Es war an vielen Orten ganz groß – Theatervereine ... Jetzt ist es oft mangelhaft. Das Leben, das einen Ort ausmacht, fehlt. Es gibt viele alte Menschen – die Jungen gehen weg. Es ist schwer, dies in den Griff zu bekommen. Das Vereinsleben, das gegenseitige Helfen – es braucht mehr *Miteinander* und die Akzeptanz des Anderen. Die Goitzsche betreffend war es im kommunalpolitischen Bereich zum Beispiel schwer zu akzeptieren, dass ein Teil der Goitzsche neue Wildnis und Naturschutzgebiet sein sollte (bei so einer schönen Lage!). Aber es lässt sich auch feststellen, das man über die Natur auf die Leute eingehen und sie überzeugen kann – das integriert auch. Es zieht Aggressivität raus und man kriegt einen anderen Blick, auch für das Miteinander. Und da hört tatsächlich der Vandalismus auf und es setzen Denkprozesse ein. Manchmal, wenn Menschen arbeitslos sind, kann es ihnen gut tun, in die Goitzsche zu gehen. Dass man sich da trifft, austauscht und für's Leben begeistert. Ökologie – die Leute sind überall hingefahren. Und jetzt stellen sie fest, wie wunderbar die Natur der Goitzsche vor der Tür ist.

An dieser Stelle kann eine Antwort auf die zu Beginn des einführenden Abschnitts zur Goitzsche (s.o., 3.2.1) aufgeworfene Frage gegeben werden: Die Goitzsche ist noch ein Sanierungsgebiet *und* schon ein Landschaftspark.

Heute wäre gut, die Frauen wieder anzusprechen und in die politische Arbeit zu integrieren. Vierzig Jahre sind sie vom Staat gefördert worden. Die Gewerkschaften kamen zum Beispiel: Wir brauchen wieder eine Frauenklasse für's Studium. Und jetzt ist jede sich selbst überlassen. Die Frauen müssten angesprochen werden – es werden Frauen für die (kommunale) Politik gebraucht. Aber Politik ist nicht unbedingt Frauensache. Sie wollen etwas direkt bewegen. Und der Sache halber diskutieren, nicht auf Umwegen.

Hier deutet sich ein anderes Politikverständnis von Frauen an, gerade auch auf der kommunalen Ebene. Die Politik soll weniger von Parteiinteressen geprägt sein und mehr von fachlicher Kompetenz. Es soll nicht im Verborgenen und informell diskutiert und agiert werden, sondern direkt und auf die Sache bezogen. Nicht das Innehaben von Macht ist das Entscheidende, sondern die Arbeit an der Veränderung. Politik braucht Bewegung. Um diese allerdings ist es angesichts von Individualisierung, von Rückzug ins Private oder Abwanderung in den Westen schlecht bestellt.

3.2.3.3 Auseinandersetzungen in der und um die Goitzsche

Nicht etwa, dass nun hier genau festgelegt werden könnte – und dann auch noch von mir als Gastarbeiterin –, was und für wen die Goitzsche ist. Vielmehr soll, diesen Abschnitt abschließend, von den vielfachen Wirklichkeiten in der und dem Streit um die Goitzsche erzählt werden. Das Hintergrundmaterial bildet der „Goitzsche-Ausflug“ von der Kräuterfrau und mir sowie das von ihr gesammelte „kleine Zeitungsarchiv“ (es speist sich überwiegend aus Artikeln der Bitterfelder bzw. der Mitteldeutschen Zeitung), das sie mir zur Verfügung gestellt hat.

Was soll nun mit der Goitzsche geschehen? – so die Frage, nachdem die Kohleförderung zu Beginn des Jahres 1991 zum Erliegen gekommen ist. Und was wird aus der Erwerbsarbeit, wenn sich das aus dem ehemaligen Braunkohlekombinat mit siebenundfünfzigtausend Beschäftigten hervorgegangene Unternehmen auf „den harten Wettbewerb der Marktwirtschaft“ einstellt? Der letzte Teil der Frage ist mit den Erzählungen beantwortet: Die alte Erwerbsarbeit wird zusammen mit dem Tagebau abgewickelt und die neue sucht sich neue Beschäftigungsverhältnisse oder setzt sich

zur Ruhe oder verschwindet gen Westen. Die „Jahrhundertaufgabe“ für ein strukturpolitisches Konzept allerdings (das einer Region nach dem Verlust ihrer altindustriellen Basis neue Perspektiven geben soll), ist in verschiedenen Köpfen von verschiedenen Menschen verschieden angedacht worden. Ein Gedanke, der nicht Wirklichkeit geworden ist, war der eines Industriemuseums: Die strenge Geometrie von Abraumhalden im Wechsel mit bergähnlichen Geröllmassen erzählt die Geschichte des Bergbaus. Erosion durch Wind und Regen schafft ständig neue Formen und Oberflächen. Eine Landschaft in Bewegung, wirtschaftsfähig gemacht durch die Ansiedlung von umweltfreundlichen Industrien und Forschungseinrichtungen. So die Vision eines Landschaftsarchitekten aus dem Bauhaus Dessau.

Aber wir können die Gruben nicht offen lassen – so die entsetzte Reaktion der Sanierungsgesellschaft Mibrag. Und das Grundwasser müsste ständig abgepumpt werden. Nein, ein Industriemuseum soll die Goitzsche nicht werden, sondern ein attraktives Naherholungsgebiet, naturnah gestaltet bis hin zum länderübergreifenden Naturschutzgebiet. Außerdem ist die Sanierungsgesellschaft für die Sicherheit verantwortlich. Bis auf weiteres ist „Betreten verboten“.

Im Zuge der Expo treten neben der Sanierungsgesellschaft andere „Gestalter der Goitzsche“ (Bitterfelder Zeitung vom 15. Mai 2000) auf: internationale Künstler und eine Künstlerin. Eines der größten Landschaftskunstprojekte der Welt wird initiiert. So gestalten zwei Künstler aus Frankreich „Hügel und Kegel“, die an vergangene Formen der Bergbaulandschaft erinnern sollen und mit Materialien aus der Grube (Betonschwellen aus der Grubenbahn zum Beispiel) bedeckt werden. So schafft ein deutscher Künstler „Haut“, die die neue Landschaft überziehen und ihre Wunden verdecken soll. 1,4 Kilometer Ufer werden von ihm mit Kultur (alten Materialien, die aus dem Tagebau stammen) und mit Natur (Pflanzen) gestaltet. So stellt eine deutsche Künstlerin „Schwimmende Inseln“ her. Zehn Inseln aus farbigen Steinen sollen im künftigen See verankert werden. Steine aus dem Tagebau, die Millionen Jahre unter der Erde gelagert haben und von den Kohlebaggern an die Oberfläche geholt worden sind.

Stimmt das so? Ist die Geschichte der Gestalter der Goitzsche „richtig“ und vollständig erzählt? Nun ja. Mit der Künstlerin – und auch ohne sie – sammeln zehn Menschen beziehungsweise zehn ABM-Kräfte zentnerweise Steine. Für 1,4 Uferkilometer neue Haut braucht der Künstler sechzig Frauen und Männer aus dem „zweiten Arbeitsmarkt“. Und wie viele Menschen an der Belegung der acht Hügel und neunundvierzig Haldenkegel mit Kohle, mit Goitzschestaub und anderem beteiligt waren, geht aus den Artikeln der Bitterfelder Zeitung (vom 5. April und vom 10. Juni 2000) nicht hervor. Fest steht hingegen, dass die KünstlerInnen ihre Präsentationswerkstatt in den Räumen von Schloss Pouch hatten, dass dort manchmal Ausstellungen stattfanden, dass sie das größte Landschaftskunstprojekt kräftig vorantrieben ... und dann kam die Flut. Sie hat (im August des Jahres 2002) alles mit sich gerissen. Nicht alles. Aber doch all die kleinen Steine der schwimmenden Inseln, und auch um die neuen Kegel und die neue Haut war es schlecht bestellt. Tausende von freiwilligen Helferinnen und Helfern, Angehörige der Bundeswehr, des Technischen Hilfswerks und der Feuerwehr haben erlebt, dass „das Wasser stärker war“ (Faltblatt zu „Die Jahrhundertflut“, herausgegeben vom Zweckverband Bergbaufolgelandschaft Goitzsche). Gerettet werden konnten hingegen die neuen (Expo)-Symbole „Pegelturm“ und „Seebrücke“. Sie symbolisieren das Auftauchen der neuen Landschaft im Versinken der alten. Allerdings waren sie enorm beschädigt und wurden mit Mitteln der Bundeskulturstiftung wieder hergestellt. Die Flutung der Restlöcher, die einige Jahre dauern sollte, war mit der Jahrhundertflut abgeschlossen – die Goitzsche war „voll“.

Im November 2003 legt der Zweckverband Bergbaufolgelandschaft Goitzsche ein Nutzungskonzept vor. Ziel ist, den nordwestlichen Bereich der Goitzsche ab Sommer 2004 öffentlich zu nutzen. Sieben Badestrände sollen entstehen, Anlegestellen für ein Fahrgastschiff und fünf Liegeplätze für kleinere Boote. Offen ist die Frage, wie viel Regelung eine öffentliche Nutzung der Goitzsche braucht und wer für Ordnung und Sauberkeit verantwortlich ist. Eigentümerin des Gewässers und der Uferbereiche sei vermutlich die neue Betreibergesellschaft EBV (siehe oben, S. 49), die die Goitzsche übernehmen soll.

Zugleich träumt ein Unternehmer (und Präsident des Bitterfelder Kreissportbundes) folgenden Traum: Leipzig erhält den Zuschlag für die Olympiade 2012. Die olympischen Ruder- und Kanuwettbewerbe finden auf dem Tageausee Goitzsche statt. Und selbst wenn nicht ... Eine Regattastrecke auf dem See, Reviere für Taucher und Surfer sowie eine Wasserski-Anlage soll es auf jeden Fall geben. Die Region will in die erste Liga ostdeutscher Wassersport- und Freizeitzentren. Und der kaufmännische Geschäftsführer der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbauverwaltungsgesellschaft (LMBV) meint: „Wir haben einen Rohdiamanten zu Tage gefördert.“ (Mitteldeutsche Zeitung vom 3. Dezember 2003). Nun soll der Diamant geschliffen werden. Allerdings nur der nordwestliche Diamant.

Die Vorstellungen im Südosten sind andere. Hier geht es um „neue Wildnis“. Mit dem Kauf des Ludwigsees am 25. November 2003 hat der BUND eintausendeinhundert Hektar Fläche erworben und stellt nun in den Verhandlungen einen ernst zu nehmenden „Großgrundbesitzer“ dar. Er hat regen Zulauf. So wollen neunundzwanzig Schülerinnen und Schüler aus der 3. und 4. Klasse der Holzweißiger Grundschule als „Jungranger“ die Goitzsche „erobern“, „nach dem Rechten sehen“ und sich dem Naturschutz widmen (Bitterfelder Zeitung vom 31. Oktober 2003). Kurze Zeit später legen Schülerinnen und Schüler eine Streuobstwiese an, und in der über den BUND (auch vor Wassersport) geschützten Natur entsteht „Pomonas toller Garten“. Die Initiative geht auf eine Idee der Landschaftsarchitektin Heike Brückner (Bauhaus Dessau) zurück. Damit entstehen im Südosten der Goitzsche Ansätze zum Schutz, zur Pflege und Kultivierung von Natur als „neuer Wildnis“, während im Nordwesten die Kommerzialisierung von Natur als Freizeitpark und Naherholungsgebiet erfolgt.

Im Jahr 2004 wird die Goitzsche zur öffentlichen Nutzung freigegeben; im Jahr 2005 ist vibrierende Ungeduld zu spüren. Es soll endlich losgehen mit der Segelsaison. Mit einem großen Fest soll die „Wasserfront“ eröffnet und „ordentlich vermarktet“ werden (Mitteldeutsche Zeitung vom 28. April 2005). Nur – die LMBV will zwar den See verkaufen, aber die Verhandlungen mit dem kommunalen Betreiber EBV ziehen sich in die Länge und eine Verordnung des Kreises, die regelt, wer wo was darf, ist deshalb blockiert. Nicht blockiert ist die feierliche Eröffnung der grundsanierten „Biermannschen Villa“, eines der ganz wenigen alten Gebäude, das den „Bergbau“ überlebt hat. Es ist von der Kreissparkasse erworben worden, heißt jetzt „Villa am Bernsteinsee“ und lockt nun mit einem Gourmetrestaurant („Amber“, zu deutsch „Bernstein“), einem Hotel (mit Tagungsräumen) und Ferienwohnungen. Ein Biergarten mit Blick auf den See soll das Angebot vervollständigen. Letzterer soll mit seinem Angebot von 10-Euro-Gerichten zugleich verhindern, dass die Villa zum Privileg der mit dicken Brieftaschen Ausgestatteten wird.

Mittlerweile sind über zweihundertfünfzig Millionen Euro an öffentlichen Geldern für die Revitalisierung des ehemaligen Braunkohletagebaus ausgegeben worden. Die neu entstandene Landschaft beginnt nun, für private Investoren attraktiv zu werden. Soll womöglich der See für drei Millionen

Euro an einen solchen Investor verkauft werden (Mitteldeutsche Zeitung vom 1. Mai 2005)? Die Stadt Bitterfeld ist skeptisch und will sich am Kauf des Goitzsche-Sees über eine städtische Entwicklungsgesellschaft beteiligen, damit er nicht vor ihren Augen und vor ihrer Haustür an einen privaten Investor vergeben wird (MZ vom 27. Mai 2005). Der Forstbetrieb „Blauwald“ (eine Tochter des Pharmaherstellers Ratiopharm) hingegen will „Partner“ für das Goitzsche-Projekt werden (MZ vom 5. Juni 2005). In einer öffentlich-privaten Partnerschaft (mit Anteilmehrheit durch die Städte und Gemeinden) will er mit den Kommunen zusammen arbeiten. Der Blauwald-Berater betont: „Niemand wird am See Eintritt zahlen müssen.“

3.2.4 Folgerungen

Auf der strukturellen Ebene zeigen sich in sozialer Perspektive sowohl Elemente des Aufbruchs und der Hoffnung auf Veränderungen als auch solche der „Abwicklung“. Dies mag, beim Übergang von einer Gesellschaftsform in eine andere, als „normal“ angesehen werden. Es erzeugt aber eine zweifelhafte „Normalität“, wenn bei der Ankunft in einer „neuen“ Gesellschaft vor allem die negativen Seiten der Marktwirtschaft kennen gelernt werden, einer Marktwirtschaft, die überdies die positiven Seiten der Menschen, ihre Fähigkeit zur Rücksichtnahme und zum sozialen Zusammenhalt, eher untergräbt als nachfragt. In ökologischer Perspektive erzeugen die Abwicklung des Braunkohletagebaus und die Entstehung der Bergbaufolgelandschaft Goitzsche einerseits den Verlust von Erwerbsarbeit bei gleichzeitigem Gewinn an Umweltqualität, andererseits aber auch neue Möglichkeitsräume in einer sich neu generierenden Landschaft.

Der ost-west-deutsche Transformationsprozess ist in sozialer wie ökologischer Perspektive ambivalent. Sozialem Engagement, Aufbrüchen zu neuen Ufern und Hoffnungen auf Veränderungen stehen die negativen Seiten der Marktwirtschaft gegenüber. Der Gewinn an Umweltqualität ist begleitet mit einem Verlust an Arbeitsqualität, weil die Vernichtung „naturzerstörender“ Arbeitsplätze nicht mit dem Aufbau quantitativ und qualitativ gleichwertiger „naturschonender“ Erwerbs- und anderer Arbeiten einhergeht. In politischer Perspektive müssen eine Vermännlichung des Politikstils und ein Ausdünnen der politischen Basis festgehalten werden. Dies schlägt sich in Individualisierung, im Rückzug ins Private oder in der Abwanderung in den Westen nieder. Aus den Auseinandersetzungen in der und um die Goitzsche lässt sich ein (Markt)Macht-Ungleichgewicht trotz eines neuen und starken Umweltakteurs (der BUND) unschwer herauslesen: Wie „groß“-artig klingen die Kommerzialisierungsträume mit den entsprechenden sportlichen Events – und wie bescheiden nimmt sich gegenüber der Wasserski-Anlage die Streuobstwiese der „kleinen“ Schülerinnen und Schüler aus.

Abschließend kann festgehalten werden, dass, gerade weil sich ökologische und soziale Wirklichkeiten mit der „Stillegung“ des Braunkohletagebaus drastisch verändern, Problematiken und Perspektiven sozial-ökologischer Transformationsprozesse erkennbar werden:

Die Beziehung zwischen den verschiedenen Arbeiten betreffend – den eigenarbeitenden, den erwerblichen und den sorgenden Tätigkeiten – kann eine ungebrochene Dominanz bzw. Hegemonie der Erwerbsarbeit ausgemacht werden kann. Sei es als Anwesende (Erwerbstätigkeit) oder als Abwesende (Erwerbslosigkeit). Damit ist nicht alles ausgesagt. Zentrales Element der Erwerbsarbeit, so scheint an manchen Stellen auf, ist nicht der Erwerb, sondern das mit dem Tätigsein verbundene Können und Wollen wie auch das Eingebundensein in einen sozialen Zusammenhang.

Daraus kann gefolgert werden, dass nicht die Integration der bislang nicht-hegemonialen Eigen- und Sorgearbeit das zentrale Moment ist, sondern die Möglichkeit zu gekanntem und gewolltem Tätigsein in allen drei Tätigkeitsfeldern und im sozialen Kontext (der derzeit bei der Eigen- und Sorgearbeit in ungleich geringerem Maße besteht). Hinzu kommt, dass Erwerbsarbeit bei der Libellenfrau sogar insofern „sekundär“ erscheint, als es „primär“ um ein politisches (sozial-ökologisches) Anliegen geht, um das herum „Arbeit“ zu organisieren und auszuhandeln versucht wird.

Nachhaltige Regionalentwicklung wird von der hegemonialen Konstellation in der Goitzsche eher verhindert. Für Sanierer, Betreiber und potenzielle Investoren tritt das Nachhaltigkeitsziel gegenüber nicht-nachhaltigen ökonomischen Faktoren zurück. Gleichzeitig treiben jedoch nicht-hegemoniale Akteurinnen und Akteure nachhaltige Projekte weiter oder initiieren neue. Ein Ansatzpunkt für sozial-ökologischen Wandel ist daher, sozial-ökologische Tätigkeitsräume auszuhandeln, zu schaffen und zu verstetigen.

Die zugrunde liegenden Arbeits- und Naturverhältnisse lassen sich auf die Formel einer Ungleichung zuspitzen: „Naturzerstörung“ schafft zigtausende Arbeitsplätze, „Naturheilung“ nur wenige Tausend, und auch das nur in der Anfangsphase. Damit soll kein Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Naturpflege vorgeschlagen werden. Vielmehr erweist sich als Problem, dass, wer sorgend, pflegend und schonend mit Natur umgehen will, entweder zu den Wenigen gehört, die dies erwerblich tun können oder aber das Erwerbsarbeiten besser bleiben lassen sollte. Als grundlegende Veränderungsnotwendigkeit lässt sich daher das Aufbrechen der Ungleichung ausmachen, damit sich Arbeit und Natur nicht wechselseitig „stören“: Es bedarf der Anerkennung und Verstärkung von naturschonenden und -pflegenden Arbeiten, in welcher Form auch immer die Gesellschaft diese organisiert (siehe auch Kapitel 4). Mit Blick auf die Geschlechterverhältnisse kann ausgesagt werden, dass sie von einem zumindest potenziellen Backlash für Emanzipationsbestrebungen von Frauen geprägt sind. Offenkundig verengt sich ihr Möglichkeitshorizont in der erwerblichen, der politischen und der öffentlichen Sphäre. Das hält allerdings eigensinnige Kräuterfrauen und eine höchst energetische Libellenfrau nicht davon ab, ihren kleinen und großen Dingen nachzugehen oder sie – in Teilen auch erfolgreich – durchzusetzen.

Winter in der Goitzsche (erzählt von der Kräuterfrau)

Es hat gefroren und alles war tief verschneit. Da war kein Mensch außer mir. Es war bitter kalt. Ich stand am Ufer und blickte auf den See. Er war vom Ufer aus hauchdünn gefroren. Wie Glas. Es wehte ein kalter Wind. Aber was ist das? Was klingt da so? Der Wind kam in Stößen und blies in das Eis hinein. Und die winzig kleinen dünnen Eis-Platten klirrten aneinander. Wie ein Konzert. Ein Klingeln, ein Läuten, ein ganz zartes Vibrieren. In einer Harmonie – solche Töne habe ich noch nie gehört. Ein Naturkonzert. Ganz für mich allein. Das war wunderbar. Ich habe das noch nie erlebt. Wie himmlische Musik aus anderen Sphären. Kling kling kling – unendlich viele viele Töne. Dazwischen Krach und Knirsch. Und dann immer wieder die Musik. Das ist mein Spirituelles. Es war was ganz Feines. Wie wenn kleine Elfen im Wasser Musik machen. Das klingte und zirpste.

Und das anschauen. Hauchdünnes Eis. Glasklar und wie durch kleine Spiegelchen die Steinchen und Wasserpflanzen. Als ob die Goitzsche mich selbst überzeugen wollte: Schau, wie sauber und klar. Eistäfelchen und Tafeln: Komm' Schwimmen im Sommer.

3.3 Tätigkeitsräume in einer schrumpfenden Region – das Beispiel des Netzwerkes Gemeinwesenarbeit in Wolfen-Nord³⁶

3.3.1 Was wird wie betrachtet?

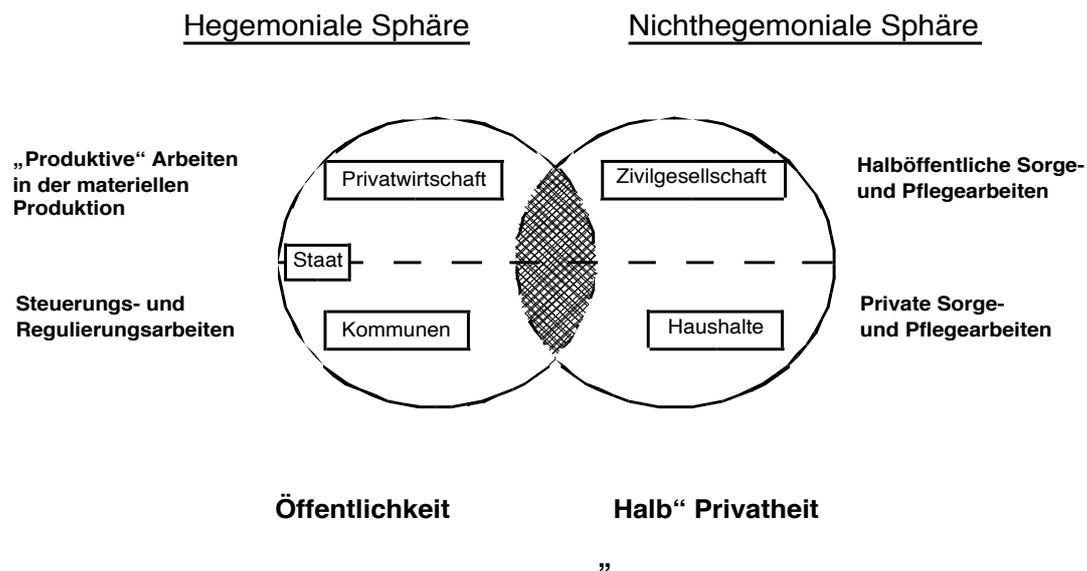
In der vorliegenden abduktiven Fallstudie geht es um gesellschaftliche Sorge- und Pflegearbeiten in der Region Bitterfeld-Wolfen. In dieser Region, die von hoher Erwerbslosigkeit, Wirtschafts- und anderen Branchen betroffen ist, ist es besonders spannend, nach dem Beitrag von gesellschaftlicher Sorgearbeit für nachhaltige Existenzsicherung zu fragen. Denn: „Wandelzonen sind Zonen höchster Produktivität, aber auch höchster Verwundbarkeit“ (Dietzsch 2004, S. 366), was auch für den Wandel des überkommenen Systems von Arbeit gilt. Die Beiträge von „reproduktiven“ Arbeiten und ihre Wechselbeziehungen werden am Beispiel eines Netzwerkes untersucht, das in Wolfen-Nord und darüber hinaus aktiv ist. Tätigkeiten, die sowohl ehrenamtlich oder hauptamtlich, entgeltlich oder unentgeltlich geleistet werden, stehen im Mittelpunkt: Jugendarbeit, Seniorenarbeit, Stadtteilarbeit, zusammengefasst Gemeinwesenarbeit. Folgenden Fragen wird nachgegangen:

- Gibt es Neubewertungen von gesellschaftlichen Sorge- und Pflegearbeiten?
- Verschiebt sich das Verhältnis von produktiven und „reproduktiven“ Arbeiten, von Öffentlichkeit und Privatheit in den Tätigkeitsräumen?

Das Thema wurde mit Hilfe von Methoden der qualitativen Sozialforschung bearbeitet. Qualitative Verfahren (Flick 1999, S. 79 ff., Ploch 1994, Schmidt-Hornstein 1993, Strauss/Corbin 1996) wurden eingesetzt, um von den Alltags der regionalen AkteurInnen – ihren Lebensumständen, Erfahrungen, Bewertungen und Konflikten vor Ort – ausgehen zu können. Raumbezogene Forschung lebt vom lokalen Wissen; es steckt den Raum neu ab. Die Konfrontation mit lokalem Wissen sorgt für die notwendige Verunsicherung des Wissens der Forscherin, die mit Hypothesen im Gepäck anreist. Zehn GesprächspartnerInnen kommen aus dem Netzwerk, acht GesprächspartnerInnen kommen aus dem Bereich kommunaler und privater Unternehmungen, vier aus der kommunalen Verwaltung und Politik, zehn Interviewte leben in Wolfen Nord.³⁷ Die zitierten Interviewpassagen wurden anonymisiert, um freie Rede und Auswertung zuzulassen und Irritationen zwischen den AkteurInnen vor Ort zu vermeiden. In wichtigen Passagen wurden die Gespräche transkribiert. Sie bilden den Korpus des vorliegenden Textes. Daneben wurden örtliche Materialien und regionale und überregionale Studien verwendet. Die Auswahl unserer GesprächspartnerInnen war von den Empfehlungen unserer Projektkoordinatorin und PraxispartnerInnen geleitet. Ohne die Konstellationsanalyse, in der wichtige AkteurInnen vor Ort einbezogen werden müssen, um eine Kräfteanalyse aller menschlichen und nicht-menschlichen AkteurInnen zu erlauben (Schön et al. 2006), hätten wir wichtige GesprächspartnerInnen aus Wirtschaft/Politik und Kommune, aber auch die Natur – in diesem Fall die Branchen – vergessen. Mithilfe der Konstellationsanalyse wurde auch eine Gruppierung der Tätigkeiten, Handlungsräume und menschlichen AkteurInnen am Ende der Untersuchung vorgenommen, die sich als analytisch hilfreich erwies:

36 Ausführlich siehe Ergenzinger/ Biesecker 2006.

37 Insgesamt 28 leitfadengestützte und episodische Interviews, Wahrnehmungsspaziergänge, teilnehmende Beobachtungen und Gruppengespräche wurden von Martina Schmitt und Annegret Ergenzinger durchgeführt und aufgezeichnet.

Abbildung 4³⁸

In der hegemonialen Sphäre werden die „wichtigen, produktiven“ Arbeiten, in der nicht-hegemonialen Sphäre die „unwichtigen, reproduktiven“ Arbeiten getan, die jeweils männlich und weiblich konnotiert sind. Es gibt Überschneidungen der beiden Räume, Zwischenräume, deren Kräfte eine Rekombination der Sphären und Tätigkeitsräume in Gang setzen können. Ihnen gilt das Interesse.

3.3.2 Arbeiten für das Gemeinwohl in einer schrumpfenden Region

Der soziale Raum, in dem das vorliegende Stück spielt, wird aus unterschiedlichen empirischen und theoretischen Perspektiven vorgestellt. Zunächst geht es um die Aufstellung der menschlichen Hauptakteure in der Region. Sie werden um getrennte Tätigkeitsräume und Tätigkeiten gruppiert, die zum lokalen Gemeinwohl beitragen (3.3.2). Der Stadtteil Wolfen-Nord und sein Wandel werden vorgestellt, um Lebens-, Arbeits- und Aufgabenfeld der GemeinwesenakteurInnen und BürgerInnen zu skizzieren. Die nächsten Abschnitte (3.3.3 und 3.3.4) bilden das Kernstück: Die AkteurInnen des Netzwerks stehen im Mittelpunkt. Ihre Organisationsformen von gesellschaftlicher Sorge- und Pflegearbeit, die wechselseitigen Beziehungen zwischen ihnen und kommunalen Einrichtungen, NutzerInnen, Ehrenamtlichen und „natürlichem“ Umfeld werden auf der Suche nach Zwischenräumen in den Blick genommen. Um die Einbettung in die eingangs kurz umrissenen getrennten Tätigkeitsräume in der Region und die Überprüfung auf ihre Durchlässigkeit in Zwischenräumen geht es in den abschließenden Folgerungen (3.3.5).

3.3.2.1 Regionale Tätigkeitsräume und ihre AkteurInnen

Das Netzwerk Gemeinwesenarbeit agiert im regionalen Rahmen mit anderen AkteurInnengruppen und Handlungs-Tätigkeitsräumen zusammen. Diese tragen mit ihren Arbeiten zum Gemeinwohl bei. Folgende AkteurInnengruppen und Handlungsräume lassen sich zueinander gruppieren:

38 Die bildliche Darstellung ist eine leichte Abwandlung von Ergebnissen des Verbundprojektes (vgl. Projektgruppe Blockierter Wandel? 2006)

Da ist zunächst das *Netzwerk Gemeinwesenarbeit* in Wolfen-Nord selbst. Es steht stellvertretend für die Akteure gesellschaftlicher Sorge- und Pflegearbeiten. Das Netzwerk „erbt“ viele „reproduktive“ Aufgaben aus der Zeit der Kollektive aus der DDR, und neue Aufgaben kommen hinzu. Es ist ein freiwilliger Zusammenschluss von über 30 gemeinnützigen Vereinen, Wohlfahrtsverbänden und kommunalen Einrichtungen. Seine Mitglieder engagieren sich in den verschiedensten Bereichen: in der Jugendarbeit, Sozialarbeit, Frauenarbeit, Behindertenarbeit, Kreativarbeit, Seniorenarbeit, in der Weiterbildung, MigrantInnenarbeit und Gesundheitsarbeit. Die Arbeiten werden von Ehren-, Hauptamtlichen und Beschäftigten des 2. und 3. Arbeitsmarktes getan. Das Netzwerk ist hauptsächlich im Stadtteil Wolfen-Nord aktiv, der stark von Abwanderung, Abriss vieler Wohnblocks und Arbeitslosigkeit betroffen ist. Die fehlende Industrieerwerbsarbeit durch die Abwicklung der Kombinate bis Mitte der 1990er Jahre ist Ursache und Auslöser dieser Entwicklungen. Die Aktiven des Netzwerkes suchen dieses „schrumpfende“ Gemeinwesen Wolfen-Nord neu zu gestalten. Sie betrachten ihre vielfältigen Arbeiten als produktiv. Und dennoch sehen sie sich als nachgeordnet: *„Durch die Ausdehnung unserer Aktivitäten in der Region können wir zum ernst zunehmenden weichen Standortfaktor werden“* (Gespräch 10). Das Ungesagte, dass gegenüber den „weichen“ nach wie vor die „harten“ Tugenden der (Industrie-)Erwerbsarbeit und Wirtschaftswachstum zählen, macht öffentliche Sorge- und Pflegearbeiten zu Zuarbeit für die „eigentliche, produktive“ Arbeit.

Die *BürgerInnen und Bewohnerinnen* Wolfen-Nords tragen mit ihren privaten Sorge- und Pflegearbeiten zum Gemeinwohl bei. Die Älteren unter ihnen haben früher in den nahegelegenen Werken des Chemiekombinats und der Filmfabrik gearbeitet. Sie und ihre erwachsenen Kinder sind häufig erwerbslos oder im Vorruhestand. Der Alltag bewegt sich zwischen Erziehungsarbeit, Hausarbeit, Eigenarbeit im Kleingarten, gelegentlichen ABM-Stellen und Weiterbildungsschleifen. Einige von ihnen engagieren sich ehrenamtlich. Private Sorge- und Pflegearbeit betrachten viele BürgerInnen nicht als produktiv und befriedigend. Die Sehnsüchte richten sich auf eine feste Erwerbsarbeit. Dies gilt für Männer und Frauen gleichermaßen. Die Erwerbsarbeitsneigung von Frauen ist auch in Wolfen-Nord ungebrochen (Dölling 2005, S. 1).

Die *Kommune Wolfen und der Landkreis Bitterfeld* erbten viele „reproduktive“ Aufgaben, die in der DDR von Kollektiven aller Art oder über die großen Kombinate in der Region koordiniert und versehen worden waren. Neue Aufgaben kamen hinzu. Selbstbewusst präsentiert sich die Stadt Wolfen als „Stadt der Vereine“ mit einem reichen Fundus an kulturellen und sozialen Tätigkeiten ihrer BürgerInnen, die das Gemeinwesen lebendig machen. Die Stadt selbst stellt eine sozio-kulturelle Infrastruktur bereit, die auch Jugendclubs, Kindertagesstätten, Sportstätten und ein renommierendes Kulturhaus mit Bibliothek umfassen. Allerdings hat – neben Altschulden aus DDR-Zeiten – *„die Sanierung von Straßen, zu denen auch ein Radwegenetz gehört, die Herrichtung von Gebäuden, der Stadtwerke, der kommunalen Wohnungen seit Jahren ein großes Haushaltsloch in die Kasse gerissen. Vor allem haben wir aber unter dem hohen Einwohnerverlust zu leiden. Zur Gestaltung des Gemeinwesens fehlt Geld an allen Ecken und Enden.“* Hinzu kommen geringe Einnahmen: *„Die Gewerbeeinnahmen sind gering, denn das Handwerk und die Kleinbetriebe liegen am Boden. Betriebe im Chemiepark sind oft Ableger aus dem Westen, die ihre Steuern im Westen bezahlen. Viele Neuansiedlungen bezahlen in den ersten Jahren überhaupt keine Steuern“* (Gespräch 16). Ein entsprechender Rückfluss von Subventionen, z.B. von prosperierenden Firmen des Chemieparks durch entsprechende Steuern und Abgaben an Kommune und Staat als Beitrag zum Gemeinwohl, steht noch aus. Dennoch baut die eben zitierte Kommunalpolitikerin – wie andere – darauf, durch günstige Konditionen der Stadtgemeinde weitere Betriebe anzuziehen. Sie sieht die Wertschöpfung durch

„produktive“ Arbeit als Grundlage von Wohlfahrt im Gemeinwesen an. Nur auf dieser Basis scheinen sich die notwendigen Tätigkeiten der gesellschaftlichen Sorgearbeit entfalten zu können.

Der wesentliche Akteur, um den sich nicht nur in Bitterfeld und Wolfen alles zu drehen scheint, ist die *Privatwirtschaft* und speziell der Chemiepark Bitterfeld-Wolfen. An die Stelle der Mensch und Umwelt schädigenden Chemiekombinate, die rund 50 000 Menschen des Umfeldes Existenzsicherungen durch Erwerbs- und Gemeinwesenarbeit geboten hatten, ist heute ein Chemiepark getreten. 350 Privatbetriebe der chemischen Industrie mit rund 11 000 Arbeitsplätzen haben sich seit der Wende angesiedelt. Die privaten Betreiber des Chemieparks verstehen sich als Quelle des Gemeinwohls, die „durch Steuern und Abgaben von Arbeitgebern und Arbeitnehmern“ (Gespräch 7) die Aufrechterhaltung des Gemeinwesens überhaupt erst ermöglichten. Die hohen staatlichen Subventionen, die bis heute Privatisierung, Sanierung, Neuaufbau und die Produktion stützen, werden als Investitionen gedeutet, über die private Akteure/Interessen langfristig das Wohlbefinden Aller herstellen. Die weitere Stützung einer nach wie vor fragilen Privatwirtschaft habe als Stützung von Erwerbsarbeitsplätzen deshalb Vorrang.³⁹ „Die Erwerbsarbeit ist der Motor. Wenn Sie genug davon haben, Wertschöpfung und Erwerbsarbeit, dann haben sie genügend Geld für den Rest der Welt: für Soziales, Kultur und die schönen Dinge“, so ein Betreiber des Chemieparks (Gespräch 7). Die Wirtschaft müsste weiter wachsen, denn wenn genügend Erwerbsarbeit in der Industrie da sei, die Geld-Werte schöpfe, dann sei genügend finanzielles Kapital vorhanden, um die Bedürfnisse des Gemeinwesens und der Einzelnen zu befriedigen. Andere Arbeiten als die für den Markt produzierende Erwerbsarbeit gelten nicht als wertschöpfend für das Gemeinwesen.

Die AkteurInnen in der Region können dementsprechend folgendermaßen gruppiert werden:

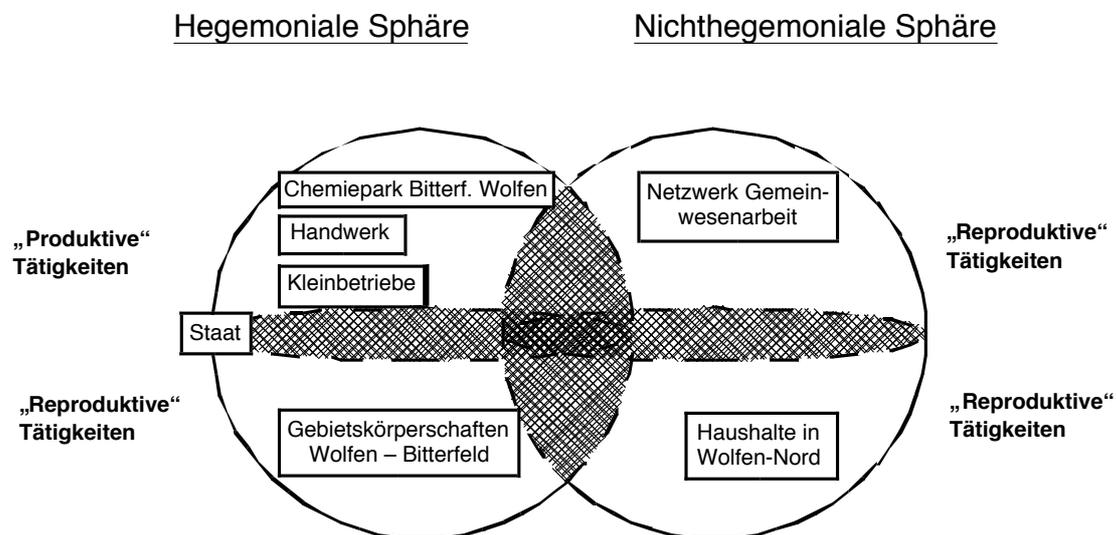


Abbildung 5

39 Kil (2004, S. 25) weist darauf hin, dass in den neuen Bundesländern keine nennenswerte Industrieansiedlung ohne Subventionen zustande gekommen ist. „Genau genommen wird im Osten Deutschlands ‚Marktwirtschaft‘ nur gespielt. Über das Ausmaß der Subventionsabhängigkeit herrscht im Gelingensfall, wie beim Chemiepark Bitterfeld-Wolfen oder den Autofabriken in Sachsen und Thüringen, ein Mantel des Schweigens.“

Die AkteurInnen teilen sich in eine hegemoniale und nicht-hegemoniale Sphäre. Als Hegemon im Denken und Handeln aller präsentiert sich der Handlungsraum der Privatwirtschaft. Aus diesem Raum kommt alles „Produktive“ und ihm sind die anderen Handlungsräume untergeordnet. Der Handlungsraum von Politik und Gebietskörperschaft ist ebenfalls dem hegemonialen Bereich des Denkens und Handelns zugeordnet, weist jedoch als „reproduktiver“ Bereich auch Züge von Unterordnung auf. Den nicht-hegemonialen Handlungsraum teilen sich die Gemeinwesenarbeit und die privaten Haushalte, die „reproduktive“ halböffentliche und private Sorge- und Pflegearbeiten verrichten. Ihre Arbeiten sind dem hegemonialen Bereich bei- und untergeordnet.

Insgesamt werden pflegende und sorgende Arbeiten zwar als wesentlich für das Gemeinwesen vorausgesetzt, jedoch nicht bewertet. Dementsprechend erfahren diese Tätigkeiten in der Regel nur eine geringe materielle und symbolische Wertschätzung gegenüber der Produktion für den Markt. Angesichts der Schrumpfung und des Rückgangs von (industrieller) Erwerbsarbeit ist deshalb zu fragen, wie sich die Dinge in den Alltagspraktiken der Region entwickeln.

3.3.2.2 Ansichten von Wolfen-Nord – Tätigkeitsräume des Netzwerkes

Der rasche gesellschaftliche Wandel in und um die Großsiedlung Wolfen-Nord nach der Wende trug maßgeblich zur Gründung des Netzwerkes Gemeinwesenarbeit 2001 bei und ist Bestandteil der Arbeit seiner Mitglieder, aber auch des Alltags der BürgerInnen.

Allein die Abwanderungen aus Wolfen-Nord haben eine eigene Dynamik in Gang gesetzt. Abwandernde, Bleibende und durchziehende MigrantInnen sind als eigene AkteurInnen zu sehen. Zwischen 1993 und 2004 haben rund 58 Prozent der BewohnerInnen den Stadtteil Wolfen-Nord verlassen. Die Wohnbevölkerung verringerte sich von knapp 33 000 auf 14 000 EinwohnerInnen (www.wolfennord.de). Dieser Trend hält weiter an, pro Jahr verlassen rund 800 BewohnerInnen Wolfen-Nord. Im Unterschied dazu schrumpfen die gewachsene Altstadt Wolfen und der Landkreis weniger.

Folgende Gründe für die Abwanderung aus Wolfen-Nord werden genannt: Dem Zusammenbruch der regionalen Chemie- und Bergbauindustrie, der früher den meisten BewohnerInnen Wolfen-Nords Erwerbsarbeit bot, ist kein entsprechender Aufbau zukunftsfähiger Wirtschaftszweige gefolgt. Schätzungsweise die Hälfte der BewohnerInnen im erwerbsfähigen Alter sind erwerbslos oder im Vorruhestand. Im Landkreis Bitterfeld stellt Wolfen-Nord über 50 Prozent der Arbeitslosenhilfe- und SozialhilfeempfängerInnen – jetzt Arbeitslosengeld II-BezieherInnen (Stadt Wolfen 2004).

Vorwiegend junge qualifizierte Frauen und Männer mit Kindern sind weggezogen, vor allem nach Westdeutschland oder in die Region, auch nach Wolfen-Altstadt oder in neu entstandene Eigenheimsiedlungen am Rand der umliegenden Städte und Dörfer. In der Folge fehlen auch Kinder und Jugendliche in Wolfen-Nord: Von zehn Schulen mussten sechs geschlossen werden. Es gibt 2005 noch zwei Grundschulen, eine Schule der Sekundarstufe 1 und ein Gymnasium, das im nächsten Schuljahr nach Wolfen-Altstadt umziehen wird. Ähnliche Entwicklungen finden sich bei den Einrichtungen für Kinder und Jugendliche.

Diese nicht abreißenden Wegbewegungen aus Wolfen-Nord sind fest im Alltagswissen verankert und ziehen weitere Migrationsorientierungen nach sich. Schülerinnen aus Wolfen-Nord sehen

für sich keine Perspektive nach der Schule: *„Wenn ich eine Lehrstelle kriegen würde im Westen, ich würde sofort gehen. Hier sind die ganzen Freunde, meine Familie und alles, aber Du kriegst hier eigentlich nichts und Arbeit geht erst mal vor“*, erzählt eine Vierzehnjährige auf einem Spaziergang, und ihre drei Freundinnen stimmen ihr zu (Gespräch 20). Die Mitarbeiterin eines Jugendclubs fügt hinzu: *„Ich ermutige die Jugendlichen, wegzugehen“* (Gespräch 13).

Umgekehrt boomen Einrichtungen des betreuten Wohnens und Altenheime, denn die alten Menschen bleiben (Stadt Wolfen 2004). Im vorderen Teil Wolfen-Nords, der Ende der 1960er Jahre gebaut wurde, beträgt das Durchschnittsalter über 56 Jahre, im mittleren Teil über 46 Jahre, im hinteren Teil, in dem großräumig Wohngebäude abgerissen werden, rund 38 Jahre. Eine fast 80-jährige Frau, die im vorderen „alten“ Teil in einer Zweiraumwohnung lebt, hat keine jüngeren Verwandten mehr in der näheren Umgebung. Sie sind alle weggezogen. Sie lebt inmitten ihrer Altersgenossinnen und erinnert sich an legendäre Sommerfeste und gegenseitige Hilfen in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld. *„Na ja, das war ‘ne andere Welt. Aber das Miteinander im Haus ist schon noch da“* (Gespräch 22). Sie nutzt formelle und informelle Zusammenkünfte und Aktivitäten ihrer Altersgenossinnen. Eine Schülerin weist auf einem Spaziergang auf die umliegenden Wohnblöcke: *„Hier sind überall nur noch Alte drin. Hauptsache, den Alten wird’s recht gemacht, die Jugendlichen stehen erst mal im Hintergrund. Auch deshalb ziehen hier viele Jugendliche weg, genauso, weil man nach der Schule nichts machen kann“* (Gespräch 17).

Noch deutlicher als Trennungen der Generationen werden die sozialen Trennungen thematisiert und greifbar. Die Jüngeren mit einem Erwerbsarbeitsplatz sind weggezogen. Ältere und Jüngere ohne Arbeitsplatz und Ausbildung sind geblieben. Die soziale Entmischung der früher sozial heterogenen Stadtsiedlung stellt neue Anforderungen an seine BewohnerInnen und ihre Selbstorganisation. Wolfen-Nord gilt als unattraktiver Wohnort. Zwei Kolleginnen in einem Wolfener Dienstleistungsunternehmen erzählen: *„Heute wohnen nur noch fünf von früher 80 Kollegen in Wolfen-Nord. Wer sich das finanziell leisten konnte, ist weggezogen. Wer noch da ist, das sind die Alten und mehr oder weniger Unbeweglichen“*. Die Zweite fügt hinzu: *„Wenn Sie mal durch Wolfen-Nord gehen – das ist grauenvoll – wer dort noch wohnt. Früher war das nicht so. Da wohnte der Promovierte neben dem Hilfsarbeiter. Wenn dort eine Wohnung frei war, dann hat man die auch genommen. Dort gab es heißes Wasser aus der Wand, das war erstrebenswert. Die, die früher Knochenarbeit in den Kombinat gemacht haben, Gift hoch drei, die sind übrig geblieben, die braucht keiner mehr. Das sind die, die aus den Buden dort rausgucken und Ihnen im Trainingsanzug entgegenkommen“* (Gespräch 16). Die sozialen Ausgrenzungen werden auf der anderen Seite von Abgewanderten wie Bleibenden auch als Kälteschmerz beschrieben. Es wird viel vom *„Verlust des Miteinander“* und fehlender Wärme in den zwischenmenschlichen Beziehungen gesprochen. Der Verlust an sozialem Vermögen, am *„Miteinander“* von ArbeitsplatzbesitzerInnen und Erwerbslosen wird durch den Wegzug vieler räumlich sichtbar. Die soziale Segregation wird von den Wolfen-NorderInnen als Stigma empfunden. Eine erwerbslose Ingenieurin meint: *„Wir sind nur noch der Pöbel dort unten“* (Gespräch 2) und eine Schülerin sagt: *„Hier wohnen doch nur noch Bekloppte“* (Gespräch 17).

In Wolfen-Nord ist die übliche Einteilung in einen hinteren und vorderen Teil ein weiterer Ausdruck von räumlich-sozialen Trennungen. Viele BewohnerInnen des vorderen Teils gehen in den hinteren Teil, wo bereits weiträumig abgerissen wird, mit Beklemmungen, um dort im größten Supermarkt einzukaufen. Es sei schmutzig und ungepflegt. Die leeren Fensterhöhlen der zum Abriss bereiten Wohnblöcke grinsten einen an, sagt eine Ehrenamtliche. Ihre ehemalige Kollegin,

die in einem fast leergezogenen Block wohne, habe auch keine Lust mehr, die Fenster zu putzen: „Das hat keinen Wert mehr“, hätte sie gesagt (Gespräch 21).

Nicht nur die Ungewissheit, wann der Abriss des eigenen Wohnblocks kommt, auch andere Ängste scheinen eine Rolle zu spielen, wenn der hintere Teil Wolfen-Nords gemieden und ausgegrenzt wird. Eine Schülerin erklärt vor ihrer Schule im vorderen Teil Wolfen-Nords: *„Wir haben echt keine Lust auf die Leute von hinten. Wenn die in unsere Schule kommen (zum Herbsthalbjahr wurden die „vordere“ und „hintere“ Schule zusammengelegt), sind die Polizisten Stammgäste bei uns. Weil die halbe Schule da hinten sind Russen (Aussiedler, d.V.) und die Russen suchen echt Stress“* (Gespräch 17). Umgekehrt haben junge AussiedlerInnen, die im hinteren Teil wohnen, *„Angst vor den Nazis“* im Stadtteil und ärgern sich über alte Leute, die jeden Tag zu ihnen sagen würden: *„Lernt doch erst mal Deutsch“* (Gespräch 20). Die sozialen Ausgrenzungen von AussiedlerInnen und einigen Asylsuchenden seien hauptsächlich dadurch entstanden, dass sie fast alle von der Kommune in halb leerstehende Blöcke, schlecht oder gar nicht sanierte Wohnungen eingewiesen worden seien. Eine junge Frau, die ehrenamtlich AussiedlerInnen betreut, charakterisiert diese Gruppe als Transitreisende, die sich nicht dauerhaft dort niederlassen wollten.⁴⁰ Eine Integration in den vorderen Teil sei von den Wohnungsbaugesellschaften nicht angestrebt. AussiedlerInnen machen inoffiziell 30–40 Prozent des „hinteren“ Teils aus.

Im Alltag, in dem die generationalen, sozialen und ethnischen Trennungen und Abgrenzungen hergestellt werden, werden die neuen Spaltungen durch den Abriss vertieft. Nicht nur im Alltags- und Milieuwissen, auch im lokalen Wissen von ExpertInnen sind die Abspaltungen als räumlich-soziale Gräben präsent. Der Koordinator des Netzwerkes Gemeinwesenarbeit erläutert: *„Auf den neuen Brachen fallen auch Plätze und Orte des sozialen Austauschs brach ... Wenn so etwas wegfällt, hat man viel weniger soziale Kontakte. In der bewohnten Fläche passiert noch viel sozio-kulturelle Altenarbeit, Jugendarbeit. Auf einmal ist alles weg, z.B. der Kindergarten. Die haben viel im Altenheim gesungen. Jetzt ist der Kindergarten weg, jetzt gibt es kein Kindersingen mehr im Altersheim. Ich nehme den Leuten noch viel mehr weg, ich isoliere sie ja schon, jetzt geht das auch noch weg. Das führt in der Überspitzung zu geistiger Verwahrlosung. Wenn ich kein kulturelles Angebot mehr habe, kein Lernangebot mehr habe, wenn ich nichts mehr habe, ziehe ich mich ins Private zurück, weil in der kleinen Kiste habe ich noch 'ne ganze Menge“* (Gespräch 9).

Die generationalen, sozialen und ethnischen Trennungen und Ausgrenzungen machen deutlich, dass zur Existenzsicherung nicht nur finanzielle Sicherungen gehören. Abgrenzungen verhindern soziale Brückenschläge und Aktivitäten über den eigenen engen Kreis hinaus. Sie können Isolation und destruktiv Bindendes schaffen. Gegeneinander abgeschottetes „Wissen“ verhindert Kooperationen und behindert Lernen in einer neuen Situation wie der des „Umbaus“, in der Gegenseitigkeit besonders wichtig ist.

BürgerInnen und das Netzwerk Gemeinwesenarbeit übernehmen gemeinsam die Aufgabe, seit der Vorwende- und Wendezeit erschöpftes Sozialvermögen durch ihre Tätigkeiten neu zu schöpfen. Sie suchen, soziales Vertrauen durch Begegnungen, materiellen und immateriellen Austausch und Selbstregulierungen durch Gemeinwesenarbeit herzustellen.

40 Bis 2005 konnten AussiedlerInnen in den ersten drei Jahren ihres Aufenthalts ihren Wohnort nicht frei wählen.

3.3.3 Das Netzwerk Gemeinwesenarbeit als Produzentin von sozialem Vermögen

Um den pflegenden und sorgenden Arbeiten als produktiven Arbeiten auf die Spur zu kommen, haben wir Wolfen-Nord aus den Blickwinkeln des Netzwerkes Gemeinwesenarbeit betrachtet. Die sorgenden und pflegenden Tätigkeiten der Netzwerkmitglieder und BürgerInnen im und für das Gemeinwesen können mit dem Konzept des sozialen Kapitals⁴¹ geordnet und gebündelt werden (Biesecker, 2006). Der Politologe Putnam, der u.a. diesen Ansatz entwickelt und popularisiert hat, versteht unter sozialem Kapital soziales Verhalten, das zur Lösung von kollektiven Handlungsproblemen führt. Putnam hält drei Bestandteile von sozialem Kapital für wesentlich:

- Soziales Vertrauen, das zwischenmenschliche Kooperation erleichtert,
- Generalisierte Normen der Gegenseitigkeit, des „Gebens und Nehmens“,
- Netzwerke zivilen Engagements, die demokratische Selbstregulierung stärken (Putnam 1993, S. 167 f.; 1995, S. 664 f.).

Soziales Kapital wird in allen gesellschaftlichen Bereichen, in der Familie, in Betrieb und Büro, in den Kommunen und in der Zivilgesellschaft erworben, geschaffen und genutzt. Putnam (2000) unterscheidet zwei Formen des Sozialkapitals. Meist liegt es als „bindendes Sozialkapital“ (bonding social capital) vor, das Vertrauen, Reziprozität und Bindung nach innen aufweist. Nach außen hin ist das „überbrückende Sozialkapital“ (bridging social capital) von Bedeutung. Es bezieht sich auf das Integrationsvermögen einer Gemeinschaft. Im Fall des Netzwerkes Gemeinwesenarbeit geht es v.a. um das überbrückende Sozialkapital: Hier werden Formen und Inhalte des Miteinander über soziale, ethnische, geschlechtliche, generationale und politische Grenzen hinweg entwickelt.

Das hervorgebrachte soziale Kapital, oft als Kitt von Gesellschaften bezeichnet, soll, so Roth, im Idealfall gleichzeitig

- „soziale Integration durch verlässliche Beziehungen und soziale Netzwerke fördern,
- ökonomische Entwicklung durch Kooperationsbereitschaft und Vertrauen jenseits von Vertragsverhältnissen unterstützen und
- demokratische Potenziale durch Selbstorganisation, Gemeinsinn und politisches Vertrauen stärken“ (Roth 2004, S. 2).

Das Netzwerk Gemeinwesenarbeit in Wolfen-Nord wird als zivilgesellschaftlicher Zusammenschluss⁴² betrachtet, dessen Mitglieder durch ihre Tätigkeiten soziales Vertrauen, Praktiken der Gegenseitigkeit, demokratische Selbstregulierungen lokal und regional herzustellen suchen. Die Mitglieder sind damit auf der sozialen, politischen und sozial-ökonomischen Strecke gleichzeitig unterwegs. Es geht ihnen um Arbeiten, die die soziale Integration im Stadtteil, aber auch darüber hinaus fördern. Es geht ihnen um Tätigkeiten sozialer und sozial-ökonomischer Existenzsicherung, auch jenseits von Erwerbsarbeit, um praktische Experimente, um Modelle des Gebens und Nehmens auch jenseits des Marktes. Und nicht zuletzt geht es um Arbeiten der Erprobung von Selbstorganisation/Selbstermächtigung der BürgerInnen.

41 Die Begriffe „soziales Kapital“ und „soziales Vermögen“ werden gleichgesetzt.

42 Damit soll nicht behauptet werden, dass Sozialkapital und Zivilgesellschaft grundsätzlich positive Funktionen für die Gesellschaft und die Einzelne erfüllen oder per se demokratisch seien. Auch die Mafia und neonazistische Gruppierungen gehören zur Zivilgesellschaft. Erst die Inhalte, Ziele und Methoden zur Erlangung dieser Ziele können über die Qualitäten des spezifischen Sozialkapitals Näheres aussagen (vgl. Roth 2004).

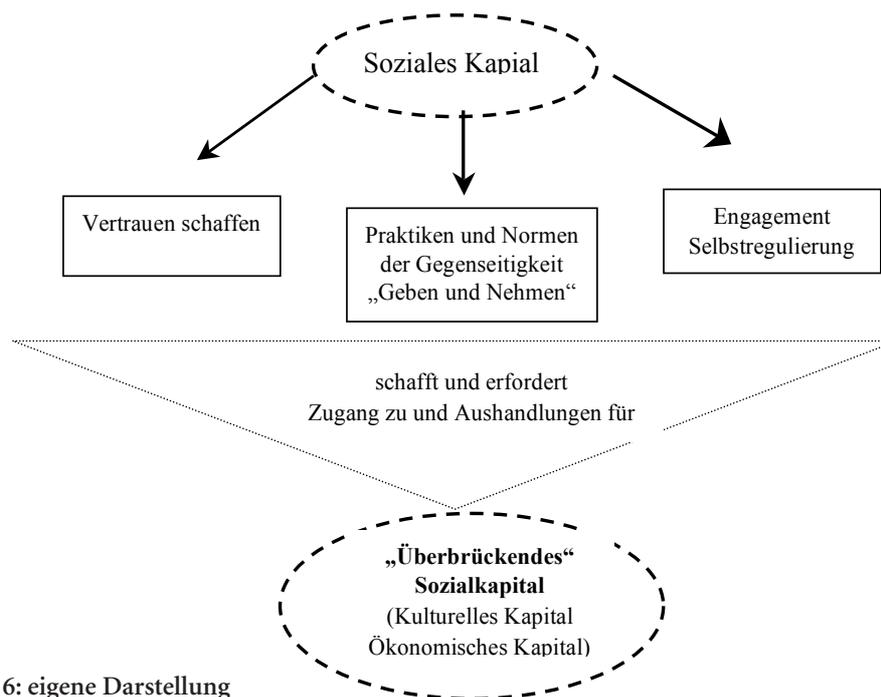


Abbildung 6: eigene Darstellung

Allerdings kann soziales Kapital nicht von seinen anderen Formen – den ökonomischen und kulturellen Kapital“sorten“ – isoliert werden. Bourdieu bindet soziales Kapital in seine anderen Formen ein (Bourdieu 1992). Ökonomisches Kapital meint alle ökonomischen Ressourcen wie Geld, Immobilien, aber auch rechtliche Regelungen des Eigentums. Kulturelles Kapital, das in institutionalisierter (Erwerb von Bildungstiteln, die Rechte versprechen), inkorporierter (Können und Wissen) und in objektivierter Form (als materielle Kulturgüter) vorliegt, ist nur bedingt in andere Formen konvertierbar. Es ist das Sozialkapital, das diese Umwandlung ermöglicht: „Das soziale Kapital ist die Summe der aktuellen oder virtuellen Ressourcen, die einem Individuum oder einer Gruppe aufgrund der Tatsache zukommen, dass sie über ein dauerhaftes Netz von Beziehungen, eine – mehr oder weniger institutionalisierte – wechselseitige Kenntnis und Anerkennung verfügen; es ist also die Summe allen Kapitals und aller Macht, die über ein solches Netz mobilisierbar sind“ (Bourdieu; Wacquant 1996, S. 51 f.). Auch eine Gruppe, eine zivilgesellschaftliche Einrichtung, zeichnet sich also gerade dadurch aus, dass sie nicht nur auf das soziale Kapital, sondern auch auf Teile ihres ökonomischen und kulturellen Vermögens im Rahmen der eingegangenen gegenseitigen Verpflichtungen zurückgreifen kann. Dies gilt insbesondere für GemeinwesenarbeiterInnen und bürgerschaftlich Engagierte, die in einem „schrumpfenden“ Umfeld arbeiten, in dem ökonomisches und kulturelles Kapital rar zu werden drohen. Sie brauchen Anschlüsse zu anderen AkteurInnen, die über ökonomisches und kulturelles Vermögen verfügen.⁴³ Diese Anbindungen ermöglichen es, beispielsweise kulturelles Vermögen als Bildungsvermögen diesseits, aber auch jenseits von Erwerbsarbeit anzueignen. Auch Anbindung an ökonomisches Kapital ist in zwei Formen notwendig. Einmal müssen finanzielle Ressourcen eingeworben werden, um Gemeinwesenarbeit zu ermöglichen. Zum anderen gilt es, Formen von lokaler gebrauchswertorientierter Ökonomie jenseits des Marktes zu stärken oder neu zu erfinden.

43 Vgl. Matthies (2004, S. 4–98), die einen BürgerInnentreffpunkt in einem benachteiligten Magdeburger Stadtteil begleitet und untersucht.

Soziales Kapital wird durch vielfältige Arbeiten hergestellt. Diese Arbeiten sind öffentliche Pflege- und Sorgearbeiten, die produktiv zu sozialen, soziokulturellen und sozial-ökonomischen Existenzsicherungen im Stadtteil und darüber hinaus beitragen.

3.3.4 Innenansichten des Netzwerkes

Die Organisationsformen des Netzwerkes und die Entstehung seiner „Produkte“ werden näher in den Blick genommen, um herauszufinden, welche Aktivitäten und Binnenkonstellationen wesentlich für die Erweiterung der Handlungsspielräume sorgender und pflegender Tätigkeiten sind.

3.3.4.1 Kooperation statt Konkurrenz

Rahmenbedingungen der Randständigkeit scheinen das Verhältnis zwischen Gemeinwesen und hegemonialen AkteurInnen in der Region zu prägen. Hierarchien und Konkurrenzen existieren jedoch ebenfalls zwischen den AkteurInnen in der Gemeinwesenarbeit selbst. *„In der Schrumpfung müssen ständig neue Wege gegangen werden, wie beim Wachstum. Es gibt allerdings auch Unterschiede: Beim Wachstum verstärken sich Kooperationen, in der Schrumpfung verschärfen sich die Konkurrenzen um finanzielle Ressourcen, NutzerInnengruppen und Arbeitsfelder“*, so die Leiterin einer soziokulturellen Einrichtung. Vor diesen Rahmenbedingungen erscheinen die Kooperationen innerhalb und außerhalb des Netzwerkes geradezu als „Wunder“. Die Frage stellt sich, wie dieses „Wunder“ zustande gebracht wird, was die Kooperation in der gesellschaftlichen Sorge- und Pflegearbeit begünstigt. Die Antwort ist komplex:

Die Gestaltung des schrumpfenden Gemeinwesens wird durch personelles, soziales, wissenschaftliches Engagement und durch finanzielle Ressourcen, die das EXPO-Projekt 2000 und das Gemeinschaftsprogramm von Bund, Ländern und Gemeinden (die „Soziale Stadt“) bereitstellten, zunächst bis 2007 ermöglicht. Das Netzwerk Gemeinwesenarbeit arbeitet unter dem Dach der Erneuerungsgesellschaft Wolfen-Nord.⁴⁴ Die Gründung und der Ausbau des Netzwerkes Gemeinwesenarbeit haben sehr unterschiedliche sozio-kulturelle Akteurinnen innerhalb und außerhalb des Stadtteils zusammengebracht: Über 30 Vereine mit sozialpolitischen und kulturellen Zielsetzungen, Wohlfahrtsverbände, freie Träger und kommunale Einrichtungen. Ein Quartiermanager der Erneuerungsgesellschaft koordiniert das Netzwerk. Mithilfe von formellen Netzwerkvereinbarungen und informellen Regeln der Gegenseitigkeit hat sich eine demokratische Selbstorganisation entwickelt. Diese muss sich in der praktischen Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Vereinen und Organisationen bewähren. Mit dem Verfügungsfonds, der sich aus Mitteln des Programms „Soziale Stadt“ und kommunaler Unternehmen zusammensetzt und durch die Einwerbung von weiteren Mitteln aufgestockt wird, verfügen die Netzwerkmitglieder und engagierte BürgerInnen vor Ort über ein Stadtteilbudget für sozial-ökologische Gemeinwesenprojekte. Über die Vergabe der Mittel an untereinander kooperierende GemeinwesenakteurInnen für innovative Projekte wird gemeinsam entschieden.

Die unterstützten Projekte und ihre Durchführung machen vielfache Kooperationen notwendig und möglich. Bürgerschaftlich Engagierte, Wohlfahrtsorganisationen, Kommune und

⁴⁴ Die Erneuerungsgesellschaft treibt hauptsächlich den Abriss im Rahmen des Programms „Umbau Ost“ voran. Gesellschafter sind die kommunale, die genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaft und die Stadtwerke.

gemeinnützige Unternehmen werden zu gleichberechtigten Partnerinnen auf Zeit und damit zu Ko-Produzentinnen von gesellschaftlichen Leistungen. Verschiedene Formen und Inhalte von Gemeinwesenarbeit werden durch die Ko-Produzentinnen ausgehandelt und umgesetzt. Die Kooperationen und gemeinsamen Tätigkeiten verbessern zum einen das Image des Stadtteils und damit seiner Bewohnerinnen. Denn: Die Prozesse der Zusammenarbeit wie Beiträge zum Stadtteilstadtteilfest oder innovative Abrissfesten, Aktionswochen zur Integration von MigrantInnen oder die anvisierte gemeinschaftliche Nutzung von Brachen, die durch Abriss entstanden sind, wirken im Stadtteil und darüber hinaus materiell und immateriell zurück. Der „Abrissraum“ wird zur öffentlich sichtbaren Baustelle, zum Experimentierraum, in dem neue demokratische Formen und Kombinationen von Gemeinwesenarbeit zur Herstellung gemeinsamer Güter erprobt werden (Scherhorn 1997a). Gemeinwesenarbeit wird so in ihrer Qualität als öffentliche Sorgearbeit sichtbar und schafft einen neuen öffentlichen Raum. Formen der sozialen und kulturellen Tätigkeiten zur Gestaltung und Erhaltung des Gemeinwesens können – jenseits von abwesender industrieller Erwerbsarbeit – als politisch, sozial und ökonomisch *produktive* Kräfte sichtbar werden, die zur Wertschöpfung beitragen. Entsprechende Wertschätzungskulturen außerhalb des Netzwerkes lassen noch auf sich warten. Die im Netzwerk Tätigen legen bereits andere Bewertungsmaßstäbe an Tätigkeiten im Gemeinwesen an. Der Wert wird an der Qualität der geleisteten Arbeit gemessen. Gute Arbeit wird mit Wertschätzung honoriert, gleichgültig ob sie erwerblich oder unentgeltlich als bürgerschaftliches Engagement oder in Zwischenformen geleistet wird.

Umriss eines neuen Gemeinwesens – demokratische Regulierungen und Partizipation, Koproduktion durch Kooperation, Koordination der Ressourcen an der Basis – sind im Netzwerk Gemeinwesenarbeit Wolfen-Nord aus Notwendigkeiten entstanden. Das *Produktive* des Sozialen, die Produktivität der öffentlichen Sorge- und Pflegearbeiten, wird im schrumpfenden Gemeinwesen gebraucht. Es geht nicht nur darum, soziale Ausgrenzungen zu vermeiden, sondern darüber hinaus um neue stabile soziale Beziehungen in der Region als Beitrag zur Nachhaltigkeit.

Wie die ausgebreiteten Erfahrungen in den geführten Gesprächen zeigen, müssen die selbst geschaffenen Strukturelemente oder Umriss des neuen Gemeinwesens durch emotionale und kognitive Kenntnis- und Kompetenzformen seiner AktivistInnen belebt sein, um ihre sozial-kulturellen Wirkungen – die Produktion sozialen Kapitals – entfalten zu können. Im Netzwerk sind lokal situierte Kenntnis- und Kompetenzformen (Matthiesen 2003) ineinander verknüpft:

Offenheit – die Fähigkeit zum Wandel – ist gefragt, um BürgerInnen und Organisationen in sorgende und pflegende Arbeiten einzubinden. Auf den selbst entworfenen Fahnen, die vor dem Frauenzentrum im Wind flattern, sind Motti wie „Bleiben und gehen“, „Versuche wagen“, „ist unsere Stärke“, „Bunt nicht Grau“ und „Selbstdrehung“ aufgedruckt, die diese Offenheit symbolisieren. Die Aufgeschlossenheit gegenüber anderen AkteurInnen ermöglicht eine stetige Ausdehnung des Netzwerkes, was 2005 in die Gründung des lokalen „Bündnisses für Familie“ mündete (vgl. Ergenzinger; Biesecker 2006). Das neue Netzwerk umfasst erstmals auch den Kreissportbund und einzelne Sportvereine, deren Arbeit gut in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Bindendes wird durch überbrückendes Sozialkapital erweitert.

Die *Lust zum Experimentieren*, auch dazu, vorgezeichnete und gewohnte Handlungspfade und Abläufe zu verlassen, ungewöhnliche Kooperationen zu wagen, begleiteten bereits die Gründung des Netzwerkes und sind nicht nur schiere Notwendigkeit. Der gesellschaftliche Wandel erfordert Flexibilität im nicht-neoliberalen Sinn: „*Es geht darum, stets den Weg zu verändern, ohne das Ziel*

von *Gemeinwesenarbeit aus den Augen zu verlieren*“ (Gespräch 12). Diese Aussage findet sich in vielen Variationen in Einzel- und Gruppeninterviews.

Eine anvisierte *Mittelfristigkeit* (Gruppengespräch, Interview 10) in Planung, Kooperation und Entwicklung der *Gemeinwesenarbeit* passt zu den Kompetenzen von Offenheit und Experimentierfreudigkeit. Die Forderung nach *Mittelfristigkeit* wendet sich zum einen gegen die Kurzatmigkeit und das Fehlen von mittelfristigen verbindlichen Planungen und Absprachen mit kommunalen Einrichtungen und anderen Projektträgern, auch im Netzwerk selbst. Zum anderen trägt sie der Tatsache Rechnung, dass sich der Raum für pflegende und sorgende Arbeiten durch Abwandern und Bleiben ständig wandelt und eine mittelfristige Neu-Passung von Tun und Planung notwendig macht.

Informalität der Zusammenarbeit kennzeichnet in hohem Maß den erfolgreichen Aufbau, die Verknüpfungen und die Ausdehnung des Netzwerkes. Die Kommunikationsfähigkeit mit sehr unterschiedlichen Menschen und Institutionen im praktischen Tun flickt die Llöcher im sozial-ökonomischen Netzwerk der Region. „*Informelle Kooperation ist existenziell wichtig vor allem im Bereich der Fördermittel*“, betont eine Netzwerkakteurin. Auch zwei engagierte VertreterInnen des Landkreises kommen ohne informelle Zusammenarbeit mit Trägern nicht aus: „*Diese persönlichen informellen Kontakte sind wichtig. Bei größeren Projekten in der Jugendarbeit werden wir auf solche Träger zurückgreifen, mit denen wir gute Erfahrungen machen. Wenn man die persönlichen Kontakte nicht bekommt, dann funktioniert das nicht*“. Und: „*Es läuft mit den Personen, die dahinter stehen*“ (Gespräch 14). *Informalität* ersetzt fehlende formelle Regulierungen und bildet auf der anderen Seite die Brücke zu Institutionen, aber auch zu den privaten Lebenswelten der BürgerInnen. Informelle Bezüge ermöglichen es BewohnerInnen, Zugang zum Netzwerk zu finden und ihre Anliegen in den Rahmen der *Gemeinwesenarbeit* zu stellen. Damit verändert sich der öffentliche Raum, er wird durchlässiger zum privaten Raum und für private Sorgearbeiten. Ehemals als privat angesehene Anliegen können nun im öffentlichen Raum verhandelt werden.

Schließlich lassen sich nur durch das *persönliche Engagement* von ehrenamtlich und hauptamtlich Aktiven die BewohnerInnen, weitere *GemeinwesenakteurInnen* und die dominanten wirtschaftlichen und staatlichen AkteurInnen für ein *Mittun* oder eigenes *Engagement* begeistern.

Diese verknüpften Kenntnis- und Kompetenzformen haben, wie schon angedeutet, ein Doppelseitiges. Sie spiegeln Mängel der allgemeinen Struktur wider. *Informalität*, *persönliches Engagement* und *Offenheit* dienen dazu, die verkrusteten und gleichzeitig fragilen ökonomischen und politischen Strukturen wieder zu festigen: Das mangelnde *Engagement* von Staat und Wirtschaft soll durch *persönliches* ersetzt werden. Formelle bindende Beziehungen zwischen Kommune/Staat und AkteurInnen in der *Gemeinwesenarbeit* sollen durch soziales Kapital ausgetauscht werden, das eher informellen Charakter hat. Jedoch sind es die immer wieder genannten Kompetenzformen der Mitglieder, die die Beteiligungsformen und Kooperationen in Gang bringen. Auf diese Weise wird Nachhaltigkeit „von unten“ angestoßen und kommt in das öffentliche Gespräch und in Verhandlungen regionaler AkteurInnen der Gesamtkonstellation.

Zusammenfassend kann festgehalten werden: Vor dem Hintergrund der Kompetenzformen kommen die Strukturelemente für die Zusammenarbeit der *GemeinwesenakteurInnen* erst zum Tragen: Koproduktion durch Kooperation, Koordinierung der Ressourcen an der Basis und demokratische Regulierungen und Partizipation. Durch die überregionale und regionale Ressour-

cenbeschaffung und die Koordination gelingt eine fragile materielle Stabilisierung des Netzwerkes bzw. seiner einzelnen Mitglieder. Durch Offenheit gegenüber neuen AkteurInnen im Stadtteil und weit darüber hinaus hat sich das Netzwerk vergrößert und platziert sich bereits in einem größeren Zusammenhang, dem Lokalen Bündnis für Familie. Offenheit ermöglicht es auch den einzelnen AkteurInnen, Vertrauen durch weitere informelle Zusammenarbeit zu gewinnen, nicht marktfor- mige Hilfen untereinander zu praktizieren, finanzielle und fachliche Ressourcen zu bündeln. Bei anwesender Konkurrenz gelingt es, verbindendes Sozialkapital für öffentliche Sorge- und Pflege- arbeiten zu produzieren. Nach innen wirkt dieses als corporate social identity bzw. gegenseitige Wertschätzung. Nach außen bildet das Netzwerk eine öffentlich wirksame Lobby für Wolfen-Nord. Dies vermindert tendenziell die Stigmatisierung des Ortes und seiner AkteurInnen.

3.3.4.2 Von EinwohnerInnen über NutzerInnen zu BürgerInnen?

Mitglieder des Netzwerkes schätzen, dass – wie im Bundesgebiet – ungefähr zehn Prozent der BewohnerInnen die Angebote ihrer Einrichtungen mehr oder weniger intensiv wahrnehmen. Die NutzerInnen in Wolfen-Nord sind überwiegend weiblich. Eine 52-jährige Erwerbslose erklärt dies mit der unterschiedlichen Verarbeitung der Arbeitslosenerfahrung: *„Frauen haben in dieser Hin- sicht ein anderes System (nachdenklich). Sie beschäftigen sich mehr untereinander und miteinander. Und Männer, die leiden. Ja, so ist das. Für Frauen gibt es ein Frauenzentrum. Wo sollen sich dann die Männer treffen? Die haben nichts Entsprechendes.“*⁴⁵ *Die organisieren sich, denke ich mal, schlechter“* (Gespräch 2). Frauen überwiegen sowohl als Ehrenamtliche, Hauptamtliche wie als Nutzende der Einrichtungen der gesellschaftlichen Pflege- und Sorgearbeit.

Welche Beweggründe haben BewohnerInnen, die Angebote einzelner Einrichtungen zu nutzen? Eine alte Dame, die das Frauenzentrum besucht, erklärt energisch: *„Den ganzen Tag in der Woh- nung hocken und den Staubwedel schwingen, das ist nichts. Ich muss raus und etwas Sinniges mit anderen machen. Was soll ich den ganzen Tag zuhause sitzen und auf Anrufe meiner Verwandten warten?“* (Gespräch 22). Dieses „Rauskommen“ aus dem Privaten ist ebenfalls ein wichtiges Thema beim Frauenfrühstück, das wöchentlich im Frauenzentrum stattfindet. Die Zusammenkünfte wer- den als ein Schritt aus der Abgeschiedenheit und Isolation des Privaten thematisiert und schaffen eine Teilöffentlichkeit. Sie ersetzen bei den Älteren das soziale Netz, das früher in den Arbeitsbri- gaden und Hausgemeinschaften durch regelmäßige Aktivitäten und gegenseitige Hilfe geknüpft worden war. Im Stadtteil verbinden diese Knotenpunkte das Öffentliche und Private. Sie tragen – zumindest innerhalb der einzelnen Szenen – zum gegenseitigen Kennen und damit Vertrauen bzw. zum Aufbau von sozialem Kapital bei.

Die gemeinsamen Aktivitäten in den Einrichtungen des Netzwerkes schaffen informelle Netze unter den NutzerInnen. Die Frauengruppen z.B. treffen sich auch privat, feiern gemeinsame Grill- feste im Kleingarten oder unternehmen zusammen Ausflüge. Im Jugendclub verbringen seine 30–40 Mitglieder ihre gesamte Freizeit außerhalb der Cluböffnungszeiten in kleineren oder größe- ren Gruppen miteinander: *„Wir halten zusammen im Club, wir sind echt ’ne riesengroße Familie. Als wir den Club renovierten, sind wir echt noch mehr zusammengeschweißt worden. Wir mobben uns untereinander nicht. Wir haben auch Handynummern ausgetauscht, alle Adressen. Jeder weiß, wo der Andere wohnt, genial“* (Gespräch 17). In der Grauzone zwischen Öffentlichem und Privatem organi-

⁴⁵ In den zahlreichen Sportvereinen der Region sind zwar deutlich mehr Männer aktiv. Jedoch scheinen erwerbslose Männer auch dort in der Minderzahl zu sein.

sieren sich die NutzerInnen selbst und schaffen so weitere informelle Netze der Gegenseitigkeit, die bindendes, aber auch überbrückendes Sozialkapital mehren.

Gemeinwesenprojekte in Wolfen-Nord sind zudem als „Haltepunkte“ in der sich verändernden sozialen und materiellen Stadtlandschaft in Wolfen-Nord zu denken. Sie helfen mit, den privaten Alltag zu strukturieren und gleichzeitig Nutzen für sich und das Gemeinwesen zu ziehen. Die alte Dame zum Beispiel sieht im Frauenzentrum „*ein Miteinander*“ und sinnvolles Tun. Sie besucht mehrere Kreativzirkel: „*Ich muss immer etwas zum Knubbeln und Fummeln haben*“. Oder sie kehrt zufrieden aus einer anderen Einrichtung des Netzwerkes zurück: „*Ja, da kannst du noch was leisten, du hast anderen geholfen*“ (Gespräch 22).

Können NutzerInnen, die durch „*das Miteinander*“ in den Einrichtungen eine informelle Selbstorganisation begünstigen und den Alltag erleichtern, auch die Aktivitäten der bürgerschaftlichen Organisationen mitbestimmen, die sie besuchen? In dieser Hinsicht bietet das Netzwerk die ganze Palette der Möglichkeiten: „*Es gibt das gesamte Spektrum von Assimilieren bis zu tatsächlicher Beteiligung, angefangen vom Vollversorgungs- und -betreuungsprogramm bis hin zum Empowerment und zur Selbstorganisation*“, betont der Netzwerkkoodinator (Gespräch 9). In einer Einrichtung z.B. werden junge MigrantInnen selbst zu TrainerInnen für die neu Hinzukommenden. Mit den NutzerInnen geplante Projekte im Stadtteil werden durchgeführt. In einer anderen Einrichtung hingegen müssen sich die NutzerInnen in den Rahmen der Einzelfallhilfe einfügen und können ihre Potenziale für Selbstorganisation nicht entfalten. Diese konträre Orientierung hängt mit den unterschiedlichen Organisationskulturen, und, wie schon angedeutet, mit den Fördermittelstrukturen zusammen. Vereine, mehrheitlich die traditionell organisierten Wohlfahrtsorganisationen und kommunale Träger unterscheiden sich durch eher demokratische oder eher hierarchische, personen- oder gruppenzentrierte Organisationsabläufe und Praktiken. Eine entsprechende Partizipation von NutzerInnen, die selbstbestimmte Projekte durchführen und direkt in den Stadtteil hineinwirken, ist eher in Vereinen und Initiativen als in Wohlfahrtsorganisationen zu finden. Einzelne Personen können allerdings auch in traditionell geführten Organisationen durch ihre Orientierung an Selbstorganisation, ihre Zusammenarbeit mit NutzerInnen und anderen Organisationen die Arbeit ein Stück weit demokratisieren. Diese demokratischen Herangehensweisen ermöglichen es NutzerInnen, sich mit ihren speziellen Bedürfnissen an Projektbeantragung und Projektgestaltung zu beteiligen. Obwohl Partizipation gerade in schrumpfenden Regionen doppelt bedeutsam ist und zur Mobilisierung für pflegende und sorgende Arbeiten im Gemeinwesen beiträgt, ist diese nur schwach strukturell gesichert und muss auf engagierte Personen bauen. Die Förderstrukturen tun ein übriges, um Partizipation zu erschweren. Gefördert wird in der Regel nicht Gemeinwesenarbeit, sondern Einzelfallhilfe.⁴⁶ Initiativen von NutzerInnen und BewohnerInnen, die neue Bedürfnisse von Teilgruppen des Gemeinwesens aufgreifen, sind deshalb oft nur auf Umwegen in die Tat umzusetzen.

Das Netzwerk in seiner steten Neuverknüpfung bietet Ansatzpunkte, demokratisch-kulturelle Organisationskulturen und soziale Integration auszubilden, die Empowerment fördern. Eine partizipative Verbindung zwischen dem privaten Bereich und dem Bereich der gesellschaftlichen Sorge- und Pflegearbeit gelingt an einigen Stellen. Produktive Konflikte im Netzwerk (zwischen verschiedenen Modi des Einbezugs von BewohnerInnen und NutzerInnen) stärken die Möglichkeiten, verbindendes sozial-kulturelles Kapital zu schaffen.

46 Eine löbliche Ausnahme bildet das Programm „Lokales Kapital für lokale Zwecke“ (LOS).

3.3.4.3 Im Spannungsbogen: Erwerbliche und ehrenamtliche Pflege- und Sorgearbeiten

Bei den Trägerorganisationen des Netzwerkes, so schätzt der Netzwerkkoordinator, waren 2005 ungefähr 1000 Menschen aktiv. Ein Bruchteil, vielleicht sieben bis zehn Prozent, sind Voll- oder Teilzeitbeschäftigte mit meist befristeten Arbeitsverträgen. Auf dem zweiten und dritten Arbeitsmarkt sind, grob geschätzt, weitere zwanzig bis dreißig Prozent in Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen und anderen Beschäftigungsformen der Agentur für Arbeit – meist kurzzeitig bis zu einem halben Jahr – beschäftigt. Die große Mehrheit der im Gemeinwesen Aktiven ist ehrenamtlich tätig. Die engagierten BürgerInnen setzen sich nur zu einem kleinen Teil aus Menschen zusammen, die anderswo einer bezahlten Arbeit nachgehen oder sich ausbilden. Das Gros der ehrenamtlich Aktiven ist erwerbslos oder im (Vor)Ruhestand und durch zwei Arbeitslosengeld II-Einkommen in der Familie oder eine halbwegs auskömmliche Rente finanziell abgesichert. Zwischen Arbeitslosengeld II-BezieherInnen und Festangestellten in der gesellschaftlichen Pflege- und Sorgearbeit im Netzwerk können aufgrund des deregulierten Arbeitsmarktes die Unterschiede im Einkommen minimal sein. So berichtet die Leiterin einer Einrichtung des betreuten Wohnens, dass das Einkommen der sechs beschäftigten Vollzeitkräfte nur geringfügig über dem Satz für das Arbeitslosengeld II liege (Gespräch 14).

Die neuen Ehrenamtlichen waren früher meist als ABM- oder SAM-Beschäftigte in einer Mitgliedseinrichtung des Netzwerkes tätig und sind heute erwerbslos. Sie entsprechen nicht dem Idealtypus der/s bürgerschaftlich Engagierten, die oder der freiwillig und aus dezidiert nicht erwerblichen Motiven gemeinnützige Arbeit verrichtet. Die Ehrenamtlichen im Umfeld des Netzwerkes stammen auch nicht mehrheitlich aus den Mittelschichten, deren Mitglieder meist einer Erwerbsarbeit nachgehen bzw. eine gute Rente beziehen (vgl. Enquetekommission 2002). Die Geschichte der Arbeit in der Wende- und Nachwendezeit macht andere strukturelle Zugänge zum Ehrenamt deutlich: Als in den 1990er Jahren die Kombinate kollabierten, wurden massenhaft Auffangesellschaften und Umschulungs- und Beschäftigungsprogramme auch für die Wolfen-NorderInnen aufgelegt, die die neuen Erwerbslosen auf eine neue Erwerbstätigkeit in der kapitalistischen Marktwirtschaft vorbereiten sollten. Westdeutsche und neue lokale Initiativen sprossen auch in Wolfen-Nord aus dem Boden, um das vorher von Arbeits- und Nachbarschaftskollektiven produzierte und jetzt zerschlissene Sozialkapital auf neue Art herzustellen. Der Boom der Beschäftigungs- und Umschulungsmaßnahmen, der nahezu alle Erwerbslosen zeitweilig beschäftigte, flachte Ende der 1990er Jahre ab und erhielt nur kurzen Auftrieb durch die EXPO 2000, bis im Jahr 2005 durch die Einführung von Arbeitslosengeld II diese Arten der bezahlten Beschäftigungen fast gänzlich ausfielen. Die strukturelle und individuelle Orientierung an der Vollerwerbsarbeitsgesellschaft blieb jedoch ungebrochen. Der gesellschaftliche Pflege- und Sorgebereich wird, bei gleichzeitiger Erosion des Sozialstaates, nach wie vor als Durchlauferhitze für den Übergang in eine erwerbliche Tätigkeit in der gesellschaftlichen Produktion für den Markt angelegt. Gesellschaftliche Sorge- und Pflegearbeiten wurden damit erneut materiell und symbolisch abgewertet. Auch die Erwerbslosen, die nicht abwanderten, sahen in ihren Beschäftigungsmaßnahmen im gesellschaftlichen Pflege- und Sorgebereich zunächst eine Zwischenstation für ihre dauerhafte Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt (Surrell 2004, S. 93). Als sich die Abfolge von ABM und kurzzeitigen Qualifizierungen in Schleifen verwandelte, die noch allenfalls auf eine weitere ABM oder heute sog. 1-Euro-Jobs hoffen ließ, erwies sich jedoch die antizipierte Zwischenstation als Dauerstadium.

Wie balancieren Menschen dieser sozialen Laufbahn zwischen der strukturellen und individuellen Fiktion einer zukünftigen Vollerwerbstätigkeit und dem tatsächlich erlebten langjährigen Wechsel zwischen Erwerbslosigkeit und Beschäftigungsmaßnahmen im pflegenden und sorgenden Bereich?

Eine 47-jährige Ehrenamtliche, die hier Ina Sander genannt wird, begleitet die Beobachterin auf einem Wahrnehmungsspaziergang durch Wolfen-Nord. Durch ihre Schilderungen belebt sie längst abgerissene Kaufhallen, Kindereinrichtungen und alte Wege und Tätigkeiten, vor allem aber bestehende und neu entstandene wichtige Orte und Tätigkeiten. Ina Sander macht nicht nur ihre *Heimat* lebendig, sondern auch ihren „Werdegang“, den sie wiederholt als typisch markiert. Sie erzählt von ihrer Erwerbstätigkeit im Kombinat und später im ausgegliederten Logistikunternehmen, der nach ihrer Entlassung 1995 Fortbildungs- und ABM-Schleifen folgten. An eine halbjährige ABM im Jahr 2003 schloss sich schließlich eine Beschäftigung auf 165-Euro-Basis in der gleichen Jugendeinrichtung an. Seit dem Inkrafttreten der Arbeitslosengeld II- Regelungen 2005 arbeitet sie ehrenamtlich in der Einrichtung.

„Gleich nachdem ich meine Arbeit verloren hatte, hab’ ich sofort nach etwas anderem gesucht. Weil, ich war das ja nicht gewohnt, (lacht) zuhause zu bleiben, das war erst mal wie ’ne Backpfeife, oder Du bist an irgendwas schuld. Das wirst Du schon oft gehört haben. Heute gehst Du die Sachen ein bisschen anders an. Du weißt, dass Du flexibel sein musst, dass Du Dich bewegen musst, also wenn Du nicht direkt zuhause bleiben willst. Auch wenn’s frei für mich ist, also ehrenamtlich, bin ich dankbar. Mit meiner Kollegin zusammen machen wir das ehrenamtlich. Für uns ist es wichtig. Also uns fehlt etwas, wenn wir nicht hierher gehen. Ja, die Jugendlichen, es ist ein schönes Gefühl überhaupt helfen zu können, lernen zu können und Spaß zu haben ...

*Na ja, ich komme so – wie wir auch gebraucht werden – aber wenn mal Not am Mann ist, eigentlich **ziemlich** viel (lacht). Vier Monate waren keine ABM-Kräfte da und da kannst Du Dir ja vorstellen, wie oft wir da waren, weil wir uns gegenseitig halt helfen wollten und uns auch unterstützt haben gegenseitig. Sonst hätte eigentlich der Club zumachen müssen – alleine hätte das unsere Leiterin nicht geschafft“ (Gespräch 21).*

Selbst aus der kleinen Erzählpassage ist Ambivalenz spürbar. Die Ehrenamtlichkeit ist einerseits ein sich Schicken in die Notwendigkeit, jetzt „frei“ und das heißt unbezahlt zu arbeiten, *wenn man nicht zuhause* – im Privaten – bleiben will. Es ist zudem von der *Not* der Einrichtung und der Notwendigkeit *gegenseitiger* Hilfe motiviert, die im Endeffekt notwendige bezahlte Kräfte ersetzt und damit das Ehrenamt strukturell ausbeutet.

Andererseits versteht es Ina Sander, den Verlust von Erwerbsarbeit als einer selbstverständlichen Routine und Praktik nicht dauerhaft als gesellschaftliche Strafe und persönliche Schuld mit sich herumzutragen. Dies sicherlich auch deshalb, weil ihr beruflicher Werdegang nach der Wende dem Vieler in ihrer unmittelbaren Umgebung gleicht, wie sie andeutet. Flexibilität und Eigenbewegung, den Schlagwörtern des neoliberalen Arbeitsmarktes, gibt Ina Sander einen eigenen Inhalt. Sie zeigt sich flexibel und offen in der Neubewertung von ehrenamtlicher Arbeit. Heute sieht sie ihre ehrenamtliche Arbeit – wenn auch mit dem Wermutstropfen der Unentgeltlichkeit – als vollwertige Arbeit. Auch dabei weiß sie sich nicht alleine, sie hat den Weg mit einer ehemaligen ABM-Kollegin eingeschlagen. Ihre fragile Gegenkonstruktion zum herrschenden Verständnis von Arbeit

hilft ihr, ihr Engagement zum einen als Stabilisierung ihrer sozialen Beziehungen zu verstehen. Zum anderen bringen ihr ihre „freien“ Tätigkeiten aber auch Befriedigung durch Tätigkeiten des Helfens und Lernens mit Spaß. Sie haben einen eigenen Wert für das Gemeinwohl und sie selbst.

Ina Sanders Laufbahn und Ambivalenzen nach der Wende sind kein Einzelschicksal. Die Wege zum bürgerschaftlichen Engagement sind von Politik und staatlichen Regulierungen durch falsche Versprechungen blockiert, die eine Integration in eine künftige Vollerwerbsgesellschaft vorgaukeln. Das bürgerschaftliche Engagement ist dementsprechend häufig biografisch ein Ersatz für sinnerfüllte Erwerbsarbeit, die symbolisch und materiell Gegenseitigkeit und gesellschaftliche Teilhabe beinhaltet. Ein durch die Geschichte der Nachwendezeit geprägter neuer Typus von Ehrenamtlichkeit ist in Wolfen-Nord, aber nicht nur dort, auszumachen. Er ist geprägt von den *Notwendigkeiten*, weiter auf eine sinnerfüllte Erwerbsarbeit zu hoffen, und *gleichzeitig* tatkräftig für sich *und* das „schrumpfende“ Gemeinwesen zu sorgen. In diesem „Habitus der Notwendigkeit“ (Bourdieu 1993) scheint Neues auf. Notwendigkeit und Tatkraft für Neues werden verbunden.

Viele im Netzwerk Tätige – Hauptamtliche und Ehrenamtliche – wissen diesen Aktivposten zu schätzen. „*Wir halten das Ehrenamt hoch. Unsere ABM-Kräfte müssen sich an den ehrenamtlich Engagierten messen*“ (Gespräch 13), betont zum Beispiel die Leiterin einer Jugendeinrichtung. Das Netzwerk sucht „Kulturen der Wertschätzung“ von pflegenden und sorgenden Arbeiten aufzubauen, die von „Danke-Festen“ bis hin zur neu gegründeten Freiwilligenagentur reichen (Gespräch 9). Unter dem Dach der Erneuerungsgesellschaft sucht die Freiwilligenagentur Verträge zwischen Freiwilligen und einzelnen Trägern zu vermitteln. Durch konkrete Vereinbarungen werden die Inhalte und die Dauer der Tätigkeiten festgelegt und damit auch von beiden Seiten anerkannt.

So sehr im Netzwerk an Wertschätzungskulturen für öffentliche Pflege- und Sorgetätigkeiten gearbeitet wird, so wenig scheinen diese von außen gewürdigt zu werden. Auch zwei im Landkreis Beschäftigte im Frauen- und Jugendbereich sehen „*das Ehrenamt eher im Hintergrund gegenüber Erwerbsarbeit*“ (Gespräch 15). Von außen, aus der Sicht der kommunalen Wirtschaft und Kommunen betrachtet, scheint noch am ehesten das Ehrenamt im Sport, das sehr häufig von Männern ausgeübt wird, materielle und immaterielle Wertschätzung bzw. öffentliche Anerkennung und finanzielle Zuwendungen zu erhalten. Die meist von Frauen ausgeübten Tätigkeiten in sozialen und kulturellen Bereichen bleiben unbeachtet. Eine strukturelle Aufwertung des Ehrenamtes steht ebenfalls aus: Würde ehrenamtliches Engagement als Eigenleistung der Träger anerkannt, die Fördermittel/finanzielle Leistungen von dritter Seite erst ermöglichen, würde also bürgerschaftliche Arbeit gleichwertig wie finanzielle Ressourcen der Träger behandelt, wären die Chancen der Höherbewertung nach innen und außen ungleich höher.⁴⁷

3.3.4.4 Im Spannungsbogen zwischen Pflege, Brachen und Umnutzung

Pflege und Nutzung von Natur im Umfeld von Wohnsiedlungen können zur Erholung, Selbstversorgung und gleichzeitig zu friedlichen Begegnungen und gemeinsamem Tun dienen. Wolfen-Nord ist von Grün umgeben: An seinen Rändern sind Kleingärten angelegt. Die nahe Fuhneau ist von einem früher beliebten Park durchzogen. Ein neu angelegtes parkähnliches Filmband, das an die ehemalige Filmfabrik erinnern soll, trennt den mittleren vom hinteren Teil Wolfen-Nords.

47 Das Kultusministerium von Sachsen-Anhalt macht einen Anfang. Träger können die erforderlichen finanziellen Eigenmittel zu 10 Prozent durch ehrenamtliche Tätigkeiten verrechnen, 20 Prozent müssen nach wie vor als finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um ministerielle Fördermittel von 70 Prozent zu erhalten.

Durch den Abriss entstandene Brachen, vor allem im hinteren Teil, zu denen ständig neue Freiflächen hinzukommen, harren auf Gestaltung: „Über Abriss wird nachgedacht, aber noch nicht über Nachnutzung. Das muss kommen. Das sind jetzt schon Flächen, die sind enorm, die kann man nicht einfach so liegen lassen“, so eine Stadtplanerin (Gespräch 18). Werden hier wahrscheinlich Interessen der Landschaftsgestaltung angesprochen, so betont eine Akteurin des Netzwerkes, selbst Gartengestalterin, einen anderen Aspekt, warum Brachen gestaltet werden sollten: „Brache wird von selbst grün. Die Fragestellung ist eher: Wie können Brachen auf Bleibende wirken? Können sie zum Bleiben bewegen oder motivieren sie zum Weggehen?“ (Gespräch 5).

Sicherlich motivieren Brachen im unmittelbaren Wohnumfeld nicht zum Bleiben. Selbst ein Landschaftspark ist in seiner Qualität umstritten – „die Fuhneau war nur früher attraktiv. Es war ein Naherholungsgebiet und dort ist die Pflege durch die Stadt eingestellt worden. Sie hat heute den verschlafenen Charme eines verwilderten Parks mit Biotopcharakter“ (Gruppeninterview 18). Genau der Aspekt der Verwilderung reizt junge Frauen nicht, dort spazieren zu gehen. Eine Mutter schiebt ihren Kinderwagen lieber in das Einkaufsviertel des Stadtteils, „denn dort unten ist es mir unheimlich“ (Gespräch 24).

Auch in den zahlreichen Kleingartenanlagen rings um Wolfen macht sich die Abwanderung bemerkbar. Einige Gärten stehen heute leer, wohingegen in der DDR die Anwartlisten für einen Kleingarten lang waren. „In den Gärten wurde früher jedes Fleckchen genutzt, um das spärliche Angebot an Obst und Gemüse aufzubessern“ (Gespräch 4). Heute werden sie mehr zur Erholung genutzt, denn der Markt scheint alles zu annehmbaren Preisen zu bieten. Aber auch Selbstversorgung spielt eine Rolle. Eine Kleingärtnerin hegt und pflegt ihren Kleingarten, u.a. um das Erwerbsloseneinkommen für ihre fünfköpfige Familie durch Eigenarbeit aufzubessern. Gleichzeitig ist ihre Arbeit im Garten auch eine Quelle von Befriedigung: „Man hat immer etwas Sinnvolles zu tun. Es ist nicht so wie mit der Hausarbeit, das ist immer das Gleiche. Im Garten kann man pflegen und die Dinge wachsen sehen“ (Gespräch 5). Der Leerstand der Gärten könnte leicht behoben werden, wenn die Kleingärtner ihren Verein auch MigrantInnen öffneten; z.B. für interkulturelle Gärten, die einzeln oder gemeinschaftlich genutzt werden könnten (vgl. Müller 2002). So auch die Idee von Mitgliedern des Netzwerkes. „Doch die Gartenspartenbesitzer möchten dort keine Fremden reinlassen, wie sie sagen“ (Gespräch 9). Sie haben eine kulturelle Grenze gezogen, die im leerstehenden Garten auch räumlich sichtbar wird.

Eine Nutzung der inzwischen zahlreichen „öffentlichen“ Brachen im Stadtteil steht bislang ebenfalls aus. Diese bilden tendenziell ein Niemandsland, innerhalb dessen Grenzen sich Müll, aber auch Angst, Misstrauen und Aggression ansammeln. Mit dem produktiven Umgang der sich stetig vergrößernden öffentlich zugänglichen Brachen tut sich ein großes Betätigungsfeld für pflegende und sorgende Arbeiten auf.

Allerdings stehen einer problemlosen Umnutzung des Geländes Eigentümerrechte und -interessen im Wege. Eine Zerstückelung des Bodeneigentums zwischen einer kommunalen und zwei genossenschaftlichen Wohnungsbauunternehmen erfordert als ersten Schritt eine Zusammenlegung der Flächen der Einzeleigentümer, damit diese einer alternativen Nutzung zugänglich werden. Aber auch Bau- und Grundstücksrecht müssten geändert werden, um jetziges Bauland (30 € pro m²) in Agrarland (40 Cent pro m²) umzuwidmen. Bisher fehlen Initiativen der Stadtgemeinde in diese Richtung. Eine Zusammenlegung ohne Umnutzung würde nur Zwischennutzungen zu-lassen „Eine Streuobstwiese zum Beispiel könnte auf lange Sicht nicht angelegt werden.“

(Gespräch 10). Einem Verzicht auf Abriss von Gebäuden gar, etwa durch die Umnutzung eines leerstehenden Wohnblocks in ein Gebäude, in dem Pilze gezüchtet werden (Lagé et al. 2005, S. 74–77), stehen die Altschulden⁴⁸ der Wohnungsbaugesellschaften im Wege, die ja gerade der Abriss tilgt (vgl. Wiedemer 2004). Der Erwerb von Eigentum durch Mitglieder des Netzwerkes steht allerdings sowieso nicht auf der Tagesordnung, solange das Land als Bauland gehandelt wird. Für Zwischennutzungen gibt es Ideen und Pläne im Netzwerk. Eine Gartengestalterin im Netzwerk: *„Wir könnten zum Beispiel die Fläche nutzen, um saisonweise verschiedene Kartoffel-, Bohnen- oder Sonnenblumensorten als Gemeinschaftsaktion anzupflanzen, wenn der Boden beprobt ist und zum Nahrungsmittelanbau geeignet ist. Dann bleibt ein Mehrwert am Ende der Saison, wenn Jede z.B. 6 kg rote und 6 kg gelbe Kartoffeln bekommt. Eine Vielfalt von Sorten und eine Vielfalt von Menschen aus verschiedenen Kulturen ist wichtig dabei“* (Interview 10).

Bisher verhindern nicht mehr greifende Instrumente der Bau- und Grundstücksordnung, „Terra non Grata“ zu vermeiden, bereits räumlich sichtbare sozial-kulturelle Grenzen durchlässiger zu machen und neues soziales Kapital durch gemeinsame Nutzung und Pflege aufzubauen.

3.3.5 Folgerungen: Das Netzwerk in der Gesamtkonstellation

Inwieweit hat sich die Wertschätzung von produktiven Arbeiten zugunsten so genannter reproduktiver Arbeiten in der Gesamtkonstellation in der Region verschoben? Haben sich Zwischenräume zwischen der hegemonialen und nicht-hegemonialen Sphäre und auch innerhalb der nicht-hegemonialen Sphäre aufgetan, die für eine nachhaltige Entwicklung des Raumes ausbaubar sind, die für gemeinsames Sozialkapital sorgen?

Für die Entwicklung des *Netzwerkes* selbst sind diese Fragen mit einem Ja zu beantworten. Das Netzwerk hat sich neu in der Region positioniert. Es vernetzt sich mit vielen weiteren Trägern für gesellschaftliche Sorge- und Pflegearbeiten. Konkurrenzen um NutzerInnen, finanzielle Ressourcen und Arbeitsfelder werden durch neue Zusammenarbeit, partizipative Netzwerkregeln und neue Aushandlungen vermindert. Die Lobby für Gemeinwesenarbeit kann unter dem Dach des „Lokalen Bündnisses für Familie“ eine bessere öffentliche Wahrnehmung für sich beanspruchen. Die Bedingungen für die Partizipation von BürgerInnen können sich auch durch Aushandlungen zwischen kooperierenden Trägern verbessern. Sowohl von Ehrenamtlichen wie von Trägern wird die neue Freiwilligenagentur – eine weitere Einrichtung auf Zeit – stark nachgefragt. Als wichtiges Symbol für gegenseitige Wertschätzung erweist sich bereits ein Ehrenamtpass, der z.Zt. in einzelnen Trägerorganisationen des Netzwerkes getestet wird. Insoweit hat sich auch der Zwischenraum zwischen privaten Haushalten und dem Netzwerk vergrößert.

In der Verortung des sorgenden Netzes (vgl. zu dem Begriff Rübke 2004) in der Gesamtkonstellation allerdings lassen sich kleine Entwicklungen und große Stagnation verzeichnen.

Kooperationen des Netzwerkes mit der ortsansässigen *Privatwirtschaft* beschränken sich bisher meist auf Sponsoring hauptsächlich von Sportaktivitäten und einzelnen spektakulären

48 Altschulden sind finanzielle Verpflichtungen von Betrieben und Gebietskörperschaften gegenüber der Staatsbank der DDR, die nach der Vereinigung als Verpflichtung gegenüber Privatbanken bestehen blieben und auf Flächen und Gebäude des Schuldners entsprechend umgelegt wurden. Die Bedienung der Zinsen erfordert neue Kreditaufnahmen.

Events. Eher werden die einzelnen GemeinwesenakteurInnen gefördert. Hauptsächlich in der Region verwurzelte kleinere und mittlere Betriebe des Handwerks und der chemischen Industrie spenden aus Werbungszwecken und/oder aus Verantwortlichkeit für die Region. Sie setzen damit die eher gemeinschaftsbezogenen Einstellungen in der DDR auch heute um (vgl. Hradil 1995, S. 13) und stützen soziales Vertrauen und Gegenseitigkeit. Eine Netzwerkakteurin führt das Beispiel einer Werbefirma an: *„Der Unternehmer möchte die Region unterstützen. Er will mit seinem Geld dazu beitragen, dass Gewalt an den Schulen verschwindet und sponsert z.B. eine ‚Rock gegen Rechts-Veranstaltung‘“* (Gespräch 10). Viele verbrauchernahe Unternehmen beteiligen sich an aktionsbezogenen Aktivitäten mit Sachspenden. Neue Großbetriebe aus dem Westen lassen eher den Standorten der Mutterbetriebe im Westen Spenden zukommen. Bei einigen Betrieben ist von materieller und symbolischer Wertschätzung der hier geleisteten Gemeinwesenarbeit wenig zu spüren: *„Die Betriebe zahlen Abgaben und Steuern, einschließlich der Abgaben und Steuern der Arbeitnehmer. Dieses ständige Lauern auf Sponsoring, das hat längst den Charakter von Nötigung angenommen. Egal wer, ob das ein Verein ist, ein Kindergarten oder die Kommune, wenn die irgendwas machen wollen, schreiben sie Bettelbriefe. Man muss einfach noch mal sagen: Dafür werden Steuern und Abgaben bezahlt, dass die Leute dann ihre Aufgaben wahrnehmen“* (Gespräch 7). So ein Vertreter des Chemieparks, dessen Unternehmen allerdings seitens der öffentlichen Hand mit Subventionen und Steuerprivilegien unterstützt wurde. Es gibt aber auch andere Stimmen aus dem Kreis der Chemieparkunternehmen: *„Die Entstehung eines Ghettos in Wolfen-Nord würde Auswirkungen auf die Industrieansiedlungen haben. Das muss verhindert werden“* (Gespräch 1). Schon aus wohlverstandenen Eigeninteresse wird für Engagement in der Region plädiert. Ihr Eigeninteresse – das sehr eng mit dem Schicksal von Wolfen-Nord verknüpft ist – haben die gemeinnützigen und kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und die kommunalen Stadtwerke erkannt: Sie kofinanzieren das Stadtteilbudget des Netzwerkes und haben einen zusätzlichen Nutzen: *„Damit wird das Sponsoring gebündelt und die Beteiligten müssen sich nicht mit jedem einzelnen Verein auseinandersetzen, der kommt“* (Gespräch 16), erläutert eine Mitarbeiterin der Stadtwerke. Abgesehen vom Sponsoring gibt es nur vereinzelte Berührungspunkte zwischen Unternehmungen und Mitgliedern des Netzwerkes. Diese bedauern, dass vonseiten der Unternehmen nur von einem *Geben* gesprochen wird und das *Zurückgeben* seitens der Gemeinwesenarbeit vergessen wird. Eine regionale Stiftung für öffentliche Pflege- und Sorgearbeit, an der auch die Unternehmen beteiligt sind, ist noch in weiter Ferne. Weitergehende Pläne, ein *„Geben und Nehmen“* durch eine Ökonomie vor Ort (etwa tauschringartige Strukturen) zu beleben, scheinen ebenfalls in nächster Zeit nicht realisierbar.

Formelle Kooperationen mit den *Gebietskörperschaften*, und dort oft nur mit einzelnen MitarbeiterInnen in den befassen Ämtern, finden auf der Basis von gesetzlichen Regelungen statt. Kommunale Abteilungen sprechen den TrägerInnen Leistungen zu, weil sie anstelle des Staates Aufgaben übernehmen (Subsidiarität). Doch erst viele informelle Kooperationen komplettieren das Bild. Diese Art der Kooperationen sind durch Sonderprogramme und Projekte möglich, die von staatlichen/überstaatlichen und gemeinnützigen Einrichtungen und Stiftungen aufgelegt wurden. Hier sind temporäre, noch ungesicherte Zwischenräume durch die Koproduktion von gesellschaftlichen Leistungen durch Netzwerkmitglieder und kommunale MitarbeiterInnen entstanden. Diese Koproduktion baut auf das persönliche Engagement, Informalität, Offenheit und Experimentierfreudigkeit aller an der Koproduktion Beteiligten. Im Regelfall dominieren allerdings andere Haltungen in den Verwaltungen: *„Ökologie und Soziales wird nicht wirklich ernst genommen“*, diagnostiziert eine Kommunalvertreterin (Gespräch 15). Die Zwischenräume für pflegende und sorgende Arbeiten sind schmal und ungesichert.

Politik und Verwaltung vor Ort sind eingebunden in die Großstrukturen *staatlicher* und *überstaatlicher Regulierungen*, die u.a. auch die Mittelvergabe und die Förderstrukturen vorgeben. Förderungen von Bund, Land, EU und anderen privilegieren generell die Schaffung von industrieller Infrastruktur und Erwerbsarbeitsplätzen für die Privatunternehmen. Förderprogramme für gesellschaftliche Pflege- und Sorgearbeiten fallen ungleich kleiner aus. Sie werden als „konsumtive“ Ausgaben verbucht, die gegenüber „investiven“ diskriminiert werden. Damit wird erstens die Produktivität sorgender und pflegender Arbeiten negiert. Zum zweiten sind im Rahmen von konsumtiven Förderungen Eigenmittel aufzubringen, die bisher nur in einem Ausnahmefall teilweise mit Arbeitsstunden von Ehrenamtlichen abgedeckt werden können. Schließlich machen die Programme meist Einzelfallorientierung zur Vorschrift und sehen Sozialraumorientierung nicht vor. Die Leiterin des Frauenzentrums schildert die Konsequenzen für die Einrichtungen: *„Die gegenwärtigen Fördermittelgeber erwarten nach unserer Erfahrung aber eindeutig zuordenbare Veranstaltungen, Themen, Adressaten und Kosten. Um das Frauenzentrum am Leben zu erhalten, bedarf es unzähliger, meist kurzfristig angelegter Projekte, die eine klar abgegrenzte Zielgruppen- und inhaltliche Beschreibung einfordern ... Durch die vielen Einzelprojekte entsteht ein enormer Verwaltungsaufwand, der dem selbstgesetzten Ziel des Zentrums im Wege steht“* (Projektgruppe „Blockierter Wandel?“ 2007). Obwohl hauptsächlich Sonderprogramme die zeitweilige Sicherung von ungesicherten Zwischenräumen möglich machen, tragen auch sie den Stempel der materiellen Geringerschätzung gesellschaftlicher Pflegearbeiten, der durch hoheitliche Orientierungen verschärft wird.

Gemeinwesenarbeit könnte gerade in einer schrumpfenden Region für den sozialen Zusammenhalt wie auch für die ökologische ReProduktionsfähigkeit eine zentrale Rolle spielen. Sie bedarf aber der Anerkennung und materiellen Unterstützung.

Zusammenfassend lassen sich die eingangs gestellten Fragen nach dem Verhältnis von „produktiven“ und „reproduktiven“ Arbeiten und ihrer Wertschätzung und nach dem Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit beantworten. Obwohl sich das Verhältnis dieser Arbeiten aufgrund der Entwicklungen der letzten 15 Jahre in der Region umgekehrt hat, agiert das Netzwerk in einer Gesamtanordnung, die erwerbliche Arbeiten in der materiellen Produktion gegenüber allen pflegenden und sorgenden Arbeiten enorm privilegiert. Die materielle und symbolische Geringerschätzung von sorgenden und pflegenden Arbeiten – ob ehrenamtlich oder hauptamtlich – behindert nachhaltige Gemeinwesenarbeit. Ihre Abwertung hängt auch damit zusammen, dass sorgende und pflegende Arbeiten im Privaten symbolisch Frauen zugeordnet werden, gleichgültig, ob sie von Männern oder Frauen getan werden. Die Abspaltung dieser Arbeiten – auch im gesellschaftlichen Pflegebereich – als weiblich, wertlos, unproduktiv gegenüber den sog. produktiven und kreativen Arbeiten in der materiellen Produktion, hat eine lange Wissenstradition in der bürgerlichen Gesellschaft (vgl. Biesecker/von Winterfeld 2004). Die pflegenden und sorgenden Arbeiten bleiben im Schatten des Privaten oder kommen allenfalls in das Zwielflicht des Halböffentlichen.

Doch gerade pflegende und sorgende Arbeiten erweisen sich in der Schrumpfung als besonders produktiv, um soziale Trennungen und Ausgrenzungen zu verhindern. Durch die Schaffung von überbrückendem Sozialkapital, durch Vertrauen, Gegenseitigkeit und Engagement können nicht nur soziale Verwerfungen vermieden werden. Es können Tätigkeitsräume entstehen, die durchlässige öffentliche Zwischenräume ermöglichen – zwischen den Handlungsräumen von Staat/Kommune, Privatwirtschaft, Zivilgesellschaft und Haushalten – und so zu einer nachhaltigen Existenzsicherung beitragen. Das Netzwerk erschließt sich immer wieder neu ungesicherte halböffentliche Zwischenräume. Seine Elemente – demokratische Regulierungen und Partizipation,

Koordination der Ressourcen an der Basis, Koproduktion durch Kooperation – werden durch Experimentierfreudigkeit, Informalität, Offenheit, Engagement und mittelfristiges Nach- und Vor-Denken für nachhaltige Beziehungen ermöglicht.

Gegenwärtig bewegen sich die Aktiven des Netzwerks in einem prekären Zwischenraum zwischen hegemonialer und nicht-hegemonialer Sphäre. Die hegemoniale Sphäre blockiert den sozial-ökologischen Wandel von Arbeit durch Regulierungen einer im Westen wie im Osten untergegangenen Industriearbeitsgesellschaft. Das Netzwerk Gemeinwesenarbeit Wolfen-Nord balanciert zwischen „Sterbe- und Lebenshilfe“ für Wolfen, wie ein Netzwerkmitglied einschätzt (Gespräch 10). Entweder wird die „Verarmung“ an öffentlichen Pflege- und Sorgearbeiten das Gemeinwesen zum Erliegen bringen. Oder aber: Das Wachstum der von allen AkteurInnen der Region mitgestalteten öffentlichen Sorge- und Pflegearbeiten öffnet einen Möglichkeitsraum für ein sozial-ökologisch „reiches“ Gemeinwesen neuen Typs.

3.4 Fazit

In unseren Hypothesen haben wir als Blockade sozial-ökologischer Transformation die Nicht-sichtbarkeit jener Tätigkeiten angenommen, die als sorgende und pflegende Arbeiten den Stoffwechselprozess zwischen Mensch und Natur wesentlich mitprägen. Die Auswertung unserer Fallbeispiele lässt nun Zweifel dahingehend aufkommen, ob diese Hypothesen nicht zu spät ansetzen: In Frage steht, ob sozial-ökologische Transformationsprozesse von den Akteuren der hegemonialen Sphäre überhaupt angestrebt werden bzw. angestrebt werden können. Hegemonial wirken zumindest eher die neoliberal-ökonomischen Transformationsprozesse. Wenn es aber stimmt, dass die dynamische Kraft hinter der Transformation eine dem sozial-ökologischen Paradigma eher zuwiderlaufende ist, dann muss eine These grundlegender ansetzen:

Die hegemoniale Kraft hinter Transformationsprozessen grenzt Tätigkeiten aus, die als sorgende und pflegende Arbeiten den Stoffwechselprozess zwischen Natur wesentlich mitprägen. Sie lässt sie nur insoweit zu, als sie ihrer als stiller – und damit unsichtbarer – Voraussetzung bedarf.

Daher ist nicht nur ein vielfältiges Tätigkeitskonzept zu entwickeln, in das die sorgenden und pflegenden Arbeiten integriert werden. Vielmehr kommt anderen „Konzepten des Politischen und des Ökonomischen“ zentrale Bedeutung zu. Derzeit ist der „Schattenraum“ ausgegrenzter und unsichtbarer Tätigkeiten so groß, wie der hegemoniale Raum ihn zulässt bzw. braucht. Es wären aber ganz anders geartete Konstellationen denkbar, wenn neben die Wirklichkeit des Hegemonialen andere Wirklichkeiten treten würden. Daher lautet das die folgenden Gedanken leitende Zwischenergebnis:

Sozial-ökologische Transformation bedarf der Ermöglichung und Wertschätzung sorgender und pflegender Arbeiten mit Blick auf den Stoffwechselprozess zwischen Mensch und Natur. Dazu müssen sich Konzepte des Politischen und des Ökonomischen grundlegend und dahingehend ändern, dass sie vergessene und abgespaltene Arbeitswirklichkeiten nicht mehr brauchen.

4 Inklusionen und neue Gesellschaftsverträge*

Konzepte des Politischen und des Ökonomischen werden durch die Art bestimmt, wie sich ein politisches Gemeinwesen, eine Gesellschaft, durch die gemeinsam vereinbarten Regeln konstituiert. „Der Begriff Gesellschaftsvertrag bezeichnet in der klassischen Vertragstheorie jenen hypothetischen Akt, mit welchem Individuen auf einvernehmlicher Grundlage den natürlichen Mangel an politischen Institutionen überwunden und ihr Miteinander den verbindlichen Regeln einer kollektiven Ordnung unterworfen haben“ (Reitzig 2005, S. 17).

Solche Verträge sind faktisch Legitimationsformeln politischer Herrschaft und ökonomischer Tätigkeiten und Strukturen, ohne dass die Zustimmung aller dazu eingeholt worden wäre. Die Zustimmung aller ist vielmehr eine Fiktion, die erst durch die Demokratisierung politischer Herrschaft und die Beteiligung aller plausibel wird.

Dies liegt nicht zuletzt an ihrem Charakter als Staatsverträge, d.h. einer politischen Ordnung, die auf die alltägliche Mitwirkung und Zustimmung des Bürgers verzichtet. Eine solche Prämisse kennzeichnet noch die „realistischen“ Demokratietheorien in der Tradition von Joseph A. Schumpeter (1980 [1942]), die Demokratie auf ein Verfahren zur periodischen Elitenauswahl durch freie Wahlen und konkurrierende Parteien beschränken.

In der Tradition „realistischer“ Demokratietheorien steht auch der implizite Gesellschaftsvertrag der Nachkriegsordnung. Die „atlantische Ordnung“ liberaler Demokratien präsentierte sich als die angemessene politische Verfassung für die gesellschaftliche Wohlfahrt seiner Bürgerinnen und Bürger, spielte aber für die zentralen inhaltlichen Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags keine tragende Rolle. Vielmehr verhielt es sich eher umgekehrt: Das Marktmodell der Ökonomie und dessen betriebliche Arbeitsteilung (Ingenieure – Massenarbeiter) lieferte, wie bei Schumpeter noch unschwer zu erkennen ist, die Vorlage für die Gestaltung von Politik (durch politische „Produktions“eliten). Massenproduktion, Massenkonsum als bereits in der Zwischenkriegszeit entwickelte Modelle galten als gesellschaftliche Organisation von Arbeit und Lebensweise.

Über die Festlegung von Politik- und Ökonomiekonzepten bestimmte und bestimmt der Gesellschaftsvertrag darüber, wer wie zur Gesellschaft gehört, wer welche Rechte und welche Pflichten hat. Zum Beispiel werden durch die gesellschaftliche Gestaltung und Akzeptanz der Arbeit – ausschließlich als Erwerbsarbeit, die zugleich als einzige über Lohn bezahlt wird – die sozial weiblichen sorgenden Tätigkeiten und damit viele Frauen weiterhin (wir sahen das schon bei Adam Smith, vgl. Kap. 2) als gleichberechtigte Mitglieder ausgeschlossen. Sie haben kein eigenes Einkommen, sondern erhalten über den Ehevertrag ein abgeleitetes Einkommen, aus der Hand des Mannes. So können sie zumindest als Konsumentinnen Gesellschaftsmitglieder werden. Der Gesellschaftsvertrag beinhaltet somit auch einen spezifischen Geschlechtervertrag. „Erwerbsarbeit

* In dieses Kapitel fließt ein Text von Roland Roth ein, den er im Rahmen eines Werkvertrages verfasst hat. Sein Manuskript „Neue Gesellschaftsverträge in Verbindung mit „inklusive“ Ökonomie und Politik“ enthält neben klugen Gedanken und kritischen Anmerkungen zu unserer Fragestellung auch Arbeiten, die er selbst verfasst hat, beispielsweise zur Problematik der Schrumpfung. Mit seiner Erlaubnis benutzen wir seinen Text einerseits als Steinbruch und verknüpfen ihn andererseits mit unseren eigenen Überlegungen. Roland Roth wird damit zu einem Mitautor des Kapitels, dessen Text wir verantworten und das ohne seine Mitarbeit so nicht hätte entstehen können. Für seine Mitarbeit bedanken wir uns herzlich.

gegen Lohn, Lohn gegen Konsumgüter“ lautet der ökonomische Kern dieses Gesellschaftsvertrages (vgl. Biesecker 2000), den der „fordistische Gesellschaftsvertrag“ der Nachkriegsordnung mit den Konzepten von Massenproduktion und Massenkonsum zuspitzt. Dieser Vertrag funktioniert jedoch nur dann, wenn erstens der bewerteten Arbeit eine unbewertete zugrunde liegt und zweitens die bepreisten Konsumgüter auf nicht bepreisten sozialen und ökologischen Kosten aufrufen können. Auf den zugrunde liegenden spezifischen Geschlechtervertrag weist Carole Pateman in ihrem Buch „The Sexual Contract“ (1988) hin.⁴⁹ Sie arbeitet in ihrer Analyse die *sklavischen* Elemente des Gesellschaftsvertrages in Verbindung mit der Konstruktion von Arbeits- und Eheverträgen heraus. Sklavische Elemente sind dort zu finden, wo im Vertrag Verfügbarkeitsansprüche impliziert sind, die über diesen hinausgehen. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn eine Person auf einer „halben“ Stelle eingestellt wird, zugleich aber stillschweigend von ihr erwartet wird, darüber hinaus zu arbeiten bzw. zur Verfügung zu stehen. Frauen sind in der Vertragskonstruktion doppelt unterworfen (Pateman 1988, S. 153): zum einen als Arbeitnehmerinnen in einer nach patriarchalen Regeln strukturieren Arbeitswelt (z.B. ist der Frauenanteil in sog. prekären Beschäftigungsverhältnissen deutlich höher) und zum anderen in der Institution Ehe (wo Inhalt und Substanz ihrer Arbeit sich aus der Tatsache ihres Frauseins herleiten).

Der Gesellschaftsvertrag beinhaltete zunächst kein Konzept von Gerechtigkeit und Sicherheit für diejenigen, denen der Verkauf ihrer Arbeitskraft nicht gelang, für die sog. Arbeitslosen. Eine entsprechende Korrektur war zwar schon durch die Arbeitslosenversicherung begonnen worden, wurde nach dem zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik Deutschland jedoch vor allem durch das Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ gefordert und politisch umgesetzt. Gemäß einer Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit, welche das Marktsystem allein nicht gewährleisten kann, sollten Einkommensströme politisch umgeleitet und soziale Risiken durch den Sozialstaat abgedeckt werden. Der derart veränderte Gesellschaftsvertrag bedeutete die „sozial verträgliche Einbettung des Marktsystems“ (Katterle 1995, S. 3). Arbeit allerdings blieb ausschließlich Erwerbsarbeit, an die der Einkommensbezug gebunden war. Damit blieb es bei der Vorgabe der hierarchisch-dualistischen Grundstruktur der Gesellschaft.

Für eine nachhaltig lebende und wirtschaftende Gesellschaft mit nachhaltigen Tätigkeitsräumen sind jedoch neue, nicht-hierarchische, nicht-abwertende, nicht-aspaltende Bezogenheiten nötig. Diese wiederum sind nur möglich, wenn Politik und Ökonomie so konzipiert sind, dass sie diese Abspaltungen nicht mehr brauchen – d.h., es bedarf einer „inkluisiven“ Politik und Ökonomie (einschl. eines inklusiven Arbeitskonzepts).

Somit geht es bei der Suche nach Wegen zu nachhaltigeren Lebens- und Arbeitsformen sowie nach nachhaltigen Formen des Wohlfahrtsstaates um einen neuen Gesellschaftsvertrag. Allerdings ist dieser künftige Gesellschaftsvertrag nicht als großes „hegemoniales Herrschaftsprojekt“ (Roth 2006, S. 11) zu begreifen. Vielmehr entsteht er in sozialen Experimenten und sozialen Kämpfen, die Konturen des Neuen in Form vieler kleiner neuer Gesellschaftsverträge entwerfen.⁵⁰

Im Folgenden machen wir uns auf die Suche nach Elementen solch neuer Gesellschaftsverträge. Dazu befragen wir zunächst unsere Fallbeispiele nach neuen Bezogenheiten (4.1), diskutieren

49 Siehe insbesondere das Kapitel 5: Wives, Slaves and Wage Slaves, S. 116–153.

50 Der Entwurf eines einzigen neuen Gesellschaftsvertrages durch eine Person, wie Joseph Huber (2005) ihn vorlegt, geht daher u.E. am Problem vorbei.

danach politische und ökonomische Elemente neuer Gesellschaftsverträge (4.2), konzentrieren unsere Überlegungen sodann auf Tätigkeitsräume und neue Gesellschaftsverträge (4.3), um nach einer Behandlung der empirischen Besonderheit der Schrumpfung und deren Rolle für neue Gesellschaftsverträge (4.4) schließlich, unter Rückbezug auf Kap. 2, ein Fazit aus unseren Überlegungen zu ziehen (4.5).

4.1 Ansätze neuer Bezogenheiten in den Fallbeispielen

Die Arbeit des Teilprojekts „Tätigkeitsräume“ ist entlang der beiden Dichotomien „öffentlich und privat“ sowie „produktiv und reproduktiv“ erfolgt. Bezüglich letzterer wurde schon deutlich (vgl. 2.2 und 3.1), dass sich die Beziehung zwischen den beiden Polen in der Zeit der DDR zwar veränderte, dass diese Veränderung jedoch nach 1990 rückgängig gemacht und so die Dichotomie erneut zementiert wurde. Das Private betreffend hat sich gezeigt, dass die Situation noch komplexer ist: Es findet eine Privatisierung des Öffentlichen statt – auch in unserer Untersuchungsregion – und zwar auf doppelte Weise: sowohl in den Privathaushalt (von dem die feministische Forschung ausgegangen war) als auch in die Privatwirtschaft hinein (Braunmühl/Winterfeld 2003). Damit wird einerseits das Private erneut abgewertet, denn Frauen werden in ihrer Rolle als Fürsorgeinstanz im Privatraum neu eingespannt und fangen nach Kräften individuell den Versorgungsbedarf auf. Dieser aber wird dadurch als das, was er ist, nämlich eine gesamtwirtschaftliche ReProduktionsleistung, erneut unsichtbar. Andererseits wird das Öffentliche dem Privaten gegenüber dann abgewertet, wenn z.B. Privatunternehmen gegenüber dem kommunalen Eigentum beim Erlass von Altschulden begünstigt werden. Beide Formen der Privatisierung des Öffentlichen verändern die Beziehung zwischen den beiden Polen derart, dass die Dichotomie gestärkt wird. Es gibt folglich durch beide Dichotomien weiterhin starke Blockaden für eine nachhaltige Entwicklung.

Unsere empirischen Untersuchungen haben weiterhin gezeigt: Viele potentiell nachhaltige Arbeiten liegen im „Schatten“ und sind abgespalten. Abspaltung bedeutet die Naturalisierung sozial weiblicher und anderer pflegender, sorgender Arbeiten, die fortan als Ressource bzw. stille Voraussetzung genutzt, aber nicht bewertet werden. Neue Bezogenheiten meinen hier, das Naturalisierte wieder ins Soziale zu holen. Damit ändert sich auch die „Natur der Arbeit“ selbst: Arbeit erfolgt jeweils im Bewusstsein von dem und in Bezug auf den gesamten ReProduktions- und ReGenerationsprozess.

Einen Bezugspunkt für neue Bezogenheiten können „Schrumpfungsprozesse“ bilden, weil hier dominante Rationalitätsmuster brüchig werden. Dies betrifft das ökonomische Wohlfahrtsversprechen über Märkte ebenso wie das politische Gerechtigkeitsversprechen über staatliche Maßnahmen. Dennoch wird auf Schrumpfungprozesse überwiegend erwerbs-, effizienz- und wachstumslogisch reagiert: Marktwirtschaft aufbauen, Umweltstandards durchsetzen, Arbeitsplätze schaffen. Selbst dann, wenn etwa die Natur sich nach der Stilllegung der Braunkohleförderung „erholt“ und im Zuge dessen die Arbeit als Erwerbsarbeit schrumpft, wird diese weiterhin als A und O und Motor für „alles“ angesehen. Entsprechend entstehen neue Möglichkeitsräume und neue Bezogenheiten eher gegen die als mit den herrschenden Rationalitätsmustern. Die beiden von uns untersuchten Tätigkeitsnetze sind aus solch eigen-sinnigen Anliegen heraus entstanden; zugleich werden sie möglich, weil vorhandene Formen (z.B. Privateigentum) oder Programme (z.B. „Soziale Stadt“) als „Gelegenheitsfenster“ wahrgenommen und genutzt werden.

Sie entstehen in der Form von „sorgenden Netzen“ (vgl. Rübke 2004), in denen in einem Bereich die verschiedenen AkteurInnen (in Haushalten, Nachbarschaften, Unternehmen, Zivilgesellschaft und Staat) gemeinsam für die gute Qualität einer bestimmten Leistung sorgen, z.B. für eine „Kultur des Aufwachsens“ in Wolfen-Nord oder eine „Kultur der Pflege“ in der Goitzsche. In diesen Netzen werden neue Bezogenheiten hergestellt und ausprobiert, wenn vielfältige neue Arbeiten entstehen und verschiedene, bisher getrennt voneinander ausgeführte Arbeiten miteinander kombiniert und in neuen Kooperationsstrukturen ausgeführt werden. Und neue Bezogenheiten werden auch entwickelt, wenn es zu Neubewertungen der bisher abgewerteten sorgenden Arbeiten kommt. All dies haben wir in unseren Fallbeispielen gefunden.

Sollen solche Tätigkeitsnetze keine randständigen oder zeitweiligen „Nischen“ bleiben, so bedarf es einer unterstützenden Struktur; es bedarf neuer oder auch der „Modernisierung“ alter Instrumente und Institutionen. Gegenwärtig jedoch, auch das machen unsere Untersuchungen deutlich, bewegen sich die Aktiven eher ohne Unterstützung, in einem prekären Zwischenraum zwischen hegemonialer und nicht-hegemonialer Sphäre: Das Netzwerk Gemeinwesenarbeit Wolfen-Nord balanciert, so haben wir oben geschrieben, zwischen Sterbe- und Lebenshilfe. Und die sozialen und ökologischen Bergbaufolgen in der Goitzsche betreffend entsteht der Eindruck, dass rekultivierende Arbeiten und Naturproduktivität nur solange „aktuell“ sind, bis erneut eine kommerzialisierungsfähige Natur entstanden ist.

In diesem Zwiespalt stehen unsere Fallbeispiele mit den in ihnen vorfindlichen neuen Bezogenheiten als Elemente neuer Gesellschaftsverträge nicht allein da. Vielmehr sind auf der Suche nach Alternativen zu den ökonomischen Schrumpfungsprozessen auf gesellschaftlicher Ebene vielfältige sozial-ökonomische und sozial-ökologische Experimente (Tauschringe, Regionalwährungen, Genossenschaften, Gemeinschaftsgärten, Arbeitslosenzentren, Werkstattprojekte etc.) entstanden, die sich stärker an Subsistenz, gemeinsamer Sorge und an der Verbesserung der unmittelbaren Lebensbedingungen orientieren. Mit den Protesten gegen Hartz IV haben solche Initiativen an Boden gewonnen, die sich oft über private (Stiftungen etc.) und öffentliche Förderprogramme („Soziale Stadt“, Modellprogramme des Bundes gegen Fremdenfeindlichkeit, Fördermaßnahmen des 2. Arbeitsmarkts etc.) entwickeln und zeitweise auch stabilisieren konnten. Sie alle sind aber in der Regel durch eine *dreifache Abwertung* bedroht:

Erstens fehlt es ihnen an politischer Anerkennung, weil ihre Leistungen als ökonomisch wertlos und politisch folgenlos erachtet werden. Sie leisten – so die vorherrschende Sichtweise – keinen relevanten Beitrag zur Wertschöpfung, zum Wirtschaftswachstum oder zu regulären Erwerbseinkommen. Aus marktradikaler Sicht sind sie sogar von Übel, wenn sie individuell oder projektbezogen öffentliche Mittel „verbrauchen“ und zur Marktferne beitragen. Dieses Primat des ersten Arbeitsmarkts wird selbst dann behauptet, wenn öffentliche Programme (ABM, Arbeitsgelegenheiten nach SGB II etc.) dieses Ziel wegen der besonderen Situation auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt systematisch verfehlen müssen oder solche Programme auch Öffnungen in Richtung einer sozialen Ökonomie, d.h. einer nicht-marktmäßigen und profitorientierten, sondern einer kooperativen, auf die Leistungserstellung für die Beteiligten gerichteten Ökonomie (zum Begriff vgl. Birkhölzer 2005, Biesecker 2005) erlaubten, wie z.B. der Europäische Sozialfonds der EU.

Zweitens betrachten auch die Akteure, die in sozial-ökonomischen Projekten aktiv werden, diese Tätigkeit überwiegend als Ersatz für den fehlenden Zugang zur Erwerbsarbeit oder als Brücke in den ersten Arbeitsmarkt. Tätigkeiten im „Schatten des Arbeitsmarkts“ sind aktuell zumeist aus

der Not geboren und nicht bewusst gewählt, wie dies z.T. noch für die „Alternativbewegung“ der 1970er und 1980er Jahre sowie die Projektszene der neuen sozialen Bewegungen galt. Zudem werden solche Sozialexperimente von vielen in Ostdeutschland als ungewollte Rückkehr in Formen der Solidar- und Mangelwirtschaft der DDR, also als gesellschaftlicher Rückschritt, gewertet.

Drittens sind die Bestandsbedingungen von sozial-ökonomischen Projekten in der Regel selbst prekär. In der Nachwendezeit hat sich an manchen Orten neben vielen „normalen“ Einrichtungen bereits eine eindrucksvolle Landschaft von Projektruinen aufgetürmt, die vor allem fehlende Stabilität sowie mangelnde Akzeptanz bzw. Unterstützung durch die lokale Bevölkerung signalisieren. Diese Hypothek begrenzt den Charme und die Überzeugungskraft neuer Initiativen jenseits des formellen Arbeitsmarkts.

Initiativen und Projekte, die an die feministische Kritik der Ausblendung sorgender und versorgender Tätigkeiten anknüpfen (inklusive Arbeitsbegriff) und mit sozial-ökologischen Perspektiven (Nachhaltigkeit) aktiv werden, existieren durchaus, leiden aber unter einer *besonderen Akteursschwäche*. Zwar waren in den sozialen Bewegungen und Initiativen der DDR und den Bürgerbewegungen der Wendezeit auch Motive der neuen sozialen Bewegungen lebendig, aber diese Gruppen und Milieus waren – von ihrer kurzen Sichtbarkeit in der Wende einmal abgesehen – eher randständig und ohne Einfluss auf vorherrschende Mentalitäten. Zumeist sind sie längst in diese Marginalität zurückgekehrt. Vielen anderen Initiativen und Projekten haftet zudem das Odium an, Teil des westgeprägten „Aufbaus Ost“ zu sein. Bewegungsursprünge, etwa bei kommunalen Frauenhäusern oder Selbsthilfe-Kontaktstellen, sind häufig unbekannt, überschießende politische Motive und Impulse sind eher selten, wenig beständig und drohen mit der GründerInnengeneration zu verschwinden.

Aus diesen Überlegungen aufgrund der in der Empirie vorfindlichen Projekte lassen sich als Anforderungen an eine neue Politik und Ökonomie festhalten:

- Die Menschen in den Projekten und Initiativen werden als politische AkteurInnen anerkannt. Politik ist auch und gerade „Politik von unten“;
- ihre Tätigkeiten werden als wertschöpfend betrachtet und das Verständnis von Wertschöpfung wird um die Leistungen dieser sorgenden Tätigkeiten erweitert;
- auch das Arbeitskonzept enthält fortan alle (privaten und gesellschaftlichen) Sorge-Arbeiten. Zugleich gibt es die Option für jede/n, sich an allen Tätigkeiten, d.h. sowohl an der Erwerbsarbeit als auch an der Sorge-Arbeit, zu beteiligen;
- dabei geht es um eine andere „Natur der Arbeit“ in allen Arbeitsbereichen, einer Arbeit, die bewusst bezogen ist auf die Gestaltung einer sozial und ökologisch nachhaltigen Gesellschaft;
- Vielfalt ist nicht nur zulässig, sondern notwendig, um neue Bezogenheiten zu entdecken und sie über neue Gesellschaftsverträge zu festigen.

4.2 Politische und ökonomische Elemente neuer Gesellschaftsverträge

„Der erste Schritt zu einem ‚Neuen Gesellschaftsvertrag‘ ist daher, dass der vorherrschende Trend der Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung aufgehalten wird. Die Stärkung des öffentlichen Rechts in den politischen Beziehungen und die Sicherung des allgemeinen Zugangs zu einem qualitativ hochwertigen Angebot öffentlicher Güter sind auch in Zukunft entscheidende Grundlagen eines hohen Zivilisationsniveaus“ (Reitzig 2005, S. 225). Auch wenn dieser Trend heute noch nicht aufgehalten ist, so tragen doch die vielfältigen Projekte und Initiativen zu diesem Aufhalten bei und machen deutlich:

Neue Gesellschaftsverträge sind möglich. Und sie verweisen darauf, dass es wenig hilft, die Vorstellung *eines* einheitlichen und umfassenden neuen Gesellschaftsvertrags beizubehalten. Vielmehr müssen wir von einem Nebeneinander unterschiedlicher kleiner Gesellschaftsverträge ausgehen, die jeweils lokal und regional gefunden und weiterentwickelt werden.

Dieser gesellschaftliche Suchprozess ist offen. Es lassen sich jedoch, die oben gefundenen Anforderungen aufnehmend, einige Charakteristika der politischen und ökonomischen Elemente dieser neuen Gesellschaftsverträge benennen:

Erinnern wir uns an das in Kapitel 2 dargestellte Externalisierungsprinzip, das den frühbürgerlichen politischen und ökonomischen Theorien inhärent war und bis heute die Gesellschaft prägt, so ist die grundlegende Charakteristik des Neuen: *Es sind Konzepte des Politischen und Ökonomischen, denen Exklusionen nicht mehr inhärent sind, es sind Konzepte „inklusive“ Politik und Ökonomie.*

Politisch heißt das, die „Demokratie von unten“ zu stärken, gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten jenseits von Arbeits- und Einkommensstatus zu schaffen, die Menschen zur Teilnahme nicht nur zu befähigen, sondern sie über politische Rechte auch zu ermächtigen. Der Ort einer solchen Politik ist zunächst die Kommune in der Form der BürgerInnenkommune (einschließlich des BürgerInnenbudgets); die Form ist Ver- oder Aushandlung bei Anerkennung aller Beteiligten als gleichwertig. Denn Inklusion und Nachhaltigkeit sind auf verstärkte politische Einmischung der BürgerInnen entlang konkreter Lebensbedürfnisse und Lebenslagen, auf deren Alltagserfahrung, angewiesen.⁵¹ Erst dort, wo die Menschen auf dieser lebensnahen Ebene Probleme nicht lösen können, tritt die nächste Ebene ein (Land, Bund, EU, UN). Dieses Subsidiaritätsprinzip ist allerdings zu koppeln mit dem Konnexitätsprinzip, mit dem Prinzip also, die finanziellen Mittel dorthin zu lenken, wo die Aufgabenerfüllung verantwortet wird. Das beinhaltet auch eine umfassend Reform der Staatsfinanzen.

Ökonomisch bedeutet Inklusion die Integration aller nicht-marktmäßigen Prozesse in das Konzept der Ökonomie. Das geschieht vor allem durch eine In-Wert-Setzung der bisher als „unproduktiv“ geltenden privaten und öffentlichen Sorge-Arbeiten sowie der ökologischen Produktivität. Damit meinen wir allerdings nicht die Kommerzialisierung des bislang Unkommerziellen. Vielmehr setzen wir kritisch an der Abwertung genau jener Tätigkeiten an, die vor allem im

51 Die massiven Sozialproteste gegen „Hartz IV“ im Sommer und Herbst 2004, an denen sich insgesamt mehrere Millionen Menschen vor allem in den neuen Bundesländern beteiligten, verdeutlichen jedoch, welche divergierende politische Logiken, wenn nicht gar Welten, hier aufeinander treffen.

Lebensalltag der Menschen eine Rolle spielen. Es geht um eine „Ökonomie von unten“, um eine kooperative Struktur aller marktlichen und sorgenden ökonomischen Tätigkeiten vor Ort. Dieser Ort ist ebenfalls zunächst die Kommune, verknüpft mit Land, Bund, EU, der globalen Ökonomie. In dieser „lokalen Ökonomie“ gibt es die Hierarchie zwischen Markt und Nicht-Markt nicht mehr, sondern vielfältige neue Kooperationsformen. Um allen die Teilnahme an den verschiedenen Bereichen zu ermöglichen, müssen Optionen dazu entwickelt werden, abgesichert durch ein BürgerInneneinkommen, welches die Handlungsfreiheit für diese optionale Teilnahme bietet und damit wichtige finanzielle Grundlage der Inklusion ist. Das hat nichts zu tun mit neoliberalen Vorschlägen für ein niedriges Grundeinkommen, das es denjenigen, die aus den alle Bereiche regelnden Märkten herausfallen, ermöglicht, ihr Leben zu fristen. Dieses Grundeinkommen festigt die Exklusion. Zwar plädieren auch wir für eine Entkopplung von Erwerbsarbeit und Einkommen, letzteres ist jedoch ein kommunal auszuhandelndes BürgerInneneinkommen. Erst dieses ermöglicht die Teilhabe aller an der Erwerbsarbeit, die es nach sozialen und ökologischen Kriterien umzugestalten gilt.

Was lokal/regional hergestellt wird oder was auf anderen Ebenen, ist ebenfalls eine Frage des gesellschaftlichen Diskurses wie überhaupt die Frage, welche Prozesse marktmäßig und welche kooperativ-gemeinschaftlich, privat oder staatlich organisiert werden sollen. Das macht deutlich: Eine „inklusive“ Ökonomie unterliegt dem Primat der Politik. Allerdings – *welcher* Politik?

Eine inklusive Politik verträgt sich insofern nicht mit den „alten“ bzw. klassischen Gesellschaftsverträgen, als dass diese – insbesondere die Vertragstheorie von Thomas Hobbes – einen „Naturzustand“ implizieren, in dem (männlich konzipierte) Subjekte Macht und Gewalt besitzen. Diese entmächtigen sich selbst und treten ihre Macht und Gewalt im fiktiven Vertrag an die politische Macht und das Gewaltmonopol des Staates ab. Hingegen versteht Hannah Arendt Macht als Fähigkeit, durch öffentliches Zusammenhandeln etwas zu bewirken und neu zu gründen (hier nach Lösch 2005, S. 66). Dazu bedarf es einer „deliberativen“ Politik, die zulässt, dass öffentlich zusammen- und ausgehandelt wird.

„Inklusive“ Politik und Ökonomie bedeuten – das wird jetzt deutlich – vor allem Anerkennung und Stärkung (empowerment) der BürgerInnen. Sie fordern auch heraus zu einer Neu-Definition von scheinbar für alle Zeiten feststehenden Begriffen und Regularien. Ein großer Schritt wäre etwa, den Begriff der Wertschöpfung und der Investition neu zu definieren: Wenn Wertschöpfung zum einen um die produktiven Leistungen bisher ausgegrenzter pflegender und sorgender Arbeiten und ökologischer Prozesse erweitert wird, und wenn Wertschöpfung durch Pflege und Sorge zum zweiten als „Investition“ verstanden und volkswirtschaftlich auch so behandelt wird, wäre man der Nachhaltigkeit wohl ein ganzes Stück näher. Ein weiterer Schritt in Richtung Nachhaltigkeit wäre getan, wenn ermöglichende materielle und regulative Strukturen für eine Regionalisierung (Region hier verstanden als kleinräumige Vernetzung von Kommunen) geschaffen würden. Die regionalen Akteurinnen und Akteure könnten dann ihre pflegerischen Kräfte bündeln und Pflege und Umnutzungen ihres Raums selbst aushandeln und regulieren.

Diese Charakteristika einer „inklusive“ Politik und Ökonomie machen deutlich, worum es auf dem Weg zu einem nachhaltigen Gesellschaftsvertrag geht. Sie geben die Richtung an, in die dieser Weg führt. Ohne den gesellschaftlichen Suchprozess einzuengen oder zu kanalisieren, lassen sich darüber hinaus jedoch schon Merkpunkte und Wegabschnitte benennen (vgl. Roth 2006, S. 11–14):

1. *Repolitisierung und Remoralisierung der Ökonomie.* Unabdingbar ist eine umfassende Repolitisierung gesellschaftlicher Entwicklungschancen. Erst auf diesem Wege, in Form politischer Suchbewegungen, lassen sich Leitlinien für eine „inklusive“ Ökonomie gewinnen.⁵² Solche Suchbewegungen setzen lokal an, berufen sich auf spezifische Konfliktlagen, vertrauen auf lokales Wissen und lassen sich deshalb nicht vorschnell auf einen Nenner bringen. Erwartbar ist eine Vielzahl von regional und lokal geprägten Gesellschaftsverträgen. Um sie zu entwickeln, braucht es eine umfassende Öffentlichkeit und politische Beteiligung. Gefordert ist die Bildung von Netzwerken, die den Druck zur „Individualisierung“ aufheben und gemeinschaftliches Handeln ermöglichen.

2. *Die demokratische Wiederentdeckung der Zivilgesellschaft.* Dass sich Bürgerinnen und Bürger einerseits und der Staat andererseits nicht direkt und unvermittelt, sondern durch eine mehr oder weniger lebendige und vielfältige Zivilgesellschaft vermittelt gegenüber stehen, gehört zu den Grundeinsichten neuerer Demokratiedebatten. Neue Gesellschaftsverträge benötigen eine „assoziative Demokratie“, d.h. Vereinigungen, Gruppen und Initiativen, die eigene Formen der Vergesellschaftung und Problemlösung praktizieren bzw. sich kritisch mit den staatlichen oder privatwirtschaftlichen Zumutungen und Angeboten auseinandersetzen. Eine lebendige, demokratisch gestimmte Zivil- bzw. Bürgergesellschaft gehört zu den Pfeilern einer angestrebten Demokratisierung liberaler Demokratien.

3. *„Inklusives“ Politikverständnis.* Zu einer inklusiven Agenda gehört auch ein Politikverständnis, das sich nicht in Steuerung, Effizienz und Legitimationsbeschaffung durch PR erschöpft, sondern auf Emanzipationsprozesse setzt, deren Qualität sich an folgenden Parametern messen lassen: „notwendige Dauer, Eigenwillen und subjektive Autonomie, die sich zu einem Gemeinwesen verbinden, Ausdrucks- und Unterscheidungsvermögen, das die wesentlichen Lebenserfahrung öffentlich erkennbar hält (d.h. Ausgrenzung vermeidet), die Produktion von Freiheit“ (Negt/ Kluge 1992, S. 47). Inklusionsprobleme einer repräsentativen Demokratie zeigen sich aktuell an dramatisch zurückgehender Wahlbeteiligung. Jüngst lag sie bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt unter fünfzig Prozent.

4. *Jenseits der Legislaturperiode.* Die an Legislaturperioden orientierte Konkurrenz der politischen Eliten um Wählerstimmen privilegiert kurzfristige und politisch zurechenbare Effekte („Erfolge“), vernachlässigt unbeabsichtigte Nebenwirkungen und unterschätzt strukturell längerfristige gesellschaftliche Entwicklungen. Dies gilt z.B. für längerfristige Technikfolgen wie für humane Eingriffe in ökologische Kreisläufe, aber auch die Verlagerung von sozialen Kosten auf künftige Generationen und spätere Lebensabschnitte (z.B. in der Rentenpolitik).

Vor allem technikkritische und ökologische Bewegungen, aber auch Friedensproteste, Frauengruppen oder Eine-Welt-Initiativen haben einen erweiterten Zeithorizont im Sinne politischer Nachhaltigkeit eingefordert. Ökologisch inspirierte Demokratiekonzepte haben nicht nur ein „Lob der Langsamkeit“ bei langfristig wirksamen technologischen Weichenstellungen eingeklagt, sondern Stoppregelein, Fesseln, Bremsen und eine drastische und zeitlich aufwendige Erweiterung des Kreises der Entscheidungsbeteiligten auf all die potentiell „Betroffenen“ und ihre Themenanwälte gefordert. Die Qualität, Rationalität, Legitimität und Inklusionskraft politischer Entscheidungen wird daher in Deliberationsprozessen gesucht, an denen sich möglichst ohne unangenehmen Zeitdruck potentiell alle Entscheidungsbetroffenen informieren und ergebnisoffen beteiligen können. Es kommt also stärker auf die demokratische Prozessqualität als auf eine kurzfristige output-Orientierung an.

52 Hier kann die Aktualisierung historisch verschütteter Alternativen, wie z.B. des europäischen Kommunalismus vor der Zeit der Nationalstaaten, Anregungen bieten (vgl. Blicke 2001).

5. *Engendering democracy*. In den vorherrschenden Formen der politischen Beteiligung dominieren berufstätige Männer mittleren und fortgeschrittenen Alters. Dies gilt für die Parlamente ebenso wie für die hervorgehobenen Positionen im bürgerschaftlichen Engagement. Damit werden im politischen Normalbetrieb zentrale Lebensbereiche – informelle, sorgende Tätigkeiten, Familien- und Reproduktionsarbeit – nicht repräsentiert und zumeist auch nicht berücksichtigt. Die Stärkung der Bürger- und Beteiligungsrechte von Kindern, Jugendlichen, Frauen und älteren Menschen ist deshalb ein notwendiger und wichtiger Beitrag für eine inklusive Perspektive kommunaler und regionaler Entwicklungen.

6. *„Eine andere Welt ist möglich“*. Solche Suchbewegungen werden durch weltweite Oppositionsbewegungen gegen die neoliberale Ordnung unterstützt, die unter anderem mit dem vom zapatistischen Widerstand übernommenen Postulat „Eine andere Welt ist möglich!“ in den Weltsozialforen oder bei „attac“ einen weitgesteckten Veränderungshorizont markieren (vgl. Brand 2005). In dieser „glokalen“ (d.h. lokal/globalen) Kooperation liegen enorme Anregungs- und Handlungspotentiale, die keineswegs ausgeschöpft sind. Weniger denn je weisen sie jedoch in Richtung Vereinheitlichung, vielmehr steckt ihre Chance in der Anerkennung von Unterschieden, die dennoch gemeinsames Handeln erlauben. Zuarbeit erfahren diese Suchbewegungen durch die Krisen, Ausgrenzungen und destruktiven Folgen neoliberaler Politik, die offensichtlich weder Kohärenz noch soziale Kohäsion garantieren können.

Ebenso bedeutsam sind Möglichkeitsräume, die durch überregionale, nationale und transnationale Programme eröffnet werden (z.B. die lokale Agenda 21, die Modellregionen Biosphärenreservate im Kontext des Unesco-Programms „Der Mensch in seiner Biosphäre“, Programme zur Förderung des ökologischen Landbaus und der Direktvermarktung oder der sozialen Ökonomie). Sie stellen Ressourcen, Anregungspotentiale und Vernetzungen mit Akteuren bereit, die in anderen Regionen mit ähnlichen Ansätzen operiert haben. Ohne ein „empowerment“ der Beteiligten und ihre Anerkennung in der lokalen Gemeinschaft fehlt es ihnen jedoch an Resonanz und Nachhaltigkeit.

4.3 Tätigkeitsräume und Neue Gesellschaftsverträge

Was heißt das nun für unser Kernthema – für nachhaltige Tätigkeitsräume? Welche neuen Tätigkeitsräume entstehen in den vielfältigen Initiativen und Projekten – und auf welche neuen Gesellschaftsverträge weisen sie hin?

Das Konzept der Tätigkeitsräume im ursprünglichen Gesellschaftsvertrag ist, wie wir in Kapitel 2 gesehen haben, in mehrfacher Weise ein hierarchisch-dualistisches: Dem Handlungsraum der bewerteten, bezahlten, männlich dominierten und konnotierten Erwerbsarbeit für den Markt (und den Profit) steht der Raum der nicht-bewerteten, unbezahlten, weiblich verantworteten Sorge-Arbeit zum Erhalt von individuellen, sozialen und ökologischen Lebensprozessen ebenso gegenüber wie der nicht-bewertete Raum der Naturproduktivität. Der erste Handlungsraum steht in der Hierarchie über dem zweiten. Dieser ist sein Schatten, den er braucht, um sich selbst ins Licht zu setzen. An dieser Grundstruktur hat sich nichts geändert, auch wenn sich im Entwicklungsprozess der bürgerlichen Gesellschaften vielfältige sozial-ökonomische Tätigkeiten herausgebildet haben. Bis auf den kleinen Teil, der von Erwerbsarbeit getragen wird, gilt auch dieser Handlungsraum als nicht-ökonomisch. Die Blindstelle des Politischen liegt in diesem Zusammenhang darin, dass sie der über den Markt gesteuerten Vergesellschaftung von (Erwerbs)Arbeit nichts entgegenzusetzen hat und damit „re“agiert. Sie überlässt im Grunde die gesellschaftliche Arbeit und ihr Gestaltungspotential in doppelter Hinsicht einem nicht-politischen Privatraum: dem der privaten Wirtschaft und dem der privaten Haus- bzw. Familienarbeit.

Die „Natur der Arbeit“, die durch diesen Gesellschaftsvertrag gestaltet wird, ist damit blind und ausbeuterisch in mehrfacher Hinsicht: Im Erwerbsarbeitsbereich werden die Arbeitenden selbst ausgebeutet, weil sie nur Mittel für den Profitzweck sind. Sie werden also einerseits als „soziale Ressource“ übernutzt. Da sich allerdings aktuell Gewinne am besten über den Abbau von Erwerbsarbeitsplätzen erzielen lassen, ist diese „soziale“ Ressource stets von der „sozialen Ausmusterung“ bedroht, was derzeit ihre Ausbeutbarkeit erhöht (wofür beispielsweise der drastische Rückgang von Krankmeldungen ein Indiz ist). Damit einhergehend erfolgt eine noch zunehmende Verlagerung in die abgespaltenen Räume. Sie werden als „Quellen“ (von Rohstoffen bzw. Arbeitskraft) und „Senken“ (für Abfälle bzw. all das, was aus der nach privatwirtschaftlichem Vorbild auf Hochleistung und Effizienz getrimmten Öffentlichkeit ausgemustert wird) instrumentalisiert.

Zu einer sozial-ökologischen Nachhaltigkeits-Kultur gehört daher eine grundlegende qualitative Veränderung – eine andere „Natur“ der Arbeit. Diese bezieht sich auf die Gestaltung einer sozial und ökologisch nachhaltigen Gesellschaft und wird getragen von einem Bewusstsein über das kooperative aufeinander Angewiesensein aller Tätigkeiten und Tätigkeitsräume. Solche Arbeiten können aber weder in ihrer qualitativen Gestaltung noch in ihrer Verteilung, in ihrer Raum- und Zeitbezogenheit, allein den individualisierten *Marktprozessen* überlassen bleiben. Vielmehr bedarf es der *Politikprozesse*. Hier wird das oben angesprochene Primat der Politik wirksam: Arbeit kann nicht nur auf dem Markt wohnen und dort über private Arbeitsverträge organisiert werden, sondern sie braucht politische Orte wie das (Arbeits-)Parlament und das Rathaus. Dort wird dann öffentlich eine Verfassung nachhaltigen Arbeitens beraten. Auf dieser Grundlage kann ausgehandelt werden, welche Art von Arbeiten wo, durch wen, wie, wann und in welchem Kontext für die Gestaltung einer nachhaltigen Gesellschaft gebraucht wird. Die hierarchisierende Zweiteilung in produktiv und reproduktiv, in wertvoll und wertlos, in öffentlich und privat gibt es dann nicht

mehr, denn alle Arbeiten werden als für die Gestaltung einer sozial und ökologisch nachhaltigen Gesellschaft wertvoll und bedeutsam anerkannt. In diesen Aushandlungen ist zu klären, welche Aufgaben z.B. erwerblich (gegen Lohn) geleistet werden und für welche Arbeiten andere Einkommensquellen nötig sind, welcherart ein BürgerInneneinkommen sein und welche Höhe es haben sollte. Auch Preise können Gegenstand der politischen Aushandlung sein. Beispielsweise dort, wo Marktmacht sie derartig senkt, dass die ProduzentInnen von den Einnahmen nicht mehr das gemeinschaftlich anerkannte gute Leben führen können. Oder dort, wo Marktmacht sie derartig steigert, dass KonsumentInnen mit den Ausgaben für das Lebensnotwendige überfordert sind. Dies mag utopisch klingen. Es sei aber darauf hingewiesen, dass es solcherart Aushandlungen in Ansätzen schon gibt, beispielsweise dort, wo wie in Porto Alegre über ein „public budget“ beraten und verhandelt wird.

Im Prozess der Herausbildung solcherart neuer Gesellschaftsverträge ändern sich auch die Formen der Arbeiten selbst. Unsere Kategorien – Erwerbsarbeit, Sorgearbeit, bürgerschaftliches Engagement oder Freiwilligenarbeit, Eigenarbeit – passen dann nicht mehr. Daher ist die Möglichkeit, das Neue zu beschreiben, begrenzt. Wir würden es in das Korsett der alten, unpassenden Begriffe zwängen und seine Besonderheit nicht erfassen können.

Dennoch lässt sich noch einiges mehr zu Tätigkeitsräumen im neuen Gesellschaftsvertrag sagen, z.B. zu der Politik des Sozialen. Es gehört zum harten Kern der gegenwärtigen Politik, dass das Marktprinzip möglichst auf alle Leistungen ausgedehnt wird. Das geht einher mit der Betonung von Individualität und Eigennutz. Dagegen müssen neue Gesellschaftsverträge für eine nachhaltige Gesellschaft verstärkt auch kollektive Dimensionen aufnehmen, die über die Lebenssituation und die Lebenschancen der Menschen mitentscheiden – sie müssen „kollektive Tätigkeitsräume“ sichern. Diese sind, wenn sich die oben angesprochene Wiederkehr der Zivilgesellschaft bewahrt, auch Tätigkeitsräume der Koproduktion von BürgerInnen und Staat. Dazu gehören z.B. die sozialen Dienste und Einrichtungen, für die zumeist die Kommunen bzw. die Wohlfahrtsverbände Verantwortung tragen. Dies gilt ebenso für öffentliche Güter, von der kostenfreien Allgemeinbildung bis zur Wasserversorgung. Die Verfügbarkeit und Qualität dieser öffentlichen Güter gewinnt in dem Maße an Bedeutung, wie sie nicht aus dem individuell verfügbaren Einkommen „ersetzt“ werden können. Dies ist vor allem für die sozial schwächeren Gruppen der Bevölkerung der Fall, die sich nicht in die private Kaufkraft verabschieden können. Insgesamt kommt es verstärkt auf eine materielle Infrastruktur an (von der öffentlichen Bücherei bis zum öffentlichen Nahverkehr), wenn gesellschaftliche Teilhabe auch bei geringem Erwerbs- oder Transfereinkommen möglich sein soll.

Damit ist zugleich die Frage nach der Qualität von Öffentlichkeit und Politik noch einmal und elementar aufgeworfen. Derzeit und im Zuge des hegemonialen Neoliberalismus erfolgt eine Verlagerung von öffentlichen Aufgaben in die Privatwirtschaft und in die Privathaushalte hinein. Und die Politik entlässt ihre Bürgerinnen und Bürger auf den Markt und in den Wettbewerb. Gegen diese Dynamik zu argumentieren bedeutet oft, sich den Vorwurf des Rückwärtsgewandten, Unrealistischen, die Sachzwänge Ignorierenden einzuhandeln. Dem halten wir entgegen, dass die hegemoniale Dynamik weder sozial noch ökologisch tragfähig ist. Sie setzt das soziale und ökologische Reproduktions- und Regenerationsvermögen eher außer Kraft als dass sie es ermöglicht.

Tätigkeitsräume in einer nachhaltigen Gesellschaft sind vielfältig und unterschiedlich und allen Gesellschaftsmitgliedern zugänglich. Diese optionale Flexibilität braucht eine sozialstaatliche Siche-

rung neuer Form. Eine zentrale Flanke des Sozialmodells alter Prägung war seine enge Bindung an Erwerbsarbeit, genauer an das „male breadwinner model“. Alle – und d.h. vor allem Frauen –, die nicht darin eingeschlossen waren, hatten mit schlechteren Absicherungen zu rechnen oder waren gänzlich an den Rand gedrückt. Die Bindung an Erwerbsarbeit hieß auch stets die Bindung an Wirtschaftswachstum mit dem Paradox, dass in ökonomischen Krisenzeiten besonders wenig Mittel zur Verfügung standen, um wachsende soziale Anforderungen zu erfüllen. Überfällig ist deshalb die Einführung von sozialen Garantien, die sich von beiden Voraussetzungen frei machen. Seit den 1960er Jahren wurde zunächst in den USA, dann in vielen anderen Ländern der Welt die Idee eines garantierten Grundeinkommens diskutiert – eine Transferzahlung, die zunächst allen unabhängig von ihrem Erwerbsstatus zur Verfügung stehen soll. Ohne auf die vielen Verästelungen dieser Debatte einzugehen, die in allen politischen Lagern Unterstützung und Widerspruch gefunden hat, ist in Zeiten, in denen der Zugang zur Erwerbsarbeit nicht (mehr) für alle offen steht, die Forderung nach einem garantierten Grundeinkommen überfällig. Im Sommer 2004 wurde ein Netzwerk, das sich für diese Forderung stark macht, auch in Deutschland gegründet. Für viele Menschen – besonders in Deutschland – ist der Gedanke, dass es Solidaritäten jenseits des Leistungsprinzips geben sollte, noch immer fremd. Neu begründete Solidaritäten und die Stärkung von Prinzipien gegenseitiger Hilfe sind jedoch – auch mit Blick auf den sozialen Zusammenhalt – gefordert. Vor diesem Hintergrund mutet es tragisch an, wenn genau jene Fähigkeiten abgespalten und abgewertet werden, die hierfür gebraucht werden. Und es erscheint eine Gesellschaft paradox, die es sich leistet, dass im östlichen Teil von Deutschland ein Drittel der Erwerbsbevölkerung keinen Zugang mehr zum Arbeitsmarkt erhält – ohne dass etwa von dessen Zentralität für Anerkennung und Existenzsicherung abgerückt würde.

4.4 Schrumpfung und Neue Gesellschaftsverträge

Was ist von Schrumpfungprozessen zu halten? Stellen Deindustrialisierung, arbeitsmarktbedingte Abwanderungen und demographischer Wandel hin zu einer älteren Bevölkerungsstruktur ein Chance für sozial-ökologische Transformationsprozesse dar (z.B. ökologischer Stadtumbau oder Aufwertung von sorgenden Tätigkeiten)? Oder erzeugen sie neue bzw. verstärken alte Dichotomien im Rahmen eines weltweiten Strukturwandels, der schrumpfende und prosperierende Städte, wettbewerbsschwache und wettbewerbsstarke Regionen hervorbringt und die Kluft zwischen ihnen vertieft?

Aktuell erweist sich als Problem, dass in schrumpfenden Kommunen und Regionen die Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit am größten, zugleich aber auch der Problemdruck am höchsten ist (Rink 2005, S. 105). Hinzu kommt, dass – darin sind sich die meisten BeobachterInnen einig – überzeugende Leitbilder und Visionen für die Schrumpfungprozesse fehlen. Die politischen Reaktionen auf Schrumpfungprozesse schwanken zwischen der Suche nach neuen Ideen und einem trotzi- gen „Weiter so!“ im Sinne der bekannten Wirtschaftsförderung, die sich allerdings zunehmend auf die wenigen, als hoffnungsvoll eingestuften Wachstumskerne konzentriert. In der Sprache des Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt hört sich dies so an: „Gefragt ist ein Realismus, der auch unter den Bedingungen des Bevölkerungsrückgangs die Voraussetzung für *wirtschaftliches Wachstum in zukunftsfähigen Sektoren* und urbanes Leben in liebenswerten Städten schafft“ (Wolfgang Böhmer, in: IBA 2005, S. 12). Gelegentlich gehen die Vorschläge für die schrumpfenden Regionen auch weiter. Sachsen-Anhalts Minister für Bau und Verkehr, Karl-Heinz Daehre, verlangt angesichts des Schrumpfens ein Umdenken und neue Lösungspfade, „damit auch bei abnehmender Bevölkerung eine lebenswerte Zukunft in attraktiven Städten mit hoher Lebensqualität ermöglicht wird. Chancen dafür gibt es, denn eine dünnere Besiedlung eröffnet auch neue Freiräume der Lebensgestaltung mit weniger sozialen Konflikten, mit weniger Ressourcen- und Naturverbrauch“ (IBA 2005, S. 14).

Die Erfahrungen mit dem Aufbau Ost lassen keine Illusionen über die Nachhaltigkeit von vorwiegend marktwirtschaftlich orientierten Prozessen mehr zu. „Es gibt einen breiten politischen Konsens, dass der Markt allein – jedenfalls im Osten – eine Gesundung nicht leisten kann und daraus die Verantwortung des Staates zum Eingreifen und Gestalten erwächst“ (ebenda). EU-Mittel, Bundes- und Landesprogramme stabilisieren eine soziale Situation, die ohne solche Transfers kaum tragfähig wäre. In der Regel kommen z.B. mehr als die Hälfte der kommunalen Haushaltsmittel aus solchen Transfers, deren direkte und indirekte Steuerungswirkung nicht unterschätzt werden sollte. Das Bund/Länder-Programm „Stadtumbau Ost“ (2002–2009) stellt erhebliche Mittel (insgesamt 2,5 Milliarden Euro) für die Förderung von Abriss- und Aufwertungsmaßnahmen sowie die Wohneigentumsbildung zur Verfügung. Bürgerbeteiligung wird dabei als wichtige Ressource angesehen, die als „Klebefaktor“ wirken könnte: „Art und Maß der Öffentlichkeitsarbeit, der Bürgerbeteiligung, der Konsenssuche aller Akteure und Betroffenen sind hierbei auszuweiten, wenn die Identifikation der Bewohner mit der Stadt erhalten werden soll. Die Bewohner müssen auch in einer kleiner werdenden Stadt gern bleiben und deren Zukunft bewusst mitgestalten wollen“ (IBA 2005, S. 15). Auch andere Studien betonen das Gewicht von „weichen Faktoren“ bei den Abwanderungsmotiven und raten zu stärkerer Beteiligung und zur Förderung von bürgerschaftlichem Engagement (Dienel 2005, S. 29). Abwanderungsbewegungen erfolgen von Osten nach Westen, von den neuen in die alten Bundesländer.

Damit droht die deutsche Vereinigung nach fünfzehn Jahren zum Problemfall zu werden. Einerseits hat die Übertragung von eigentlich reformbedürftigen Institutionen aus dem Westen diese noch einmal stabilisiert und deren Umbau verzögert, andererseits konnte von den importierten Institutionen in Ostdeutschland keine selbsttragende Entwicklung ausgehen. Eine Folge ist eine Kumulation von Funktionsdefiziten im Osten. Der schockartige Verlust von Arbeitsplätzen nach der Wende konnte angesichts einer lang anhaltenden Wachstumsschwäche, einem schwachen Aufschwung Ende der 1990er und den weltwirtschaftlichen Verwerfungen nach dem 11.9.2001 nicht kompensiert werden. Zudem greifen in einer Situation langandauernder Massenarbeitslosigkeit die üblichen Instrumente des sozialen Ausgleichs nicht: daher Arbeitsvermittlung ohne Arbeitsplätze, Qualifizierung ohne Qualifizierungsbedarf, ABM und SAM ohne wirtschaftliche Effekte, massenhafter Vorruhestand trotz der demographischen Probleme im Rentensystem (Soziologisches Forschungsinstitut u.a. 2005, S. 11 f.). Mit den Reformen der Agenda 2010 – besonders Hartz IV – sehen sich, wie die Protestwelle des letzten Herbstes zum Ausdruck brachte, besonders in Ostdeutschland viele Menschen von einem sozialen Absturz bedroht, der bislang sozialpolitisch abgefedert worden war.

Die Zeichen deuten gegenwärtig insgesamt eher auf wachsende Unterschiede hin. Dabei wäre es unangemessen, Ostdeutschland selbst als homogene Einheit zu begreifen, denn gerade dort ist die Kluft zwischen den (wenigen) prosperierenden und den (vielen) abgehängten Regionen besonders groß, und die Stadt/Land-Unterschiede sind stark ausgeprägt. Im Zentrum stehen gerade für Jugendliche der permanente Mangel an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, notdürftig kompensiert durch Formen der „sekundären Arbeitsmarktintegration“ über außerbetriebliche Ausbildungseinrichtungen und öffentlich geförderte Beschäftigung. Diese Formen wurden und werden zwar auch im Westen eingesetzt, treffen aber in den ostdeutschen Bundesländern rund ein Drittel der Erwerbsbevölkerung. Die 2,5 Millionen Bürgerinnen und Bürger, die zwischen 1990 und 2000 von den neuen in die alten Bundesländer gezogen sind, waren überwiegend zwischen 18 und 30 Jahren. Es sind zumeist die besser gebildeten und qualifizierten jungen Menschen, vorwiegend Frauen, die in Ostdeutschland keine Chance für ein berufliches Weiterkommen sehen.

Da die Bewertung und Unterstützung politischer Institutionen durch die Bevölkerung – wie auch die Geschichte der „alten“ Bundesrepublik zeigt – erheblich von der ökonomischen Entwicklung abhängt, kann es nicht verwundern, dass zentralen politischen Institutionen (Parlamente, Parteien etc.) in den neuen Bundesländern besonders wenig Vertrauen entgegen gebracht wird. Ähnlich verhält es sich mit dem Demokratie- und Systemvertrauen (Roth 2006, S. 17). Hinzu kommt, dass globale ökonomische Trends die neuen Länder ungleich härter treffen (Folgen der Deindustrialisierung, geringere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, Folgen der EU-Osterweiterung etc.).

Differenzierte Bevölkerungsprognosen sagen erhebliche demographische Veränderungen für die nächsten Jahrzehnte voraus. Ohne Zuwanderung und eine Steigerung der Geburtenrate wird es in Deutschland zu Bevölkerungsverlusten kommen – allerdings mit regional sehr unterschiedlichen Vorzeichen. Einige Wachstumsregionen werden durch Binnenwanderung weiter zulegen, während in anderen Regionen mit erheblichen Bevölkerungsverlusten zu rechnen ist. Es geht nicht nur um die absoluten Zahlen und deren regionale Verteilung der Abwanderung, sondern auch um deren soziale Zusammensetzung.

Wichtige zivilgesellschaftliche und ökonomische Kerngruppen gehen somit Ostdeutschland durch Binnenwanderung verloren. „Eine Abwärtsspirale ist längst in Gang gekommen: Die Jüngeren,

Mobileren, besser Qualifizierten verlassen das Land – ihre Arbeitskraft, Dynamik und Innovationsfähigkeit fehlen der Region ebenso wie die Kinder, die sie am neuen Wohnort bekommen werden“ (Dienel 2005, S. 7). Regionale Unterschiede bei Einkommen und Beschäftigung sind die wichtigsten Antriebskräfte der Binnenwanderung, aber es kommen Netzwerkeffekte hinzu. In der Jugendszene sind diese Verluste groß, damit gewinnen jene Gruppen von Jugendlichen an Gewicht, die für rechtsextreme Überzeugungen besonders offen sind. Eingespielte pädagogische Formate bieten keine zureichenden Ansatzpunkte, gefragt ist vielmehr eine demokratische Regionalpolitik, sind Teilhabe, Mitgestaltung und Mitverantwortung für das Gemeinwesen als politischer Wertegemeinschaft (Hülsemann/Kohlstruck 2004, S. 13, hier nach Roth 2006, S. 20).

Schrumpfungsprozesse erweisen sich somit ebenso wie soziale Bewegungen als Herausforderung für die liberale Demokratie. Mit Blick auf die eingangs gestellte Frage sind Schrumpfungsprozesse als ambivalent einzuschätzen: Sie stellen einerseits eine Chance für sozial-ökologische Transformationsprozesse dar, wie die vielen Projekte und Initiativen in unserer Untersuchungsregion zeigen. Sie erhalten und gestalten mit den Schrumpfungsprozessen und gegen sie ihr kreatives Vermögen und ihre soziale Kompetenz, was nicht unterschätzt werden sollte. Zugleich aber verweisen die Schrumpfungsprozesse auf große Gefahren von sozialer Desintegration und ökologischer Degradation (beispielsweise bei den neu entstehenden Branchen). Was bedeutet nun diese Ambivalenz mit Blick auf neue Gesellschaftsverträge?

1. Werden in Sachsen-Anhalt Schrumpfungsprozesse (die ja auch eine Art von „Abwahl“ darstellen) und niedrige Wahlbeteiligung (unter 50 Prozent) zusammengedacht, sieht sich die repräsentative Demokratie schon jetzt mit der Tatsache konfrontiert, dass ihr die Legitimationsbasis entzogen ist. Elemente deliberativer bzw. von Verhandlungsdemokratie sind daher unverzichtbar.
2. Die Qualität neuer Gesellschaftsverträge liegt gerade nicht in der nachholenden Entwicklung von Wettbewerbsfähigkeit, sondern in der vorsorgenden Entwicklung von Demokratiefähigkeit. Zielperspektive sind soziale Integration und ökologische Trag- bzw. ReGenerationsfähigkeit.
3. Schrumpfungsprozesse verweisen darauf, dass neue „kleine“ Gesellschaftsverträge zugleich auch auf „große“ Veränderungen angewiesen sind. Dazu gehört insbesondere, gesellschaftliche Entwicklungsprozesse mindestens nicht ausschließlich markt- und wachstumslogisch zu denken.

4.5 Fazit

Das Nachkriegsmodell des marktdominierten und sozial abgefederten Gesellschaftsvertrages erweist sich unseren Darlegungen zufolge in dreifacher Hinsicht als ungeeignet.

Erstens sind schon in den klassischen Vertragstheorien Externalisierungen angelegt, die bis heute wirksam sind (siehe Kapitel 2, Abschnitt 1): Die Eingrenzung auf das, was bürgerliche Gesellschaft ist, bedarf der Ausgrenzung dessen, was sie nicht ist und ihr dennoch unsichtbar zugrunde liegt. Wir haben dies anhand von drei Ebenen präzisiert – den geschlechtlichen Implikationen, den Hierarchie- und Herrschaftsverhältnissen sowie den gesellschaftlichen Arbeits- und Naturverhältnissen. Auf die Problematik der Schrumpfung übertragen kann ausgesagt werden, dass wettbewerbsstarke Regionen sich nur auf dem Hintergrund und auf Kosten von wettbewerbsschwachen Regionen (die sie zugleich mit erzeugen) zu profilieren vermögen.

Zweitens sind mit dem Externalisierungsprinzip (das wir, wie oben, S. 16 und 17, dargelegt, nicht nur auf Kosten, sondern in weiterem Sinne auch auf sozial weibliche Tätigkeiten und ökologische ReProduktivität beziehen) Exklusionen verbunden, die dem inklusiven Ansatz zu neuen Gesellschaftsverträgen zuwiderlaufen. Die von uns formulierten Zielperspektiven von sozialer Integration und ökologischer ReGenerarionsfähigkeit sind demzufolge mit dem bis heute wirkenden impliziten Gesellschaftsvertrag der Nachkriegszeit nicht zu erreichen. Im Gegenteil erzeugt er aktuell ein immer größeres Maß an sozialen und ökologischen Verwerfungen und Zumutungen. Daraus folgt, dass die Gesellschaft nicht vor allem das bislang Externalisierte internalisieren muss, sondern es geht darum, dass sie sich des ihr innewohnenden Externalisierungsprinzips bewusst wird und sich davon befreit.

Drittens kommen diesem Gesellschaftsvertrag die Grundlagen, welche ihn hervorgebracht haben, zunehmend abhanden. Er impliziert ein stillschweigendes Einverständnis zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen, das Henry Ford mit dem Satz „Ich zahle meinen Arbeitern gute Löhne, damit sie meine Autos kaufen können“ auf den Punkt gebracht hat. Der implizite fordistische Gesellschaftsvertrag war ein Wachstumspakt, der verbesserte Lebensbedingungen und soziale Sicherung versprach. Dass dies auch einen enormen Ressourcenverbrauch („Fossilismus“), ökologische Degradierungen („autogerechte Stadt“), eine Polarisierung betrieblicher Qualifikationsprofile („Massenarbeiter“) und einige andere soziale und ökologische Schattenseiten mit sich brachte, trat erst mit der ökonomischen Krise dieses Modells in den 1970er Jahren deutlicher hervor (Scherhorn 1997a). Der fordistische Gesellschaftsvertrag trifft heute weder in sozialer Hinsicht zu noch ist er der ökologischen Problematik gemäß.

Neue, sozial und ökologisch gemäße Gesellschaftsverträge brauchen daher folgende Grundelemente (vgl. Biesecker; Winterfeld 2005):

- Gesellschaftlich wertvolle Arbeit ist nicht, wie bei John Locke, auf die Umwandlung von Gemeineigentum (die Natur, die allen gehört) in Privateigentum reduziert. Sie ist auch nicht, wie bei Adam Smith, auf die Erzeugung von Waren beschränkt. Vielmehr kann heute gesellschaftliche wertvolle Arbeit nicht mehr von einem in unendlicher Fülle vorhandenen Gemeineigentum zehren, und es in Privateigentum und Waren verwandeln. Sondern sie pflegt Gemeineigentum und stellt es immer wieder neu her. Die Zielperspektive gesellschaftlicher Arbeit ist auf sozialen Zusammenhalt und ökologische Tragfähigkeit gerichtet.

- Damit können weder sozial weibliche Arbeit noch ökologische Produktivität externalisiert und als unsichtbare wie unbewertete Voraussetzung instrumentalisiert werden. Vielmehr sind neue Gesellschaftsverträge inklusiv konzipiert. Sie beziehen bislang Abgespaltenes jedoch nicht in das alte Vertragskonstrukt ein, sondern sie gehen von dem Abgespaltenen, von den externalisierten Schattenräumen aus.
- Tätigkeitsräume sind von daher jenseits der herrschenden Erwerbsarbeitsfixierung zu konzipieren. Sie strukturieren sich nicht entlang eines externalisierenden Arbeitsmarktes, sondern entlang von kommunal verankerten öffentlichen Aushandlungsprozessen, die das „Ganze der Arbeit“ umfassen. Diese Aushandlungen werden durch die Trennung von Arbeit und Existenzsicherung (Grundeinkommen) sowie durch ein Budget für Bürgerinnen und Bürger (BürgerInnen-Kommune und -Einkommen) ermöglicht. Die Unternehmen der Privatwirtschaft sind an diesen Aushandlungsprozessen als dem sozialen Zusammenhalt und der ökologischen Tragfähigkeit verpflichtete Akteure beteiligt. Über ihren Bedarf (Subventionen, Steuerprivilegien) wird ebenso verhandelt wie über ihren Beitrag zur Herstellung und Bewahrung sozialer und ökologischer Qualitäten.
- Damit eröffnen neue Gesellschaftsverträge zugleich Wege zu nachhaltiger Regionalentwicklung: Tätigkeiten werden entlang ihres Beitrags zu Nachhaltigkeit organisiert und bewertet. Im Zuge öffentlicher Aushandlungsprozesse entwickeln Regionen ihre Tragfähigkeit und Lebensqualität aus sich und von innen heraus.

Die Notwendigkeit der Aushandlung neuer, inklusiver und sozial wie ökologisch gemäßer Gesellschaftsverträge reicht daher weit über unsere Untersuchungsregion „Mulde-Mündung“ hinaus. In der Region selbst sind die konkreten Aushandlungsprozesse für neue Gesellschaftsverträge Aufgabe der Praxis. Im permanenten Prozess von Aushandlung und Veränderung liegt die Chance für den eigentlichen schöpferischen Akt durch Viele, den es zu kultivieren gilt: als Stimulativ, als Regulativ, als Korrektiv. Dies geschieht heute schon, und es geschieht an vielen Orten. Uns kommt es in Abgrenzung zu Joseph Huber gerade nicht darauf an, einen Mustervertrag zu benennen, sondern auf Prinzipien aufmerksam zu machen: Gebraucht wird eine nicht-aspaltende Konzeption des Politischen und des Ökonomischen und damit eine andere Kultur des Unterscheidens. Sie sortiert nicht nach innerhalb (ökonomisch wert- und politisch machtvoll) und außerhalb (ökonomisch wert- und politisch machtlos). So bedeutet etwa eine Differenz von Natur und Kultur nicht, dass erstere bloßes Material und letztere zivilisatorische Errungenschaft darstellt. So bedeutet etwa „Gleichheit in Differenz“ auch, dass differente Momente in einen Aushandlungsprozess gleichermaßen einbezogen werden. Diese andere Kultur des Unterscheidens erfordert – neben Orten und Zeiten – auch ein anderes, nicht-trennendes, nicht-hierarchisierendes Denken.

5 Schluss

Von abspaltenden und hierarchischen Konzeptionen des Politischen und des Ökonomischen zu solchen, die diese Trennungen nicht mehr brauchen – diesen Weg einer sozial-ökologischen Transformation sind wir in unserem Forschungsprojekt ein Stück weit gegangen. Wir haben dadurch geholfen, so hoffen wir, diesen Weg für weitere Schritte zu ebnen.

Im Mittelpunkt unserer Überlegungen standen Tätigkeitsräume. Die empirische Basis waren unsere Fallbeispiele, deren Auswertung jeweils spezifische ambivalente Potenziale für eine sozial-ökologische Transformation sichtbar werden ließ: das veränderte Verhältnis von Erwerbsarbeit und Sorgearbeit, von öffentlich und privat durch die Kollektive in der DDR bei Aufrechterhaltung der geschlechtsspezifischen Zuweisung der sorgenden Tätigkeiten an Frauen; die sehr unterschiedliche Veränderung der sozialen (destabilisierend) und ökologischen (stabilisierend) Bedingungen durch den Transformationsprozess von der DDR- in die BRD-Gesellschaft; die aktive Sicherung sozialer Stabilität durch Gestaltung neuer Bezogenheiten (einschließlich neuer Bewertungen von Tätigkeiten bei gleichzeitigem Festhalten an der die sog. reproduktiven Tätigkeiten abspaltenden Fixierung auf Erwerbsarbeit, deren Umgang mit der ökologischen Natur zerstörerisch wirkt). Als kreative Kraft für sozial-ökologische Veränderungsprozesse wurden dabei viele Menschen sowie die ökologische Natur in bisherigen „Schattenräumen“ sichtbar. Ihre Aktivitäten weisen auf die Herausbildung eines inklusiven Tätigkeitskonzepts mit einer anderen „Natur der Arbeit“ hin und stellen, analytisch gefasst, kleine neue Gesellschaftsverträge dar, über die inklusive Konzepte von Politik und Ökonomie entwickelt werden können, die wiederum das neue Tätigkeitskonzept absichern. Gleichzeitig machten die Fallbeispiele aber auch deutlich, wie stark neoliberal-ökonomische Kräfte die alten abspaltenden und hierarchischen Strukturen stützen. Diese Ambivalenz wird verstärkt durch die vielfachen Schrumpfungsprozesse.

Was bedeuten unsere Ergebnisse für unsere Hypothesen?

Hypothese 1 wird durch unsere Forschungsergebnisse gestärkt: Die Blockaden der sozial-ökologischen Transformation durch die Abwertung und Ausgrenzung der sorgenden und pflegenden Tätigkeiten sowie der produktiven Kräfte der ökologischen Natur wurden vielfältig deutlich. Deutlich wurde auch, dass diese Abwertung und Ausgrenzung durch die hegemoniale Kraft erfolgt, die derzeit Transformationsprozesse wesentlich bestimmt. In hegemonialen Transformationsprozessen sind sorgende und Pflegende Arbeiten nur als stille – und damit unsichtbare – Voraussetzung zugelassen.

Hypothese 2 fand ihre Bestätigung insbesondere in der theoretischen Arbeit entlang den Theorien von John Locke und Adam Smith, die bis heute die Grundstrukturen politischen und ökonomischen Handelns bis hin zu der regionalen Ebenen prägen. Gefunden haben wir hier ein Externalisierungsprinzip, das ausdrückt, dass die Ausgrenzung der sorgenden Tätigkeiten und ökologischen Prozesse nicht unbedacht, zufällig, sozusagen aus Versehen geschieht, sondern für die Stabilität der bürgerlichen Gesellschaft gebraucht wird. Diese interdisziplinäre theoretische Arbeit warf somit eine neue Frage auf, die die weiteren Forschungen stark prägte: Es war die Frage nach Konzeptionen des Politischen und des Ökonomischen, die die aufgedeckten Externalisierungen, die eine sozial-ökologische Transformation blockieren, von ihrer eigenen Struktur her nicht mehr brauchen.

Hypothese 3 musste aufgrund dieses Zwischenergebnisses umformuliert werden. Denn der Begriff der “vergessenen Arbeitswirklichkeiten” war unzureichend, überholt. Diese Arbeitswirklichkeiten waren eben nicht vergessen, sondern ihre Ausgrenzung war und ist Teil des hegemonialen Rationalitätsmusters. Die Art der Strukturierung von Politik und Ökonomie benötigte und benötigt die hierarchisierende Abspaltung. Ohne neue Konzeptualisierungen dieser beiden Bereiche, das wurde damit deutlich, ist eine Transformation des Tätigkeitskonzepts in ein inklusives Konzept nicht möglich.

Hypothese 3 wurde daher umformuliert und lautet jetzt:

Sozial-ökologische Transformationsprozesse bedürfen der Integration (vor-)sorgender Tätigkeiten und ihrer Produktivität sowie der Naturproduktivität in das gesellschaftliche ReProduktionskonzept. Ansatzpunkt dafür ist ein „Empowerment“ dieser beiden abgespaltenen und in „Schattenräume“ verbannten Potenzen. Das bedeutet, die sorgenden, pflegenden Arbeiten in den Blick zu nehmen und sie in ein zu entwickelndes vielfältiges Tätigkeitskonzept zu integrieren, in dem alle Tätigkeiten als Mitgestaltung von Natur und Gesellschaft angesehen und entsprechend gewertet werden.

Sozial-ökologische Transformationsprozesse bedürfen der Konzepte des Politischen und des Ökonomischen, die abgespaltene Arbeitswirklichkeiten und Naturprozesse nicht mehr brauchen.

Zusammengefasst geht es damit auch um die Notwendigkeit der Zivilisierung gesellschaftlicher Arbeit, die ihrer Auslieferung an den Markt gerade entgegensteht. Damit ist, das wurde insbesondere in Kapitel 4 deutlich, ein neuer Gesellschaftsvertrag angesprochen, der Orte bestimmt, an denen über die ganze Arbeit verhandelt werden kann. Er entsteht, auch das wurde oben deutlich, in Form von vielen kleinen Gesellschaftsverträgen, an denen viele Menschen in unserer Untersuchungsregion schon kreativ arbeiten.

Ob also Bezogenheiten jenseits einer dualistisch-hierarchischen Struktur gedacht und verhandelt werden können und welcher Art von In-Wert-Setzungen daraus resultieren – unserer Untersuchung zufolge bedürfen die sozialen und ökologischen Krisenphänomene für ihre Bearbeitung einer anderen Logik als der abspaltenden, weil sich die Gesellschaft sonst die für ihre Generations- und Regenerationsfähigkeit elementaren Fähigkeiten und Tätigkeiten nicht aneignen kann. Eine Kunst des Ausbalancierens ist insofern gefragt, als zum Ganzen der Arbeit auch Vielfalt gehört. Damit kann es weder darum gehen, die bisherige Erwerbsarbeit zu „feminisieren“ und der Sorgearbeit ähnlich zu machen, noch darum, die bisherige Sorgearbeit der Erwerbsarbeit gleich zu fassen. Damit die Beziehung zwischen verschiedenen Arbeiten anders als hierarchisch verhandelt werden kann, bedarf es grundlegend anderer Bewertungsmaßstäbe und Konzepte von Existenzsicherung wie auch der Stärkung der bislang abgespaltenen „stimmlosen“ Minderheiten.

Denn gerade deren Alltagskompetenz, deren Lebenserfahrungen vor Ort, deren Kreativität und Mitgefühl sind gefragt in einem Prozess sozial-ökologischer Transformation, von dem niemand wissen kann, wohin genau Reise geht. Der Weg entsteht beim Gehen, und es kommt darauf an, jede und jeden mitgehen zu lassen. Welcher Logik das alles folgt und ob da etwas Vernünftiges herauskommt?

Sicher nicht im Sinne herkömmlicher ökonomischer Vernunft, die als vernünftig das bestimmt, was effizient ist, was die Differenz von Kosten und Nutzen maximiert. Sicher nicht im Sinne Hobbesscher politischer Vernunft, in der „nur“ die Furcht vor dem feindlichen Anderen die Menschen zum sozialen Frieden geneigt macht. Und auch die Vernunftsvorstellung eines John Locke, der Kooperation „nur“ als strategische mit dem Ziel der Sicherung oder Vermehrung des Privateigentums kennt, erweist sich als unzureichend. Andere Konzepte des Ökonomischen und des Politischen stützen sich daher auf Ansätze der Kritik „instrumenteller“ Vernunft (Horkheimer/ Adorno 1969/1944) und sind offen für Elemente von empathischer bzw. mitfühlender Vernunft (Holland-Cunz 1994). Eine emotionale Vernunft, die Denken und Fühlen zusammenführt, birgt für sozial-ökologische Transformationsprozesse große Chancen. Diese Vernunft nennt Meier-Seethaler „Besonnenheit“ (Meier-Seethaler 1997, S. 395). „Ich und Mitwelt (erscheinen, d. Verf.) als lebendige Wirklichkeiten, denen wir nur gerecht werden, wenn die Erkenntniskräfte des Denkens und des Fühlens zusammenwirken“ (ebenda). Die Menschen in der Goitzsche und im Netzwerk Gemeinwesenarbeit wie auch die Aktiven in den vielen anderen Initiativen und Projekten in der Region Mulde-Mündung sind nach diesem Verständnis die eigentlich Vernünftigen. Ihre Kreativität ist Lebenselixier einer sozial-ökologischen Transformation.

6 Literatur

- Adorno, Theodor W. 1966: Negative Dialektik. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Bacon, Francis 1990 [1620]: Neues Organon. Lateinisch-deutsche Ausgabe. Herausgegeben und eingeleitet von Wolfgang Krohn. Lateinischer Text: James Spedding, Robert Leslie Ellis und Douglas Denon Heath (1858). Deutscher Text: Nach Manfred Buhr in der Übersetzung von Rudolf Hoffmann und der Bearbeitung von Gertraud Korf, 1962. Hamburg: Felix Meiner
- Behnk, Angelika; Westerwelle, Ruth 1995: Die Frauen von ORWO. 13 Lebensbilder. Leipzig: Gustav Kiepenheuer
- Behrend, Hanna 1994: Frauenemanzipation made in GDR. In: Bütow, Birgit; Stecker, Heide (Hg.): Eigenartige Ostfrauen. Frauenemanzipation in der DDR und den neuen Bundesländern. Bielefeld: Kleine Verlag, S. 32–49
- Biesecker, Adelheid 2000: Arbeitsteilung und das Ganze des Wirtschaftens – Die Produktivität sozio-ökonomischer Vielfalt. In: Nutzinger, Hans G.; Held, Martin (Hg.): Geteilte Arbeit und ganzer Mensch. Perspektiven der Arbeitsgesellschaft, Frankfurt am Main, New York: Campus, S. 204–225
- Biesecker, Adelheid 2005: Neue Nutzungsstrategien. Ein Beitrag zur bewußten Gestaltung von (Re)Produktivität? In: Rabelt, Vera u.a. (Hg.): Strategien nachhaltiger Produktnutzung. München: oekom, S. 63–76
- Biesecker, Adelheid 2006: Bürgerschaftliches Engagement – produktive Kraft im gesellschaftlichen Lebensalltag. In: Jochimsen, Maren/ Knobloch, Ulrike (Hg.): Reihe Lebensweltökonomie. München: Kleine-Verlag (im Erscheinen)
- Biesecker, Adelheid; Elsner, Wolfram (Hg.) 2004: Erhalten durch Gestalten. Nachdenken über eine (Re)produktive Ökonomie. Frankfurt a.M.: Peter Lang
- Biesecker, Adelheid; Hofmeister, Sabine 2003: (Re)Produktivität – Der ‚blinde‘ Fleck im Diskurs zu Nachhaltiger Entwicklung. In: Hofmeister, Sabine et al.: Zwischentöne gestalten: Dialoge zu Verbindung von Geschlechterverhältnissen und Nachhaltigkeit. Bielefeld: Kleine, S. 38–56
- Biesecker, Adelheid; Hofmeister, Sabine 2006: Die Neuerfindung des Ökonomischen. München: oekom
- Biesecker, Adelheid; Mathes, Maite; Schön, Susanne; Scurrall, Babette (Hg.) 2000: Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens. Bielefeld: Kleine
- Biesecker, Adelheid; Winterfeld Uta von 1998: Vergessene Arbeitswirklichkeiten. In: Willy Bierter und Uta v. Winterfeld (Hg.) 1998: Zukunft der Arbeit – Welcher Arbeit? Basel: Birkhäuser, S. 32–51
- Biesecker, Adelheid; Winterfeld, Uta von 2004: Wertlos? Zur Ausgrenzung natürlicher Produktivität und weiblicher Arbeit bei John Locke und Adam Smith. Bremer Diskussionspapiere zur Institutionellen Ökonomie und Sozialökonomie. Universität Bremen, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften Nr. 58, Bremen
- Biesecker, Adelheid; Winterfeld, Uta von 2005: Möglichkeitsräume und neue Gesellschaftsverträge. Nachhaltigkeit und Existenzsicherung II. In: Politische Ökologie 95, S. 77–79
- Birkhölzer, Karl 2005: Neue Nutzungsstrategien und soziale Ökonomie. In: Rabelt, Vera u.a. (Hg.): Strategien nachhaltiger Produktnutzung, München: oekom, S. 77–89
- Bittner, Regina 1998: Kolonien des Eigensinns. Ethnographie einer Ostdeutschen Industrieregion. Edition Bauhaus – Band 3. Frankfurt u.a.: Campus
- Blickle, Peter 2001: Der Gemeine Nutzen. Ein kommunaler Wert und seine politische Karriere. In: Münkler, Herfried/Bluhm, Harald (Hg.): Gemeinwohl und Gemein Sinn. Historische Semantiken politischer Leitbegriffe, Berlin: Akademie Verlag, S. 85–107
- Blume, Torsten; Bredenhorst, Anke 1995: Land der Arbeit – Bilder und Legenden eines Industrieviers. Berlin
- Bourdieu, Pierre 1992: Ökonomisches Kapital - Kulturelles Kapital – Soziales Kapital. In: Bourdieu, Pierre: Die verborgenen Mechanismen der Macht. Hamburg: VSA, S. 9–79
- Bourdieu, Pierre 1993: Die feinen Unterschiede. Frankfurt/M: Suhrkamp

- Bourdieu, Pierre und Loic J. D. Wacquant 1996: Reflexive Anthropologie Frankfurt/M.: Suhrkamp,
- Brand, Ulrich 2005: Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien. Hamburg: VSA
- Braunmühl, Claudia von; Winterfeld, Uta von 2003: Global Governance. Eine begriffliche Erkundung im Spannungsfeld von Nachhaltigkeit, Globalisierung und Demokratie. Erschienen in der Reihe Wuppertal Institut zur Globalisierung sowie als Wuppertal Paper Nr. 135
- Breckner, Ingrid; Sturm, Gabriele 2002: Kleiderwechsel – Sackgassen und Perspektiven in patriarchalen Öffentlichkeiten. In: Löw, Martina (Hg.): Differenzierungen des Städtischen. Opladen: Leske + Budrich, S. 157–186
- BUND (ohne Jahr): Natur pur! in der Goitzsche. Leporello
- Busch-Lütj, Christiane 1996: Nachhaltige Entwicklung als Ziel und selbstorganisierender Verständigungsprozess. In: Biesecker, Adelheid/ Grenzdörffer, Klaus (Hg.): Kooperation, Netzwerk, Selbstorganisation. Elemente demokratischen Wirtschaftens. Pfaffenweiler: Centaurus, S. 41–160
- Bütow, Birgit 1994: Politische Nichtpartizipation von Frauen. In: Bütow, Birgit; Stecker, Heide (Hg.): Eigenartige Ostfrauen. Frauenemanzipation in der DDR und den neuen Bundesländern. Bielefeld: Kleine, S. 261–268.
- Cancian, Francesca M. 1987: Loe in America – Gender and Self-development. Cambridge
- Dienel, Christiane (Hg.) 2005. Abwanderung, Geburtenrückgang und regionale Entwicklung. Ursachen und Folgen des Bevölkerungsrückgangs in Ostdeutschland. Wiesbaden: VS Verlag
- Dietzsch, Ina 2004: Im Labor Ostdeutschland. Kulturelle Dimensionen gesellschaftlichen Wandels. In: Bauer, Volke; Dietzsch, Ina (Hg.): Labor Ostdeutschland. Kassel, Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 358–366
- Dölling, Irene 2003: Geschlechtervertrag und Geschlechterarrangements in den neuen Bundesländern. Kulturation 1/2003. www.kulturation.de
- Dölling, Irene 2005: Ostdeutsche Geschlechterarrangements in Zeiten des neoliberalen Gesellschaftsumbaus. In: Schäfer, Eva u.a. (Hg.): Irritation Ostdeutschland. Geschlechterverhältnisse seit der Wende. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 16–34
- Dühr, Stefanie 1998: Nachhaltige Regionalentwicklung als Leitbild für altindustrielle Regionen? Trier: Schriftenreihe des Zentrums für europäische Studien, Universität Trier
- EBV (Entwicklungs-, Betreiber- und Verwertungsgesellschaft Goitzsche mbH, ohne Jahr): Bitterfeld – Wolfen: Jetzt die Zukunft gestalten. Wassersport, Tourismus, Outdoor, Gastronomie, Camping, Event
- Eifler, Christine 1998: Die deutsche Einheit und die Differenz weiblicher Lebensentwürfe. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. B 42-42/98, 2. Oktober 1998, S. 37–46
- Engler, Wolfgang 1999: Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land. Berlin: Aufbau-Verlag
- Engler, Wolfgang 2002: Die Ostdeutschen als Avantgarde. Berlin: Aufbau-Verlag
- Engler, Wolfgang 2005: Bürger ohne Arbeit. Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft. Berlin: Aufbau-Verlag
- Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ 2002: Bericht Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen: Leske&Budrich, Band 4
- Ergenzinger, Annegret 2004: Tätigkeitsräume und AkteurInnen. Das Beispiel der Filmfabrik Wolfen. Bremer Diskussionspapiere zur Institutionellen Ökonomie und Sozialökonomie Nr. 61. Bremen: Universität Bremen
- Ergenzinger, Annegret; Biesecker, Adelheid 2006: Tätigkeitsräume in einer schrumpfenden Region: Das Beispiel des Netzwerkes Gemeinwesenarbeit in Wolfen-Nord. Unter Mitarbeit von Martina Schmitt. Bremer Diskussionspapiere zur Institutionellen Ökonomie und Sozialökonomie Nr. 64. Bremen: Universität Bremen
- Flick, Uwe 1999: Qualitative Forschung- Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt

- Gysi, Jutta; Meyer, Dagmar 1993: Leitbild berufstätige Mutter – DDR-Frauen in Familie, Partnerschaft und Ehe. In: Helwig, Gisela; Nickel, Hildegard Maria (Hg.): Frauen in Deutschland 1945–1992. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 139–165
- Hildebrandt, Karin 1994: Historischer Exkurs zur Frauenpolitik der SED. In: Bütow, Birgit; Stecker, Heide (Hg.): Eigenartige Ostfrauen. Frauenemanzipation in der DDR und den neuen Bundesländern. Bielefeld: Kleine, S. 12–31
- Holland-Cunz, Barbara 1994: Soziales Subjekt Natur. Natur- und Geschlechterverhältnis in emanzipatorischen politischen Theorien. Frankfurt a.M.: Campus
- Holzmann, Klaus 1968: Wissenschaft als Handlung. Versuch einer neuen Grundlegung der Wissenschaftslehre. Berlin: Walter de Gruyter & Co
- Horkheimer, Max; Adorno, Theodor W. 1969/1944: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt a.M.: S. Fischer
- Hradil, Stefan 1995: Die Modernisierung des Denkens. Zukunftspotenziale und ‚Altlasten‘ in Ostdeutschland. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/95 vom 12. Mai 1995, S. 3–15
- <http://dochostrz.hu-berlin.de/humboldt-vl/nickel-hildegard-maria/PDF/Nickel.pdf>
- Huber, Joseph 2005: GG Szenario. 159 Artikel für einen neuen Gesellschaftsvertrag. Frankfurt a. M., Wien, Zürich: Edition Büchergilde
- IBA-Büro (Hg.) 2005: Die anderen Städte. IBA Stadtumbau 2010. Band 1: Experiment. Berlin: Jovis
- Immler, Hans 1985: Natur in der ökonomischen Theorie. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Industrie- und Filmmuseum Wolfen e.V. (Hg.) 2003: Das Wirken der Agfa und ihrer Nachfolger in der Region. Bildband. Dessau: Druckhaus Dessau GmbH
- ISOE 2005: Qualitätskriterien transdisziplinärer Forschung. Ein Leitfaden für die formative Evaluation von Forschungsprojekten. Frankfurt a.M.: ISOE Studientexte Nr. 13
- Katterle, D. 1995: Marktwirtschaft und Ethik. Diskussionspapier der Universität Bielefeld, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften Nr. 302, Bielefeld: Universität
- Kil, Wolfgang 2004: Stilllegungsprämie. In: Bauer, Volke; Dietzsch, Ina (Hg.): Labor Ostdeutschland. Kassel, Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 219–228
- Kommission für Betriebsgeschichte der zentralen Parteileitung/Betriebsarchiv des VEB Filmfabrik Wolfen – Fotochemisches Kombinat (Hg.): Aus der Geschichte der Filmfabrik Wolfen, Heft 23 (1970), Heft 43 (1979), Heft 49 (1981)
- Kremer, Elisabeth 1999: Die Stadt Dessau. Im Übergang von der industriellen Moderne zur Zweiten Moderne. Dessau: Akademie Stiftung Bauhaus
- Kuiper, Edith 2002: The most valuable of all Capital. A gender reading of economic texts. Universität von Amsterdam: Research Series
- Kuiper, Edith 2003: The Construction of Masculine Identity in Adam Smith's Theory of Moral Sentiments. In: Barker, D. und Kuiper, E. (Hg.): Towards a Feminist Philosophy of Economics. London: Routledge
- Lagé, Christian; Schuhmann, Stefan; Watzke, Axel 2005: Bau an! In: Oswald, Philipp u.a.: Schrumpfende Städte. Handlungskonzepte. Ostfildern-Rinteln: Hatje Cantz Verlag, S. 174–177
- Lamnek, Siegfried 1995: Qualitative Sozialforschung. Band 2: Methoden und Techniken. Weinheim: Beltz
- Land, Rainer 2003: Ostdeutschland – fragmentierte Entwicklung. In: Berliner Debatte Initial 14 (2003) 6, S. 76–95
- Lenz, Gerhard 1999: Verlufterfahrung Landschaft. Edition Bauhaus – Band 4. Frankfurt u.a.: Campus
- Lerner, Max 1937: Introduction. In: Cannan, Edwin (Hg.): An Inquiry into the Nation and Courses of Wealth of Nations by Adam Smith (Org. 1976). New York: Random House, S. V–X
- LMBV (Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH) 2000: Sanierungsgebiet Goitzsche. Ein Referenzstandort für die EXPO 2000. Bitterfeld
- LMBV (Hg.) 2002: Radwandern in der Goitzsche. Informationsbroschüre zum Rad(lehr)weg. Bitterfeld. Die Broschüre entstand im Rahmen eines studentischen Projektes der Hochschule Anhalt in Zusammenarbeit mit der LMBV und dem Wasserzentrum Bitterfeld

- LMBV 2002a: Biotopen der Eiszeit in der Bergbaufolgelandschaft Sachsen-Anhalts. Bitterfeld
- Locke, John 1977 [1690]: Zwei Abhandlungen über die Regierung. Herausgegeben und eingeleitet von Walter Euchner. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Lösch, Bettina 2005: Deliberative Politik. Moderne Konzeptionen von Öffentlichkeit, Demokratie und politischer Partizipation. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Löw, Martina; Sturm, Gabriele 2004: Raumsociologie. In: Frey, Oliver et al. (Hg.): Handbuch „Sozialraum“. Wiesbaden: VS Verlag
- Lummitsch, Uwe 2001: Quartiers- und Stadtteilmanagement: Wer macht was mit wem? In: Regiestelle EC der Stiftung SPI (Hg.): Erste Regionalkonferenz der Region Ost. Dessau, S. 8–21
- Matthies, Aila-Leena 2004: Soziales Kapital und Zivilgesellschaft. Ansätze in der Sozialen Arbeit und Stadtentwicklung. In: Matthies, Aila-Leena; Kauer Kathleen (Hg.): Wiege des sozialen Kapitals. Bürgerengagement und lokale Ökonomie in einem ostdeutschen Stadtteil. Bielefeld: Kleine, S. 87–104
- Matthiesen, Ulf 2003: Lokale Wissensmilieus als Potenziale. Beitrag für das Symposium Städtische Kreativität – Potenzial für den Stadtumbau. Erkner (unveröffentlichtes Manuskript)
- Mautner, Hans-Georg 1997: 100 Jahre Männerchor Wolfen von 1897. Bitterfeld: Reprotechnik Deutschland GmbH on Bitterfeld
- Meier-Seethaler, Carola 1997: Gefühl und Urteilskraft. Ein Plädoyer für die emotionale Vernunft. München: Beck
- Mühlenberg, Heidi; Kurt, Michael 1991: Panikblüte. Bitterfeld-Report. Leipzig, Forum
- Müller, Christa 2002: Wurzeln schlagen in der Fremde. Die internationalen Gärten und ihre Bedeutung für Integrationsprozesse. München: oekom
- Negt, Oskar; Kluge, Alexander 1992: Maßverhältnisse des Politischen, Frankfurt a.M.: Fischer
- Neuke, Elke 1994: Weibliche Wertvorstellungen – zwischen Schein und Sein. In: Bütow, Birgit; Stecker, Heide (Hg.): Eigenartige Ostfrauen. Frauenemanzipation in der DDR und den neuen Bundesländern. Bielefeld: Kleine, S. 143–149
- Nickel, Hildegard-Maria 1993: Geschlechterverhältnis in der Wende. Individualisierung versus Solidarisierung? Antrittsvorlesung 05. Juli 1993. Humboldt-Universität zu Berlin, Fachbereich Sozialwissenschaften
- Nickel, Hildegard-Maria; Hüning, Hasko 2001: Modernisierung mit oder gegen Frauen? Betriebliche Reorganisation und ambivalente Chancenstrukturen. In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus Nr. 2/2001, S. 29–49
- Pateman, Carole 1988: The Sexual Contract. Stanford, California: Stanford University Press. Originating publisher: Polity press, Cambridge in association with Basil Blackwell, Oxford
- Peters, Ulla 1999: Die Region Dessau-Bitterfeld-Wittenberg. Dessau, November 1999
- Ploch, Beatrice 1994: Vom illustrativen Schaubild zur Methode. Mental maps und ihre Bedeutung für die Kulturanthropologie. In: Notizen, N. 46, S. 113–134
- Projektgruppe Blockierter Wandel? 2007: Denk- und Handlungsräume für eine nachhaltige Regionalentwicklung. München: oekom
- Putnam, Robert D. 1993: Making Democracy work. Civic Traditions in Modern Italy. Princeton: Princeton University Press, S. 167 ff.
- Putnam, Robert D. 1995: Tuning in, Tuning out: The strange Disappearance of Social Capital in America. In Political Science & Politics 28, S. 664–683
- Putnam, Robert D. 2000: Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community. New York u.a.O.: Simon and Schuster
- Reitzig, Jörg 2005: Gesellschaftsvertrag, Gerechtigkeit, Arbeit. Eine hegemonietheoretische Analyse zur Debatte um einen „Neuen Gesellschaftsvertrag“ im postfordistischen Kapitalismus. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Rink, Dieter 2005: Zivilgesellschaft in Ostdeutschland: Von der Wende-Utopie zur Notlösung. In: Kremer, Elisabeth (Hg.) 2005: die anderen Städte. IBA Stadtumbau 2010. Band 2: Zivile Kultur. Berlin: Jovis

- Roesler, Jörg 2003: Ostdeutsche Wirtschaft im Umbruch 1970–2000. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- Röbke, Thomas 2004: Sorgende Netze durch Bürgerschaftliches Engagement – eine Besichtigung mit einigen Ausblicken auf die Zukunft. In: Glück, Alois; Magel, Holger; Röbke, Thomas (Hg.): Neue Netze des Bürgerschaftlichen Engagements, Heidelberg, München, Berlin: Jehle, S. 21–37
- Roth, Erwin; Holling, Heinz 1999: Sozialwissenschaftliche Methoden. Lehr und Handbuch für Forschung und Praxis. München: R. Oldenbourg
- Roth, Roland 2004: Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft. Grenzen einer zivilgesellschaftlichen Fundierung von Demokratie. In: Berger, Maria (Hg.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 41–64
- Roth, Roland 2006: Neue Gesellschaftsverträge in Verbindung mit „inklusive“ Ökonomie und Politik. Unveröffentlichtes Manuskript im Rahmen eines Werkvertrages für das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie
- Schäfer, Reinhard; Wahse, Jürgen 2004: Aufholprozess in Ostdeutschland kommt nur schleppend voran. Öffentliche Förderung bleibt weiterhin unverzichtbar. Ergebnisse des IAB-Betriebspanels 2001 Ost. Diskussionsbeiträge des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit. Ausgabe Nr. 7, 16.07.2002
- Scherhorn, Gerhard 1997: Arbeitsplatzvernichtung und Umweltzerstörung haben die gleiche Ursache. Wuppertal Institut: Wuppertal Spezial Nr. 7
- Scherhorn, Gerhard 1997a: Das Ganze der Güter. In: Meyer-Abich, Klaus-Michael (Hg.): Vom Baum der Erkenntnis zum Baum des Lebens: Ganzheitliches Denken der Natur in Wissenschaft und Wirtschaft. München: Beck, S. 62–251
- Schmidt-Hornstein, Caroline 1993: „Ich wollte studieren, obwohl mich alle für verrückt gehalten haben ...“. In: Notizen, Nr. 43, S. 178–221
- Schmitt, Martina 2004: TätigSein? Regionalgeschichte als Geschichte der Hervorbringung von Tätigkeitsräumen. Bremer Diskussionspapiere zur Institutionellen Ökonomie und Sozialökonomie, Universität Bremen, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften Nr. 60, Bremen
- Schön, Susanne; Kruse, Sylvia; Meister, Martin; Nölting, Benjamin; Althorst, Dörte 2006: Handbuch Konstellationsanalyse. Arbeitsanleitung für ein interdisziplinäres Brückenkonzept für die Nachhaltigkeits-, Innovations- und Technikforschung. München: oekom
- Schoeller, Wilfried F.; Schoeller, Martin 1994: Abschied von Bitterfeld. Göttingen: Steidl
- Schröter, Ursula 2000: Gleichberechtigung oder? Frauen in der DDR. In: Stolze, Elke (Hg.): FrauenOrte. Frauengeschichte in Sachsen-Anhalt. Halle: Mitteldeutscher Verlag, S. 174–187
- Schumpeter, Joseph A. 1980 [1942]: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. München: UTB
- Surrell, Babette 2004: Chancen reproduktiver Arbeit in schrumpfenden Regionen. In: Biesecker, Adelheid; Elsner, Wolfram: Erhalten durch Gestalten. Nachdenken über eine (re)produktive Ökonomie. Frankfurt/M.: Peter Lang, S. 189–206
- Smith, Adam 1973 [1776]: Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes (Wealth of Nations), 2 Bände. Giessen: Achenbach
- Smith, Adam 1985 [1759]: Theorie der ethischen Gefühle. Hamburg: Felix Meiner
- Soziologisches Forschungsinstitut, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Institut für sozialwissenschaftliche Forschung; Internationales Institut für empirische Sozialökonomie (Hg.) 2005: Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Arbeit und Lebensweisen. Erster Bericht. Wiesbaden: VS
- Stadt Wolfen 2004: Statistischer Bericht für das 1. Halbjahr und das 2. Halbjahr 2004, Wolfen
- Steenbergen, Berendineke 1994: Soziale Beziehungen alleinerziehender Mütter in den neuen Bundesländern. In: Bütow, Birgit; Stecker, Heide (Hg.): EigenArtige Ostfrauen. Frauenemanzipation in der DDR und den neuen Bundesländern. Bielefeld: Kleine, S. 238–246
- Strauss, Anselm; Corbin, Juliet 1996: Grundlagen qualitativer Forschung. Weinheim: Beltz Psychologie Verlags Union
- Sturm, Gabriele 2000: Wege zum Raum. Opladen: Leske + Budrich

- Tippach-Schneider, Simone 1999: „Blumen für die Hausgemeinschaft“. Kollektivformen in der DDR – ein Überblick. In: Dokumentationszentrum Alltagskultur in der DDR (Hg.): Fortschritt und Eigensinn: Erkundungen im Alltag der DDR. Berlin: Links, S. 243–255
- Wiedemer, Rochus 2004: Wieso wird denn abgerissen? Stadtumbau in Wolfen-Nord. Ausstellungskatalog. Im Rahmen des Projektes „Schrumpfende Städte“: Ein Initiativprojekt der Kulturstiftung des Bundes in Kooperation mit der Galerie für zeitgenössische Kunst, Leipzig; Stiftung Bauhaus Dessau und Arch+, o.O.
- Winterfeld, Uta von 1998: Erzählungen aus der Landwirtschaft. Wuppertal Institut: Wuppertal Spezial 11
- Winterfeld, Uta von 2006: Gottes Aue ist ausgekohlt. Natur- und Arbeitswirklichkeiten im Umbruch. Eine transdisziplinäre Erzählung mit Heidrun Heidecke, Regina Metzner, Reinhard Metzner und Christel Möbius. Bremer Diskussionspapiere zur Institutionellen Ökonomie und Sozialökonomie. Universität Bremen, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften Nr. 63, Bremen
- Wolfennord.de/le/dle_ue.shtml (Homepage, Stadtumbau, Übersicht; entnommen am 19.10.2005)

